DKP – eine neue sozialdemokratische Partei

FU – Projektgruppe DKP
und Bernd Rabehl



OBERBAUMPRESSE BERLIN

Der Reingewinn dieser Broschüre dient der Unterstützung der Ruhrkampagne

DKP – eine neue sozialdemokratische Partei

Parlamentarismusdebatte 2

FU – Projektgruppe DKP
und Bernd Rabehl

OBERBAUMPRESSE BERLIN

Oberbaumverlag Berlin
1 Berlin 21, Bundesratufer 1

1.–3. Tausend 1969

Inhalt

Vorwort 5

Teil A (Projektgruppe DKP) 9

I. Im Vertrauen auf den Rechtsstaat
   1. Der Initiativ-Ausschuß zur Wiederzulassung der KPD 11
   2. Der Programmentwurf der KPD vom Februar 1968 15

II. Die DKP – eine neue sozialdemokratische Partei
   1. Die organisatorische Entwicklung der DKP 25
   2. Von der Avantgarde-Partei zur "organisierten Gemeinschaft" 28
   3. Der Parteitag der Einmütigkeit: Essen 12./13. April 1969 36

III. Der parlamentarische Weg zum Sozialismus
   1. "Demokratische Linke" (DL) 45
   2. Der Kommunalwahlkampf der DKP in Rheinland-Pfalz im Juni 1969 54
   3. ADF – Wahlkampf statt Klassenkampf 59

Teil B (Bernd Rabehl) 65

I. Außer parlamentarische Massenaktionen und parlamensche Taktik 67

II. Die Aktionsstrategie des Klassenkampfes und die Organisierung der sozialistischen Studenten in der Bundesrepublik und in Westberlin 93

III. Etappen der Entwicklung des monopolkapitalistischen Staates und die Klassenkämpfe in der Weimarer Republik 119

IV. Der Internationalismus der Konterrevolution und der Internationalismus der Revolution 155

Anmerkungen
   zu Teil A 165
   zu Teil B 191

Literaturangaben 203

Vorwort

Diese Broschüre ist mit der Absicht geschrieben, die Diskussion über die organisatorischen und strategischen Konsequenzen aus den vergangenen Aktionen des SDS und der anderen sozialistischen Gruppen voranzutreiben, um auf die neue Etappe der Klassenkämpfe in der Bundesrepublik vorbereitet zu sein.

Die Streiks im September 1969 in der metallverarbeitenden und Stahlindustrie sowie im Bergbau, die einen Wendepunkt in der Entwicklung der Klassenkämpfe seit 1945 anzeigen, haben erwiesen, daß unsere bisherige Praxis den objektiven Erfordernissen nicht entsprochen hat. Die dringlichsten Probleme sind der Aufbau von Betriebskadern in den als strategisch wichtig erkannten Branchen und Konzernen und eines Kommunikationsnetzes in den industriellen Krisenbereichen, sowie die Konkretisierung der Schulungsfrage für Kader in der Produktionssphäre und im Überbau. Dabei muß ausgegangen werden von der Analyse der Rolle des Staates nach 1945, der expandierenden und stagnierenden Branchen im europäischen und internationalen Konkurrenzkampf, der Krisen in Überbaubereichen (Schulen, Universitäten, Ingenieurschulen, Justiz, Krankenhäuser etc.).

Wir wollen dazu einen Beitrag leisten an Hand der Kritik an Theorie und Praxis der Deutschen Kommunistischen Partei und ihrer Bündnispolitik. Die Mairevolte in Frankreich hat gezeigt, daß eine Kritik an der revisionistischen Strategie der KP nicht erst dann erfolgen darf, wenn diese revolutionäre Massenbewegungen demoralisiert und mit dem monopolkapitalistischen Staatsapparat paktiert. Selbst bei den unter weniger verschärften Bedingungen erfolgten Streiks, vor allem im Bergbau, ordnete die DKP ihre Agitation dem Interesse der Gewerkschaftsbürokratie unter und verschwand in dem Augenblick von der Bildfläche, als die ersten praktischen Resultate der antigewerkschaftlichen Tendenzen – die Streikräte – durch die konzertierte Aktion von Gewerkschaften und Monopolen liquidiert wurden.

Die DKP betonte im Streik die Priorität des betriebsspezifischen Lohnkampfes und gleichzeitig die Notwendigkeit, die Gewerkschaften zu stärken. Durch diesen unausgesprochenen Widerspruch in ihrer Taktik wird die DKP längerfristig auf sie orientierte Gruppen von Arbeitern eher desorientieren als ihnen Bewußtsein über ihre Praxis vermitteln: die auf Tariflohnverträge ausgerichtete Lohnpolitik der Gewerkschaften entspricht nicht dem tatsächlichen Verlauf des Klassen-

kampfes. Dieser ist vielmehr bestimmt durch den konjunkturell bedingten Ausbeutungsgrad und die Kampfbereitschaft der Arbeiter im Betrieb und findet u.a. in den Effektivlöhnen seinen Ausdruck.

Wir widmen uns dieser Partei in erster Linie deshalb, weil die DKP sozialistische Arbeiterpolitik vertreten will und weil längerfristig radikalisierte Arbeitergruppen aus Mangel an Alternativen sich an der DKP orientieren, zumal diese Partei gegenwärtig im Vergleich zu anderen sozialistischen Gruppierungen organisatorisch soweit gefestigt ist, daß sie in die anstehenden Konflikte in der Produktionssphäre wieder aktiv eingreifen wird.

Unsere Kritik setzt an der politökonomischen Ableitung der Bündnisstrategie an und versucht, den Zusammenhang zu zeigen zwischen der nachstalinistischen Theorie der friedlichen Koexistenz, der Strategie der friedlich-demokratischen Erneuerung des monopolkapitalistischen Staates und der formaldemokratischen Struktur der DKP.

An entscheidenden Punkten, besonders jedoch in der Einschätzung des monopolkapitalistischen Staates als Instrument rationaler Kontrolle und Hebel zur Sozialisierung, reproduziert die DKP unter veränderten historischen Bedingungen die reformistischen Illusionen der Sozialdemokratie in der Zeit vor dem Faschismus. Auf allen Ebenen ihrer Praxis, im Betrieb, in den Kommunen und im gesamtgesellschaftlichen Rahmen vermag die Partei keine andere Perspektive zu entwickeln als die Eroberung von Machtpositionen in den mit dem Monopolkapitalismus entstandenen und zu dessen Sicherung funktionierenden Institutionen – um sie schließlich gegen die Herrschaft der Monopole zu wenden. Gerade im Betrieb offenbart sich der Verzicht auf eine revolutionäre Strategie in der Ausschließlichkeit der Ausrichtung auf die innerbetrieblichen Institutionen des "sozialen Friedens" (Betriebsrat, Mitbestimmungsgremien) und den Gewerkschaftsapparat. Auch in der Betriebsarbeit hat das Bündnis mit Parteilosen und den "linken" Sozialdemokraten absolute Priorität. Die DKP-Betriebsgruppen als Organisation der Partei an der Basis werden in dieser Strategie tendenziell überflüssig oder bekommen die gleiche Funktion wie die Betriebsgruppen der SPD: sie sollen den Einfluß der Partei auf die Besetzung gewerkschaftlicher und anderer Arbeitnehmer-Positionen garantieren. Außerdem hat der Parteiapparat in betrieblichen oder allgemeinpolitischen Krisensituationen über die in den Betriebsgruppen organisierten Arbeiter unmittelbaren Einfluß auf das Verhalten an der Basis und kann damit einer möglichen Loslösung von der Orientierung auf den Parteiapparat vorbeugen.

Obwohl unsere Kritik primär an der Theorie der DKP orientiert ist, zeigt sich auch hier schon der Unterschied zur sozialistischen Studentenbewegung: wurde hier in den vergangenen Jahren die Debatte um entscheidende strategische Fragen auf breiter Grundlage geführt, waren die jeweiligen Schritte weitgehend Ergebnis sich entwickelnden Selbstbewußtseins und praktischer Verarbeitung von Erfahrungen, so drückt sich in der organisatorischen Entwicklung und der Strategie der DKP die Zerstörung der revolutionären Traditionen und die Demoralisierung der deutschen Arbeiterklasse aus. Entsprechend dem niedrigen Niveau der Klassenkämpfe in der Bundesrepublik konnte sich noch einmal eine Arbeiterpartei etablieren, die alle Fehler und Widersprüche der vergangenen Kämpfe in sich vereinigt, ohne daß sie von radikalen Gruppen der Arbeiterklasse selbst in Frage gestellt worden wäre.

Die Erfahrungen der Streiks aber deuten an, daß in den nächsten Phasen radikale und notwendigerweise spontane Aktionen über den Kopf der DKP hinweggehen, und sie unfähig ist, die mobilisierten Fraktionen organisatorisch zu konsolidieren, es sei denn durch eine erneute Fixierung auf die bestehenden Institutionen, welche eben in radikalen Aktionen durchbrochen wird.

Der gewerkschaftlich-reformistischen Linie der DKP gilt es, eine sozialistische Strategie entgegenzusetzen, welche die aus der Studentenbewegung entwickelten Formen der Basis- und Betriebsarbeit durch die Überwindung ihrer kleinbürgerlichen und sektiererischen Zersplitterung auf die von den Streikaktionen der Arbeiter im Ruhrgebiet und Norddeutschland gestellten politischen und organisatorischen Fragen ausrichtet.

Unter dieser Notwendigkeit hätte auch eine Analyse der revisionistischen Politik der DKP zu stehen. Diese Broschüre wurde vor der Streikbewegung geschrieben. Das entschuldigt deren jetzt signifikante Mängel nicht, sie sind im Gegenteil sehr viel deutlicher zum Vorschein gekommen.

Westberlin, im September 1969

TEIL A (PROJEKTGRUPPE DKP)

I. IM VERTRAUEN AUF DEN RECHTSSTAAT

1. Der Initiativ-Ausschuß zur Wiederzulassung der KPD

Die KPD als Interessenverband

Mit der Gründung des Initiativ-Ausschusses am 13. März 1967 leitet die KPD[1] - verzögert durch die Illegalisierung und die DDR-feindliche Politik der Bundesrepublik - den Übergang ein zur vollen praktischen Entfaltung der Strategie der friedlichen Überwindung des Kapitalismus im Zeitalter der friedlichen Koexistenz. Diese Strategie, unter illegalen Kampfbedingungen nur in Ansätzen verfolgbar, hatte die Rückkehr zur Legalität der Partei als Grundvoraussetzung.

1968 ist der Schnittpunkt erreicht, an dem sich die revisionistische Strategie der KPD so weit entwickelt hat, daß sie sich als DKP bruchlos in die herrschende Gesellschaftsordnung und Verfassungsinterpretation einfügen kann.

Der Initiativ-Ausschuß hebt den Kampf der KPD gegen Illegalität und Ausschaltung aus "dem politischen Leben" auf eine neue Stufe, ohne jedoch die Zielrichtung der gesamten Kampagne seit dem Parteiverbot 1956, das Bonner Kabinett, aus den Augen zu verlieren. Der Parteitag vom Juni 1963 fixierte in einer "Programmatischen Erklärung"[2] die Strategie der Volks- und Einheitsfront aller Demokraten und Sozialisten nach dem XX. Parteitag der KPdSU auch für die KPD. In den Jahren danach, als die Diskussion um das Parteiverbot vor allem von liberalen Juristen verstärkt geführt wurde, arbeitete die KPD primär mit diplomatischen Mitteln (Briefe M. Reimanns an die Bundesregierung[3], Weißbüchern[4], Memoranden[5]) und versuchte, Petitionsbewegungen für die Aufhebung des Parteiverbots in den verschiedenen Bundesländern zu initiieren. Der Anstoß zu einer Massenbewegung gegen das Parteiverbot gelang in diesen Jahren nicht.

Die nun 1967 als "Freunde Max Reimanns", explizit nicht als KPD-Mitglieder auftretenden ehemaligen KPD- und FDJ-Funktionäre K. Schabrod, R. Scheringer, K. Erlebach, M. Kapluck und F. Ahrens kündigen zwar ihre Tätigkeit in einem Einschreibebrief an die Bundesregierung und die Fraktionsvorsitzenden der Bundestagsparteien an. Sie versuchen jedoch gleichzeitig, innerhalb der traditionellen Sympathisanten-Schichten in der Arbeiterklasse und darüber hinaus bei der

studentischen und Arbeiterjugend für die Aufhebung des Parteiverbots zu agitieren und die Position der KPD zu allen politischen Fragen zu erläutern. Die Ausschußmitglieder fungieren außerdem auf überregionaler und regionaler Ebene als Repräsentanten der Partei in den verschiedenen Bündnisorganisationen.6)

Der Versuch, die Kampagne gegen das Parteiverbot zu verbinden mit der Revolte der antiautoritären Bewegung an Schulen und Universitäten, dem Kampf gegen die NS-Gesetze und den Klassenkampfansätzen in den Betrieben, mußte jedoch in Widerspruch geraten mit der Ausrichtung auf den eigentlichen Addressaten der Kampagne. Da auch in dieser Phase das Primärinteresse darauf gerichtet war, dem Kabinett der Grossen Koalition die Grundgesetztreue der KPD vor Augen zu führen und gleichzeitig durch Druck der westdeutschen und internationalen Öffentlichkeit auf Kabinett und Parlament eine Revision des Verbots zu erreichen, erschöpften sich die Anstrengungen zur Mobilisierung an der Basis in der Organisation einer Heerschau von passiv bleibenden Befürwortern der Wiederzulassung der KPD7). Die Aktivitäten der Versammlungsteilnehmer - primär Arbeiter, Lehrlinge, Schüler und Studenten - ging über Applaus und Geldspenden in rote Fahnen nicht hinaus. Eine Vermittlung mit den Aktionen der Außerparlamentarischen Opposition gelang nur ansatzweise bei der ebenfalls stark parlamentarisch-rechtsstaatlich orientierten Kampagne "Notstand der Demokratie". In allen anderen Fragen klaffte ein Abgrund zwischen den Aktionsformen und den politischen Inhalten der radikalen Schüler- und Studentenbewegung und der Kampagne zur Aufhebung des KPD-Verbots.

Entsprechend der Volksfrontstrategie auf "breitester Grundlage" gelang es zwar, ein "Bündnis" zu schließen mit Gewerkschaftsfunktionären8), liberalen und halblinken Professoren, Pfarrern und einigen linken Sozialdemokraten, Konferenzen, Foren, Podiumsdiskussionen und Teach-ins massenhaft zu organisieren. Die wirksame Verbindung mit Kampagnen der antiautoritären Bewegung konnte jedoch bei dieser auf Honoratiorenpolitik ausgerichteten Taktik nicht gelingen. Die inhaltliche und organisatorische Ausklammerung forcierter Klassenkämpfe und radikaler Aktionen jenseits der Spielregeln der parlamentarischen Demokratie war vielmehr bedingende Grundlage dieses auf Seriosität angelegten Bündnisses. Mit dem Initiativ-Ausschuß beginnt die KPD sich völlig den im bundesrepublikanischen Kapitalismus gängigen politischen Kampfformen anzupassen und agiert, wie es Interessenverbände in einer "pluralistischen Demokratie" schon immer getan haben: die Mobilisierung an der Basis geschieht nicht,

um mit Aufklärung und radikalen Aktionen die praktische Überwindung der Ohnmacht im Kampf gegen die verschiedenen Unterdrückungsinstitutionen einzuleiten, sondern dient allein zur Verbesserung der Verhandlungsposition der Unterhändler der KPD im Gespräch mit der Bundesregierung[9]. Daß der praktische Kampf gegen das KPD-Verbot "die Grundlage des bestehenden Herrschaftsanspruchs und der herrschenden Politik erschüttern" würde[10], die auf Antikommunismus und erweiterte Reproduktion des Kapitalismus in der Bundesrepublik gegründet ist, wird von der KPD in ihrer Agitation unterschlagen. Statt dessen wirkt sie mit an der Sicherung des "sozialen Friedens" (Agnoli) und bietet sich an als Garant der bürgerlichen Demokratie; sie ordnet die Wiederzulassungsfrage ein in das Kalkül der Großen Koalition zur Sicherung der Herrschaft nach innen und außen. Die Fetischisierung der Legalität und des Grundgesetzes schlägt zurück auf die derart vorgetragene Forderung nach Relegalisierung. Die Bundesregierung versucht garnicht, die Änderung der KPD-Politik seit dem putschistischen Programm von 1952 zu leugnen, leitet jedoch aus dem Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie die legalistische Aufforderung ab, eine neue KPD zu gründen.[11] Der Initiativ-Ausschuß bringt dagegen nur die Amnestiefrage und verfassungsrechtliche Bedenken, jedoch kaum politische Argumente ins Spiel[12]. Dem Bonner Kabinett wird klarzumachen versucht, wie sehr doch eine Aufhebung des Parteiverbots das Image dieser Regierung verbessern würde. Die "Öffentlichkeit des In- und Auslandes" würde sich vielleicht auch eher mit der Existenz der NPD abfinden, wenn die KPD frei agieren dürfe[13]. Endgültig wäre allein mit der Relegalisierung der KPD dem häßlichen Vergleich der BRD mit den faschistischen Militärdiktaturen Westeuropas die Grundlage entzogen[14]. Gleichzeitig wird ein Tauschhandel angedeutet, in dem die DDR mit menschlichen Erleichterungen auf die Wiederzulassung der Partei reagieren würde[15]. Die Politik der KPD interpretiert der Initiativ-Ausschuß entsprechend den von H. Ridder in seinem Privatgutachten (!) vom April 1965 aufgestellten Bedingungen für die Legalisierung der KPD[16]. Eine KPD wird proklamiert, wie sie demokratischer und systemkonformer kein Pluralismus-Theoretiker hätte erfinden können.
Zwar war schon die auf dem Parteitag 1963 beschlossene politische Linie "ein bemerkenswertes Opfer auf dem Altar der Grundgesetzloyalität"[17]. Der Initiativ-Ausschuß stellt sich die Aufgabe, auf der Grundlage der damals beschlossenen "Programmatischen Erklärung" die Strategie der KPD so zu interpretieren, daß sie für das Bonner Kabinett akzeptabel und ungefährlich erscheint und dennoch weiterhin als Alternative zur Politik der Monopole propagiert werden kann.

Immer wieder beteuern die Redner der Wiederzulassungskampagne, daß "es keine kommunistische Partei geben wird", die "auf ihre sozialistische Zielsetzung verzichten wird"[18]. Damit ist exakt den Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts entsprochen und dennoch vage von Sozialismus die Rede[19]. Allein durch abstrakte Prinzipientreue, nicht mehr durch ihre revolutionäre Strategie und Taktik unterscheidet sich die "kommunistische" von einer anderen Partei. Bestanden bei Ridder oder dem Bundesinnenministerium nach 1963 noch Zweifel an der Grundgesetztreue und der liberalen Haltung der KPD, so muß diese "in einem anderen Licht erscheinen, wenn die nunmehr anvisierte 'Diktatur des Proletariats' sich der Sache nach als eine demokratische Mehrheitsherrschaft darstellen sollte"[20]. Der Initiativ-Ausschuß betont nun, "sie wollten nicht die Verfassung sabotieren, sondern Verfassungswirklichkeit und Verfassungstheorie wieder in Einklang bringen. Die Kommunisten wollen in ihrem Programm den demokratischen Parlamentarismus erhalten."[21] Mit Recht wird das "idealtypische Bild", das bornierte Richter des Bundesverfassungsgerichts vom Begriff der Diktatur des Proletariats haben können, kritisiert. Die "geschichtlich damit verbundenen demokratischen Formen dieser Herrschaft" der Arbeiterklasse unter den heutigen Bedingungen sieht die KPD in einer Parlamentskoalition mit der SPD[22]. Das Grundgesetz, juristische Grundlage der Strategie, wird von der KPD nicht nur gegen den Neofaschismus verteidigt, sondern bestimmt auch den Rahmen realisierbarer Veränderungen.[23]

Angesichts solcher Angebote, sich voll den Prinzipien der bestehenden Herrschaft zu unterwerfen, und angesichts der anwachsenden Revolte der antiautoritären Bewegung, die sich weder Sorgen um das Ansehen der Großen Koalition macht, noch den bestehenden Legalitätsrahmen und die ihn stützenden Institutionen respektiert, erscheint die KPD zur rechten Zeit und als Retter aus vielen Nöten. Nicht nur H. Wehner[24] und W. Brandt[25] sind für eine legale KPD. Gegen die abstrakt-rechtsstaatlichen Bedenken Heinemanns und den funktionslos blinden Antikommunismus in Teilen der CDU/CSU und der Presse vertreten die SPD-Minister auch in dieser Frage das Realitätsprinzip des Kapitalismus besser und wissen sich darin einig mit den Blättern der Großindustrie. Klar wird von den Herrschenden die antiautoritäre Bewegung als gefährlicherer Gegner eingeschätzt und die Spaltungs- und Disziplinierungsfunktion einer legalen revisionistischen KPD erkannt[26], wie sie sich bei den Osteraktionen 1968 schon andeutete und wie sie dann am 1. Mai 1969 und bei den Aktionen in Hannover voll zum Ausdruck kam.

2. Der Programmentwurf der KPD vom Februar 1968

Friedliche Koexistenz und Verteidigung der bestehenden Herrschaftsstrukturen

Da die Aufforderungen aus Bonn zur Gründung einer neuen KPD nicht nachließen und die Bundesregierung gleichzeitig gegenüber der kompromißlosen Forderung nach Rücknahme des Parteiverbots und Wiederzulassung der illegalisierten Organisation unzugänglich blieb, wurde die KPD gezwungen,. die Schwäche der Bewegung gegen das Verbot einzugestehen, und sie versuchte, mit der Veröffentlichung eines Programmentwurfs dem Verlangen der Bundesregierung einen Schritt entgegenzukommen.

Ludwig Landwehr lud am 8.2.68 als Mitglied der "Verhandlungskommission" der KPD zu einer Pressekonferenz in Frankfurt ein, um mit den anderen Kommissionsmitgliedern Grete Thiele, Max Schäfer und Herbert Mies, letztere damals noch Mitglieder des ZK der KPD, den Programmentwurf der KPD der Öffentlichkeit zu übergeben und zu erläutern[27]. Auf Veranlassung des Bundesinnenministers Lücke verkündete ein hessischer Kriminalbeamter den Kommunisten und den 70 anwesenden Journalisten das Verbot der Pressekonferenz. Mies und Schäfer beantworteten dennoch Fragen zum Programmentwurf und wurden von schwitzenden PoPos aus dem Saal geschleppt. Die Presse hatte einen sensationellen Skandal zu melden, und die Bundesregierung war in die peinliche Situation gebracht, erklären zu müssen, weshalb sie zur Gründung einer grundgesetzkonformen KPD ermuntert, einen entsprechenden Programmentwurf jedoch nur den Beamten des Bundesinnenministeriums als Lektüre zumuten wollte. Mies und Schäfer wurden verhaftet und, nachdem man sie gefesselt einem Vernehmungsrichter vorgeführt hatte, entlassen; gegen sie und G. Thiele wurden Strafverfahren eingeleitet. Die PoPo beschlagnahmte in Frankfurt 45 000 Exemplare des Programmentwurfs, die der Initiativ-Ausschuß dort in Auftrag gegeben hatte, und in Neumünster nochmal 60 000 Exemplare[28].

Am Anfang seiner Rede "Zum Programmentwurf der KPD" auf der 11. Tagung des ZK der KPD im Januar 1968 erläuterte der Erste Sekretär des ZK, Max Reimann, die Notwendigkeit und Bedeutung eines neuen KPD-Programms gerade zu diesem Zeitpunkt[29]. Danach ist die Bundesrepublik an einem "Schnittpunkt der Nachkriegsentwicklung"[30] angekommen, wo sich die expansionistische Politik des deutschen Imperialismus verschärft und eine neofaschistische Partei offiziell gefördert wird, d.h. "es zeichnet sich die Gefahr einer

Militärdiktatur mit faschistischen Zügen ab"[31]. Da es der KPD, "der Arbeiterklasse und allen demokratischen Volksschichten 1945 in den Westzonen nicht gelang, die 'demokratischen Aufgaben' zu lösen", steht nun ein neues 1933 vor der Tür[32]. Das einzige Mittel gegen diese "Sammlung der Rechtskräfte" ist eine "antifaschistische Front", die "die breitesten Volksschichten" umfaßt und die Unterstützung aller friedliebenden Völker der Welt genießt[33]. Für die KPD wiederholt sich die Geschichte und gibt Gelegenheit, vergangene Strategien zur Abwehr des Faschismus wiederzubeleben. Die Partei will dabei jedoch nicht die Fehler von 1933 wiederholen und im Sieg des Faschismus die objektive Schwäche des Kapitalismus entdecken, woraus folgt, daß "jetzt in Deutschland ein neuer revolutionärer Aufschwung beginnt"[34]. Vielmehr greift sie 1968 zurück auf den "Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945 an das deutsche Volk zum Aufbau eines antifaschistisch-demokratischen Deutschlands"[35]. Damals ging es um die "demokratische Umwälzung ... unter den Bedingungen eines am Boden liegenden Macht- und Terrorapparats"[36], heute um die "Entscheidung, entweder den reaktionären Weg in den Abgrund zu gehen oder für eine friedliche Zukunft zu kämpfen"[37]. Zu den heutigen objektiven Bedingungen des Kampfes gehört nicht nur, daß im vollentwickelten Staatsmonopolistischen Kapitalismus der Staatsapparat ausgebaut ist, sondern auch "der Fäulnisprozeß des Staatsmonopolistischen Kapitalismus, seine wachsenden inneren Widersprüche, ... die Veränderung der Kräfteverhältnisse im internationalen Maßstab und in Deutschland, das den Spielraum für den Imperialismus immer mehr einengt"[38].

Ohne daß es eines genaueren Nachweises ihrer Funktion in den Kämpfen an der Basis und im Überbau der Gesellschaft bedarf, beansprucht die KPD die Führungsrolle innerhalb dieses antifaschistischen Bündnisses. Sie hat für die Einhaltung ihrer absolut richtigen Strategie zu sorgen und die Interessen der Arbeiterklasse, die in dieser Phase identisch sind mit denen des Volkes, zu artikulieren[39]. Außerdem ist es die Aufgabe der KPD, für den Verlauf des antimonopolistischen Kampfes im Sinne der von der KPdSU abhängigen Teile der Arbeiterbewegung und entsprechend der sowjetischen Theorie der friedlichen Koexistenz zu sorgen[40].

Der neue Programmentwurf hat in dieser Phase einer "neuen Kriegsgefahr in Europa"[41] die entscheidende Aufgabe, durch eine umfassende Darstellung ihrer Position "die Partei zu befähigen, ihrer Verantwortung und führenden Rolle gerecht zu werden, die sich verschärfenden Auseinandersetzungen dadurch zu bewältigen, daß sie die Arbeiterklasse und die Jugend zu Kampfaktionen mobilisiert"[42] und eine "Offensive für die Legalität unserer Partei" als eine "poli-

tisch-ideologische Offensive für die Politik der Partei unter den Volksmassen" einzuleiten43).

Die auf der 11. ZK-Sitzung an Reimanns Referat anschließende Diskussion konkretisiert die von ihm angedeutete Sorge der KPD, auch des nur noch subjektiven Führungsanspruchs beraubt zu werden durch die Gründung einer linkssozialdemokratischen Konkurrenzpartei oder die Arbeit radikaler Studentengruppen im SDS44).

Der Programmentwurf selbst45) zeigt nicht nur klar die theoretische Schwäche der KPD, sondern ist auch ein exemplarisches Beispiel für die dogmatisierende Übertragung der sowjetischen Theorie der friedlichen Koexistenz. Die weltpolitische Einschätzung und Interessensituation von UdSSR und DDR geht bruchlos auf in der Strategie der KPD: das Ziel der westdeutschen Arbeiterbewegung deckt sich mit dem Interesse dieser Länder, den Aufbau des Sozialismus zu vollziehen in wirtschaftlichem Wettbewerb mit den hochindustrialisierten kapitalistischen Ländern und die innenpolitischen Kräfteverhältnisse dieser Länder zugunsten einer die Konsolidierung des Sozialismus fördernden Außenpolitik mit diplomatischen Mitteln zu verändern46).

Die Theorie der friedlichen Koexistenz - im Parteiprogramm der KPdSU 1961 umfassend kodifiziert - versucht die Vermittlung zu leisten zwischen nationalstaatlichen außenpolitischen Interessen der Sowjetunion und der Strategie und Taktik der internationalen revolutionären Bewegung. Durch rein philologische Berufung auf Lenin wird die Kontinuität dieser Linie seit der Entstehung der Sowjetmacht hervorgehoben und legitimiert. Schon in der stalinschen Politik tritt die selbständige revolutionäre Aufgabenstellung der kommunistischen Parteien außerhalb der UdSSR zurück hinter ihrer Funktion, die Einigung der kapitalistischen Staaten zu einem Krieg gegen die Sowjetunion zu verhindern. In der Theorie der friedlichen Koexistenz nach dem XX. Parteitag der KPdSU spiegelt sich das zugunsten der sozialistischen Länder gewandelte Kräfteverhältnis der internationalen Beziehungen. Angesichts der waffentechnischen Entwicklung zu Atombomben und atomaren Trägersystemen wird der Krieg als Mittel der Politik in der Auseinandersetzung der Systeme objektiv unmöglich, der Untergang der Menschheit wäre die Alternative. Mit dieser Orientierung am machtpolitischen Status quo wird die Frage von Krieg und Frieden gelöst aus dem Zusammenhang der nationalen und internationalen Klassenkämpfe und unter der Perspektive der Abschreckung und des Machtgleichgewichts gesehen.

Kolonialrevolutionen und die Entfaltung gewaltsamer Klassenkämpfe in den hochindustrialisierten kapitalistischen Ländern müssen jedoch dieses labile Gleichgewicht des Schreckens und die zur Verhinderung des Nuklearkrieges notwendigen Kommunikationsformen und verbindlichen Spielregeln zwischen den beiden Großmächten bedrohen. Der in dieser Theorie verwendete Begriff des "Internationalen Klassenkampfes" orientiert sich primär an den Kategorien staatlicher Machtpolitik zwischen den Systemen und ist nicht vereinbar mit Klassenkämpfen, die aufgrund der sozialen Antagonismen in diesen Ländern ausbrechen.

Da von vornherein unterstellt wird, daß die Ziele der sowjetischen Außenpolitik identisch sind mit denen der internationalen Arbeiterbewegung, erhält die demonstrative ökonomische Überlegenheit der Sowjetunion in der Koexistenztheorie für die Arbeiterklasse die revolutionierende Kraft eines Beispiels. Damit wird die ungestörte ökonomische Entwicklung der Sowjetunion und des sozialistischen Lagers mit dem Ziel, die USA in der industriellen Produktion einzuholen oder zu überflügeln, zu einem wichtigen Bestandteil der internationalen revolutionären Strategie. Der internationale Klassenkampf stellt sich dar als friedlicher Wettbewerb, ökonomische und politische Kooperation der beiden Großmächte.

Der derart gesicherte Weltfrieden soll sowohl den ausgebeuteten Ländern der Dritten Welt wie auch der Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder die besten Ausgangsbedingungen für den Kampf gegen den Imperialismus liefern. Allerdings verwandelt sich damit der Klassenantagonismus zwischen Arbeit und Kapital in den Gegensatz zwischen der Koalition der Friedenskräfte und dem kleinen, aber mächtigen Häuflein unverbesserlicher kriegerischer Imperialisten. Einzig im Bereich der Ideologie soll das Prinzip der Koexistenz nicht gelten, im exklusiven Reich der Ideen findet der kompromißlose, aber friedliche Kampf zwischen bürgerlicher und kommunistischer Ideologie statt.

Die Theoretiker der friedlichen Koexistenz wissen, daß die Zeit für den Sozialismus arbeitet: gelingt es, den Nuklearkrieg zu verhindern, Entspannungsmaßnahmen und friedlichen Wettbewerb voranzutreiben, müssen sich die Widersprüche in den kapitalistischen Ländern verschärfen.

Unterhalb der Schwelle dieser Politik liegen jedoch die "lokalen Kriege" und begrenzten imperialistischen Interventionen der USA. Hier kann die Sowjetunion nicht unmittelbar eingreifen, will sie nicht die in ihrer Außenpolitik vertretenen Grundlagen der eigenen Existenz aufs Spiel setzen.

Auf das Verhältnis von sowjetischer Politik und nationalen Befreiungsbewegungen kann hier nicht weiter eingegangen werden. Der Kampf der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern spielt sich ebenfalls ab innerhalb der weltpolitischen Zielvorstellungen der UdSSR. Aufgabe der kommunistischen Parteien außerhalb des sozialistischen Lagers ist es, maximale Voraussetzungen für die sowjetische Globalstrategie des friedlichen Wettbewerbs und der Realisierung der friedlichen Koexistenz zu schaffen. Deshalb wird der Analyse des Staatsmonopolistischen Kapitalismus die Strategie der Einheits- und Volksfront zur Erhaltung und Stärkung der kapitalistischen Demokratie gegen faschistische Tendenzen beigefügt. Trotz der Aggressivität des Imperialismus in der Krisensituation wird den Volkskräften der friedliche Weg zum Sozialismus über das Parlament möglich sein. Mit dieser Neuauflage der Volksfront-Theorie der dreißiger Jahre reproduziert sich deren Funktion: sie war damals entwickelt worden zur Sicherung der UdSSR vor einem faschistischen Krieg und ordnet sich nun ein in die Bemühungen, den internationalen Frieden zu garantieren durch den evolutionären Kampf der demokratischen und friedliebenden Kräfte gegen das Monopolkapital.

Diese strikte Orientierung der KPD strukturiert den Programmentwurf und unterscheidet sie damit von linkssozialdemokratischen Parteien Westeuropas, die zu ganz ähnlichen Strategien und Theorien über die Institutionen des bürgerlichen Staates wie die KPD kommen47).

Für die KPD wird die Existenz von DDR und UdSSR primärer Faktor im Kampf um die Überwindung des Kapitalismus, die Entwicklung der innergesellschaftlichen Klassenkämpfe tritt zurück. Die Krise des Staatsmonopolistischen Kapitalismus in der Bundesrepublik wird nicht analysiert im Zusammenhang von Kapitalkonzentration, Klassenkämpfen, Gewaltfunktion und Bürokratisierung der politischen Herrschaftsinstitutionen, Entpolitisierung der verschiedenen Schichten, sondern "die Macht der Sowjetunion" und die "Stabilität der DDR" sind "die wichtigste Ursache der Krise der westdeutschen Nachkriegspolitik"48).

Gleichzeitig wird der DDR die Funktion eines revolutionären Proletariats mit Beispielcharakter - nur eben jenseits der Grenzen - zugesprochen, ihre Existenz "schafft wesentlich günstigere Bedingungen für den Kampf um Frieden, Demokratie und soziale Sicherheit in der Bundesrepublik"49).

Die Entwicklung des Staatsmonopolistischen Kapitalismus in der BRD, innenpolitisch wie außenpolitisch durch die Politik der sozialistischen Länder an aggressiver Entfaltung gehindert, schafft die materiellen

Voraussetzungen des Sozialismus durch die immer stärkere Anwendung von Planungselementen und forcierte Konzentration des Kapitals[50]. Nicht nur in der "längeren Periode grundlegender demokratischer Reformen"[51], der "ganze(n) historische(n) Etappe des Kampfes um Demokratie ..., die noch keine sozialistische sein wird"[52], sondern auch "in einer sozialistischen Ordnung der Bundesrepublik"[53] können die vom Kapitalismus hervorgebrachten Herrschaftsinstitutionen des Staates erhalten bleiben. Sie sind nur zu "einem wirklichen Organ des Volkswillens"[53] umzufunktionieren durch den Einzug sozialistischer Abgeordneter und Beamter[54]. Es genügt für die Phase der antimonopolistischen Demokratie, zurückzukehren zur Ausgangskonstellation der Gründung der Bundesrepublik[55]. Das Parlament und die dreigeteilte Gewalt des Staatsapparats sind im Sinne "der verfassungsmäßigen demokratischen Ordnung" zu reinigen vom Einfluß des Großkapitals; Länderföderalismus und "demokratische Selbstverwaltung der Gemeinden und Städte" gegen die Monopole zu verteidigen, ist die erste Pflicht aller Sozialisten[56]. Obwohl diese Institutionen der bürgerlichen Klassenherrschaft als "geschäftsführender Ausschuß der Monopole" fungieren, kann im Rahmen der Strategie des friedlichen parlamentarischen Weges zum Sozialismus von ihren gesellschaftlichen Funktionen abstrahiert und die Umwandlung zu Instrumenten der "Herrschaft des Volkes" propagiert werden.

Um diese innenpolitische Hauptaufgabe der Gegenwart, "die Umwandlung der Bundesrepublik zu einem Faktor des Friedens"[57], zu lösen, bedarf es einer "breiten demokratischen Front aus allen Schichten des Volkes" einschließlich der Antikommunisten[58]. In diesem Begriff des "Volkes" werden die sozialen Kriterien zur Bestimmung von Interessen- und Bewußtseinslage der verschiedenen Schichten und Klassen sekundär gegenüber dem moralischen Kriterium der Friedensliebe. Die Antagonismen zwischen Lohnarbeit und Kapital in ihrer konkreten Form werden überlagert vom gemeinsamen Friedensinteresse, nichtmonopolistische Unternehmer sind Partner von Arbeitern und Bauern[59].

Daß sich dieses Bündnis nur streng im Rahmen der Gesetze der bundesrepublikanischen Gesellschaft bewegen darf, soll es nicht auseinanderfallen, ist klar. Weitaus folgenreicher ist jedoch die Tendenz, die Einheit des Bündnisses auf Kosten des Klassenkampfes an der Basis zu bewahren und die "führende Kraft der Arbeiterklasse" nur als quantitativen Begriff zu verwenden. Dieses Minimalprogramm, das, um Gegensätze auszuklammern und das Einigende in den Vordergrund zu stellen, die Entfaltung des Klassenkampfes ausklammert - daran sind

bürgerliche Antifaschisten interessiert - , enthüllt sich an diesem Punkt als Koalition mit Unternehmergruppen und anderen Antikommunisten zur Verteidigung der außenpolitischen Interessen der DDR, gegen radikale Aktionen von Studenten, Lehrlingen, Schülern und Arbeitern[60].

Gleichzeitig verändert sich im Rahmen dieser Strategie der Inhalt sozialistischer Praxis. Die Entscheidungsebene für Reformen ist das Parlament, das durch eine kommunistisch-sozialdemokratische Koalition zum "Organ des Volkswillens" wurde. Dementsprechend bestimmen Wahlkämpfe und Absprachen mit Repräsentanten "demokratischer Organisationen" die politische Praxis, die Bewußtwerdung der Arbeiterklasse in betrieblichen und außerbetrieblichen Kämpfen wird zum sekundären Problem. Außerparlamentarische Aktionen werden tendenziell zu Aktivitäten im vorparlamentarischen Raum, die ihren Sinn erst bekommen, wenn sie in einer parlamentarischen Vertretung kulminieren, denn das Parlament ist der institutionelle Ort zur Durchsetzung von Reformen[61]. Am Beispiel dieses "modernen Programms" wird im "Freien Volk" das Verhältnis von Reform und Revolution in der Strategie der KPD erörtert. Reform wird identisch mit revolutionären Maßnahmen, wenn nur das "sozialistische Endziel" nicht aus den Augen und von den Lippen kommt. Doch räumt M. Reimann ein, daß keine Vorstellungen vorhanden sind, wie die entscheidende Phase des Übergangs von der antimonopolistischen Demokratie zur Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft überhaupt vor sich gehen soll[62], es sei denn, man vertraut auf die Weisheit der KPD, in dieser Situation dann die adäquaten Ziele zu formulieren, und orientiert sich dabei an der Entwicklung der DDR[63].

Die KPD hofft vertrauensvoll auf ein Umschlagen des Bewußtseins aller beteiligten Schichten im antimonopolistischen Kampf zugunsten einer sozialistischen Gesellschaft[64], wobei auch dann noch nur das "großkapitalistische Eigentum" an Produktionsmitteln sozialisiert, d.h. die ideologische und materielle Reproduktion des Kapitalismus nicht ausgeschlossen werden soll[65].

So verschwimmen die beiden Phasen des Kampfes derart ineinander, daß die Übergangsphase der antimonopolistischen Demokratie identisch wird mit der "sozialistischen Ordnung" selbst. Die Revolutionäre der KPD verwandeln sich in kleinbürgerliche Radikale, und der Liberale wird zum Revolutionär gegen die Herrschaft des Kapitals[66].

Über die Widersprüche innerhalb des Herrschaftsapparats setzte sich der blinde Antikommunismus der CDU/CSU hinweg. Das Bundesinnenministerium beantwortete auch alle weiteren Versuche, den

Programmentwurf in die Öffentlichkeit zu bringen, mit einer spektakulären Verhaftungs- und Beschlagnahmewelle[68]. Nun rächte sich das "Vertrauen in die rechtsstaatliche Gesinnung der herrschenden Klasse" (H. Hannover)[69], die hinter dem Beharren auf einem formellen Neugründungsakt[70] mühsam verbarg, daß sie an einer total domestizierten KPD interessiert war. Sozial- und Christdemokraten übergingen deshalb die signifikanten Veränderungen in der Programmatik der KPD seit 1956 und beanstandeten - obwohl sie die inhaltlichen Neubestimmungen sahen[71] - Begriffe wie "Marxismus-Leninismus", "Diktatur des Proletariats" etc. In den zwei Monaten bis zu den Osterunruhen nach dem Attentat auf Rudi Dutschke versuchte die KPD, trotz des sich verschärfenden Polizeiterrors mit Flugblättern, Veranstaltungen und Verteilung des Programmentwurfs die öffentliche Diskussion voranzutreiben und die Empörung über die Polizeiaktionen wachzuhalten. Erstmals beteiligten sich Studenten und Schüler in größerem Umfang an illegalen Aktionen und sorgten für Veröffentlichung des Programmentwurfs[72].

Nach den Offensivaktionen gegen Springer, die in vielen Städten gegen starken Widerstand von Teilen der Außerparlamentarischen Opposition, darunter auch der KPD, über mehrere Tage hinweg stattfanden, und dem Riesenspektakel des "Marsches auf Bonn" auf allerbreitester Grundlage, das die Schwäche des Widerstands gegen die NS-Gesetze außerhalb der Hochschulen manifestierte, geht die anfängliche Begeisterung über die Breite der Diskussion und die Hoffnung auf baldige Aufhebung des Verbots im "Freien Volk" zurück.

Am 4. Juli schließlich führten die Mitglieder der KPD-Verhandlungskommission Gespräche im Bonner Justizministerium "auf höchster Ebene"[73], denen Kontakte mit allen einflußreichen Gremien und Personen vorangegangen waren. Die Parteimitglieder erfuhren davon aus der bürgerlichen Presse. Dem Bonner Kabinett war klargeworden, daß der von den Sozialdemokraten mit Billigung der CDU unternommene Versuch einer Isolierung der DDR innerhalb des sozialistischen Lagers (unter dem Namen "Neue Ostpolitik") durch die Legalisierung einer kommunistischen Partei wesentlich erfolgversprechender sein mußte. Andererseits konnten die KPD-Funktionäre gerade von sozialdemokratischen Verteidigern des sozialen Rechtsstaats keine Rücknahme des Parteiverbots erwarten. Was allerdings geklärt werden mußte, war die Frage der "Rechtssicherheit" im Falle einer Neugründung. Eines der wichtigsten Argumente gegen die Bonner Aufforderung zur Neugründung war der Hinweis der Kommunisten auf den disziplinierenden und bedrohlichen Charakter des KPD-Verbots für jede neue sozialistische Organisation. Prinzipiell gegen Neugründung war die KPD-Führung

schon nach der Veröffentlichung des Programmentwurfs nicht mehr gewesen[74]. Zwar hatte das CDU-Bundesinnenministerium auf die Veröffentlichung des Entwurfs mit Repressionen reagiert. Inzwischen hatten sich jedoch wohl die außenpolitischen Erwägungen der Sozialdemokraten durchgesetzt, zumal zwei Wochen nach dem Gespräch mit Heinemann das Landgericht in Düsseldorf und die Staatsanwaltschaft in Karlsruhe die Grundgesetzkonformität des Programmentwurfs feststellten[75]. Nach diesen Gesprächen war das Problem der Neugründung einer kommunistischen Partei nur noch eine Frage des geeigneten Zeitpunkts.

Auf der 12. ZK-Tagung Ende Juni zog M. Reimann das Fazit aus dem Kampf gegen die NS-Gesetze und orientierte die KPD auf Beteiligung an einem zu schaffenden Wahlbündnis für die Bundestagswahlen[76]. Trotz der "Gefahr einer gewissen Resignation" wegen der Annahme der NS-Gesetze stellt Reimann die zukünftigen Schritte in die Kontinuität der bisher praktizierten Bündnispolitik. Weil Teile der sozialdemokratischen Opposition gegen die NS-Gesetze angekündigt hatten, Notstandsbefürworter 1969 nicht zu wählen, "ist die Frage aufgeworfen: Wie verhält sich die demokratische Opposition zu den kommenden Bundestagswahlen? " Die Antwort ist leicht:

> "Man darf die CDU/CSU, die FDP und SPD im Bundestag nicht unter sich lassen. Auch die Gefahr, daß im nächsten Bundestag eine Fraktion der NPD vertreten sein könnte, unterstreicht die Notwendigkeit einer demokratischen Opposition im Parlament, die dort ihre Forderungen vertritt."

Zwar ist auch von Aktionen zur Eindämmung der NPD im Wahlkampf die Rede, das Parlament soll wie bei Bebel und Liebknecht Tribüne zur außerparlamentarischen Mobilisierung der Massen werden. Derlei Sätze haben jedoch reinen Beschwörungscharakter. Viel wichtiger als die Mobilisierung von "Massen" ist es, "ein Wahlbündnis zu schaffen, das von Vertretern der Arbeiterbewegung, der Bauern und des Mittelstandes bis zu antimonopolistischen Kräften des demokratischen und liberalen Bürgertums reicht." Die Unfähigkeit der KPD, die Massenmobilisierung zu verwirklichen und nicht nur als Phrase zu verwenden, enthüllt sich noch einmal am 12. Jahrestag des KPD-Verbots. In einigen Städten der Bundesrepublik bewegten sich winzige Demonstrationszüge durch die Straßen und forderten die Aufhebung des KPD-Verbots[77].

II. DIE DKP - EINE NEUE SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI

1. Die organisatorische Entwicklung der DKP

Die Entstehung der Partei

Am 26.9.1968 übergab ein "Bundesausschuß zur Neukonstituierung einer Kommunistischen Partei" in Frankfurt der Öffentlichkeit eine "Erklärung zur Neukonstituierung einer Kommunistischen Partei" und verkündete die am 25.9.68 vollzogene Neukonstituierung der DKP. Diese Öffentlichkeit war ebenso überrascht über den plötzlichen Schritt wie die Mitglieder und Sympathisanten der KPD, die davon erst aus der Lokalpresse erfuhren.

Münchner Mitglieder der KPD drückten in einem offenen Brief1) ihre Verärgerung über das eigenmächtige Vorgehen der Genossen Parteigründer aus und wandten sich gegen den reformistischen Inhalt der "Erklärung". Andere Teile der KPD strömten freudig in die endlich legale, neue KP, nachdem sie ihre anfängliche Verwirrung überwunden hatten. Selbst ein so profilierter kommunistischer Gewerkschaftsfunktionär wie der Betriebsrat K. Hartmeyer, Mitglied der Großen Tarifkommission der IGM (heute Mitglied des DKP-Parteivorstands) konnte zwar die Neukonstituierung "nicht ganz verstehen", wurde aber gleichzeitig Mitglied des konstituierenden Landesausschusses der DKP in Baden-Württemberg2).

Seit der Verabschiedung der NS-Gesetze und den Gesprächen der KPD-Verhandlungskommission in Bonn war längerfristig mit der Neugründung einer Kommunistischen Partei und mit der Eliminierung "anstößiger" Begriffe wie Marxismus-Leninismus, Diktatur des Proletariats etc. aus der Programmatik zu rechnen. Bei der Gründung der DKP wurde den Auflagen der Bundesregierung entsprochen3).

Mit dem Einmarsch der Warschauer Pakt-Staaten in die CSSR, den die KPD nicht nur als richtige Maßnahme akzeptierte, sondern auch mit den Argumenten der KPdSU-Führung unterstützte, wurde die auf allmähliches Eintreten in die Legalität ausgerichtete Taktik der KPD gefährdet. Da nahezu alle Organisationen der Außerparlamentarischen Opposition - wenn auch mit divergierenden Begründungen - den Ein-

marsch verurteilten, wurde die auf Bündnispolitik ausgerichtete Mitarbeit von Kommunisten ohne eigene organisatorische Grundlage in diesen Gruppen erheblich erschwert. Besonders angesichts eines sich abzeichnenden Bündnisses für die Bundestagswahl 1969 wurde die organisatorische Konsolidierung der eigenen Politik notwendig, eine Forderung, die M. Reimann schon nach dem Scheitern der DL in Baden-Württemberg erhoben hatte und die nun besondere Dringlichkeit bekam[4]. Nachdem sich die Spannungen im Arbeitsausschuß des "Sozialistischen Zentrums" in der Sitzung vom 22.9.68 bis hin zur Verunmöglichung gemeinsamer Willenserklärungen gesteigert hatten[5], wurde von den kommunistischen Sitzungsteilnehmern (Mitglieder des Initiativ-Ausschusses) noch am gleichen Tage die "Erklärung zur Neukonstituierung einer Kommunistischen Partei" entworfen[6]. Innerhalb von drei Tagen waren 31 Genossen verständigt und in Frankfurt versammelt; sie konstituierten die DKP und gingen so als organisierte Fraktion nach drei weiteren Tagen in die erste vorbereitende Konferenz für ein Wahlbündnis am 28.9.68 in Duisburg.

Der Aufbau des Parteiapparats

Von dem die Partei neu konstituierenden Bundesausschuß her entwickelte sich die Organisation von oben nach unten auf die Basis zu: innerhalb von 10 Tagen waren die Landesausschüsse in allen Bundesländern gegründet, nach einem Monat existierten alle 183 Kreisausschüsse. Allerdings konnte die Partei nicht mit gleicher Schnelligkeit Ortsausschüsse aus dem Boden stampfen. Hier an der Basis fehlte ihr ein entsprechender Funktionärskader[7].

Von vornherein wurden die Parteimitglieder vor die vollendete Tatsache dieses Organisationsskeletts gestellt. Entsprechend dem vertikalen Aufbauprinzip wurden auf der jeweils untergeordneten Ebene geeignete Genossen kooptiert, die ihrerseits genauso verfuhren. Die Bundesausschußmitglieder bildeten in den Ländern Landesausschüsse, die Landesausschußmitglieder fungierten als Kerne der Kreisausschüsse. Dabei wurden die Bundesausschußmitglieder in der Regel Landesausschußsprecher, die Landesausschußmitglieder wurden Kreisausschußsprecher usw.[8] Eine wesentliche Rolle bei dieser Aufbauarbeit spielten die "alten Kommunisten" (Erlebach)[9]. Damit war die Zusammensetzung der (vorläufigen) Parteileitungen auf allen Ebenen präjudiziert und die Möglichkeiten heterogener politischer Vorstellungen in der Partei eingeschränkt.

Als Zugeständnis an die Bundesregierung und die bürgerliche Öffentlichkeit erscheinen die Namen der inzwischen bis auf E. Glückauf,

E. Jungmann und O. Niebergall in die Bundesrepublik gekommenen Mitglieder und Kandidaten des Politbüros des ZK der KPD nicht unter der "Erklärung zur Neukonstituierung". Die Kontinuität zur KPD im Selbstbewußtsein der Parteigründer und dem Verständnis der KPD-Mitglieder an der Basis ist andererseits dadurch gewahrt, daß die meisten Bundesausschußmitglieder ehemalige leitende FDJ- und KPD-Funktionäre sind und die anderen Ausschüsse auch überwiegend aus ehemaligen KPD-Mitgliedern bestehen. In den untergeordneten Ausschüssen sind als neue Genossen Studenten und Jungarbeiter verstärkt vertreten.

Daß die neue Partei nicht etwa ein notdürftiger Ersatz ist, sondern inhaltlich und organisatorisch die Politik der KPD auf neuer Stufe fortführt, manifestiert sich durch die Vereinigung der Spitzen von DKP und KPD am 16.11.68, drei Wochen nach der ersten Bundeskonferenz der neuen Partei[10]. Auch damit ist die Verständigungsebene mit dem Bonner Kabinett nicht verlassen, das formal die DKP als eine "Organisation sui generis" anerkennt, "notfalls unter Zudrücken sämtlicher Augen"[11]. Um das zu unterstreichen, findet ein formell-informativer Briefwechsel zwischen der DKP und der KPD statt. M. Reimann bedankt sich artig für einen (nicht veröffentlichten) Brief der DKP: "Eure Mitteilung, daß sich am 25. September in Frankfurt/M ein Bundesausschuß zur Neukonstituierung einer Kommunistischen Partei gebildet hat, habe ich erhalten."[12] Damit wurde jedoch eine Absprache zwischen der KPD-Führung und den Neugründern nicht bestritten. (K. Erlebach: "Dazu braucht man nicht in die DDR zu fahren."[13]) Während mit diesem Briefwechsel die Fiktion von zwei verschiedenen, nebeneinander weiterbestehenden Organisationen aufrechterhalten wird, übernimmt die DKP in Wirklichkeit allmählich die politische Funktion der KPD[14]. Auch ihre Betriebsarbeit wurde bald von DKP-Betriebsgruppen übernommen, sodaß die gesamte KPD-Tätigkeit in der Bundesrepublik in die DKP überführt wird.

Dennoch behielt M. Reimann zunächst eine begrenzte Funktionalität. Obwohl inzwischen die Mitglieder der KPD-Verhandlungskommission in die DKP-Leitung kooptiert worden waren, tritt Reimann weiterhin als "Leiter" dieser nur noch imaginären Kommission auf und kämpft als einsamer Repräsentant seiner Partei für deren Relegalisierung, indem er "Schritte zu Verhandlungen über Aufhebung des KPD-Verbots einleiten" will[15], da "die Aufrechterhaltung des KPD-Verbots auch eine neukonstituierte Kommunistische Partei bedroht"[16]. Darüber hinaus pflegt die KPD-Führung in der Aufbauphase der DKP die internationalen Beziehungen der westdeutschen Kommunisten zu den

Bruderparteien, um gerade in der Zeit nach dem CSSR-Einmarsch die Position der neuen Partei innerhalb des Wahlbündnisses ADF nicht durch ständige offizielle Solidaritätserklärungen mit der Politik der fünf Warschauer Pakt-Staaten zu komplizieren. Erst im Juli 1969 beginnt die DKP, eigene bilaterale Kontakte zu den ausländischen KPs anzuknüpfen[17].

2. Von der Avantgarde-Partei zur "Organisierten Gemeinschaf

Das Statut der KPD von 1963

Die den Parteiapparat tragenden Funktionäre der DKP mußten versuchen, eine Organisationsstruktur zu entwickeln, die einerseits den Bestimmungen des Parteiengesetzes[18], andererseits den Erfordernissen der Bündnispolitik und dem nur noch indirekt vorgetragenen Führungsanspruch gerecht wurde. Die DKP trat auf mit dem Anspruch, innerparteiliche Demokratie zu praktizieren, vor allem, um mobilisierte Studenten, Jungarbeiter und enttäuschte SPD-Mitglieder nicht abzuschrecken. Da verhindert werden sollte, daß sich die DKP zu einer sozialistischen Volkspartei, einem Sammelbecken von Sozialisten verschiedenster Richtungen entwickelte, griff man zurück auf die traditionellen Organisationsprinzipien der KPD. Schon das Statut der KPD von 1963 war der Versuch, Führungsanspruch und Strategie des antimonopolistischen Bündnisses aller friedliebenden Kräfte zu verbinden.

Dem Parteitag der KPD vom Juni 1963 lag der Entwurf eines Statuts zur Beschlußfassung vor, der das bisher gültige Parteistatut von 1951 zu ersetzen hatte. Das einstimmig beschlossene neue Statut[19] sollte die Veränderungen "im Leben unserer Partei, in Westdeutschland und im Weltmaßstab" berücksichtigen, die "gekennzeichnet (sind) durch den unaufhaltsamen Vormarsch des Sozialismus in der Welt und in Deutschland"[20]. So wurde sieben Jahre nach dem Verbot der KPD nicht nur eine Struktur festgelegt, die eher den Anforderungen der Illegalität entsprach, sondern im expliziten Bezug auf den XXII. Parteitag der KPdSU (November 1961) und den VI. Parteitag der SED (Januar 1963) wurden die Verteidigung der DDR besonders fixiert und - mit einiger Verspätung - Ansätze einer Entstalinisierung der

Partei mit der Betonung der Leninschen Normen des Parteilebens durchgeführt. Die auf dem gleichen Parteitag beschlossene Programmatische Erklärung formulierte die Strategie des antimonopolistischen Kampfes aller demokratischen Kräfte. Das Statut nahm diese Strategie auf, setzte sich jedoch gleichzeitig in Widerspruch dazu mit der Fixierung tradierter Organisationsprinzipien. Obwohl es nach der Strategie nicht mehr um die Überwindung des nur tradeunionistischen, reformistischen Bewußtseins der Arbeiterklasse und die Errichtung der Diktatur des Proletariats unter Führung einer kommunistischen Avantgarde ging, ist auch 1963 die KPD noch bezeichnet als "die Partei der Arbeiterklasse, ihr bewußter und organisierter Vortrupp, die höchste Form der Klassenorganisation in der Bundesrepublik"[21]. Gleichzeitig schlägt sich jedoch auch die umfassende Bündnisstrategie nieder, wenn auch von der Zusammenarbeit mit nichtmonopolistischen Unternehmern noch nicht die Rede ist. Im nächsten Satz des Statuts wird die KPD unvermittelt definiert als "der freiwillige Zusammenschluß des fortgeschrittensten Teils der Arbeiterklasse, der werktätigen Bauernschaft, der Intelligenz und anderer werktätiger Schichten in der Bundesrepublik".

Erst im Statut der DKP wird versucht, diesen Widerspruch zwischen einer den Bedingungen der russischen Revolution abgewonnenen Organisationsstruktur und den Erfordernissen der Strategie des friedlichen Weges zum Sozialismus zu versöhnen.

Die leninistischen Organisationsprinzipien (Wählbarkeit aller leitenden Organe der Partei von unten nach oben, Rechenschaftslegung der Parteiorgane vor ihren Parteiorganisationen und vor den übergeordneten Organen, Verbindlichkeit der Beschlüsse der höheren Parteiorgane für jede untere Organisation, straffe Parteidisziplin und Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit, Kollektivität der Leitung, Kritik und Selbstkritik aller Organe und Grundorganisationen) sind, aus ihrem historischen Bezugsrahmen gelöst, zu allgemeingültigen Organisationsprinzipien erstarrt und bekommen 1963 noch einen antistalinistischen Akzent. ("Der Personenkult ist dem Wesen einer marxistisch-leninistischen Partei fremd und muß bekämpft werden.")

In unhistorischer Verallgemeinerung wird auch das Fraktionsverbot innerhalb der Partei - von den Bolschewiki in der Phase akuter Gefährdung der Diktatur des Proletariats eingeführt - in das neue Statut hineingenommen. Die seit der alten SPD übliche schematische Untergliederung der Partei an der Basis in Wohn- und Betriebsgruppen wird nicht weiter strategisch abgeleitet, deren Aufgaben nur vage bestimmt. "Die wich-

tigste Grundorganisation ist die Betriebsgruppe... Die Grundorganisationen verbinden die Partei mit den Arbeitern, den werktätigen Bauern und allen demokratischen Schichten in Stadt und Land."

Diese dogmatisch übernommenen Organisationsprinzipien müssen unter den Bedingungen der friedlichen Koexistenz und der Teilnahme an den Spielregeln der bürgerlichen Demokratie zum bürokratischen Versuch werden, die politische Linie des ZK auf allen Ebenen der Partei durchzusetzen und jegliche die Macht der oberen Parteileitungen gefährdende Spontaneität an der Basis auszuschalten[22].

Statut und Organisationsstruktur der DKP

Das 11. ZK-Plenum vom Januar 1968, das den neuen Programmentwurf der KPD diskutierte, wählte auch eine Kommission, "die dem ZK Vorschläge für Veränderungen am Parteistatut vorlegen" sollte[23]. Über die Arbeit dieser Kommission, die die Aufgabe hatte, den 1968 vorsichtiger formulierten Führungsanspruch der KPD mit den leninistischen Organisationsprinzipien, den Notwendigkeiten der breiten Bündnispolitik und den Vorschriften über die politischen Parteien in der Bundesrepublik in Einklang zu bringen, ist nichts mehr in die Parteipresse gedrungen. Jedoch ist die bezeichnete Problematik konstitutiv für den Inhalt des Statuts der DKP und dessen Entwürfe.

In der politischen Linie der DKP findet nach mehreren Stufen in der Programmatik der KPD die Entwicklung einer reformistischen Strategie des Bündnisses aller Friedliebenden ihren vorläufigen Abschluß. Klar wird nun getrennt zwischen einer Phase der Durchsetzung von Reformen durch die Aktionseinheit aller sozialistischen und antimonopolistischen Kräfte und dem Kampf um das sozialistische Endziel, Ergebnis der Lernprozesse der vorangegangenen Auseinandersetzungen, zwischen einem relativ detaillierten Minimal- und einem vagen Maximalprogramm.

Die im KPD-Programmentwurf 1968 entworfenen Grundlinien der Strategie bleiben erhalten, nach wie vor hat die Erhaltung des Friedens in Westeuropa Vorrang gegenüber der Entfaltung des Klassenkampfes in der Bundesrepublik[24]. Allerdings wird die enge Verbindung mit der DDR-Entwicklung schwächer akzentuiert. Von der objektiven Möglichkeit des Sozialismus in der Bundesrepublik ist explizit nicht mehr die Rede, wenn auch die in der Theorie des Staatsmonopolisti-

schen Kapitalismus formulierte Einschätzung der ökonomischen Entwicklung und der Rolle der staatlichen Planung weiterhin Grundlage der Politik bleibt.

In beiden Etappen dieses friedlichen Weges zum Sozialismus, wobei in der ersten, relativ selbständigen Phase Sicherung des Friedens, reale Demokratie für das Volk, soziale Sicherheit und bessere Lebensverhältnisse, fortschrittliche Bildungs- und Kulturpolitik[25] die Zielschwerpunkte bilden, sind die objektiven Interessen der Arbeiterklasse strukturell identisch mit denen aller anderen nichtmonopolistischen Schichten der Bevölkerung. Dennoch ist die Arbeiterklasse objektiv in "ihre(r) Stellung als ausgebeutete Klasse in der kapitalistischen Großproduktion, ihre(r) Stärke, Organisiertheit und Solidarität ... Hauptkraft der gesellschaftsverändernden Bewegung"[26]. In ferner Erinnerung an die Marxschen Sätze, daß das Proletariat, wenn es sich als Klasse befreit, die ganze Gesellschaft aus ihren Fesseln löst, wird die Arbeiterklasse bei Überwindung bürgerlicher und rechtssozialdemokratischer Anschauungen nun "zur einigenden Kraft aller Volksschichten"[27]. Die angedeuteten spezifischen Entfremdungserscheinungen und Bewußtseinsformen bedingen nicht mehr entsprechende Organisations- und Kampfformen der Arbeiterklasse, sondern sie hat von vornherein ihre Interessen durchzusetzen im Bündnis mit Bauern, Mittelstand und kleinen Unternehmern. Einfach weil sie auf der untersten Stufe der Unterdrückungspyramide des Monopolkapitalismus steht und quantitativ den größten Anteil im Lager der antimonopolistischen Kräfte stellt, ist sie nach wie vor der wichtigste Faktor des Kampfes für die DKP.

Von daher bestimmt sich auch die veränderte Funktion einer kommunistischen Partei im Statut der DKP. Der Widerspruch, gleichzeitig Avantgarde-Partei des Proletariats und organisatorischer Ausdruck der Bündnispolitik zu sein, ist aufgelöst, weil die erste Funktion der Partei strategisch nicht mehr abgeleitet werden kann. Führungsansprüche erhebt die DKP nur noch moralisch mit dem Hinweis auf die "Lehren eines mehr als hundertjährigen Kampfes der Arbeiterbewegung und die Erfahrungen der Nachkriegsentwicklung"[28] oder mit der Herleitung ihrer Strategie vom "wissenschaftlichen Sozialismus", was sie von allen anderen linken Organisationen unterscheiden soll. Die "marxistische Kampfpartei" DKP versteht sich "als ein Teil der Arbeiterklasse und aller Werktätigen, als einigende Kraft und (strebt) die partnerschaftliche gleichberechtigte Zusammenarbeit mit Sozialisten und Demokraten (an)"[29]. Ihre Aufgabe ist es, die für die Bündnisstrategie entscheidende Rolle der Arbeiterklasse organisatorisch zu vertreten, deren Interessen zu formulieren und "in die sich entwickelnden

Bewegungen und Aktionen der Massen Bewußtheit und Organisiertheit hineinzutragen"[30]. Der Anspruch, "eine politische Organisation der Arbeiterklasse und aller Werktätigen" zu sein, bezieht sich genau darauf: zu achten, daß sich Aktionen radikaler Gruppen der Arbeiterklasse nicht entfernen aus dem sorgsam gehüteten Feld der Bündnispolitik, die allein Garant des friedlichen Hineinwachsens ins Parlament sein kann. Aus der Perspektive des Parteiapparats wird aus der DKP bei dieser Aufgabe "eine organisierte Gemeinschaft, die ihre Mitglieder in Parteigruppen erfaßt und sich eng mit den arbeitenden Menschen verbindet"[31].

Auch bei der DKP sind Betriebs- und Wohngruppen die Grundeinheiten der Partei, wobei "die Mitwirkung des Mitglieds in der Betriebsgruppe Vorrang hat"[32]. Wie wenig die Organisationsstruktur dieser Partei darauf zugeschnitten ist, den Klassenkampf an der Basis voranzutreiben und die Herrschaftsstruktur des Kapitals im Betrieb anzugreifen - wie weit also die politische Arbeit im Betrieb ein allen anderen Sektoren gleichrangiges Problem geworden ist, zeigt sich darin, daß über die näheren Umstände und Formen der "Verbindung mit den arbeitenden Menschen" in Statut und Grundsatzerklärung nichts gesagt wird. Damit soll nicht bestritten werden, daß Betriebsgruppen der DKP ihre Aufgabe im Klassenkampf wahrnehmen, es gibt dafür bereits einige Beispiele. Deren strategische Funktion für die Mobilisierung der Arbeiter im Betrieb und für die Politik der Partei wurde jedoch weder auf dem Parteitag noch auf der Betriebsarbeiterkonferenz am 1.3.69 in Dortmund (Thema: "Mitbestimmung und soziale Sicherheit") diskutiert, noch ist dies in den Dokumenten der Partei entwickelt.

Die DKP hat ihr formales Organisationsmodell von der KPD übernommen und ist nicht in der Lage, es inhaltlich nach Schwerpunkten aktueller oder zu erwartender Klassenkämpfe (z.B. in expandierenden Monopolbereichen mit starker extensiver und intensiver Ausbeutung der Arbeitskräfte, in stagnierenden und von Schließung bedrohten Branchen wie dem Ruhrbergbau) zu strukturieren. Die 466 Anträge zum Statutenentwurf zeigen generell[33], daß sich die nicht geführte Organisationsdebatte in der Partei niederschlug als Mangel organisatorisch-politischer Alternativvorstellungen zu den formal-sozialdemokratischen Vorstellungen der Parteiführung. Deshalb konnte sie auf dem Parteitag erleichtert feststellen: "Die Grundlinie unseres Statuts, die allgemeingültigen Prinzipien einer marxistischen Partei, wurden in der Parteidiskussion bestätigt und ist Inhalt des vorliegenden überarbeiteten Entwurfs des Statuts."[34] Um die streng zentralistische Struktur der Partei zu wahren, wurden alle Versuche, Formen der horizontalen Kooperation der Grundeinheiten in das Statut aufzunehmen, unterbunden. Anträge, die nach Branchen gegliederte Betriebsgruppen-Kon-

ferenzen oder gegenseitige Unterstützung von Betriebs- und Wohngruppen im gleichen Bereich forderten[35], wurden von der Statutenkommission nicht berücksichtigt und elegant vom Tisch gewischt, indem man sie als "Arbeitsmaterial an den Parteivorstand" überwies.

Die im KPD-Statut enthaltenen Leninschen Normen des Parteilebens finden sich verstreut im Statut der DKP wieder. Allerdings ist nun die Kritik des Bundesinnenministeriums am Programmentwurf der KPD von 1968 berücksichtigt: nicht mehr vom "Marxismus-Leninismus" ist die Rede, sondern vom "wissenschaftlichen Sozialismus" und der "Lehre von Marx, Engels und Lenin". Die "Diktatur des Proletariats" ist ersetzt durch "die politische Macht der Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen werktätigen Volksschichten".

Die nur noch mit der Betonung der Prinzipienfestigkeit und Geschlossenheit der Partei begründeten, unhistorisch allgemeingültigen Organisationsprinzipien dienen im Statut der DKP zur Sicherung der Herrschaft der Leitungen über die Mitglieder. Gerade weil das Fraktionsverbot des KPD-Statuts fallengelassen wurde, ist das politische Schwergewicht des Parteiapparats nur durch den formalisierten demokratischen Zentralismus zu gewährleisten, soll die DKP den Zerfallserscheinungen westeuropäischer linkssozialistischer und sozialdemokratischer Parteien entgehen. Dabei versuchte die Statutenkommission, selbst Reformen aus der Entstalinisierungsphase der KPD rückgängig zu machen. Weder im ersten noch im überarbeiteten und dem Parteitag zur Beschlußfassung vorliegenden Statutenentwurf war die Verpflichtung der gewählten Parteileitungen zu kollektiver Zusammenarbeit enthalten. Erst ein Initiativantrag auf dem Parteitag brachte einen entsprechenden Passus ins Statut. Um sich nicht zu entlarven, nahm die Parteiführung nicht gegen die Annahme dieses Antrags Stellung.

K.-H. Noetzel[65] betonte auf dem Parteitag in seiner Rede zum Statut - gerichtet an die Adresse der in der antiautoritären Bewegung mobilisierten Parteimitglieder: "Keine der im Bundestag vertretenen Parteien gibt ihren Mitgliedern so viele Rechte, wie sie die DKP in ihrem Statut niedergelegt hat."[36] Als Beweis für den unmittelbaren Einfluß der Mitglieder auf die Parteitagsbeschlüsse und damit auf die politische Linie der Partei führt er das Recht der Parteiorganisationen an, "sich mit Anträgen direkt an den Parteitag zu wenden"[37]. Die Grundeinheiten der DKP haben formal tatsächlich größere Möglichkeiten der Einflußnahme, als es bei den Bundestagsparteien der Fall ist. Damit ist über Art und Weise der Behandlung der Anträge auf dem Parteitag selbst allerdings nichts gesagt. Gerade die Delegierten des Essener

Parteitages wurden durch den Terminus "im Prinzip berücksichtigt" (d.h. im überarbeiteten Entwurf) bei vielen vom Statutenentwurf abweichenden Anträgen irregeführt38).

Im Statut sind die auch bei den Staatsparteien der Bundesrepublik üblichen Rechte der Mitglieder breit ausgeführt. Dabei werden an entscheidenden Punkten, entgegen dem Willen vieler Parteigruppen, die entsprechenden Sätze des Parteiengesetzes wiederholt. Obwohl z.B. 19 Anträge forderten, daß die Ablehnung eines Aufnahmeantrags zu begründen sei, blieb es im Statut bei dem Satz des Parteiengesetzes: "Eine Ablehnung des Aufnahmeantrags braucht dem Antragsteller gegenüber nicht begründet werden."39)

Dem Mitglied das Recht einzuräumen, "in seiner Parteiorganisation und in den Parteipublikationen an der Erarbeitung und Beratung der Politik der Partei teilzunehmen"40), ist bislang blanker Hohn, da die DKP statt einer offiziellen Parteipresse nur von führenden Funktionären in Personalunion herausgegebene Organe hat. Die Parteipresse wird allerdings nicht erwähnt, wenn es um die "Kritik der Tätigkeit der Mitglieder und ihrer Vorstände" geht. Nach dem Statut hat das Mitglied nur im Rahmen seiner Parteiorganisation das Recht zur Kritik41).

Mit dem Schlachtruf "Wir sind keine Partei des Establishments" zog Noetzel gegen die undemokratischen Strukturen der Bonner Parteien zu Felde. Es entging ihm jedoch, wie weit die aus dem strategischen Zusammenhang gerissenen Leninschen Organisationsprinzipien den autoritären Strukturen von CDU und SPD entsprechen. So entspricht z.B. dem Vorwurf Noetzels an die CDU, daß sie "den Vorständen, namentlich den zentralen Führungsgremien und dem Parteivorsitzenden ... weitgehende autokratische Befugnisse eingeräumt" habe42), der allen Mißbräuchen offene schlichte Satz des DKP-Statuts: "Beschlüsse der gewählten höheren Parteiorgane sind für die nachfolgenden Parteigliederungen verbindlich"43). Der SPD warf Noetzel vor: der Einfluß der Mitgliedermassen "auf die Zusammensetzung der öffentlichen und parteiinternen Führungsgruppen bleibt auf die kommunale Ebene begrenzt"44). Nachdem die Delegierten zum Essener Parteitag auf Kreisebene gewählt worden waren, sollten nach der Vorstellung der Parteiführung in Zukunft die Parteitagsdelegierten nur auf Landes- bzw. Bezirksebene gewählt werden. Doch an diesem einen Punkt versagte das Parteivolk der Führung die Gefolgschaft. Da im überarbeiteten Statutenentwurf 26 Anträge zu dieser Frage nicht berücksichtigt worden waren, erzwangen zwei Initiativanträge eine Kampfabstimmung. Die Delegierten beschlossen mit 371 zu 362 Stimmen, die für die Grundorganisationen eher kontrollierbaren Kreis- bzw. Gebietsebene zur Wahl der Parteitagsdelegierten beizubehalten. Die

scharfe Interessentrennung zwischen der Parteiführung - die im Parteitagspräsidium repräsentiert war - und den Parteimitgliedern an der Basis wurde plötzlich sichtbar: das Parteitagspräsidium entlarvte sein autoritäres Interesse, als es mit 1 zu 27 gegen diese Initiativanträge stimmte.

Im Kontext dieser Organisationsstruktur wird die im Statut geforderte eigene Initiative und Entscheidungsfreiheit der Grundorganisationen stark eingeschränkt. Die Parteiführung versuchte, im Statut eine Struktur zu verankern, die weder eine bloße Reproduktion der KPD war, noch an relevanten Punkten die vertikalen Entscheidungslinien gefährdete. Deshalb folgte die Statutenkommission weder dem Antrag, Parteivorstand und Präsidium in Zentralkomitee und Politbüro umzubenennen[45], noch wurde der Antrag auf jederzeitige Abwählbarkeit der Leitungen berücksichtigt[46]. Dieses weitgehende demokratische Kontrollrecht sollte nicht innerhalb der Partei existieren, wird aber verlangt zur Kontrolle der Arbeitervertreter in paritätisch zu besetzenden Mitbestimmungsgremien[47].

Als wirksamstes Mittel zur Durchsetzung ihrer Politik und zur Verhinderung organisatorischer Ansätze von Fraktionen schuf sich die Parteiführung ein System von Institutionen, die gegenüber dem Einfluß der Parteimitglieder abgedichtet sind. Mitglieder der Parteiführung stehen in diesen Institutionen an der Spitze und bestimmen, ohne den gewählten Gremien der DKP rechenschaftspflichtig zu sein, die politische Linie. Durch Personalunion sind das gesamte Publikationswesen, die Schulungsarbeit und die Jugendorganisationen Instrumente des Parteivorstands[48]. Die DKP hat gelernt aus der Geschichte der SPD und braucht Abspaltungen wie die des SDS nicht zu befürchten. Untergeordnete Gliederungen können nicht in regionalen Organen eine eigene politische Linie propagieren. Dem Anspruch der Mitglieder auf Mitarbeit vor allem in den Kommunikationsmitteln der Partei kann flexibel, je nach der Situation, entsprochen oder entgegengetreten werden[49].

Daß der Parteiapparat dennoch nicht sicher ist vor heterogenen Tendenzen an der Basis, zeigten bereits jetzt einige Beispiele. Sein zentristischer Kurs wird immer dann in Gefahr geraten, wenn sich radikale Gruppen von Arbeitern nicht mehr an die festgelegte Bündnisstrategie halten. Hier liegt auch die einzige Chance zu wirksamen Entlarvung der revisionistischen Politik des Apparats. Die von ihm getragene Organisationsstruktur ist adäquat der parlamentsorientierten Strategie und schafft die disziplinierenden Voraussetzungen zum Bündnis mit Liberalen und Teilen der Gewerkschaftsbürokratie. Wie sehr die DKP

daran interessiert ist, Klassenkämpfe im Rahmen der bestehenden Institutionen und der Spielregeln zu halten, zeigen die Vorgänge bei der Kloeckner-Hütte in Bremen. Als dort DKP-Betriebsräte zusammen mit Genossen der Gruppe "Arbeiterpolitik" eine eigene Liste zu den Betriebsratswahlen gegen unternehmerhörige IG Metall-Funktionäre aufstellten, leitete die IGM Ausschlußverfahren gegen die unbequemen Mitglieder ein, und die DKP-Landesdelegiertenkonferenz Bremen mißbilligte das von der bedingungslosen Unterstützung des Gewerkschaftsapparats abweichende Verhalten50). Die DKP-Führung versuchte allerdings nach dem überlegenen Erfolg der Gegenliste, auf der auch das Parteivorstandsmitglied Röpke kandidiert hatte, den exemplarischen Charakter dieser ganz anderen Art von Betriebspolitik herunterzuspielen und zum Sonderfall zu stempeln51).

3. Der Parteitag der Einmütigkeit: Essen, 12./13. April 1969

Die Vorbereitung des Parteitages

Wenngleich die Parteigründer alles getan hatten, um Pannen zu vermeiden, so bestand doch eine Ungewißheit, ob sich die Mitglieder auch für die richtigen "Kernfragen" entscheiden würden52). Ein Überblick über die Struktur und die Intentionen der Mitglieder an der Basis war schwer, da die Partei nicht über ein ausreichendes Reservoir zuverlässiger, fähiger Genossen verfügte, die die Grundeinheiten hätten organisieren können. Daher war es ratsam, durch eine gründlichere Vorbereitung des zunächst für Ende 1968 geplanten Parteitages möglichen Divergenzen vorzubeugen. Anstelle eines Parteitages wurde deshalb Ende Oktober 1968 in Offenbach eine Bundeskonferenz durchgeführt, deren Delegierte noch nicht durch Wahlen legitimiert zu sein brauchten, sondern von den Ausschüssen geschickt wurden53). Nachdem den anwesenden Genossen Gelegenheit gegeben war, sich auszusprechen und den Anlaß gebührend zu feiern ("Hinein in die Legalität, mit vollen Segeln, und sofort": zündende Losung eines älteren Delegierten)54), schafft sich die Parteiführung mit einem Ermächtigungsbeschluß freie Hand55) für die Durchsetzung ihres revisionistischen Kurses der "Demokratischen Erneuerung" von Staat und Gesellschaft.

Auf dieser Grundlage konnte der Bundesausschuß auch die schon vorher arbeitenden Komitees[56] für Statuten- und Programmentwurf umwandeln in legitimierte Kommissionen, wobei er weitgehend auf die nach der Bundeskonferenz kooptierten KPD-Funktionäre zurückgriff. Damit wird die Hoffnung jenes jungen Delegierten zunichte, der nicht "alten Wein in neue Schläuche gefüllt" haben wollte[57]. Es wurde aber gewährleistet, daß die Partei ihre Rolle unter der Priorität der friedlichen Koexistenz und zur Sicherung des Sozialismus in der DDR spielen kann.

Auf der Grundlage der Vorarbeit der KPD[58] gelang es in kurzer Zeit, die Entwürfe für Programm und Statut fertigzustellen. Am 18.1.69 akzeptierte der Bundesausschuß die Vorlagen und übergab den Entwurf der Grundsatzerklärung kurz darauf "nicht nur unserer Mitgliedschaft zur Aktion und Diskussion, sondern der gesamten demokratischen Öffentlichkeit"[59]. Die Entscheidung über die organisatorische Struktur und den politischen Standort der Partei war gefallen, ohne der Mitgliedschaft[60] wenigstens ein Minimum an Mitwirkungs- und Diskussionsmöglichkeit zu geben[61].

Die DKP konnte den Mitgliedern zwar die Entwürfe sorglos zur "Aktion" (Verbreitung der Texte[62]) übergeben, ohne Gefahr laufen zu müssen, daß bei der Verabschiedung durch den Parteitag wesentliche Änderungen vorgenommen würden. Die Parteiführung wollte aber sichergehen, daß einerseits die Zahl grundsatzkritischer Anträge zum Parteitag minimiert würde und andererseits die Zusammensetzung des Parteitages nicht nur die Jugendlichkeit und die Betriebsnähe der Partei dokumentierten, sondern auch die vorbestimmte Linie möglichst einheitlich garantieren würde. Um die Diskussionen und Anträge zu kanalisieren, wurden unmittelbar nach Veröffentlichung der Entwürfe Funktionärsschulungen durchgeführt[63]. Damit auch die richtigen Genossen schließlich die Dokumente unbeschadet verabschiedeten, beschloß der Bundesausschuß eine Wahlordnung, mit der gesichert wurde, daß die bisher nicht gewählten Kader der Ausschüsse auf den verschiedenen Ebenen nun für den Parteitag legitimiert wurden[64].

Derart gerüstet haben dann "auf über 2500 Gruppenversammlungen, Kreisdelegiertenkonferenzen bzw. Kreismitgliederversammlungen" die Entwürfe die grundsätzliche "Zustimmung der Partei gefunden," sodaß Noetzel[65] seinen Genossen das Kompliment machen kann, "daß die Rolle und der Charakter der DKP als marxistische Kampfpartei der Arbeiterklasse der Bundesrepublik richtig verstanden wurde"[66]. Daß der "Charakter" der Partei nicht von den Mitgliedern bestimmt wurde, konnte klarer nicht gesagt werden. Die Bezeichnung "Kampf-

partei" sol diesen Umstand jedoch ins Positive wenden als Ausdruck revolutionärer Disziplin.

Anfang April wurden in einer gemeinsamen Sitzung des Bundesausschusses mit Statuten- und Programmkommission die aufgrund der über 1600 Anträge überarbeiteten Entwürfe verabschiedet und an die Presse versandt67).

Die Durchsetzung der programmatischen Linie in der Partei

Die überarbeiteten Entwürfe von Statut und Grundsatzerklärung68) fanden - von wenigen Einzelfragen abgesehen - die grundsätzliche Zustimmung der versammelten Delegierten. Deshalb bestand die Diskussion auf diesem Parteitag im wesentlichen in Erlebnisberichten aus den verschiedenen Tätigkeitsbereichen der Partei und diente der Selbstdarstellung nach innen und außen. Dem organisatorisch musterhaft ablaufenden Parteitagsgeschehen entsprach die prinzipielle Einigkeit von Delegierten und Parteiführung, als Spiegelbild des Zusammengehörigkeitsgefühls in der Gemeinschaft aller Mitglieder.

Obwohl sich zu einigen Punkten kontroverse Meinungen in entsprechenden Anträgen niedergeschlagen hatten, versuchten diese Gruppen nicht, den Parteifrieden zu stören und es zu prinzipiellen Auseinandersetzungen kommen zu lassen; den neugewonnenen Boden der Organisation wagte niemand in Frage zu stellen. Die von der Programmkommission erarbeiteten Vorschläge setzten sich mühelos durch gegenüber wenigen kritischen Stimmen und einigen stärker in sozialdemokratischer Ideologie befangenen Anträgen.

Das allgemeine Interesse, Geschlossenheit zu demonstrieren, bestimmte auch die Behandlung der Kontroversen. Obwohl die Abschnitte des Entwurfs der Grundsatzerklärung über die Jugend und die Rolle der Frau als "Pflichtübung", "schulterklopfende Ratschläge" etc. bezeichnet und Streichungen bzw. Ersetzungen durch Alternativen in Initiativanträgen gefordert wurden, gaben sich die Delegierten damit zufrieden, ihre Entwürfe dem Parteivorstand zur Erarbeitung spezieller Jugend- und Frauenprogramme zu überweisen69). Selbst als sich die Parteiführung bei der Diskussion um den bereits als Großtransparent im Tagungssaal hängenden Hauptslogan der Partei "Für eine demokratische Erneuerung von Staat und Gesellschaft" entlarvte und mit der Stellungnahme gegen den Terminus "Umgestaltung" zeigte, daß die vom Parteivorstand festgelegten grundsätzlichen strategischen Entscheidungen nicht mehr zur Diskussion standen, folgte ihm die Mehrheit der Delegierten70).

Die Bestimmung des parlamentarischen Kampfes und die Betonung des friedlichen Übergangs zum Sozialismus ist in den Anträgen und Entwürfen inhaltlich identisch mit den entsprechenden Passagen des KPD-Programmentwurfs vom Frühjahr 1968. Lediglich in zwei Anträgen des Kreisausschusses Marburg71) schlägt sich die Position der ASO und einiger SDS-Gruppen nieder als prinzipielle Kritik an der Forderung der DKP, das Bonner Scheinparlament durch "fortschrittliche" (!) Abgeordnete in ein Organ der Volksinteressen zu verwandeln.Die Marburger Anträge betonen den Funktionszusammenhang des Parlaments als Verschleierungsinstrument der bürgerlichen Klassenherrschaft und wollen, primär auf außerparlamentarischen Kampf orientiert, "gegebenenfalls das Parlament als Tribüne für den Klassenkampf" ausnutzen. Die Antragskommission hält ihnen in ihrer ablehnenden Begründung lediglich entgegen: "Die Stellung der Kommunisten zum parlamentarischen Kampf ist nicht Aufgabe der Analyse. Sie ist unserer Meinung nach bei den Marburger Genossen zu einseitig beantwortet." Auch mehrere Anträge, die auf dem Boden der offiziellen Politik nur dem außerparlamentarischen Kampf etwas stärkeres Gewicht geben wollten, wurden von der Kommission abgelehnt72). Ebenso ließ die überwiegende Mehrheit der Partei sich nicht davon abbringen, daß die herrschende Klasse durch "Klassen- und Volkskampf" von konterrevolutionärer Gewaltanwendung abgehalten werden soll. Die Erwähnung "vorbeugend-konterrevolutionärer Gewaltaktionen in Persien, Griechenland, Santo Domingo usw." in einem Marburger Antrag wird von der Programmkommission als Abschwächung der "klaren Definition" der Grundsatzerklärung empfunden73).

Im Unterschied zum KPD-Programmentwurf legte die Programmkommission der DKP Wert darauf, die angestrebte sozialistische Gesellschaftsordnung ganz knapp zu beschreiben. Die Grundsatzerklärung nennt nur die politisch-ökonomischen Grundbedingungen: "Erringung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen werktätigen Volksschichten", "gesellschaftliches Eigentum an allen wichtigen Produktionsmitteln" und "planvolle und rationelle Nutzung und Mehrung aller gesellschaftlichen Quellen und Mittel zum Wohle des ganzen Volkes"74).

Anträge, welche das demokratische Selbstverständnis der DKP glaubwürdiger machen wollen und deshalb mit abgewandelten Sätzen des KPD-Programmentwurfs die Bewahrung des parlamentarischen Mehrparteiensystems im Sozialismus fordern, werden von der Programmkommission nicht mit prinzipiellen Argumenten, sondern dem Hinweis abgelehnt, derartige Fragen gehörten in ein Grundsatzprogramm der DKP, nicht aber in die Grundsatzerklärung, die sich im wesentlichen

auf die nächste geschichtliche Etappe, die demokratische Erneuerung von Staat und Gesellschaft bezieht[75]. Parlamentarischer Sozialismus würde sich allerdings bruchlos einfügen in die Strategie der DKP. Opportunismus gegenüber Kritik von links und die Auseinandersetzung mit wesentlich revisionistischeren, rein parlamentarisch orientierten KPÖ-Kräften nach dem CSSR-Einmarsch sind die wahrscheinlichen Gründe für diese Zurückhaltung.

Im Rahmen ihres revisionistischen Konzepts ist die DKP nicht in der Lage, die Institutionen des Kapitalismus einer historisch-materialistischen Funktionsanalyse zu unterziehen. Wie schon in der Frage des Parlamentarismus glaubt sie, sich der Gewerkschaften und deren Mitbestimmungsforderungen als Hebel zur Demokratisierung bedienen zu können. Zwar wurde auch den UZ-Redakteuren auf dem letzten Gewerkschaftstag in München klar, daß Rosenberg die Politik der Gewerkschaften nach 1945 als Eingliederung der Arbeitermassen in den kapitalistischen Aufbau interpretierte, doch daß damit auch ein objektiver Sachverhalt ausgesprochen war, wurde nicht realisiert. Auch in der Grundsatzerklärung der DKP ist pauschal von "den Gewerkschaften" und vom "gewerkschaftlichen Kampf" schlechthin die Rede. Jegliche direkte Kritik an der Gewerkschaftspolitik wurde aus ihr verbannt.

Die fragwürdige Fetischisierung des "gewerkschaftlichen Kampfes" tritt in der Haltung der Partei zur Mitbestimmungsvorlage des DGB in voller Schärfe zutage. Sie unterstützt "uneingeschränkt" den Gesetzentwurf des DGB zur Mitbestimmung[76]. Dabei unterläßt sie jede Analyse der "qualifizierten Mitbestimmung". Statt die Kritik der Linken an den integrativen Elementen des Entwurfs aufzunehmen und Änderungsforderungen zu entwickeln, statt die Funktion der Gesetzgebung im monopolkapitalistischen Staat zu benennen, Mitbestimmung konsequent primär im betrieblichen, regionalen oder branchenspezifischen Kampf durchsetzen zu wollen, fordert die DKP den Gesetzgeber auf, seine eigene Grundlage, die Klassenharmonie der Formierten Gesellschaft, zu zerstören[77]. So wie der Sozialismus von der DKP primär in nur noch quantitativer Differenz zum Kapitalismus gesehen wird ("mehr reale Demokratie, mehr reale Möglichkeiten der Mitbestimmung und mehr reale Rechte"[78]), so wird auch die Mitbestimmung nicht nach ihrem qualitativen Wert beurteilt. Statt dessen entwickelt die Partei, ungeachtet der Konsequenzen, die der Kampf für die prokapitalistische Mitbestimmung des DGB mit sich bringt, zum Nachweis ihrer radikalen Position eigene "weitergehende Vorstellungen"[79]. Sie betont aber sofort, daß diese nicht auf der Tagesordnung stehen, sondern "als nächster Schritt" die DGB-Forderungen verwirklicht werden müssen. Die Funktion, die den teilweise weitreichenden Vorschlägen

der DKP für "ein systemveränderndes Gesamtkonzept" der Mitbestimmung zukommen soll, kennzeichnet der UZ-Redakteur und ADF-Kandidat H. Czymek treffend "als zusätzliche Hilfe für die Mobilisierung der Arbeiter zur Durchsetzung der Gewerkschaftsforderungen"80). Damit soll "der bewußteste Teil der Arbeiterklasse" eine "politische Orientierungshilfe" erhalten81), die ein Ausbrechen aus der systemstabilisierenden DGB-Politik und der sie stützenden DKP-Strategie verhindert.

Diese strategische Linie ist von den Delegierten des Parteitags widerspruchslos hingenommen worden. Auch der umfassende Antrag aus Marburg, der den Versuch unternimmt, die Frage der sozialistisch orientierten demokratischen Kontrolle aus der Diskussion um die "qualifizierte Mitbestimmung" zu lösen, gab den Delegierten keinerlei Anstoß zur Diskussion82), nachdem die Programmkommission ihn als "Zuspitzung" bezeichnet hatte, der sich von der Mitbestimmungsforderung entferne.83) Auch alle anderen Anträge, die die DGB-Mitbestimmungsforderungen korrigieren wollten, wurden von der Kommission zurückgewiesen. Einem Antrag aus Singen wurde nicht entsprochen, weil er durch eine Textumstellung in der Grundsatzerklärung den DGB-Entwurf nicht widerspruchslos unterstützen, sondern zunächst prüfen wollte, ob er "nicht Mittel einer illusionären Sozialpartnerschaft und Klassenharmonie ist". Ohne auf das Problem einzugehen, beläßt es die Kommission bei der Formulierung des Entwurfs, in der die Unterstützung der DGB-Forderungen verbindlich als direkte Konsequenz aus der grundsätzlichen Position der DKP abgeleitet wird84).

Und während der DGB sich selbst als inkonsequent bezeichnet, weil er die Mitbestimmung nur für Großbetriebe fordert85), kann die "konsequent marxistische" DKP diese Beschränkung mit ihrer grundsätzlichen Position begründen, denn "entsprechend der Grundrichtung unserer Politik sollten wir ... darauf achten, daß der Stoß gegen das Großkapital und nicht gegen mittlere und kleinere Unternehmer geführt wird"86).

Die Mehrheit der Anträge zur Grundsatzerklärung, die inhaltlich nicht vom ersten Entwurf abweichen, reproduzieren in allen entscheidenden Punkten die traditionelle Theorie der KPD. Auf dem Essener Parteitag setzt sich die Parteiführung auf dieser Grundlage durch gegen Versuche, Erfahrungen und Einschätzungen des Kampfes der antiautoritären Bewegung in die Grundsatzerklärung hineinzunehmen.

Die Politik der Einheitsfront mit der SPD wurde nicht in Frage gestellt. Einige Anträge versuchten jedoch, die Einschätzung der SPD und das Verhältnis der DKP zu ihr zu differenzieren. Mit der Mehrheit des Parteitages beharrte der Parteivorstand jedoch auf dem vereinfachten Theorem der vom Antikommunismus "verblendeten" rechten SPD-Führer und dem grundsätzlich bündnisbereiten übrigen Teil der Organisation. Deshalb wurden Anträge, die Verblendung der SPD-Minister zu erklären als bewußten Handlangerdienst für die herrschende Klasse, oder das angestrebte "vertrauensvolle und kameradschaftliche Verhältnis" zu den Sozialdemokraten nicht generell auszudehnen auf die Organisationen der SPD, also zu unterscheiden zwischen der integrativen Funktion der Partei und dem Bewußtsein ihrer Mitglieder, abgelehnt87). Längst fallengelassen ist die Forderung nach der vereinigten Arbeiterpartei; im engen Bündnis mit einer Sozialdemokratie auf dem Kurs der SPD Hessen-Süd hofft die DKP, den Sozialismus zu erringen. Um dieses Bündnis mit linkssozialdemokratischen Kräften nicht zu gefährden, verzichtet der Parteitag auch auf eine klare Abgrenzung vom Reformismus in der Grundsatzerklärung. Die Programmkommission lehnte einen entsprechenden Antrag ab und befürwortete die gelegentliche Klärung dieser entscheidenden Frage in der Parteipresse88).

Auch ihre Position zur Rolle der Sowjetunion im internationalen Klassenkampf und den Differenzen über die Generallinie der kommunistischen Bewegung unterscheidet die DKP nicht prinzipiell von der KPD. Allerdings ist die von K. Erlebach kurz nach der Parteigründung formulierte kritiklose Anerkennung der Politik der KPdSU durch die DKP-Mitglieder89) nicht derart offen in die Grundsatzerklärung aufgenommen, wie es bei den Dokumenten der KPD der Fall war. In der Frage des CSSR-Einmarsches standen die westdeutschen Kommunisten fast als einzige westeuropäische KP voll hinter der Politik von DDR und UdSSR. Die Anträge zu den entsprechenden Passagen des Entwurfs der Grundsatzerklärung zeigen, daß zahlreiche Untergliederungen der DKP nicht wie der Parteivorstand bereit waren, die Rolle der Sowjetunion im Kampf gegen den Imperialismus besonders hervorzuheben gegenüber den anderen sozialistischen Ländern. Das in Anträgen und deren Begründungen zum Ausdruck kommende Selbstbewußtsein vieler Mitglieder läßt erkennen, daß eine starke Gruppe an größerer Selbständigkeit in primär außenpolitischen Fragen interessiert ist und eher zur Haltung der KPF tendiert - auch wenn sie dabei Zitate des sowjetischen Delegationsleiters Ponomarew auf dem letzten Parteitag der KPI benützte90).

Gegen die massiven Vorwürfe in den Antragsbegründungen, mit den bisherigen Formulierungen einer Satellitenpropaganda Vorschub zu leisten, falsche Verdächtigungen über einen Führungsanspruch der KPdSU zu unterstützen und gegen den proletarischen Internationalismus zu verstoßen, versuchte die Antragskommission erfolgreich, neue Gründe für die Rechtfertigung der besonderen Erwähnung der UdSSR zu finden. Nicht mehr die absolute Richtigkeit der Politik der KPdSU dient als Begründung, vielmehr "ist die Sowjetunion in diesem Absatz der Grundsatzerklärung besonders genannt, weil sie das Land ist, in dem Arbeiter und Bauern erstmalig siegten, der Sozialismus aufgebaut wurde. Sie ist das Land, das die Hauptlast im Kampf für den Frieden und gegen den Imperialismus trägt."91) Obwohl es für die Delegierten dieser Gruppen kein quantitatives Problem gewesen wäre, genügend Unterschriften für einen Initiativantrag zu sammeln, wurde diese Frage auf dem Parteitag nicht mehr erörtert.

Bis auf den Kreisvorsitzenden der DKP Marburg, der in der Ussuri-Frage den chinesischen Standpunkt vertrat - die Anträge dieser Parteiorganisation fielen aus dem allgemeinen Konsensus heraus -, waren sich Delegierte und Parteiführung einig in der Ablehnung der Politik der "Mao-Gruppe". Die Parteiführung wollte jedoch auch in dieser Frage nach außen das Trennende zurückstellen: Anträge, die auf die chinesisch-sowjetischen Differenzen hinweisen oder eine Verurteilung der chinesischen Außenpolitik in die Grundsatzerklärung aufnehmen wollten, wurden von der Programmkommission zwar als inhaltlich richtig, jedoch den Gedankengang unterbrechend oder als für die Grundsatzerklärung ungeeignet abgelehnt92). Einzig die feine Differenzierung zwischen Mitgliedern der "sozialistischen Völkergemeinschaft" und anderen gegen den Imperialismus kämpfenden Ländern wurde bei der Überarbeitung des Entwurfs berücksichtigt und auf dem Parteitag beschlossen93).

III. DER PARLAMENTARISCHE WEG ZUM SOZIALISMUS

1. "Demokratische Linke" (DL)

Rückblick auf die Zukunft der Bündnispolitik

Das 1967 für die Landtagswahl in Baden-Württemberg gegründete Wahlbündnis "Demokratische Linke" wirft in mehrerer Hinsicht ein klärendes Licht auf den Anpassungsprozeß der KPD - seit ihrer Illegalisierung - an die Herrschaftsverhältnisse der BRD.

Die Einschätzung der politischen Entwicklung und die Analyse der Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft bedingen den politischen Kampf, markieren die taktischen Schwerpunkte in einer Strategie, die den je aktuellen Stand des Klassenkampfes mit seinen darüber hinausweisenden Perspektiven durch die Praxis selbst vermitteln muß; dies schlägt zurück auf die Qualität der Theorie.

Die Bündnispolitik der KPD (oder kommunistischer Einzelpersonen unter den Bedingungen der Illegalität) - Resultat eben jener Einschätzung - ist auf diese dialektischen Momente hin zu befragen. Eignet schon dem Theorem der "Friedlichen Koexistenz", gewonnen aus einer Analyse, die zuerst nationalstaatliche Interessen trägt und die konstitutiven Momente des Klassenkampfes zu naturwüchsigen Anhängseln einer technologischen Systemkonkurrenz verbiegt, ein ideologisches Moment, so ist doch zu fragen, welchen aktuellen Stellenwert darin ein Bündnis "aller demokratischen Kräfte" gewinnt und wie dieses als subjektiver Faktor den Prozeß der "friedlichen Überwindung des Kapitalismus" beschleunigen soll. Das für die Bundestagswahl gegründete Wahlbündnis "Aktion Demokratischer Fortschritt" (ADF) scheint die Methoden der "Demokratischen Linken" in großem Maßstab wieder aufnehmen zu wollen. Deshalb ist es wichtig, die Qualität der Strategie für eine Phase zu skizzieren, die sich explizit als politische und organisatorische Vorform des auf die Bundestagswahl ausgerichteten Aktionsbündnisses verstanden hat[1]. Gleichzeitig treten hier auch jene die Bündnispolitik der DKP bestimmenden Momente auf, die für die damalige Periode gekennzeichnet sind durch die Bestrebungen, sich in den bestehenden Legalitätsrahmen einzuordnen, und sich konkretisieren in einer politischen Praxis, die durch sich

selbst die Aufhebung der Illegalität schon vorweggenommen hat[2]. So können auch die Kontinuität der KPD-DKP-Bündnispolitik, die sich im Wahlbündnis ADF fortsetzt, und die Konsequenzen, welche sie aus dem offensichtlich gescheiterten Experiment in Baden-Württemberg vorgibt gezogen zu haben, richtig gewichtet werden: Der Opportunismus von 1969 ist weder vom Himmel gefallen noch von der "Peking-Rundschau" erfunden.

Am 28.10.1967 konstituiert sich in Stuttgart ein "Initiativausschuß zur Vorbereitung einer Wahlgemeinschaft der Linksopposition", der 23 Personen, darunter mehrere ehemalige KPD-Mitglieder und -Funktionäre, sowie Angehörige des "Initiativausschusses zur Wiederzulassung der KPD" umfaßt[3]. Ebenso überraschend wie die Vorankündigung erfolgt die Gründung der "Demokratischen Linken" knapp einen Monat später. Bei der Gründungsversammlung am 22.11.1967 liegt ein nicht diskutiertes Partei- und Aktionsprogramm bereits gedruckt vor, ebenfalls Statut und Schiedsordnung. Die KPD wertet diese Gründung als "politisch bedeutungsvolles Ereignis ... Die Demokratische Linke, gegründet ein Jahr nach Bildung der Großen Koalition, ist ein beredter Ausdruck der wachsenden Unzufriedenheit in unserem Volk ... In ihren programmatischen Leitsätzen entwickelt sie eine Alternative zum Rechtskurs der Kiesinger/Strauß-Regierung und dem Filbinger-Kabinett in Stuttgart."[4]

Die bestimmende politische und organisatorische Arbeit von Kommunisten, die in der Konstituierung des Wahlbündnisses ihre "demokratische Bewährungsprobe" als "geschichtliche Aufgabe" absolvieren, weist hin auf die Verzahnung von Strategie der KPD und Kalkül des Staatsapparates: Beide sehen, wenn auch aus unterschiedlicher Perspektive, die Etablierung der Großen Koalition als Fixpunkt für den "Beginn einer Linksentwicklung"[5]. Nicht zufällig gewinnt die Diskussion über ein Wahlbündnis nach der Tagung der Innenminister vom 12.10.1967 an Bedeutung, wo aus verschiedenen Erwägungen heraus eine Neugründung der KPD für politisch sinnvoll gehalten worden war. Das herrschaftstechnische Kalkül erhofft sich eine Paralysierung der gesamten Neuen Linken durch die dann notwendigerweise auftretenden Spannungen[6], während die KPD durch die Gründung eines Wahlbündnisses, das sich in seinem Programm "nicht zum Sozialismus (bekennt)" und versucht, das anwachsende Protestpotential zu binden, alle Bestrebungen, eine politische Organisationsform links von der Sozialdemokratie zu entwicklen, unter Kontrolle halten kann[7].

Die Versuche der DFU, nach einem relativ günstigen Wahlergebnis bei den Bremer Bürgerschaftswahlen, wo sie 4,2% der Stimmen erhalten hatte, bei den Landtagswahlen als selbständige "parlamentarische

Alternative" aufzutreten, wurden rasch unterbunden: das Direktorium der DFU gab dem Landesvorstand in Baden-Württemberg die "Empfehlung", keine eigenen Kandidaten für die Wahlen zu nominieren. Der für Mitte November 1967 in Stuttgart geplante Bundesparteitag (zur nämlichen Zeit findet die Gründung der DL statt) wird verschoben.

Die Tatsache, daß die DFU in der Strategie der KPD tendenziell überflüssig wird als Organisation, daß linksorientierte Gruppen als selbständige Organisationen, in deren verschiedenen Ausschüssen KPD-Mitglieder versuchen Einfluß zu wahren, im Gegenteil für eine bestimmte Entwicklungsstufe eher hinderlich sind, zeigt die Erklärung der DFU zum Zusammenschluß innerhalb der DL: "Die Deutsche Friedens-Union hat sich nach langen und bisweilen schwierigen Beratungen für eine Beteiligung an dieser neuen Wahlgemeinschaft entschieden. Sie hat, ihrer Zeit und ihrer Entwicklung voraus, für die Grundsätze einer neuen Politik gekämpft. Sie hat also einen Anspruch zu vertreten ... Nur neue Kräfte stoßen hinzu."[8]

Wiederzulassungskampagne und Bündnispolitik, die darauf ausgerichtet ist, einmal die künftigen Formen der Bündnisse und deren politische Plattform festzulegen, zum anderen den Platz für eine "legale" KPD freizuhalten, beides sind synchrone Prozesse. Der frühere KPD-Funktionär und jetzige parteilose Stadtrat und DL-Landesvorsitzende Eugen Eberle versäumt auch nicht, bei jeder Gelegenheit darauf hinzuweisen: "Wir sind keine kommunistische Partei, keine Nachfolgeorganisation der verbotenen KPD, keine neue kommunistische Gruppe und keine KPD unter anderem Namen; wir sind für die Aufhebung des KPD-Verbots."[9] Gleichzeitig dient dieser Kotau vor dem eingefleischten Antikommunismus, der innerhalb der Manipulationszusammenhänge eines Wahlkampfes seinen guten Dienst tut, zur Rechtfertigung einer politischen Praxis, die den bürgerlichen Parlamentarismus von links wieder aufzäumt: die gänzliche Eliminierung einer Strategie des Klassenkampfes wird, wie dann in der ADF, schon hier zum konstitutiven Faktor der Bündnispolitik[10]. Die Kritik der KPD am kleinbürgerlichen Charakter des DL-Programms schlägt den ganzen Opportunismus und schließlich den Mißerfolg bei den Landtagswahlen kurzerhand der Tatsache zu, daß keine legale Partei (nämlich die KPD) existiere, die "die großen Auseinandersetzungen um die Kernfragen" nicht vernachlässigt[11]. Doch das Konglomerat von unvermittelten Teilforderungen im Programm der DL, die, je nach dem, was man als Objekt der "demokratischen Erneuerungsbewegung" ausgemacht hat, fallengelassen oder ergänzt werden, erweist sich auch ohne Bezug auf die "Probleme unserer Zeit" (DL-Programm) oder "die grundsätzlichen

Entwicklungsrichtungen unserer Zeit" (DKP-Grundsatzerklärung) dem DKP-Programm ebenbürtig, welches das Alibi für diese verwaschene Bündnispolitik liefert.

Was von dieser zu erwarten ist, hat die "Demokratische Linke" vorexerziert. Die Einschätzung einer "antimonopolistischen Bewegung" hat sich, ungeachtet der Entwicklung seit Verabschiedung der NS-Gesetze, nicht verändert. Im Gegenteil, sie bezog ihre neuerliche Rechtfertigung aus dem Scheitern der Notstandskampagnen[12].

Der Prozeß der Anpassung, manifest auf seiner ersten Stufe mit der Gründung der DL, kehrt auf einer anderen Ebene wieder zu seinem Ausgangspunkt zurück: Die Bedingungen, unter denen die KPD in der DL tätig geworden ist, gehen ein in die Konstituierung der DKP und ihre Bündnispolitik und sind nun Bestandteile ihrer Theorie des Klassenkampfes[13]. In Baden-Württemberg wurden aus den Methoden der herrschenden Klasse plötzlich Waffen im Klassenkampf, politische "Kampfformen", die nicht aus den Widersprüchen jener Methoden gewonnen waren, sondern aus ihrer scheinradikal verbrämten Übernahme. Diesen revisionistischen Prozeß adäquat zu beschreiben, bedarf es selbst einer Veränderung Marxscher Sätze: Die Bündnispolitik der DKP will diese versteinerten Verhältnisse dadurch zum Tanzen zwingen, daß sie ihre eigene Melodie mitsingt.

Massenmobilisierung und politische Methoden

Im Aktionsprogramm der DL heißt es: "Wir grenzen uns auch ab gegenüber der Verfälschung des Wählerwillens durch SPD-Minister in den Regierungen der Großen Koalition."[14] Die Strategie vom friedlichen Weg über das Parlament rettet man, indem man das subjektive Bewußtsein aus den bestehenden Manipulationszusammenhängen heraustrennt, es kurzerhand von seiner historischen Vermittlung emanzipiert und mit den objektiven Bedürfnissen identisch erklärt. So erhält auch die angegriffene Realität wieder ihre Rechtfertigung: "Der Hebel zur Aufklärung über das Parlament liegt in der Orientierung auf das Parlament selbst."[15] Offensichtlich geben die in der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften organisierten Massen ihre Stimme noch immer im Bewußtsein des Heidelberger Programmes der SPD bei der Wahl ab für die Enteignung der "wirklichen Herren von Baden-Württemberg, die Abs und Flick, die Beherrscher des Daimler-Benz-Konzerns, und die Familie Bosch ..."[16] Für die Theoretiker der DL wird dieses Votum nur von einigen korrumpierten Führern der Sozial-

demokratie zu einer "unseligen Politik" verfälscht; deshalb betrachten sie es auch als erste Aufgabe, "die Diskussion in der Sozialdemokratie zu fördern, denen zu helfen, die ihre Partei vom verhängnisvollen Kurs Wehners lösen und auf eine wirklich sozialdemokratische Position zurückführen wollen"17). Ohne sich auf eine Analyse der Widersprüche innerhalb der Sozialdemokratie einzulassen, genügt es, die "verblendete Führung" durch eine DL-Fraktion im Landtag auszuschalten, indem sie innerhalb der sozialdemokratischen Abgeordneten einen Differenzierungsprozeß einleitet und "einer neuen Politik zum Durchbruch verhilft"18).

So setzen die Kritiker des Parlaments der Fiktion von der "Verfälschung des Wählerwillens" eine weitere auf, nämlich die, daß an der parlamentarischen Börse durch "ein neues Verhältnis zwischen Abgeordneten und Wählern"19), durch "Willen und Einsatz"20) der "nichtmanipulierten Abgeordneten" eine wirkliche Interessenvertretung jene "Verfälschung" aufheben könne. Schließlich werden dann die "Herren von Baden-Württemberg" ("Ihre Geschäfte besorgt die Große Koalition"21)) parlamentarisch verspeist: "Diesem Landtag fehlt der Hecht im Karpfenteich"22).

Schon der Beginn der politischen Praxis eines Wahlbündnisses, dessen Neuauflage wir jetzt zur Bundestagswahl erleben, zeigt klar, daß sich gegenüber einer Parlamentarismuskritik, die eine Beteiligung an der Wahl wenigstens noch als Mittel ausgibt, das Parlament zur "Tribüne des Klassenkampfes zu machen", die bedingungslose Orientierung auf das bürgerliche Parlament verselbständigt hat. Zwar heißt es auch noch im Aktionsprogramm der DL: "Die Demokratische Linke sieht ihre Aufgabe nicht nur in der Beteiligung an Wahlen, sondern in dem täglichen Kampf für notwendige Reformen in Wirtschaft und Gesellschaft ... wie das Grundgesetz verlangt."23), aber sowohl der Wahlkampf der DL wie auch die Konzepte, die das Aktionsbündnis ADF für Nordrhein-Westfalen entwickelt hat24), machen deutlich, daß allenfalls eine Verlängerung der formaldemokratischen Illusionen und nicht die Aufhebung dieses Bewußtseins geleistet werden kann.

Für die neue Qualität des Verhältnisses von Abgeordneten und Wählern, welches die angestrebte Doppelstrategie von parlamentarischem und außerparlamentarischem Kampf charakterisieren soll, greift man flugs nach dem Beispiel Karl Liebknechts, dessen "berühmte Rede vom Dezember 1914 ... seinerzeit nicht einmal protokolliert (wurde) und dennoch bis zu den Massen (durchsickerte), und zwar dann, als ihre Lage die Liebknechtsche Idee zur materiellen Gewalt werden ließ ... Nichtmanipulierte Abgeordnete haben durch ihr Auftreten im Parla-

ment eine Ansteckungsfunktion, die zur Entwicklung außerparlamentarischer Kämpfe beiträgt."[25] Weil nun aber die Wahrheit heute wenigstens in den Bundestagsprotokollen festgehalten würde, wäre die materielle Gewalt der "Ideen", die in Grundsatz- und Aktionsprogrammen sich niederschlagen, im Handstreich geschaffen. Solche vulgäre Mechanik kann sich über den Faktor Bewußtsein nur hinwegsetzen, wenn sie den Sozialismus zu dem macht, wofür ihn notorische Faschisten und Antikommunisten wie Frenzel, der mit Insektenvertilgungsmittel gegen die Neue Linke anzugehen empfiehlt, sowieso halten: zu einer ansteckenden Seuche.

Wenn die Stellung und Funktion von "nichtmanipulierten Abgeordneten" für sie geklärt ist, fällt außerparlamentarischer und Wahlkampf vorerst zusammen, denn sie "dürfen es nicht der NPD überlassen, die einzige Alternative zur etablierten Politik anzubieten"[26]. So bemißt sich der "offensive Wahlkampf", den das Wahlbündnis führen will, zuallererst am Erfolg, der sich in "Sitz und Stimme" ausdrückt; Politisierung der Massen und bewußte Organisierung einer entmündigten Öffentlichkeit geschehen nur in dem Maße, wie sich jenes verwirklichen läßt. Zu diesem Zweck greifen die Strategen des Wahlbündnisses eben zu den Mitteln, die sie bekämpfen wollen, denn anders ließe sich das Ziel auch nicht erreichen. Dann allerdings käme es "einem Fatalismus nahe, auf die Möglichkeiten zu verzichten, die die Herrschenden bereits in ihr Programm aufgenommen haben in ihrer durchaus realen Einschätzung des Massenbewußtseins"[27]. Diese zynische Einschätzung, in der sie sich mit sozialwissenschaftlichen Wahlkampfstrategen der bürgerlichen Parteien einig wissen, offenbart und rechtfertigt nur noch einmal die schiefe Argumentation: die nahezu totale Anpassung der Gesellschaft an die Bedürfnisse des Kapitals wird durch "ehrliche" Anpassung in politisch bewußtes Handeln transformiert. Die "Grundregeln eines modernen Wahlkampfes" stellen sich nurmehr als originelle Variante der gängigen Wahlreklame dar: "Die Verteilung von Visitenkarten mit den Fotos der Erst- und Zweitkandidaten ... ergibt die Möglichkeit einer guten Vorbereitung der Hausbesuche ... Alle Parteien messen den Hausbesuchen große Bedeutung zu. Die Grundregel eines modernen Wahlkampfes lautet: Nicht auf den Wähler warten, sondern ihn besuchen und ansprechen."[28] Die "reale Einschätzung des Massenbewußtseins" macht es auch notwendig, daß man innerhalb des Rahmens, den die herrschenden Parteien gesetzt haben, versucht, auf dem politischen Markt eine Art fleißiger Konkurrenz zu entfalten: "Beispielsweise bedarf es im Wahlkampf keiner besonderen Erlaubnis, die Arbeiter bei Schichtwechsel v o r Fabriken durch Ansprachen aufzuklären. Die gesetzlich geregelten Sendezeiten ... ermöglichen die

Verbreitung von Informationen, die dem Hörer sonst vorenthalten werden."[29] Das Aussprechen der Wahrheit in vorprogrammierten Strukturen schlägt um in politische Aktion - so einfach sind gesellschaftliche Veränderungen zu bewerkstelligen. Die "Aufklärung durch Ansprachen" versucht die Erfahrungen der Außerparlamentarischen Opposition in einer Phase wieder einzuholen, wo selbst den Kräften, die in diesem Medium zu erreichen waren, klar geworden ist, daß die grundlegenden Widersprüche nicht dort entschieden werden, wo Ansprachen aufklärerische Wirkung haben können. Die Widersprüche in den verschiedenen Bereichen der Gesellschaft werden nicht selbst zum Ausgangspunkt der politischen Handlung: es wird tunlichst vermieden, die Auseinandersetzung in den Produktionsbereich zu tragen, denn dies ist einmal aus dem theoretischen Konzept nicht ableitbar, zum anderen würde durch die Zerstörung der parlamentarischen Illusionen damit auch die politische Organisationsform angegriffen werden.

Zwar an die Lohnabhängigen gerichtet, reproduziert die Wahlkampfpraxis doch die Ausschaltung des Bewußtseins, auf welche die Herrschaft des Kapitals neben der ökonomischen Unterdrückung angewiesen ist: "Eine sehr wirksame Wahlkampfmethode ist die Kurzversammlung vor den Betrieben, vielleicht mit Hilfe eines Lautsprechers ... verbunden mit einer Flugblattaktion ... Dadurch werden sie (die Kandidaten - d. Verf.) bei den Arbeitern bekannt; man spricht ü b e r s i e im Betrieb."[30]

Offenbar wird der Warencharakter einer Wahlstimme im Konzept des "linken demokratischen Wahlbündnisses", wenn man sich einerseits "sozialpsychologisch eruierter Parameter" (Habermas) zum Stimmenfang bedient, um die kleinbürgerliche Fassade auch breit genug für NPD-Wähler zu machen: "Wir fordern von den Behörden wirksame Maßnahmen gegen die unerträglichen Übergriffe der US-Besatzungstruppen auf die Bevölkerung"[31], andererseits sich kräftig der Manipulationsinstrumente der Reklameindustrie und Werbepsychologie versichert: "Wir brauchen keine Werbeagentur, wir machen das alles selbst."[32] Je nach "Einschätzung des Bewußtseins" findet in Städten ein Autokorso und auf dem Lande was fürs Herz statt ("Jeder Wähler erhielt von ihm seine Visitenkarte, die Wählerinnen zusätzlich je ein Blumensträußchen")[33].

Diese Seid-nett-zueinander-Ideologie, mit Meinungsknöpfen, Beatmusik und modischen Accessoires unter dem Slogan "Man kann wieder links wählen" verabreicht, läßt einigermaßen klar erkennen, welcher Begriff

der "demokratischen Erneuerung" hier hausieren gegangen ist und in Nordrhein-Westfalen im Wahlbündnis ADF mit "wandelnden Litfaßsäulen"34) "einer neuen Politik zum Durchbruch verhilft".

Der ohnehin bewußtlosen Masse wird durch die zynische Benutzung ihrer manipulierten Konsumgewohnheiten ihre politische Ohnmacht erneut bestätigt, diesmal von links. Die Absorption der Widersprüche, Kalkül des kapitalistischen Staatsapparats, vollzieht sich so mit Hilfe derer, die sich als organisierter Widerspruch ausgeben. Das Bewußtsein jener, welche durch die herrschaftstechnisch erforderlichen Zwänge vorerst - aufgrund der eben dafür notwendigen Zerstörung von Ansätzen von Klassenbewußtsein und Solidarität, der notwendigen systematischen Deformation - nur "Betroffene" sind, wird mit den Methoden der herrschenden Klasse in die "neutrale Sphäre der Demokratie" auf einer qualitativ anderen Ebene, in die scheinbare Widerspruchslosigkeit zurückgeholt (was von beiden Seiten als "realistische Einschätzung" bezeichnet wird, einmal mit dem Satz: die KPD wäre auch ohne Verbot erledigt gewesen, zum anderen mit der Beharrlichkeit, mit der auf der "parlamentarischen Fixierung" der Bevölkerung und Lenins "Kinderkrankheiten" bestanden wird). Der Satz: "Auch die außerparlamentarischen Kräfte müssen ihre p o s i t i v e n Anregungen anbringen und bei der politischen Willensbildung im Lande jederzeit mitwirken können"35) markiert nicht nur die Unterwerfung unter ideologisch gesetzte Prioritäten für eine Phase, in der Notstandskampagne und "der Ostermarsch der Atomwaffengegner, der im Bewußtsein der eigenen Folgenlosigkeit zelebriert wird ... das einzig anerkannte Ritual (des) massenhaften Protestes (ist)"36). Er weist darüber hinaus auf die eigene politische Praxis für eine Zeit, wo Teile der sozialistischen Bewegung, die den Spielcharakter früherer Kampagnen durchschaut haben, beginnen, sich an der Basis selbst zu organisieren. Denn für sie war mit dem 11. Mai 1968 eine Form der Opposition zu Ende gegangen, "die nicht genügend an den Widerstandsaufgaben orientiert war, sondern auch diffus-liberal dem Schein parlamentarisch gesicherten rechtsstaatlichen Interessenausgleichs nachtrauerte"37). Die Auseinandersetzungen über Wahlbeteiligung oder nicht, die Widerstandsaktionen gegen Staatsapparat und Springerkonzern nach dem Mordanschlag auf Rudi Dutschke haben in Umrissen aber schon gezeigt, welches Disziplinierungsinstrument hier auf den Plan tritt.

Nach der Landtagswahl in Baden-Württemberg, die der DL 2,4% der Stimmen eingebracht hat, ist ihre Einschätzung der Situation "differenzierter". Führt sie das (erwartungsgemäß) vernichtende (in ihren Augen) Wahlergebnis zuerst auf die "konzertierte Aktion gegen die Linkskräfte"

zurück, so artikuliert sich wenig später, was während des Wahlkampfes so deutlich nie formuliert worden war - die Auseinandersetzung, die man mit der studentischen Bewegung zu führen hat: "Die Wahlergebnisse haben viel mehr als lange Reden manches klargemacht. Dazu ist es jedoch auch notwendig, sich von 'Anarchisten, Linksradikalen und Radaubrüdern' zu distanzieren. Dies ist ... in der letzten Zeit viel zu wenig beachtet worden und hat in der Bevölkerung zu manchem Trugschluß geführt."[38]

Spätestens nach den Aktionen am 1. Mai 1968 und den Auseinandersetzungen über die Ereignisse in der CSSR bestand über die Haltung zum SDS und anderen radikalen Gruppen kein Zweifel mehr: "Sicher macht sich keiner Illusionen darüber, daß als Folge der reaktionären und neofaschistischen Offensive die Auseinandersetzung mit opportunistischen und linkssektiererischen Auffassungen im eigenen Lager an Schärfe zunehmen wird."[39] Die DL war zwar eifrig mit der Gründung von Hochschul- und Jugendgruppen (Studentische Linke SL und Junge Linke JL) bemüht, die Kritik am parlamentarischen System "in Stimmen für die DL umzumünzen"[40] und glaubte sich in derselben Situation wie Naumann, der in Bernstein, David etc. seine vorgeschobenen Posten in der Sozialdemokratie sah. Aber in dem Maße, wie theoretisch und in der politischen Praxis eine sozialistische Perspektive gewonnen wurde, schlug sich das Wahlbündnis auf die Seite der "verblendeten Führer". Die punktuelle Zusammenarbeit von DL und sozialistischen Gruppen wurde da unmöglich, wo die Neue Linke erkannt hat, "daß es in hochindustrialisierten Gesellschaften Machtergreifungen im politischen Herrschaftszentrum, sei es durch Wahlen ... nicht mehr geben kann"[41]. Das Wahlkartell weiß auf die praktische Kritik, die sich in den Osteraktionen manifestiert hatte und konsequent auch in einer Kritik am opportunistischen Verhalten der DL mündete, keine andere Antwort als den billigen Abklatsch der offiziellen Verlautbarungen: "Das spätkapitalistische System ist für sie so verfestigt, daß s i e aus der Gesellschaft, in der w i r leben, eigentlich austreten müßten."[42] Um schließlich den Verdacht, das Wahlbündnis "aller demokratischen Kräfte" sei eine linksradikale Partei, völlig zu entkräften, wird das Anwachsen des organisierten Neofaschismus, für welches man eben noch selbst von den etablierten Parteien und der gesamten bürgerlichen Presse verantwortlich gemacht worden war, nun der antiautoritären Bewegung angelastet. Man unterstellt der Neuen Linken, ähnlich wie Strauß und Konsorten das als politische Pflichtübung regelmäßig absolvieren, es gehe hier nur um sinnlose Provokation, um weiter nichts.[43]

Demgegenüber bietet der Wahlkampf der DL ein Bild, welches selbst sich einfügt in die Demokratievorstellungen der FAZ: "In den Wahlversammlungen der 'Demokratischen Linken' ... geht es ruhig und gesittet zu; von linkem Extremismus ist höchstens hin und wieder in einem Besucher-Diskussionsbeitrag etwas zu spüren, der dann rasch abgewiegelt wird."44) Wenige Tage vor der Landtagswahl bleibt der DL nichts anderes übrig, als sich die politische Macht, die sie in Händen hält, vorzuphantasieren: "Neben dem Märchen von den 'verlorenen Stimmen' muß neuerdings das Geschwätz von der Einflußlosigkeit einer DL-Fraktion im Landtag auf das politische Geschehen herhalten."45) Sie hat sogar schon fertige Gesetzesentwürfe in der Tasche, die sie gleich nach dem Einzug ins Parlament auf den Tisch legen will. In der Sozialdemokratie gab es 1903 noch einen Streit, ob ihr Parlamentspräsident den Kaiser in Strumpfhosen und Schnabelschuhen hofieren solle. Die DL unterwirft sich blind dem parlamentarischen Kretinismus. Nach einigen Wochen ist selbst formale Dualität von sozialdemokratischen "Führern" und Mitgliedern vergessen. Die DL schreibt einen offenen Brief an den Landesvorstand der SPD, der beginnt: "Werte sozialdemokratische Freunde ... Einige Eurer führenden Funktionäre haben während des Wahlkampfes die DL angegriffen. Wir wollen nicht hadern, denn jetzt ist es an der Zeit, das Gemeinsame zu betonen."46)

2. Der Kommunalwahlkampf der DKP in Rheinland-Pfalz im Juni 1969

Der Kommunalwahlkampf der DKP in Rheinland-Pfalz ist aus zwei Gründen bedeutsam zur Beurteilung der Politik dieser Partei. Einmal hatte die neugegründete Partei Gelegenheit zu testen, mit welchem Wählerpotential die ADF bei den Bundestagswahlen ungefähr rechnen konnte. Der Kommunalwahlkampf wurde von der DKP in den Wahlkreisen Idar-Oberstein, Ludwigshafen und Mainz selbst geführt, in zahlreichen anderen Gemeinden kandidierten Kommunisten auf gemeinsamen Listen mit anderen "demokratisch gesinnten Bürgern"47). Der Ausgang der Wahlen wurde von der Partei durchweg günstig beurteilt, denn in Mainz fehlten nur 315 Stimmen, um die 5%-Klausel zu überspringen und in den Stadtrat zu gelangen.

Andererseits läßt sich an der politischen und organisatorischen Durchführung dieses Kommunalwahlkampfes die Strategie des antimonopolistischen Bündnisses in seiner Konkretion studieren, und man kann allgemeine Schlußfolgerungen aus den verschwommenen Formulierungen der Grundsatzerklärung präzisieren.

In diesem Kommunalwahlkampf zeigte sich die Nähe der DKP zur Sozialdemokratie darin, daß sie wie diese eindeutig auf die bestehenden Institutionen dieser kapitalistischen Gesellschaft (Bundestag, Bundesrat, Stadtparlamente, die existierenden Formen von Gesetzgebung und Verwaltung) orientiert ist. Da die Partei keine historisch-materialistische Funktionsanalyse dieser Herrschaftsinstitutionen geleistet hat, sieht sie ihre Aufgabe darin, als Repräsentant des werktätigen Volkes stellvertretend für die unmündig gehaltenen Massen deren Forderungen in den gegebenen institutionellen Rahmen zu überführen. Die Eindeutigkeit dieser Perspektive stellte die Mainzer DKP unter Beweis, die - wenn schon nicht als Kommunalfraktion - wenigstens als "außerparlamentarische Fraktion" mit ihren Spitzenkandidaten an den Stadtratssitzungen teilnehmen will48). An die Stelle der Agitation und Mobilisierung benachteiligter Bevölkerungsschichten tritt deren Integration in den Rahmen der kapitalistischen Ordnung. Die Arbeiterpartei DKP tritt ein für sozialstaatlich organisierte Verbesserungen und beschränkt sich in ihren konkreten Forderungen völlig auf den Konsumbereich, von Produktion ist nur im Zusammenhang mit der Forderung nach verstärkter Industrie-Ansiedlung die Rede. Mit dem Instrumentarium des Staatsapparats soll Gerechtigkeit hergestellt werden - auf der Basis der bestehenden Klassenverhältnisse, durch Vorschulerziehung, sozialen Wohnungsbau und Schwimmbäder.

Damit verändert sich auch der Inhalt der Begriffe "Massenmobilisierung" und "Außerparlamentarische Aktion". Schon vor der DKP hatten Theoretiker des "Sozialistischen Zentrums" Kommunalpolitik für wichtig gehalten, weil hier "die Gesetzmäßigkeiten des westdeutschen Parteiensystems, die Abdichtung des Parlaments gegen Parteien links von der SPD abgeschwächt" sind; "so haben hier die Sozialisten eine demokratische Chance"49). Zwar ist für die Marburger Genossen Kommunalpolitik "lediglich ein Ausgangspunkt" für die Mobilisierung der Massen. Welche bessere Ausgangslage dafür mit einer "sozialistischen Fraktion im Kommunalparlament" gewonnen werden kann, vermögen sie freilich nicht anzugeben, auch bei ihnen hat sich das Interesse am Wahlkampf verselbständigt.

Die Arbeit des Heidelberger SDS während des Landtagswahlkampfes in Baden-Württemberg hat in Ansätzen eine Alternativstrategie für Wahlkämpfe entwickelt. Am Anfang stand eine breite Aufklärungskampagne innerhalb des primären Adressaten des SDS, der Studentenschaft, über die Funktion des Parlaments. Gleichzeitig begannen die Genossen mit der Agitation vor und in Betrieben. Ergebnis dieser Politik war die massenhafte Mobilisierung von Schülern und Studenten, die Wahlkampfveranstaltungen der CDU sprengten und Sozialdemokraten zur Diskussion über ihre Interessen zwangen. Außerdem wurde diese Mobilisierung überführt in die Springerblockade und produzierte eine kontinuierlich und völlig selbständig arbeitende Gruppe zur Agitation im Wahlkampf[49a)].

Die von der DKP in Rheinland-Pfalz propagierte und praktizierte "Wechselwirkung von parlamentarischer und außerparlamentarischer Opposition"[50)] zeigte jedoch die inhaltliche Identität ihrer Kampfformen mit den von bürgerlichen Pluralismus-Theoretikern entwickelten Vorstellungen. "Massenmobilisierung" dient - wie bei nichtmonopolistischen Interessenverbänden (integrierte Gewerkschaft, Kriegsopferverband, Bauernverband etc.) dazu, mit dem Blick aufs Parlament spektakulären Druck auszuüben, um eine Sinnesänderung der Abgeordneten zu erreichen oder graduelle Änderungen in der Herrschaftsinstitution zu erzwingen (z.B. "Schaffung einer öffentlichen Beschwerdestelle"[51)]). Die von der DKP konzipierten "außerparlamentarischen Aktionen" sind nur noch außerparlamentarisch in dem Sinne, daß sie sich räumlich anderswo abspielen; sie gleichen den von reformistischen Gewerkschaften seit eh und je praktizierten "vorparlamentarischen" Aktionen. Die Funktion dieser Aktionen ist nicht selbsttätige Durchsetzung von Interessen, also praktisch-politische Emanzipation aus der Ohnmacht, sondern Stärkung der Gesetzesanträge und Verordnungsvorschläge von DKP-Stadträten. Wie bei den Bürokratien der bürgerlichen Parteien soll die Selbsttätigkeit der Massen verhindert werden. Die Annäherung an die perspektivlose Realpolitik der SPD konkretisiert das auf dem Parteitag offengelassene Verhältnis von Reform und Revolution in der Strategie der DKP. R. Steigerwald kommt das Verdienst zu, die Widersprüche klar gezeigt zu haben[52)]. Einerseits sind die von der DKP in der Phase des demokratischen Kampfes angestrebten Reformen dann revolutionär, wenn sie nahe an den "ökonomischen und politischen Grundfragen der Macht" orientiert sind. Um sie durchzusetzen, bedarf es "offensichtlich" der Konfrontation der Massen mit der Staatsgewalt. Andererseits geht jedoch die Perspektive zum Sozialismus verloren und wird zur Beschwörungsphrase. Denn selbst grundlegende Reformen lösen für ihn nicht das Problem der

"entscheidenden qualitativen Änderung der Gesellschaft" (d.h. Sozialismus mit Planwirtschaft, Herrschaft der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, Vergesellschaftung der Produktionsmittel), sondern sind nur "Schritte auf dem Wege zur endgültigen Lösung der Macht im Sinne der Arbeiterklasse" und beinhalten die "Errichtung einer antifaschistisch-demokratischen Macht" noch auf dem Boden des Kapitalismus. In der Unfähigkeit anzugeben, wie die vielen reformerischen Schritte den qualitativen Sprung zum Sozialismus ermöglichen, und im Festhalten am "Endziel" trifft sich dieser Parteitheoretiker der DKP mit Kautskys zentrischer Position.

Die Einzelforderungen der DKP - längst vorformuliert in den "Kommunalpolitischen Grundsätzen der DL", die sich freilich nicht als "marxistische Kampfpartei" verstand - orientieren sich durchwegs am vorgestellten Bewußtsein einer abstrakten Bevölkerung. Selbst wenn man die Kriterien der DKP-Strategie anlegt an Forderungen nach

— Vergrößerung des Einflusses demokratischer Organisationen - Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräte, Studenten- und Jugendorganisationen, der Mieter- und Kriegsopferverbände (!) - auf die Entscheidungen des Stadtrats;

— Einführung der Ortsklasse 'S';

— Fortsetzung des sozialen Wohnungsbaus ("Wir wenden uns nach wie vor gegen die Errichtung von Slums")

— demokratische Erneuerung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft durch allseitige Mitbestimmung[53]),

ist deren Stellenwert im Rahmen einer antimonopolistischen Strategie nicht auszumachen. Vielmehr gleichen sie denen der SPD. Im Vertrauen auf die demokratische Funktionsfähigkeit der herrschenden Institutionen wählt die DKP zur Durchsetzung ihrer Forderungen den Instanzenweg: "Eine der vordringlichsten Forderungen der DKP in Rheinland-Pfalz ist, die Landesregierung zu drängen, im Bundesrat einer Politik das Wort zu reden, die die Bundesrepublik auf den Weg zur aktiven Mitarbeit an einem gesamteuropäischen Sicherheitssystem führt."[54])

Wie schon die DL unterläßt es auch die DKP, die Interessen der Arbeiter im Wahlkampfgebiet aufzugreifen und zu formulieren oder konkret auf die Bedürfnisse der Studenten einzugehen. Statt dessen produziert sie Allgemeinplätze wie "Fortschritt für die Bildung" oder "Mitbestimmung" und hofft offenbar, den Mittelstand für sich zu

gewinnen, wenn sie "den Widerstand in den Gemeinden, Städten und Kreisen ... organisieren" wird gegen die Vernichtung der "letzten Reste demokratischer Selbstverwaltung durch die Gebiets- und Verwaltungsreform"55). Die Hoffnung, das Monopolkapital zu isolieren im Widerstand von Stadtparlamenten und Gemeindevorständen gegen die Ausführungsverordnungen der NS-Gesetze, dürfte die Partei selbst kaum ernst nehmen.

In ihrer Wahlkampfagitation bediente sich die DKP nicht nur der Praktiken von Coca-Cola und F.D.P., indem sie sich als "neue junge Partei" anpries, die den "Herrschenden den Kampf ansagt und heiße Eisen anpackt"56). Sie trug mit bei zur Verfestigung kleinbürgerlicher und reaktionärer Elemente im Bewußtsein der Wählergruppe, die sie besonders im Auge hatte, nämlich Arbeiter und Angestellte. Gegen die nationalistische Propaganda, mit der die anderen Parteien versuchten, der NPD Stimmen für die Bundestagswahl abzuwerben, trat die DKP in Mainz an mit Plakaten und Handzetteln, die entweder unmittelbar die schwarz-rot-goldene Flagge trugen oder die "Bundesfarben" variierten, wobei "rot" die DKP signalisierte57).

Die Hoffnung vieler Arbeiter und Angestellten auf ein Leben ohne Ausbeutung und Unterdrückung noch im Kapitalismus wurde verstärkt durch die Stimulation von irrationalen Ängsten, Bedürfnissen nach "Sicherheit" und Eigentumsfetischismus: "Wir wollen ... im Wirtschaftsleben durch Einschränkung der Macht des Großkapitals den arbeitenden Menschen soziale Sicherheit geben, damit nicht bei jeder Währungskrise Besitz und Ersparnisse des arbeitenden Volkes gefährdet sind."58)

Auch dem Versuch der bürgerlichen Presse, die Studenten in Anständige und Unanständige, in Verantwortungsbewußte und Kriminelle auseinanderzudividieren, trug man Rechnung. Einzig unter dem Kandidatenfoto eines Mainzer Studenten standen Angaben über seinen Familienstand ("verheiratet, 13 Monate alte Tochter"), um die Seriosität des Kandidaten zu unterstreichen59).

Auf der Ebene der Kommunalpolitik enthüllte sich die antimonopolistische Strategie der DKP als verbal-radikal kaschierte Integrationspolitik. Gleichzeitig zeigte sich, daß von der kommunalpolitischen Kampfebene her die reformistische Politik der Partei die stärksten praktischen Impulse bekommt.

3. ADF - Wahlkampf statt Klassenkampf

Zur Vorgeschichte der Wahlpartei

Ausgehend von den organisatorischen und politischen Erfahrungen der "Demokratischen Linken" in Baden-Württemberg und den Bedingungen, unter denen sich die Anti-Notstands-Kampagne entwickelte, wurde im Frühjahr 1968 innerhalb dieser Organisation die Diskussion über die Beteiligung an der Bundestagswahl vorangetrieben. Nach Verabschiedung der NS-Gesetze faßt der Aufruf des "Gießener Kreises" (Unterzeichner u.a. Abendroth, Hofmann, Niemöller, Bloch, Flechtheim) die Diskussion über ein Wahlbündnis zusammen: "Das Wahl- und Aktionsbündnis soll nicht an die Stelle spezifischer Bewegungen treten. Jede der beteiligten Sozialgruppen soll ihre bestimmten selbstgestellten Aufgaben verfolgen. Der Wahlkampf soll mit aller Härte und offensiv geführt werden. Er soll eine anhaltende Bewußtseinserziehung der Öffentlichkeit, insbesondere auch zur Kontrolle der Abgeordneten zur Folge haben."60)

Als organisatorische Konsequenz beschließt ein Wahlkongreß in Dortmund am 2.11.68 ein Aktionsprogramm und die Konstituierung der Wahlpartei Aktion Demokratischer Fortschritt (ADF)61). Am 7.12.68 wird bei Frankfurt die ADF gegründet und ein Parteiprogramm verabschiedet. Gleichzeitig entstehen in zahlreichen Orten der BRD Aktionszentren.

Bewußtseinsbildung oder Stimmenfang

Innerhalb dieses Wahlbündnisses hofft die DKP, "massenhaft Gegenmacht gegen dieses herrschende System zu erzeugen ..., wir können zwar dieses System im Wahlkampf nicht ändern, aber wenige können das Bewußtsein vieler ändern."62) Wahlkampf wird verstanden als eine der gegebenen gesellschaftlichen Situation angemessene Form der Bewußtseinsbildung: "Der Wahlkampf, vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus geführt, soll die Verhältnisse und Zusammenhänge erkennbar und durchschaubar machen."63)

Diesem Verständnis entspricht die Forderung der ADF nach einer offensiven Wahlkampfführung mit der Aufgabe, "daß uns der Wahl-

kampf als ein Ansatzpunkt gilt, politisches Bewußtsein zu mobilisieren und über den Wahltermin den demokratischen Zielen neuen Boden und neue Menschen zu gewinnen"64). Mobilisierung allein reicht jedoch in diesem Verständnis nicht aus, wenn kein konkretes "Kampfziel" dahinter steht: "Der Wahlkampf, geführt mit dem Ziel der Erweiterung demokratischen und sozialistischen Bewußtseins, gerichtet gegen Manipulation und Einfluß des Großkapitals, muß auch darauf orientiert sein, ins Parlament zu gelangen und damit die von den herrschenden Kreisen errichtete Mauer zu durchbrechen. Die bloße Tatsache des Eindringens ins Parlament wäre bereits für die gesamte demokratische Opposition ein bedeutender Erfolg. Die Etablierten wären nicht mehr unter sich."65) Hier verselbständigt sich das Ziel eines Wahlerfolges gegenüber dem Anspruch der Bewußtseinsmobilisierung. Indem die ADF aber das auf das Parlament orientierte Bewußtsein der Massen als mobilisierbar bezeichnet, ohne diese Fixierung selbst zu kritisieren oder für bestimmte Schichten in Frage zu stellen, reproduziert sie zwangsläufig das Konkurrenzverhältnis auf dem politischen Markt.

Das wichtigste Argument der Gegner einer Wahlbeteiligung geht von der gleichen Grundlage der Einschätzung des Parlamentarismus in der spätkapitalistischen Gesellschaft aus wie die Schlußfolgerung der ADF-Gruppen, sich am Wahlkampf zu beteiligen: Das Parlament in der monopolkapitalistischen Gesellschaft hat nur noch eine Verschleierungsfunktion zur Überdeckung der tatsächlichen gesellschaftlichen Machtstrukturen. "Das Parlament ist als scheindemokratische Fassade ministeriellen Ausschüssen vorgelagert, in denen die eigentlichen politischen Entscheidungen unter Ausschluß der Öffentlichkeit gefällt und dem Parlament zur formalen Bestätigung vorgelegt werden."66) Die langsame Machtverschiebung zugunsten der Exekutive, der schrittweise Übergang zum Faschismus, müssen sich indes nach der formalen Zustimmung der Wähler richten, die einen plötzlichen Übergang zum offenen Faschismus aufgrund ihrer jüngsten Erfahrung nicht zulassen würden67).

Die Orientierung auf ein völlig entmachtetes Parlament hin, das nicht einmal theoretisch Einfluß auf die Entscheidungen nehmen kann, läßt jedoch keine Erklärung einer Wahlbeteiligung zu. Für die ADF-Theoretiker wird es daher notwendig, die negative Beurteilung des Parlaments zum Teil wieder aufzuheben und ihm - vorausgesetzt, daß es seine Aufgaben wirklich erfüllt - eine wichtige Funktion zuzuschreiben. "Wichtige Entscheidungen der Innen-, Außen- und Wirtschaftspolitik bedürfen der Zustimmung des Parlaments. Das gilt auch für die zur Umverteilung des Nationaleinkommens zugunsten der Monopole wichtigen Gebiete der Steuer-, Finanz- und Investitionspolitik. Das

Parlament ist unter den heutigen Bedingungen ein hochempfindlicher Nervenstrang des Systems."[68] Oder: "Es ist eine falsche Sicht des Problems, wenn gesagt wird, man müsse den Massen zeigen, daß das Parlament ein Verschleierungsinstrument ist. Gezeigt werden muß vielmehr, daß das Parlament dazu gemacht wird und von wem es dazu gemacht wird."[69] Nicht das formale Repräsentationsprinzip der Institution Parlament wird in Frage gestellt, Parlamentarismus "an sich" ist eine durchaus erstrebenswerte Sache, nur andere Abgeordnete müssen ins Parlament bzw. die "progressiven" Abgeordneten der SPD müssen durch Agitation in ihrer Opposition gegen die "rechte" Führung der SPD gestärkt werden. Ähnlich wie bei der von der ADF vertretenen Differenzierungsthese zur SPD (hier rechte Führung - dort linkes Parteivolk) werden die Widersprüche nicht im System gesehen, sondern personifiziert dargestellt: Die Vertreter der Monopole haben das Parlament seiner demokratischen Funktion beraubt und nehmen ihm die Möglichkeit, seine gesetzlichen und verfassungsmäßig garantierten Rechte wahrzunehmen.

Erst der forcierte Wahlkampf dieses Sommers, der sich erklärtermaßen gegen CDU/CSU und NPD sowie gegen die "rechte" Führung der SPD richtet, wird zeigen, wie sich der Anpassungsprozeß der ADF an die Wahlkampfführung der etablierten Parteien konkretisieren wird, wieweit sie - mit der vorgeschobenen Legitimation des noch rückständigen Bewußtseins der Bevölkerung, das zu ändern sie vorgibt - zu einer linken Wahlalternative der NPD absinkt[70].

Mit dem von der ADF propagierten "offensiven Wahlkampf" soll die qualitative Veränderung des Bewußtseins der Massen, die Entwicklung von Selbsttätigkeit und der "Aufbau von gesellschaftlicher Gegenmacht auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens" erreicht werden[71]. In der Praxis enthüllt sich das als Phrase: Die ADF paßt sich, hat man die folgenden Wahlkampfpraktiken vor Augen, den Methoden der bürgerlichen Parteien an und stellt sich ihren potentiellen Wählern vor mit Methoden, wie sie Zigarettenfirmen zur Einführung einer neuen Marke benutzen. Neben Glückwunsch-"Aktionen" bei Neumietern, Frühschoppen und Autokorso wird das Straßentheater zum strategischen Hebel der Politisierung. "Die Tatsache, daß es nicht leicht ist, den Bundesbürger vom Fernseher wegzulocken, läßt nur einen sehr geringen Teil der Bevölkerung durch Versammlungen ansprechbar erscheinen. Auch Flugblätter und Wahlzeitungen können bei der, nicht nur von den politischen Parteien, sondern noch mehr durch allerlei Geschäftsreklame verursachten Papierflut, nur wenig Aufmerksamkeit auf sich lenken. Ohne auf diese althergebrachten Mittel und Methoden der politischen Propaganda ganz verzichten zu können, zeigt sich aber mehr und mehr

die Notwendigkeit, mittels beweglicher Musik- und Sprechgruppen auf Straßen und Plätzen Publikum anzulocken. Originell aufgemachte Aufklärungsstände, Songgruppen und szenische Darbietungen erregen Aufmerksamkeit und sind befähigt, das Publikum aus der rezeptiven Passivität herauszuführen, zum Mitmachen zu bringen, mindestens aber zum Mitdenken."72) Bruchlos knüpft man an am Konsumbewußtsein der Bevölkerung und will es für einen guten Zweck nutzen. Der Aufbau gesellschaftlicher Gegenmacht reduziert sich auf die Aufstellung von ADF-Kandidaten in allen Wahlkreisen73).

Die DKP will in diesem Bündnis die spezifischen Interessen der Arbeiterklasse vertreten. In Organisation und Inhalt der ADF-Wahlkampfführung werden jedoch diese Interessen nicht systematisch in den Vordergrund gestellt, sie rangieren vielmehr gleichrangig neben den Problemen des Mittelstandes, der Bauern etc. Die Aktualisierung von Klassenkonflikten paßt nicht in ein Konzept, das die Klassenunterschiede in einem verschwommenen Bevölkerungsbegriff auflöst ("die da unten werden es denen da oben schon zeigen"). Innerhalb des Bündnisses versucht die DKP auch nicht, wenigstens die traditionellen Kampfformen der Arbeiterklasse aufzunehmen74). Einer der wichtigsten Aspekte des "offensiven Wahlkampfes" ist für die ADF die Umgestaltung der Wahlveranstaltungen anderer Parteien zu "offenen Diskussionsforen", wo auf die "echten Probleme der arbeitenden Bevölkerung" eingegangen wird. "Allein die Tatsache schon, daß durch unsere Kandidatur eine Kraft auf den Plan getreten ist, die diese Grundfragen zur Diskussion stellt, zwingt ihnen (den etablierten Parteien - d. Verf.) eine Politisierung des Wahlkampfes auf, die sie verhindern wollten."75) Agitationsarbeit bei Wahlveranstaltungen von SPD und CDU/CSU wird gleichgesetzt mit Bewußtseinsbildung, die nur zum Ziel hat, den bürgerlichen Wahlkampf als "demokratische Spielregel" zu repolitisieren. Die Illusion, eine Durchbrechung der Manipulationsmechanismen der Gesellschaft erreichen zu können, indem man sich ihrer bedient, ist perfekt. "Wir wollen ins Parlament, um die Verschleierung aufzudecken und in der Zusammenarbeit mit der gesamten demokratischen Opposition im Lande die Alternative voranzutreiben und zu entwickeln. Wir kämpfen darum um jede Stimme für die ADF."76)

Kritik an diesen Ansprüchen, die mehr einer Verschleierung von Klasseninteressen als der Bewußtseinsbildung dienen müssen und eine Perpetuierung der herrschenden Bewußtseinsstrukturen hervorrufen, ohne die kritisierte politische Apathie aufheben zu können, wird schnell mit dem Vorwurf einer Zersplitterung aller demokratischen Kräfte und prinzipiellen linken Antiinstitutionalismus abgetan. "Bei allen ihren politischen Entscheidungen hat die demokratische Bewegung

sich zu fragen, ob sie sich in selbstgefälliger Prinzipienfestigkeit und revolutionärer Reinheit isoliert und damit den politischen Gegenkräften ihren Spielraum vergrößert, oder aber alle Ansätze nutzt, der Bevölkerung ihre wirklichen sozialen und nationalen Interessen bewußt zu machen. Es kommt einem Fatalismus nahe, auf die Möglichkeiten zu verzichten ..."77)

Von einer Ablehnung des Wahlkampfes als Selbstzweck bleibt kaum noch viel übrig, zumal sich die ADF, die es offenbar als besonders "aufklärerisch" empfindet, ihre Anfangsbuchstaben auf Klebezetteln mit "Aktion Deutlich Fahren - auch in der Politik" zu interpretieren, in einem deutlichen Wahlpragmatismus als Sammelbecken aller oppositionellen Kräfte versteht und nach dem Motto "Man kann wieder links wählen" auch auf die Stimmen der potentiellen NPD-Anhänger wartet. "Wir müssen differenzieren, mehr als wir das bisher getan haben."78) Mit dem richtigen Ansatz dieses Differenzierungsversuchs, der auch die Abwanderung - primär von SPD-Wählern - zur NPD bei den vergangenen Landtagswahlen mit einbezieht, versucht die ADF, an die objektiven Interessen von NPD wählenden Arbeitern anzuknüpfen79). Da dieses Bündnis jedoch sich nur vage als linke Alternative zur Großen Koalition anbietet und die objektiven und subjektiven Interessen von Protestwählern nur summarisch angesprochen werden, läuft dieser Differenzierungsversuch auf bloßen Stimmenfang hinaus. "Als erstes Ziel müssen wir die unpolitischen, die trägen, die liberalen und die links-offenen Menschen ansprechen. Aus diesen Bevölkerungskreisen müssen wir unsere Bewegung vergrößern. Andere kommen nicht in Frage. Wir müssen sie praktisch zu 'Mitläufern' machen. Taktisch kluges, sinnvoll und vernünftig durchdachtes Vorgehen dürfte bei dieser echten Basisarbeit am erfolgreichsten sein. Als zweites Ziel müssen wir aus diesen Leuten, den 'Mitläufern', aktive Mitarbeiter machen."80)

Dieser Stimmenfang wird zur verselbständigten Praxis und erhält seine neue Begründung durch die angebliche "Bremsfunktion" einer hohen ADF-Stimmenzahl gegen den Prozeß der schleichenden Faschisierung. Daß etwa gerade ein hoher ADF-Wahlerfolg einen beschleunigten Rechts-Ruck oder die Ablösung des Parlamentarismus durch eine Notstandsdiktatur zur Folge haben könnte, wird in die strategischen Überlegungen nicht mit einbezogen. Die Orientierung der ADF auf den Bundestagswahlkampf reproduziert die Fixierung der Massen auf das parlamentarische System, das zu verteidigen sich für gute Demokraten lohnt. "Es gilt nicht, das parlamentarische System zu beseitigen, sondern es zu schützen und weiter zu entwickeln", denn "das parlamentarische System ist nicht das beste aller denkbaren, aber auch nicht das schlechteste, das man sich vorstellen kann."81)

Die Bejahung des bestehenden Systems, das auf die im Grundgesetz angelegten demokratischen Funktionen zurückgeführt werden muß, bedingt zwangsläufig eine integrierende Funktion auch der angestrebten ADF-Bundestagsfraktion. Außerparlamentarische Bewegungen oder Massenaktionen, die auf der Grundlage neuer dezentralisierter Organisationsformen das parlamentarische System in Frage stellen, machen die Befürwortung der "Initiative von unten" zum verbalen Anspruch. Zwar bleibt auch für das Wahlbündnis die außerparlamentarische Aktion ein "Kampfmittel", sie wird jedoch erst sinnvoll als die tatkräftige Unterstützung der parlamentarischen Vertreter[82]. Außerparlamentarische Kräfte, orientiert auf die parlamentarische Vertretung, angeleitet in dem von ihr ausgeweiteten Spielraum, dieses Bild paßt durchaus in das vorgelegte Konzept, das in freudigem Utopismus gipfelt: "Das Ansehen der linken und sozialistischen Bewegung steigt mit einem Wahlerfolg, das Gewicht ihrer Argumente wächst. Die Regierenden können sie nicht mehr so einfach vom Tisch wischen. Und außerparlamentarische und parlamentarische Aktionen vereinen sich zu einer neuen Stufe ihrer Wirksamkeit."[83]

TEIL B (BERND RABEHL)

I. Außerparlamentarische Massenaktionen und parlamentarische Taktik

(Zum Verhältnis von Reform und Revolution in der monopolkapitalistischen Gesellschaft der Gegenwart; eine Kritik am Programm der Deutschen Kommunistischen Partei)

1. Staatserhaltende Opposition

Die Prozedur der Gründung der Deutschen Kommunistischen Partei, die sich mit der ausdrücklichen Billigung der Großen Koalition vollzog und nach Rücksprachen mit dem Justizministerium eingeleitet wurde, läßt Verdacht aufkommen. Die Behauptung, daß die Verabschiedung der Notstandsgesetze und die ansteigende Revolte der Studenten, Schüler und Jungarbeiter mit dieser Parteigründung in Zusammenhang zu bringen ist, scheint nicht nur eine böswillige Unterstellung zu sein. Danach ist von Seiten des Regierungskartells dieser Partei die Funktion der ideologischen und moralischen Disziplinierung der außerparlamentarischen Opposition zugedacht worden[1]. Das würde voraussetzen, daß die deutschen Kommunisten entweder die Arbeiterklasse gegen die monopolkapitalistischen Herrschaftsverhältnisse nicht mehr mobilisieren können oder wollen. Kiesinger und Brandt gaben sich selbstbewußt, als sie in ihrer Einschätzung dieses Gegners gelassen davon sprachen, daß die Gründung der DKP eine "günstige innenpolitische Entwicklung" anzeige.[2] Da selbst Funktionäre dieser Partei in erster Linie darauf hinwiesen, daß die Gründung der Partei das "Ansehen"[3] der Bundesrepublik im Ausland heben würde, scheint das herrschaftstechnische Kalkül des monopolkapitalistischen Staates aufzugehen. Während des Höhepunktes des Kalten Krieges wurde die KPD verboten, weil sie angeblich den Sturz des faschistischen Nachfolgestaates, der Bundesrepublik Deutschland, propagiere und vorbereite. Mit dem Einschwenken der Sozialdemokratie und Einzelgewerkschaften auf die Politik der westdeutschen Monopolgruppen sollte die organisatorische und theoretische Demobilisierung der Arbeiterklasse Nachkriegsdeutschlands durch das verfassungswidrige Verbot der KPD verstärkt werden, um einen Ausgangspunkt für die stufenweise Integration der Arbeiter in die monopolkapitalistischen Ideologien von "Freund—Feind", "Sicherheit" und der "Volksgemeinschaft der Partner" zu schaffen. Nach Ablauf dieser 12 Jahre der Kommunistenverfolgung werden die Kader der KPD ermuntert, eine DKP zu gründen, die nicht als Nachfolgeorganisation der verbotenen Partei vom Justiz— und Innenministerium angesehen wird, wenn diese neue Partei eindeutig erklärt, sie wolle das Ziel Sozialismus nur auf dem parlamentarischen Wege erreichen, d.h. mit Einhaltung der bundesdeutschen Verfassung. Außer dem dramatischen Zwischenspiel der Verschiebung der Buchstaben von KPD und DKP scheint sich mit allen Konsequenzen das "Sozialistengesetz" zu wiederholen. Eine subversive Partei wird durch das Erlebnis der Illegalität und durch die permanente Verbotsdrohung fügsam

im Sinne der politischen Spielregeln des kapitalistischen Staates. Die Arbeiterpartei entwickelt eine Integrationstaktik in der Politik, die sich nur im Rahmen des Parlamentarismus und der verfassungsmäßigen Ordnung bewegt, so daß sie ihre Funktion der proletarischen Aventgarde verliert und objektiv zum Ordnungsfaktor der kapitalistischen Gesellschaft wird, indem sie die Arbeiter ideologisch und organisatorisch daran hindert, durch außerparlamentarische oder "illegale" Massenaktionen den Maßnahmen des Kapitals Widerstand zu leisten, indem sie die Arbeiterklasse an diese bürgerliche Ordnung ideologisch fixiert. Aber bloße Analogien sind nicht beweiskräftig. So wie der Bismarckstaat des deutschen Reiches nicht zu vergleichen ist mit dem monopolkapitalistischen Staat der Bundesrepublik, so ist auch der Zentrismus der deutschen Sozialdemokratie nicht mit der Theorie der deutschen Kommunisten über den gegenwärtigen Imperialismus identisch. Diese Analogien können lediglich Hinweise und Dispositionen über das Thema Reformismus und Opportunismus geben.

Der Gegensatz in der Auffassung vom Klassenkampf zwischen der außerparlamentarischen Opposition und der Deutschen Kommunistischen Partei ist nicht zu leugnen. Der DKP–Funktionär Erlebach vertrat in einem Spiegelinterview[4] eindeutig die Vorstellung, daß im Bundestag durch bestimmte Mehrheiten Reformen und antimonopolistische oder sozialistische Maßnahmen durchgeführt werden können. Er kann sich mit seiner Argumentation auf den Entwurf der Kommunistischen Partei Deutschlands stützen, der 1968 der Öffentlichkeit übergeben wurde.

> "Wir Kommunisten streben den friedlichen und demokratischen Weg der sozialistischen Umgestaltung an. Von unserer Seite wird alles geschehen, um gemeinsam mit dem ganzen arbeitenden Volk diesen für unser Land günstigen Weg des geschichtlich notwendigen Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus zu beschreiten... Der friedliche Weg der sozialistischen Umwälzung hat ein solches Übergewicht der Kräfte auf seiten der Arbeiterklasse und des Volkes zur Voraussetzung, das es der Reaktion unmöglich macht, gegen die demokratische Mehrheit des Volkes Gewalt anzuwenden (...). Die auf ein breites antimonopolistisches Bündnis und auf eine sozialistische Parlamentsmehrheit gestützte Staatsmacht und sozialistische Ordnung werden ihre Errungenschaften entschieden gegen konterrevolutionäre Anschläge der großkapitalistischen Reaktion zu schützen haben."[5]

Ohne an dieser Stelle die Frage erörtern zu wollen, warum die monopolkapitalistische Reaktion die friedliche Entwicklung der Übernahme der Staatsgewalt durch die Sozialisten und Kommunisten nach der Beglaubigung durch die Parlamentsmehrheit abwarten sollte, gibt dieses Zitat

die klare Auskunft, daß die Kommunisten mit Hilfe der Verfassung und des Parlaments die monopolkapitalistischen Herrschaftsstrukturen zerschlagen wollen. Wenn auch "außerparlamentarische demokratische Aktionen" in das Spektrum der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und des demokratischen Bündnisses der "Volkskräfte" einbezogen werden, so ist ihr Stellenwert ein untergeordneter, denn nur

> "in dem Maße, wie die außerparlamentarische Opposition an Kraft und Breite gewinnt, wie sie ihren Einfluß im Volke verstärkt, wird auch sie auf Parlamente einwirken. Die Arbeiterschaft, ihre Gewerkschaften, alle demokratischen Kräfte müssen eine Vertretung der Volksinteressen im Bundestag erringen."[6)]

Im Parlament fällt die sozialistische Entscheidung. Deshalb müssen alle außerparlamentarischen Tätigkeiten letztlich in Parlamentarische Aktivitäten transformiert werden. Um alle demokratischen Volkskräfte gegen das Monopolkapital im parlamentarischen Kampf zu sammeln, verbeugt sich die DKP nicht nur vor den Bemühungen der Christen, die "soziale Gerechtigkeit" in der Welt zu erringen, sondern vollkommen undogmatisch bewertet sie auch die Arbeit linkssozialistischer Gruppen, die nach ihrer Meinung "für die Stärkung der klassenbewußten Kräfte in der Arbeiterbewegung und in den Reihen der Sozialdemokratie" wirken[7)]. Von Seiten der Kommunisten wird der Volksfront der Arbeiterparteien und der antimonopolistischen Kräfte des Volkes kein Hindernis in den Weg gelegt. Nach den Erfahrungen des Faschismus und nach den Vorbereitungen der "formierten Gesellschaft" und der Verabschiedung der NS–Gesetze durch den deutschen Monopolkapitalismus und seinen Funktionsträger, den bundesrepublikanischen Staat, mutet diese "demokratische Zuversicht" ahistorisch und abenteuerlich an; sie ist fast mit dem Pathos der kleinbürgerlichen Demokraten der 48er Revolutionen des vorigen Jahrhunderts und ihren reformistischen Apologeten in der Sozialdemokratie verwechselbar, die in ihrem parlamentarischen Eifer alle Klassengegensätze wegphantasierten, um im Parlament für den "sozialen Fortschritt" eintreten zu können. Wir haben deshalb nach der materialistischen Analyse zu fragen, die dieses Programm der Umwälzung der monopolkapitalistischen Gesellschaft als realistisch erscheinen läßt.

Dem Entwurf des Programms der KPD des Jahres 1968 liegt offensichtlich eine grundlegend neue Einschätzung der monopolkapitalistischen Gesellschaft zugrunde. Folgt man den Ausführungen dieses Entwurfs, so wird zwar zugestanden, daß weiterhin ein Gegensatz zwischen den Interessen der Monopole und dem "Volksinteresse" besteht, daß aber die Vergesellschaftung der Produktion durch die Konzentration der Monopole und durch den staatlichen Eingriff in den Wirtschaftsablauf "rationale" Prinzipien enthält. Wenn die Kommunisten ihren Beitrag leisten wollen, "damit das Volk der Bundesrepublik einen Weg findet, der zu

Frieden und Wohlstand, zu einer gesicherten Zukunft führt", dann unterstellen sie, daß der demokratische, parlamentarische Kampf und die friedliche Umwandlung der "unmenschlichen, geschichtlich überholten Gesellschaftsordnung"[8] grundsätzlich möglich ist. Ihr Aktionsprogramm liest sich deshalb auch wie ein Koalitionsangebot an die Sozialdemokratie, an die Gewerkschaften, an linksbürgerliche und demokratische Gruppierungen. Da jede Klassenkampfstrategie vermieden wird, der Begriff Klassenkampf nur als moralisches Postulat gebraucht wird und immer im Zusammenhang mit dem Kampf aller friedliebenden Kräfte des Volkes, (der Volksbegriff selbst hat einen entscheidenden Stellenwert in diesem Programm, ohne daß auch nur ansatzweise die Klassenwidersprüche im Volke untersucht werden, es sei denn, der charakterisierte Gegensatz zwischen Großkapital und Volk wird als solche Analyse angesehen) verschiebt sich der Klassenkampf innerhalb der monopolkapitalistischen Gesellschaft mehr und mehr auf den Gegensatz zwischen Kapitalismus und Sozialismus, der als friedlicher Wettbewerb und als "wirtschaftlicher und kultureller Wettstreit durch den Kampf der Ideen ausgetragen werden kann"[9]. Wenn man nicht die Olympiade in München als Klassenkampf werten will, kann man an dieser Stelle festhalten, daß die KPD eine vollständige Revision des Marxismus vollzogen hat. Darüber täuscht auch nicht die ideologische Konstruktion hinweg, daß der Kampf der friedlichen Koexistenz die imperialistische Aggression zurückdränge und die militaristischen Cliquen der Bundesrepublik in der Welt und in der Bundesrepublik vom Volk isoliere. Die Restauration der Herrschaft des Monopolkapitals in der Bundesrepublik, das nicht nur den Staat als Manipulationsinstrument (Sozialpolitik), sondern auch als Unterdrückungsapparat gegen die verschiedenen Klassenfraktionen benutzen kann, das die gesamte Wirtschafts– und Sozialpolitik kontrolliert und sich durchaus auf einzelne Klassen in der Herrschaftsausübung stützen kann, wird mit keiner Silbe untersucht. Stattdessen erscheint die Proklamation, daß "unser Volk" soziale Sicherheit verlangt, daß die Bundeswehr, die Rüstung und die NATO nicht Ausdruck des "nationalen Interesses" sind. Die Verteidigung der demokratischen Rechte und die Erweiterung dieser Rechte werden von diesem monopolkapitalistischen Staat als Reformen verlangt, die von der Einschränkung der Profite der Großkapitalisten über die Besteuerung der Gewinne der Vermögen der Konzerne bis hin zur Konjunkturpolitik, zur Hebung der Massenkaufkraft und zur Wirtschaftsplanung gehen. Der Reformkatalog endet in der Ovation für die gewerkschaftliche Mitbestimmung und den parlamentarischen Kampf, wodurch die schrittweise Umgestaltung der Gesellschaft zum Sozialismus geschehen kann.

Will man nicht höhnisch von einer nachträglichen Rehabilitierung der "Voraussetzungen des Sozialismus", wie sie Vollmar und Bernstein postuliert hatten, durch die KPD sprechen, muß angenommen werden,

daß die monopolkapitalistische Gesellschaft der Bundesrepublik sich grundsätzlich unterscheidet von der Gesellschaftsform des imperialistischen Deutschland vor 1918, von der monopolkapitalistischen Gesellschaft der Weimarer Republik und der faschistischen Gesellschaft. Im Entwurf der KPD sind kaum Erklärungen der neuen Qualität dieser monopolkapitalistischen Gesellschaft vorhanden. Es muß also gefolgert werden, daß die monopolkapitalistische Gesellschaft durch den Wettbewerb mit dem sozialistischen Lager gezwungen ist, die Politik der Herrschaft langsam zu ersetzen durch eine Politik der rationalen Wirtschaftsplanung. Durch diese rationale Administration Staat, der zwar noch durchsetzt ist mit "konterrevolutionären" Organen, wird eine Vergesellschaftung der Produktion eingeleitet. Die Expropriation aller "Zwischenschichten" durch den Konzentrationsprozeß des Kapitals gestaltet die Arbeiterklasse zum "werktätigen Volk", dem durch die Sozialpolitik der rationalen Administration Staat der Lebensstandard gesichert wird. Sind nun die monopolkapitalistischen Gruppen aufgrund der Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals, der Absatzschwierigkeiten und der Überproduktion, gezwungen, durch ihren Einfluß auf den Staat den Lebensstandard des "werktätigen Volkes" durch Steuer– und Preiserhöhungen, Inflation usw. abzubauen, dann regt sich dessen Widerstandswille. Die demokratische Partei, die im Parlament die Interessen dieses Volkes vertritt, kann den Einfluß der Monopole zurückdrängen und die "rationale Behörde" Staat für den demokratischen Umwandlungsprozeß umgestalten. Dieses Konzept der friedlichen Entwicklung erhält also seine entscheidenden Impulse vom Aufbau des Sozialismus in den Volksdemokratien. Ein soziologisches Entwicklungsmodell der Gesellschaft, das einige ökonomische Erklärungsversuche gibt, ersetzt die revolutionären Klassenkampfanalysen von Marx und Lenin.

Im Erfurter Programm der Sozialdemokratie von 1891, das sich diese Partei nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes gab und das noch heute in dem Ruf eines revolutionären Programms in einer parlamentarischen Phase des Klassenkampfes steht, waren von Anfang an Anzeichen einer opportunistischen Politik vorhanden. Die SPD versuchte, sich der Realpolitik des imperialistischen Deutschland anzupassen und entwickelte in ihrer Realpolitik des Reformismus eine Integrationstaktik der Partei, deren Enthüllung durch eine revolutionäre Phraseologie verhindert wurde. Durch die Gegenüberstellung des Minimalprogramms der nächsten Aufgaben und des Maximalprogramms des revolutionären Endziels wurde der Schein einer naturwüchsigen Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft in den Sozialismus erhalten. Zwar konnte ernsthaft nicht behauptet werden, die Ministerialbürokratie des kaiserlichen Deutschland garantiere diese sozialistische Entwicklung, weshalb die revolutionäre Erscheinung dieser kleinbürgerlichen Partei lange Zeit erhalten blieb, doch die Interpretation des Konzentrationsprozesses des deut-

schen Kapitalismus zum "Finanzkapital" ließ erwarten, daß im Schoß dieses deutschen Imperialismus die Grundlagen des Sozialismus sich heranbilden würden. Es galt, im Grunde nur noch die Demokratie zu erkämpfen und die absolutistischen Privilegien zu liquidieren. Schon Engels verstand diese "Ideologisierung" des Marxismus nur aus dem historischen Niveau Deutschlands, aus dem Stand seiner Klassenkämpfe, der Phase der kapitalistischen Akkumulation und dem quantitativen Anwachsen einer Partei, die sich noch nicht bewußt war über ihre Funktion in der Politik des Deutschen Reiches.

Mit dem Alibi, in einem theoretischen Entwurf der Tendenzen der Industrialisierung in Deutschland die gesellschaftliche Entwicklung, die von den "Naturgesetzen" der Produktion beherrscht wird, programmgemäß erläutert zu haben, wurde die sozialdemokratische und die gewerkschaftliche Realpolitik Bestandteil der imperialistischen "Ordnung" in Deutschland, was sich erst 1914 im proklamierten "Burgfrieden" der ersten Großen Koalition in Deutschland enthüllte. Engels zeigt in seiner Kritik des Erfurter Programms die ersten Anfänge des Opportunismus auf, der zwangsläufig zur Revision der revolutionären Theorie des Marxismus führen mußte:

> "Aus Furcht vor der Erneuerung des Sozialistengesetzes, aus der Erinnerung an allerlei unter der Herrschaft jenes Gesetzes gefallenen voreiligen Äußerung soll jetzt auf einmal der gegenwärtige gesetzliche Zustand in Deutschland der Partei genügen können, alle ihre Forderungen auf friedlichem Weg durchzuführen. Man redet sich und der Partei vor, "die heutige Gesellschaft wachse in den Sozialismus hinein", ohne sich zu fragen, ob sie nicht ebenso notwendig aus ihrer alten Gesellschaftsverfassung hinauswachse... als ob sie in Deutschland nicht außerdem die Fesseln der noch halb absolutistischen und obendrein namenlos verworrenen politischen Ordnung zu sprengen habe."[10]

Die Grundsatzerklärung der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) steht eindeutig unter dem Eindruck der Ereignisse des Jahres 1968/69. Studentenrevolte und Demonstrationen wirken sich direkt in der Formulierung dieser Erklärung aus, die sich nicht mehr darin gefällt, allein die "friedliche Etappe des demokratischen Kampfes", der die gegenwärtige Periode nach der KPD charakterisieren sollte, zu verkünden. Das zeigt sich bereits in der Einschätzung der "demokratischen Institutionen" der Bundesrepublik:

> "Das Großkapital übt seine politische Macht unmittelbar oder mittelbar über seine Beauftragten in den Parteien und Parlamenten, über den Einfluß auf die staatliche Exekutive und supernationale Organe wie die EWG, vor allem über die Unternehmerverbände immer vollständiger aus. Das vom Grundgesetz vorgeschriebene parlamentarische System ist ausgehöhlt, der Bundestag zu einem Scheinparlament herabgesunken. Die wahren Machtverhältnisse werden vor dem Volk verschleiert."[11)]

Dem reaktionären Druck dieses Systems widersetzen sich die Aktionen der "arbeitenden und studentischen Jugend", der "fortschrittlichen Frauen", die "Demonstrationen der Bauern" und die "sozialen Kämpfe der Arbeiter". Diese Aufzählung der spezifischen Aktivitäten geschieht nicht in der Absicht oder als Prolog der Bedingungsanalyse der Klassenkämpfe in der Bundesrepublik, die folgerichtig die Revolte der Studenten, Schüler, Lehrer, Krankenschwestern etc. im Überbau zu interpretieren hätte, um dann die Etappen der Klassenkämpfe anzugeben, die ihren Ausgangspunkt bereits genommen haben in spezifischen Wirtschaftsregionen, die von einer wirtschaftlichen Stagnation betroffen sind, um schließlich die Klassenkämpfe in Italien, Frankreich und England einzuschätzen für die bundesdeutsche Situation. Der Eindruck der Lektüre der Grundsatzerklärung der DKP ist der, daß sich die Partei bemüht, eine vorsichtige Taktik einzuschlagen, um als d i e Sammlungspartei aller unzufriedenen Demokraten und Sozialisten auftreten zu können. Wir finden in der Grundsatzerklärung sowohl Zugeständnisse nach links als auch nach rechts. Das Monumentalgemälde, das entworfen wird, "Volk in Aufruhr", dient dazu, außerparlamentarische Aktionen, gewerkschaftlichen und parlamentarischen Kampf gleichzeitig zu akzeptieren. Allerdings steht, bei einer Gewichtung dieser Taktiken, der Kampf für "eine demokratische Erneuerung von Staat und Gesellschaft"[12)] an erster Stelle. "Die Selbsttätigkeit der arbeitenden Massen" mündet schließlich im Mechanismus des demokratischen Kampfes um Mitbestimmung und der Erringung von Positionen im Bundestag.

Das Maximalprogramm verspricht ohne Zögern, daß die deutschen Kommunisten "das politische Kräfteverhältnis zugunsten der Arbeiterklasse und aller vom Monopol unterdrückten Volksschichten" verändern wollen, für den sozialen Fortschritt eintreten und das Parlament in ein "Organ des Volkswillens"[13)] verwandeln. Durch diese allgemeine Zielsetzung kann das Minimalprogramm sich in Reformismus erschöpfen.

Der Leninismus zeichnete sich im Gegensatz zum sozialdemokratischen Opportunismus gerade dadurch aus, daß er die Aktionen der Klasse verknüpfte mit unmittelbaren Tagesforderungen, diese aber in den Zusam-

menhang des antikapitalistischen und revolutionären Ziels brachte. Die Zugeständnisse des Kapitals an die Arbeiterklasse wurden als Etappen des revolutionären Prozesses verstanden. Diese revolutionäre Realpolitik berücksichtigte sowohl das Bewußtsein der einzelnen Fraktionen der Klasse, die in den Teilerfolgen den Beweis ihrer richtigen unversöhnlichen Klassenhaltung sehen, aber diese revolutionäre Realpolitik berücksichtigte auch die Grenzen der Zugeständnisse des Kapitals, das in dem Augenblick, wo die kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse durch Reformen bedroht werden können und der Profit stark beschnitten wird, zu diktatorischen Maßnahmen greifen wird. Die Geschichte der Klassenkämpfe ist voller Beispiele staatlicher Notstandsmaßnahmen und reformistischem Opportunismus, der an seine eigene Mission der demokratischen Umwandlung geglaubt hatte und dann selbst bürgerliche Ideologie geworden ist.

Der Gegensatz von reformistischem Opportunismus und revolutionärer Realpolitik ist der, daß der Opportunismus Vulgärökonomie ist, d.h. die Erscheinungen einer historischen Periode (z.B. der deutsche Reformismus die Periode von 1890–1905 oder 1924–1929, in der der deutsche Kapitalismus aufgrund der hohen Profite Zugeständnisse an die Gewerkschaften machen konnte und in den einzelnen Landesregierungen (Süddeutschland) später in der Weimarer Republik die Sozialdemokraten Einfluß auf die "soziale Gesetzgebung" gewannen) zu ökonomischen und soziologischen Gesetzen erhebt, die die "demokratische" Entwicklung bestimmen. Der Opportunismus identifiziert sich deshalb mit diesem Staat und will ihn und damit gerade die kapitalistischen Produktionsverhältnisse "retten", während die revolutionäre Realpolitik, die sich einstellen kann auf die Taktik der kapitalistischen Klasse, Zugeständnisse erreicht, gleichzeitig sich aber vorbereitet auf den militärischen "Putsch" oder die "Machtergreifung" anderer kapitalistischer Organisationen, d.h. auf den Bürgerkrieg. Dieser kapitalistische oder monopolkapitalistische Staat muß nicht "gerettet" oder "demokratisiert", sondern zerschlagen werden. Wodurch der monopolkapitalistische Staat sich grundsätzlich vom kapitalistischen, vom bonapartistischen oder zaristischen Staat unterscheidet, wurde weder von den österreichischen "Staatssozialisten" Otto Bauer, Karl Renner und Rudolf Hilferding, weder von den deutschen Reformisten Georg von Vollmar, Eduard Bernstein, Karl Kautsky, Rudolf Wissel, Breidscheid oder Paul Löbe erklärt, weder von Kurt Schumacher, Ernst Reuter und Willi Brandt, weder von den Autoren von "Imperialismus heute" von Reinhold und Schwank, noch von den Theoretikern der KPD und der DKP erläutert. Alle vollziehen eine offene Revision des Marxismus–Leninismus und liefern dafür, wenn sie sich überhaupt noch die Mühe machen, vulgärökonomische Anleitungen, die im wesentlichen schon 1918 von den deutschen Sozialdemokraten gegen die radikale Arbeiterbewegung des Kommunismus formuliert wurde. Der Opportunis-

mus führt konsequent zum Revisionismus, er ist die Rechtfertigungsideologie einer Parteitaktik in einer bestimmten historischen Periode. Die Rationalisierungsideologie der KPD und der DKP, wobei die letztere versucht, flexibler zu sein, enthält außerdem noch Elemente der Rechtfertigungsideologie der Politik der sozialistischen Länder, die sich nach 1953 hauptsächlich auf den friedlichen Wettbewerb zwischen Ost und West einstellen. Nun müssen sie Stellung beziehen zu den Befreiungskriegen in der Dritten Welt, zu den Klassenkämpfen in Westeuropa, zur Studentenrevolte und zu den Klassenkämpfen in den sozialistischen Ländern, wodurch der Dogmatismus der ideologischen Position noch verhärtet wird.

Mit ehrlichem demokratischem Eifer fordern die deutschen Kommunisten in ihrem Minimalprogramm den "Ausbau" und die "Erweiterung" der Demokratie. Der Staat soll die Notstandsgesetze aufheben, soll die neonazistischen Organisationen verbieten, soll die Mitbestimmung zum Gesetz erheben. Der "beherrschende Einfluß" des Konzernkapitals soll durch die Offenlegung aller Eingaben, Gesetzesvorschläge und Verhandlungen dieser Machtgruppen mit Regierungs– und Staatsbürokratie zerstört werden, was zugleich die Öffentlichkeit aller Ausschußsitzungen des Bundestages verlangt. Weiter wird gefordert: Beseitigung aller Sperrklauseln, Chancengleichheit aller Wahlbewerber, Gleichberechtigung der Parteien und Kandidaten bei der Vergabe von Sendezeiten in Funk und Fernsehen. Um die demokratische "Erneuerung des Staates" voranzutreiben, wird die Bildung von gesellschaftlichen Fachausschüssen im Bundestag und den Ministerien, die nicht von der "Exekutive" und den Fraktionen der Parteien berufen werden, die Bildung von "gesellschaftlichen Fachausschüssen" im Bundestag und in den Ministerien verlangt. Die Gewerkschaften und andere "demokratische Vereinigungen" delegieren ihre Vertreter in diese Ausschüsse, damit nicht nur Experten des kapitalistischen Systems bei den Gesetzentscheidungen mitwirken, sondern das "Volk" unmittelbar vertreten ist. Um dem "Volksinteresse" mehr Geltung zu verschaffen, soll neben dem Streikrecht auch die Volksbefragung und der Volksentscheid im Grundgesetz verankert werden[14]. Die Forderungen, die den Komplex der sozialen Sicherheit und der Schaffung besserer Lebensverhältnisse umfassen, sind zum Teil die Übernahme aller gewerkschaftlicher Forderungen: betriebliche und gewerkschaftliche Kampfaktionen für höhere Löhne, für bessere Arbeitsbedingungen, für die Verteidigung der Arbeitsplätze und für die 40–Stundenwoche. Daneben bemüht man sich um die anderen Teile des Volkes: Verbesserung der Sozial– und Kriegsopferrenten, Erweiterung des sozialen Wohnungsbaus, demokratische Finanz– und Steuerreform, Sicherung der Höfe der Bauern, Unterstützung der Einzelhändler und Handwerker und die demokratische Bildungsreform.

Wer daran zweifelt, daß die deutschen Kommunisten Demokraten sind, der nehme dieses Programm zur Hand, wer daran zweifelt, daß die deutschen Kommunisten revolutionäre Realpolitiker sind, der überzeuge sich vom Gegenteil. Nicht daß sie für Reformen eintreten, macht diese Politik verdächtig, sondern daß diese Reformtaktik, die Verteidigung der Rechte der Arbeiter, nicht eingebracht wird in eine Klassenkampfstrategie. Der Antimonopolismus wird zur Phrase des "demokratischen Volkskampfes" erhoben, in dem die antikapitalistische Politik der "Volkspartei" wegfällt.

> "Die Mitbestimmung darf nicht Mittel einer illusionären "Sozialpartnerschaft" oder "Klassenharmonie" sein, sondern muß zur Sicherung der Arbeitsplätze und zur Verbesserung der Lebensbedingungen, als Waffe zur Einschränkung der Macht des Monopolkapitals gemacht werden."[15]

Die Verbesserung der Lebensbedingungen des Volkes werden mit den unmittelbaren Klasseninteressen der Arbeiter vermengt, die Etappen des Klassenkampfes der Fraktionen der Arbeiterklasse werden in den allgemeinen Volkskampf eingebracht, der weder genauer ausgewiesen ist, noch mit seinen Widersprüchen gekennzeichnet ist. So wie die Machtverhältnisse im Staat, die Struktur des monopolkapitalistischen Staates, das Verhältnis von Ministerialbürokratie, Ministerien, Parteien und den monopolkapitalistischen Machtgruppen nicht beschrieben werden, sondern die "demokratische Form", trotz der offensichtlichen Umwandlung dieser Form durch die Notstandsgesetzgebung, die Taktik der Partei bestimmt, Objekt der Fixierung wird, so wird an die Stelle der konkreten Widersprüche des Produktionsprozesses in der monopolkapitalistischen Gesellschaft die Konstruktion abstrakter ökonomischer Tendenzen und Gesetze eingefügt. Ist es dann verwunderlich, wenn diese ökonomische "Gesetzmäßigkeit" als Beweis des friedlichen Volkskampfes angeführt wird und die Etappen des Klassenkampfes uninteressant werden für den modernen Revisionismus? So kann sich die DKP vorbehaltlos der Politik der Gewerkschaften anschließen, ohne die Frage stellen zu müssen, wie die Partei in der "Einheitsfront" mit den revisionistischen und sozialpartnerschaftlichen Elementen der Gewerkschaftspolitik diese "Kompromißler" entlarvt. Die Forderung nach der Überführung der Schlüsselindustrien und der marktbeherrschenden Unternehmen in öffentliches Eigentum mag eine wunderbare Propaganda sein. Da sie sich auf das Grundgesetz Artikel 14 und 15 beruft und auf die Unterstützung des Volkes wartet, auf den parlamentarischen Sieg der DKP, wies sie nie, jedenfalls in dieser Form, von den Arbeitern verwirklicht werden. Die Propagierung der demokratischen Kontrolle ist die Synthesis der Thesen von demokratischem Kampf und Arbeiterkontrolle und deshalb kennzeichnend für die augenblickliche zentristische Haltung der DKP. Der

Parteivorsitzende Bachmann gibt dann auch die Strategie der Partei an, wenn er sagt:

> "Wir betrachten uns nicht als Opposition in der Gewerkschaft, sondern als zum Kern dieser Organisation gehörig und wollen auf dem Boden der gewerkschaftlichen Beschlüsse in jeder Weise konstruktiv in der Gewerkschaft mitarbeiten."[16)]

Deshalb gilt zum großen Teil für die DKP das gleiche wie für die Gewerkschaft. Mit der Ausweitung der Klassenkämpfe in Westeuropa und in der Bundesrepublik werden Teile der Organisation offen einschwenken auf die "konzertierte Aktion" des monopolkapitalistischen Staates, während andere sich den Kampffraktionen der Arbeiter in den Betrieben anschließen. Die DKP mit ihrer zentristischen Position, die sowohl reformistische, opportunistische, sozialdemokratische und revolutionäre Ansätze zu vereinen sucht und dies als "Volkskampf" propagiert, wird durch die historische Entwicklung in eine Zickzackpolitik gedrängt, große Zugeständnisse an die Fraktionen der Arbeiter oder Studenten zu machen oder dogmatisch den "friedlichen Volkskampf" zu vertreten. Entweder zersprengen die Gegensätze die Partei oder sie legt sich fest auf die Tolerierungspolitik der Gewerkschaften, die objektiv eine Tolerierungspolitik des monopolkapitalistischen Staates ist. Die linke "Volkspartei" wird dann zum Ordnungsorgan der monopolkapitalistischen Gesellschaft. Die formale Beschränkung der "subversiven" Oppositionspartei auf die demokratischen Spielregeln gegenüber dem Herrschaftskartell der "verstaatlichten" Parteien und Verbände des monopolkapitalistischen Systems, die lediglich die staatliche Politik, die Maßnahmen der expansiven Monopole den "Massen" interpretieren, sie als Errungenschaften des sozialen Fortschritts anpreisen, um als staatliche Einheitspartei die Identifizierung dieser Massen mit den Normen und Zielen des Systems zu erreichen, führt zur Integration der Opposition in das monopolkapitalistische System und in den Manipulationsmechanismus der staatlichen Reklame. Wenn die Alternative der radikalen sozialistischen Opposition zur monopolkapitalistischen Gesellschaft nur in der Aufhebung der Entpolitisierung und Entmündigung der einzelnen Fraktionen der Arbeiterklasse besteht, dann müssen in den Aktionen Gegenstrukturen zur monopolkapitalistischen Gesellschaft entfaltet werden, müssen die Herrschaftshierarchien, gerade auch in ihrer demokratischen Form, rücksichtslos entlarvt werden. Besteht die ganze Taktik der Opposition darin, auf die demokratische Verfassung zu schwören, parlamentarische Machtposition im Rahmen eines monopolkapitalistischen Systems zu erringen, das die Emanzipation der Arbeiter und damit der Klassen des Volkes mit allen Mitteln zu verhindern sucht, so zeigt sich, daß diese Politik nicht nur einen konservativen Charakter hat, "sondern gegenüber den Demokratisie-

rungstendenzen der modernen Gesellschaft eine präventiv–konterrevolutionäre Funktion ausübt."[17] Indem die DKP die Klassenfraktionen auf den Parlamentarismus fixieren will, behindert und verzögert sie die Klassenkämpfe. Damit muß sie Objekt der Kritik der radikalen sozialistischen Klassenkampfbewegung werden, die sich die Aufgabe gestellt hat, die monopolkapitalistische Gesellschaft grundlegend umzuwälzen, den monopolkapitalistischen Staat zu zerschlagen, weil erst dann der Stand der Industrialisierung, die entwickelten Produktivkräfte der technische Fortschritt für die sozialistische Gesellschaft, für den Menschen voll ausgenutzt und die Herrschaftsstrukturen weitgehend abgebaut werden können. Nicht die "friedliche Entwicklung" prägt die kommende Epoche, sondern Klassenkämpfe, Streiks, Volks– und Bürgerkriege gegen die monopolkapitalistische Herrschaft kennzeichnen die Zukunft. Darauf haben sich die Revolutionäre, gerade weil sie Humanisten sind, einzustellen.

Antiparlamentarische Opposition

Doch bleiben wir vorerst in der Darstellung des Gegensatzes in der Klassenkampfposition zwischen SDS und DKP beim äußeren Erscheinungsbild. Auf der 23. außerordentlichen Delegiertenkonferenz des SDS, die einberufen wurde, um das Problem des Parlamentarismus und der Wahlbeteiligung zu diskutieren, wurde ein Antrag des Landesverbandes Berlin mit großer Mehrheit angenommen, in dem in den Hauptpunkten die Bedeutung des antiparlamentarischen Kampfes in der gegenwärtigen Epoche der Herrschaft des Monopolkapitalismus hervorgehoben wurde:

> "Die Stärke der außerparlamentarischen Bewegung liegt in ihrem antiinstitutionellen, antibürokratischen Charakter. Ihre Kraft hat sie entfaltet im Kampf gegen die Institutionen und Verwaltungsapparate, in denen das Kapitalverhältnis seine Wirklichkeit hat. In dem Maße, wie die außerparlamentarische Opposition und die durch sich selbst bestimmenden Massen die Institutionen angreifen, in dem Maße werden die eingespielten Unterdrückungsmaßnahmen zunehmend wirkungslos, weil deren Unangemessenheit und daher herrschaftstechnische Dysfunktionalität klar zutage tritt. (...) Die Notwendigkeiten, die sich aus der Zielsetzung ergeben würden, in einem Kartell verschiedener Gruppen der außerparlamentarischen Opposition Kandidaten für die Bundestagswahl 1969 aufzustellen und gar noch in den Bundestag zu bringen, wären geeignet, die Basis der außerparlamentarischen Bewegung zu zerstören. (...) Indem einzelne Gruppierungen der außerparlamentarischen Opposition schon aus wahltechnischen Gründen mit Alternativprogrammen und dergleichen auftreten und um die Akkla-

> mation der Massen bitten und so die Illusionen hervorrufen, die Interessen der Massen seien im Parlament erfolgreich vertretbar, stellen sie sich selbst implizit in den manipulativen Zusammenhang der westdeutschen Scheindemokratie..."[18]

Dieses Theorem des antibürokratischen und antiinstitutionellen Kampfes ist einer Auffassung von der Spontaneität der Massen verpflichtet, die einer konkreten Klassenanalyse der monopolkapitalistischen Gesellschaft in Deutschland noch bedarf und die näher auf die Struktur des monopolkapitalistischen Staatsapparates eingehen muß, um als strategisches Konzept der Massenaktionen angesehen werden zu können. Dieser Beschluß war eine abstrakte Antithese zur kommunistischen und radikaldemokratischen Vorstellung vom allgemein friedlichen Weg des Kampfes. Die Mahnung des damaligen Bundesvorstandes des SDS blieb unberücksichtigt:

> "Die abstrakte Propagandaphrase von Massenaktionen lenkt ebensosehr von der organisatorischen Realität des SDS ab, wie die Konstruktion "reiner" Organisationstypen auf eine konkrete Gesellschaftsanalyse und das Aufzeigen der taktischen Mittelwahl verzichten würde."[19]

Die Osteraktionen gegen den Springerkonzern nach dem Mordanschlag auf Rudi Dutschke, die Agitation der Basisgruppen unter den Arbeitern, die Antinotstandskampagne und die Maiereignisse in Frankreich waren Praxisformen, die den Theorien vom "autoritären Staat", von den "Klassenkämpfen in Europa" neues empirisches Material lieferten und die Auseinandersetzung mit der DKP auf die Ebene der Bestimmung des Verhältnisses von Reform und Revolution hoben.

Die Theorie vom "integralen Etatismus", die seit den ersten militanten Massendemonstrationen gegen den Vietnamkrieg des US–Imperialismus, also ab 1966, das theoretische Selbstverständnis des SDS bildete, stand noch in der Tradition der "kritischen Theorie" der Frankfurter Schule. Die historischen Erfahrungen der emigrierten sozialistischen und linksbürgerlichen Gesellschaftskritiker kulminierten nach der oberflächigen Untersuchung von Faschismus und Stalinismus in einer Totalitarismustheorie, die aus der synchronen Entwicklung der Produktivkräfte, der Zentralisation der Wirtschaft und der staatsmonopolistischen oder staatssozialistischen Planung der Produktion und Distribution eine Konvergenz von Imperialismus und Stalinismus ableiteten: die Herrschaft des autoritären Staates.

> "Die konsequenteste Art des autoritären Staates, die aus jeder Ab-

> hängigkeit vom privaten Kapital sich befreit hat, ist der integrale Etatismus oder Staatssozialismus (...). Die faschistischen Länder bilden eine Mischform. Auch hier wird der Mehrwert zwar unter staatlicher Kontrolle gewonnen und verteilt, er fließt jedoch unter dem alten Titel des Profits in großen Mengen weiter an die Industriemagnaten und Grundbesitzer. (...) In allen seinen Varianten ist der autoritäre Staat repressiv. Die maßlose Vergeudung wird nicht mehr durch ökonomische Mechanismen im klassischen Sinn bewirkt; sie entsteht jedoch aus den unverschämten Bedürfnissen der Machtapparate und aus der Vernichtung jeglicher Initiative der Beherrschten. (...) Freilich wird die Fesselung der Produktivkräfte von nun an als Bedingung der Herrschaft verstanden und mit Bewußtsein ausgeübt. Daß zwischen den Schichten der Beherrschten, sei es zwischen Gemeinen und Facharbeitern oder den Rassen, ökonomisch differenziert, daß die Isolierung der Individuen von einander mit allen Verkehrsmitteln, mit Zeitung, Kino, Radio betrieben werden muß, gehört zum Katechismus der autoritären Regierungskunst..."[20]

Die durch die spezifische Nachkriegskonjunktur der bundesdeutschen Wirtschaft eingeleitete Integration der Arbeiter in die "Gemeinschaft der Sozialpartner", die Reduzierung der Klassenkämpfe auf soziale Konflikte im Bereich der einzelnen Betriebe, die zudem von Gewerkschaft und Unternehmerverband ausgehandelt wurden, so daß die einzelnen ökonomischen Streiks niemals die tradeunionistischen und staatlich sanktionierten Regeln brechen konnten, ließ unter der revoltierenden Intelligenz den Eindruck aufkommen, daß die monopolkapitalistische Gesellschaft den Klassenkampf durch staatliche Interventionen in der Wirtschaft und in der Politik liquidieren konnte. Die Theorie vom "integralen Etatismus" wurde zur Begründung eines akademischen Anarchismus, der es als seine historische Mission empfand, diesen Staatsapparat mit legalen und illegalen Mitteln anzugreifen und zu zerstören, um die Menschheit vor Hunger und Not, aber vor allem vor der psychischen Verkrüppelung zu bewahren. Eine Verbindung zur Arbeiterbewegung wurde nur in der Hinsicht gesehen, daß deren historisches Ziel der "Emanzipation der Menschheit" übernommen wurde und der Kampf dem Stalinismus, dem verbürokratisierten "etatistischen" Produkt der Arbeiterbewegung, genauso galt wie dem Imperialismus. Diese Gleichsetzung der Bürokratien wurde von kommunistischer Seite mit Recht beklagt, weil die historische Funktion und die historischen Bedingungen der Entstehung dieser Bürokratien nicht befragt wurden. Die Demonstrationen gegen den US-Imperialismus, den Polizeiapparat, gegen die Manipulationszentrale Springer und die Aktionen gegen die Universitätsadministrationen wiederholten den emanzipatorischen Anspruch der Theorie: durch einen

spontanen Gewaltakt sollten die individuellen Bindungen an die bürgerliche Gesellschaft und der Machtapparat des Monopolkapitals zerschlagen werden. Es gab keine Klassen mehr, es gab nur noch Menschen, die sich in antibürokratischen und antiinstitutionellem Kampf der Ketten der Entfremdung entledigten, um das Reich der Freiheit zu verkünden.

Die neue Qualität des Monopolkapitalismus, die von kommunistischer Seite in keiner Weise bestritten wird und die gerade die Grundlage der Strategie des friedlichen Weges zum Sozialismus bildet, wurde in mehreren Etappen, die gleichzeitig Etappen des Kampfes waren, im SDS herausgearbeitet. Schon der Versuch, der etatistischen Theorie eine materielle Begründung zu geben, mußte den idealistischen und gleichzeitig ideologischen Ansatz Horkheimers entlarven und schrittweise zur konkreten Analyse der konkreten Situation in der Bundesrepublik und in Westeuropa gelangen. Den ersten Versuch unternahm Rudi Dutschke bereits auf der 22. Delegiertenkonferenz des SDS, im September 1967, wo er in seinem Grundsatzreferat, das später erweitert wurde zu dem Beitrag in der Broschüre "Die Rebellion der Studenten"[21], auf die Widersprüche des Spätkapitalismus einging. Anders als Horkheimer, der Bürokratisierung und Oligarchisierung als "Naturgesetz" der Industriegesellschaft unterstellt und den Staatsapparat als "caput mortum" der geschichtlichen Entwicklung übrig läßt[22], vergleicht Dutschke die proletarischen Organisationen der Vergangenheit mit den Bewegungsgesetzen des Kapitals, um für die studentische antiautoritäre Opposition aus der Kritik der Arbeiterparteien eine Offensivstrategie abzuleiten. Das Scheitern des Emanzipationskampfes der Arbeiterklasse in der revolutionären Periode am Anfang des 20. Jahrhunderts wird nicht einfach deduziert aus einem soziologischen Mechanismus der Integration der Parteiapparate in den Manipulationszusammenhang der spätkapitalistischen Gesellschaft, sondern die Spontaneität der Arbeiter im Kampf gegen das Monopolkapital wird bezogen auf die Krisenzyklen des kapitalistischen Verwertungsprozesses. Die Ursachen des Spontaneitatsverlustes der Arbeiter und der anderen Klassen und Schichten sind nicht allein zu suchen im Einfluß der ideologien und Normen der bürgerlichen Gesellschaft, sondern in der spezifischen Entfremdung im kapitalistischen Produktionsprozeß. Die Etappen der Bewußtwerdung der Arbeiter im Klassenkampf sind Etappen dieses Kampfes: ökonomische Streiks, Sabotage, Betriebsbesetzungen, militante Demonstrationen, Generalstreik, Errichtung der Doppelherrschaft. Damit ist die Funktion der proletarischen Partei im Klassenkampf umschrieben, durch Aktion und Aufklärung, durch die Weitertreibung des Kampfes vermag sie die "Verdinglichung" des Bewußtseins der Arbeiter aufzuheben. Wird von dieser materiellen Grundlage die Analyse der kapitalistischen Krisen und der Spontaneität

der Rebellion der Arbeiter gegen die kapitalistischen Parteien jener Epoche vorgenommen, so wird erstens der Begriff der Entfremdung richtig abgeleitet aus der Stellung der Arbeiterklasse im Produktionsprozeß und zweitens wird die Struktur der kapitalistischen Produktionsverhältnisse untersucht, die in der Phase des Monopolkapitalismus in der Form des monopolkapitalistischen Staates auf der Grundlage einer hochzentralisierten Wirtschaft gesamtgesellschaftliche Produktions– und Distributionspläne ausarbeiten lassen. Durch diese staatlichen Interventionen in den "naturwüchsigen" Wirtschaftsprozeß des Kapitals sollen die Krisen verschleppt werden und nicht zum offenen Ausbruch kommen. Diese Funktion des Staates als Kontroll– und Lenkungsinstanz der Wirtschaft im Interesse der Aufrechterhaltung der Eigentums– und Herrschaftsverhältnisse, also im Interesse der expansiven Monopole, umschließt auch die staatliche Einkommenspolitik, d.h. die direkte Einflußnahme des Staates auf die Arbeiterorganisationen. Reformismus und Revisionismus ist also dadurch bestimmt: Inwieweit sind die Ziele der Politik der Arbeiterparteien identisch oder vergleichbar mit der Politik des monopolkapitalistischen Staates und seiner Ideologien und inwieweit sind die Arbeiterparteien fähig, durch Aktionen des Klassenkampfes die politische Krise des Kapitalismus zum Durchbruch und zur revolutionären Krise werden zu lassen. Dieses Verhältnis von Teilkrisen im Überbau, stagnierenden Wirtschaftsorganen und proletarischen Aktionen verwirft ein abstraktes Zusammenbruchsgesetz des Kapitalismus und das Gesetz des friedlichen Hineinwachsens in den Sozialismus.

> "Da die Naturgesetze der kapitalistischen Produktion nicht von sich aus in der Krise die verinnerlichte Gewalt der kapitalistischen Produktionsverhältnisse im Bewußtsein der Arbeiterklasse durchbrechen, nicht automatisch der innere Menschewismus des Proletariats überwunden werden wird, muß die Partei als "geschichtliche Gestalt des proletarischen Klassenkampfes" (Lukacs) durch Aufklärung und Aktionen die "Lethargie des Proletariats" aufbrechen."[23]

Die Kritik am Kommunismus der III. Internationale kann von diesem Selbstverständnis her den Zusammenbruchsglauben[24] der KPD mit der Auffassung von Propaganda als Mittel der Mobilisierung der Fraktionen der Arbeiter gegen die monopolkapitalistis he Herrschaft[25] in Zusammenhang bringen und diese Form der "Arbeiterpolitik" als Ideologie und Dogmatismus entlarven. Wenn das Beispiel des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion das proletarische Bewußtsein der deutschen Arbeiter heben und ihre Kampfbereitschaft stärken soll, dann berücksichtigen die Kommunisten zwar, daß die Verschlechterungen der eigenen Arbeitsbedingungen eine Identifizierung mit den sozialistischen Ländern erleichtert, aber das sozialistische Beispiel muß notwendig abstrakt

bleiben und kann durch bürgerliche Hetzpropaganda als "feindliches" Gesellschaftsbild verketzert werden. Denn es ist ein Streit um Prinzipien und interessiert die Arbeiter nur in dem Ausmaß, wie durch den konkreten Kampf dieses sozialistische Beispiel bestätigt wird. Da die Kapazität der Wirtschaft der sozialistischen Länder noch weit hinter der der monopolkapitalistischen Gesellschaften zurückliegt, könnte das sozialistische Beispiel, läßt man sich auf das mechanische Abbilddenken der kommunistischen Theoretiker ein, nur bedingt wirken, wenn der Widerstand gegen die totalitäre Tendenz des Notstandsstaates verlagert werden würde in die Hoffnung auf einen jahrzehntelangen Wettbewerb zwischen Ost und West, in dem schließlich der Sozialismus siegt. Damit würde ein anonymer technischer Prozeß die Funktion der Klassenkämpfe übernehmen. Die Kritik der Strategie der Kommunisten in Westeuropa konnte aufzeigen, daß diese Parteien keine ffensivstrategie besitzen, die von der Betriebsebene der einzelnen stagnierenden Wirtschaftszweige ausgeht, sondern daß diese Parteien sich in ihrer Politik von den faktischen Gegebenheiten treiben ließen, wobei sie den naturwüchsigen Tendenzen des Zusammenbruches des Monopolkapitals und der idealistisch-sozialistischen Propaganda vertrauten. Bis zu diesem Punkt seiner Analyse kann Dutschke die Dialektik vom kapitalistischen Verwertungsprozeß und proletarischen Klassenkampf richtig entfalten, dann jedoch wird die Dualität seiner Theorie offensichtlich. Während die Analyse der Vergangenheit eine materialistische Disposition aufweist, erhält sie als Offensivstrategie der Gegenwart den Charakter des Postulats. Denn weder die Analyse des monopolkapitalistischen Staates in seinem Funktionswandel nach 1945 wird weiter verfolgt, noch wird der Ansatz gemacht, die Bedingungen des Klassenkampfes in Deutschland in Verbindung mit den Klassenkämpfen in Westeuropa zu untersuchen. Dem monopolkapitalistischen System der Gegenwart wird die permanente politische und wirtschaftliche Krise unterstellt, die den massenhaften Angriff auf diesen Apparat zum Signal der "Verweigerung" werden läßt, denn die technologischen Möglichkeiten der gigantischen Industrie lassen die sozialistische Zukunft für alle Klassen aufblitzen:

> "Diesen neuen Industrien stehen in zunehmendem Maße Industrien gegenüber, die kapitalgesättigt sind, akkumulationsunfähig geworden sind. Der zumeist hohe Anteil des fixen Kapitals macht diese Produktionszweige für die Dauer des Abbauprozesses stützungsbedürftig. Der Anstoß zu etatistischen Maßnahmen kommt gerade von diesen bedrohten Produktionszweigen. Die akkumulationsunfähigen Wirtschaftszweige drücken die ökonomischen Totgewichte der kapitalistischen Gesellschaft aus, zeigen die objektiven Schranken der Akkumulationsan, hemmen andererseits die "ungestörte" ökonomische Gesamtentwicklung. (...) Die ungeheure Steigerung der faux frais (toten Kosten) der kapitalistischen

> Produktion drückt die Gesamtheit der Kapitalvernichtung aus. Die Differenz zwischen der technologisch möglichen Entfaltung der gesellschaftlichen Produktivkräfte, der ungeheuren Steigerung der Produktivität der Arbeit und der faktischen Steigerung wird immer größer. Damit auch die Spannung zwischen den möglichen Lebensstandard bei einer vollen Beseitigung der kapitalistischen Fessel und dem faktischen Lebensstandard immer mehr vergrößernd."

Daraus folgert er:

> "Die Niedergangsperiode des Kapitalismus ist eine Periode der permanenten Krise des kapitalistischen Systems, allein die bewußt revolutionäre Tat der politisch mündig gewordenen Massen kann die Krise, den potentiellen Krieg ausschließen."[26)]

Seine Untersuchung mündet deshalb nicht zufällig in einen Appell zur "organisierten Verweigerung" der verschiedensten Gruppen und Fraktionen der Gesellschaftsklassen, die diese "verselbständigten Produktivkräfte, die unmenschlichen Maschinerien des Krieges und der Manipulation[27)], zerschlagen werden. Diese "kulturrevolutionäre Übergangsphase" wird zwar als vorrevolutionäre Phase verstanden, aber sie schließt parlamentarische Taktik und tradeunionistischen Kampf aus, genauso wie Parteibildungen im sozialdemokratischen oder leninistischen Sinne verworfen werden. Der Kampf um die "neuen Bedürfnisse" des Menschen, der zugleich Kampf gegen den Manipulations– und Herrschaftsapparat des Spätkapitalismus ist, steht zur parlamentarischen Tätigkeit in Widerspruch, ist diese doch selbst Ausdruck der kapitalistischen Manipulation.

Das Parlament als Tribüne des Klassenkampfes

Die richtige Kritik an den kommunistischen Parteien nach dem I. Weltkrieg hat herausgearbeitet, daß eine revolutionäre Offensivstrategie die Einschätzung des monopolkapitalistischen Staatsapparates in seiner Funktion als "gesamtgesellschaftlicher Kapitalist" in der Überwindung der kapitalistischen Krisen und als Machtapparat der Konterrevolution zur Voraussetzung haben muß, um die Bedingungen des Klassenkampfes, den Stellenwert von außerparlamentarischen Massenaktionen aufzuzeigen, damit die Krise des Kapitalismus durch den Klassenkampf zum Durchbruch kommen kann. Diese Kritik fällt auf die "außerparlamentarische Opposition" der Gegenwart selbst zurück. Frank Deppe unternahm den Versuch, sie auf der 22. Delegiertenkonferenz in einem Referat zu formulieren. Als Vertreter des "Sozialistischen Zentrums", das

die Beteiligung an den Bundestagswahlen propagiert, weil der Wahlkampf und die Tätigkeit im Parlament verstanden wird als Vorbereitung von Massenaktionen, geht er auf die Struktur und den Funktionswandel des Parlaments im Spätkapitalismus ein. Er will beweisen, daß durch das Parlament eine Kontrolle des Staatsapparates unmöglich geworden ist, daß aber die monopolkapitalistischen Interessengruppen sich durch das Parlament ihre Beschlüsse sanktionieren lassen, damit der Herrschaftsakt demokratisch legitimiert wird. Denn dadurch wird die Bevölkerung an das parlamentarische Spiel fixiert, erhält die Ideologie der "freien Welt" ihren sichtbaren Ausdruck:

> "Parlamentarische Entscheidung ist zur dünnen Fassade, zur Maskerade faktischer politischer Herrschaft degradiert – und doch ist sie konstitutives Element der manipulativen Einstimmung des Beherrschten".[28]

Um hieraus das Verhältnis von Parlamentarismus und Massenaktion richtig bestimmen zu können, muß er genau auf die Struktur des Parlaments im monopolkapitalistischen Staat eingehen. Diese Analyse kann nun zwar den idealistischen Ansatz der antiparlamentarischen Opposition, oder besser, deren analytische Auslassungen, aufzeigen, sie bleibt aber selbst einseitig, denn sie unterläßt die Analyse des Produktionsprozesses des Monopolkapitals, die internationalen Verflechtungen und damit eine genaue Klassenanalyse, die letztlich nur die Grundlage für Massenaktionen sein kann:

> "Der Widerspruch zwischen der Kontrolle über die Exekutive durch die Organisationen der Arbeiterklasse, die durch die Erkämpfung des vollen Parlamentarismus zumindest möglich geworden war, und den Reproduktions– und Expensionsschwierigkeiten des Imperialismus (...), dieser Widerspruch löste sich nach dem gescheiterten Ansturm der Arbeiterklasse auf die Macht in der Liquidierung der parlamentarischen Kontrollinstitutionen auf. Mit der absoluten Loslösung der Exekutive konnte erst im Faschismus der Staat ohne Parlament wieder auf der Basis des Kapitalismus funktionieren (...) Seine Stabilität (des Marktes B.R.) setzt den Staat als Instrument zur Regulierung der Wirtschaft und als wichtiger Geldgeber unabdingbar voraus. Die Entwicklung von Planungsmaschinerien in der einen und der anderen Form institutionalisiert diese unmittelbare Verschmelzung ökonomischer und politischer Entscheidungen. Gleichwohl entwickelt sich unter diesem objektiven Zwang kapitalistischer Selbsterhaltung jene staatliche Funktion der "kollektiven Daseinsvorsorge" (Sozialgesetzgebung, Subventionspolitik, Infrastrukturpolitik), die ebenfalls – vor allem

> als vorbeugendes Mittel der Integration der unterdrückten Klassen — nur bei Strafe der Krise der dem "freien Spiel der Kräfte" überlassen werden darf."[29]

Deppe scheint diesen Widerspruch, entstanden in den ersten Jahren nach der bürgerlichen Revolution von 1918 und festgelegt in der Kompromißformel der Weimarer Verfassung, in die Gegenwart übertragen zu wollen. Wenn das Parlament nach dem Anspruch der Systemstabilität funktionieren muß, indem es als die Institution der "Interessenharmonie" und der "Volksgemeinschaft" erscheint, kann eine radikale Partei im Parlament diese Institution zur Tribüne des Klassenkampfes werden lassen. Denn der gesellschaftsumspannende Aufgabenbereich des monopolkapitalistischen Staates und die gleichzeitige Fixierung der Massen an das Parlament lassen dieses umgekehrt auch zum Instrument der Entlarvung werden. Diese Möglichkeit der parlamentarischen Propaganda ist nach Deppe gerade deshalb gegeben, weil die monopolkapitalistische Planung nur durch eine umfangreiche Rüstungswirtschaft durchzuführen ist. Die Vergeudung der ungeheuren Werte für Rüstung, die technische Revolution unter kapitalistischen Bedingungen, Korruption im Staatsapparat und nicht zuletzt die permanente Kriegsgefahr geben der Propaganda empirisches Material und ihre Wirksamkeit in der Bevölkerung ist gerade durch deren Vertrauen in den Sozialstaat gegeben. An dieser Stelle der Analyse angelangt, kann dann Lenins Polemik gegen den "Linksradikalismus" zitiert werden. Doch Analogien können Hinweise für die theoretische Einschätzung der Situation geben, sie ersetzen die Analyse nicht. Lenins Definition des Parlaments als "Tribüne des Klassenkampfes" geht aus vom Theorem der "Atempause": Machtorgane des Proletariats stehen dem Machtapparat der Konterrevolution gegenüber. Auf dem II. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale wurde die Strategie des "revolutionären Parlamentarismus" festgelegt; den Entlarvungen im Parlament folgen Massenaktionen in den Betrieben; das Parlament ruft zu Massenaktionen auf und sabotiert die Maßnahmen der Konterrevolution:

> "Gelingt es den kommunistischen Sektionen der einzelnen Länder, diese Richtlinien einzuhalten, so wird auch aus dem bürgerlichen Parlament eine revolutionäre Arena des Proletariats, wo dieses und seine Vertreter denselben Kampf führen werden, der auch an anderen Kampfplätzen in den verschiedenen Räten (Betriebs—, Arbeiterräten), Fabriken, auf der Straße, in den Gewerkschaften usw. gleichzeitig geführt wird, bis alle diese Kampfhandlungen, in dem bewaffneten Aufstand zusammengefaßt, in die revolutionäre Erhebung des Proletariats ausmünden. (...) Diese Taktik wird natürlich immer davon abhängen, welches Stadium der Klassenkampf des betreffenden Landes erreicht hat. Je schärfer der Klassenkampf,

desto mehr verliert die parlamentarische Aktion der Kommunisten neben ihren anderen Aktionen an Bedeutung, besser gesagt, desto mehr werden die anderen Aktionen der parlamentarischen Aktion gegenüber an Gewicht zunehmen. Desto stärker kann es aber wirken, wenn die Kommunisten von der Tribüne des Parlaments, durch ihre Immunität geschützt, die Bourgeoisie und ihr Parlament entlarven, wenn sie die parlamentarischen Lakaien der Bourgeoisie, die Sozialdemokraten, demaskieren und nach Erfüllung dieser Aufgabe in einem geeigneten Moment das Parlament verlassen und so vor den breiten Massen der Werktätigen dokumentieren, daß das von den Kommunisten verlassene Parlament nichts anderes ist als eine gegenrevolutionäre Organisation der Bourgeoisie."[30]

Jetzt wird für uns die Position Lenins einsichtig, nicht jedoch die Position der Leninrezitatoren. Denn unter den Bedingungen des Monopolkapitalismus in Deutschland, in einer Phase, in der der Klassenkampf nur in seiner tradeunionistischen Version vorhanden ist, müßte gerade das Ziel der Linken sein, den Klassenkampf in den verschiedenen Bereichen, vor allem aber in den Betrieben zu unterstützen, sozialistische Perspektiven zu geben, Massenaktionen vorzubereiten und durchzuführen. Die Entlarvung des monopolkapitalistischen Systems kann nur gelingen, wenn an den spezifischen Konflikten und Kämpfen angesetzt werden kann, will man nicht dem Pathos der frühen Aufklärer verfallen, die dem Glauben huldigten, daß die "Wahrheit" nur verkündet zu werden braucht, um zur materiellen Gewalt in den Aktionen der Massen zu werden. Das mag eine "ehrliche" Haltung sein, mit marxistischer Bedingungsanalyse hat das sehr wenig zu tun. Nun betont Deppe in einem Rückgriff auf Andre Gorz' "Reforme et revolution", daß das Prinzip der parlamentarischen Repräsentation und Delegation die Massenaktionen als praktische und solidarische Willensäußerungen des Proletariats negiere, daß die direkte Mobilisierung der Massen nur außerhalb des Parlaments geschehen kann. Er muß diesem Gedankengang folgen und hervorheben, wie die Parteien durch das Grundgesetz nicht nur in der politischen Willensbildung privilegiert wurden, sondern, indem sie im monopolkapitalistischen System funktionieren, den Kompromißaushandlungsbedingungen in den außerparlamentarischen Gremien der Interessenverbände folgen. Indem sie die wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen des Staatsapparates rechtfertigen, an der Manipulation der Massen in der Parlamentsarbeit – vor allem während der Wahlkämpfe –, teilnehmen und außerdem ihren Funktionären in der staatlichen Bürokratie Pfründe sichern, werden sie zu Staatsorganen. Sie registrieren getroffene Entscheidungen, rechtfertigen sie vor ihren Wählern oder verkünden diese sogar als Errungenschaften des Sozialstaates. Aber gerade hier sieht Deppe die Chance der sozialistischen Opposition, wie ein Dämon in diesen Klüngel zu fahren. Statt aus den verschiedenen Konflikt– und Klassenkampfbereichen der Ge-

sellschaft, den Universitäten, Schulen, Wohngebieten, Fabriken, Wirtschaftsbranchen und Industriegebieten die Möglichkeiten von Massenmobilisierung abzuleiten oder anhand der stattfindenden Kämpfe allgemeine Aussagen zu treffen über das Verhältnis von Massenmobilisierung und parlamentarischer Tätigkeit, richtet er seine Hoffnung auf den Stand der kritischen Gelehrten. Diese sollen nun die Widersprüche aufspüren und "Mit der Formulierung des Ziels der Aufhebung dieser Gesellschaft das aktuelle Konfliktbewußtsein mit der Perspektive des Kampfes um die Macht" (...) vermitteln."[31] Nachdem er sich auf diese Weise elegant um das Problem der Massenmobilisierung herumgedrückt hat, zäumt er ruhigen Mutes den "linken" Parlamentarismus von hinten auf; die soziale Demokratie soll auf dem Boden des Grundgesetzes verwirklicht werden, denn die Demokratisierung von Staat und Wirtschaft ist die einzig wirksame Schranke gegen eine neue autoritäre Diktatur, gegen jede Unterdrückung der Arbeiterklasse. Man wird den Eindruck nicht los, daß die gelehrten Parlamentarier, diese militanten Aufklärer und Enthüllungskünstler einen Geheimvertrag mit dem Hegel'schen Weltgeist abgeschlossen haben, der im Namen des Fortschritts den monopolkapitalistischen Staat zerschlägt.

> "Würden bereits heute sozialistische oder kommunistische Abgeordnete im Parlament den Klassencharakter der Regierungsentscheidungen oder den Bedeutungsschwund erkennen, dann könnte damit der Einfluß auf die Mobilisierung von Teilen der Werktätigen zu außerparlamentarischen Aktionen entscheidend erweitert werden."[32]

Solange der Stellenwert von Massenaktionen und Parlamentarismus nicht klar ausgesprochen wird, solange keine genaue Einschätzung des monopolkapitalistischen Staatsapparates gegeben wird, solange nicht die Etappen des Klassenkampfes in der Bundesrepublik in Zusammenhang mit den Klassenkämpfen in Westeuropa aufgezeigt werden, dient diese Formel der "Mobilisierung" der Massen über das Parlament, auch wenn sie mit radikalen Phrasen ausgeschmückt wird, der Demobilisierung der kämpfenden Fraktionen der Arbeiter und Studenten, wird die Proklamation des Parlamentarismus als Tribüne des Klassenkampfes zur Verhüllungsideologie, zum Mittel der Integration dieser Fraktionen. Sie ist im gleichen Maße utopisch wie sie an der Wirklichkeit vorbeigeht. Es sollte nicht verwundern, wenn diese "Klassenkämpfer", nachdem sie bei den Bundestagswahlen mit ihrem "Wahlkartell" nicht die 5%–Klausel überspringen konnten, zum Sturm auf die Länderparlamente, die Rathäuser und Gemeinden blasen, um von hier den langen Marsch zum Sozialismus anzutreten.

Kleinbürgerlicher Opportunismus und revolutionäre Aktionsstrategie

Berücksichtigt Deppe noch den Gegensatz, der besteht zwischen dem parlamentarischen Kampf einer subversiven Arbeiterpartei, zwischen dem Parlament als "Tribüne des Klassenkampfes" und den Widerstandsreaktionen der einzelnen Fraktionen der Arbeiter, Ingenieure, Studenten, Schüler usw. in den Fabriken, Universitäten und Schulen, so wird dieser Gegensatz in den Diskussionen des Gründungskongresses des "Aktionsbündnisses für die Bundestagswahl 1969" vertuscht.

Die soziale Unruhe in den verschiedenen Gesellschaftsbereichen der Bundesrepublik, vor allem die Teilkrisen im Überbau, Erziehung, Bildung, Universität etc. lassen sich erklären aus den "wirtschaftlichen" und "staatlichen" Versäumnissen in diesen Sektoren. Bringt man diese Versäumnisse in einen Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland nach 1945, mit dem Arbeitsmarkt qualifizierter Arbeitskräfte, der ständig durch die "Ostflüchtlinge" aufgefüllt wurde, so wird einsichtig, warum der Sektor der Bildung und Erziehung für das Monopolkapital von sekundärer Bedeutung war, warum vorläufig die Kosten der Qualifizierung der Ware Arbeitskraft gescheut wurden. Die Studentenrevolte war nun keineswegs nur ein Reflex auf den "Bildungsnotstand", auf die "technokratische Hochschulreform", sondern sie war dem Lernprozeß des antiimperialistischen Kampfes als Kampf gegen die amerikanischen Verbrechen in Vietnam, der antiautoritären Revolte gegen die Normen und Autoritäten der monopolkapitalistischen Gesellschaft und dem Klassenkampf ausgesetzt in einem Augenblick, als den radikalen Studenten klar wurde, daß sie nur im Kampf mit Fraktionen der Arbeiterklasse die gesellschaftliche Isolierung durchbrechen, im revolutionären Klassenkampf die humanistische, sozialistische Gesellschaft gewinnen konnten. Die Mobilisierung der Studenten durchlief die konkrete Widerspruchsebene dieser Gesellschaft in Form von Konflikten. Eine "subversive" Partei im Parlament (folgen wir der Logik der ADF) könnte unter Umständen den kämpfenden Fraktionen der Klassen nur Unterstützung gewähren, indem sie die Zwangsmaßnahmen des monopolkapitalistischen Staates durch Parlamentsbeschluß unterbunden oder hinausgezögert hätte oder durch ihre Erklärungen und die Umwandlung des Parlaments in eine "Tribüne" oder durch die Errichtung eines Untersuchungsausschusses, der "öffentlich" die Verbrechen der Polizei oder Geheimpolizei aufdeckt, und damit Sympathie und Unterstützung bei anderen Fraktionen der Klassen gewonnen hätte. Allein die Haltung der kommunistischen Parteien in den Parlamenten Italiens, Frankreichs und Englands dämpft unseren Optimismus in der Beschreibung des "revolutionären Parlamentarismus". Taktische Erwägungen und eine bestimmte Einschätzung der Rolle des Staates in der monopolkapitalistischen Gesellschaft veranlaßte diese Parteien gerade nicht, das Parlament in ei-

ne "Tribüne des Klassenkampfes" zu verwandeln, sondern eine ökonomische und politische Entwicklung abzuwarten, bis linksbürgerliche oder sozialistische Parteien sich bereitfinden, mit den Kommunisten eine Volksfrontregierung zu bilden. Da der monopolkapitalistische Staat sich außerdem durch besondere Gesetze und durch bestimmte Gremien von der Parlamentskontrolle abgesichert hat, ist die Wirkung "subversiver" Parteien im Parlament äußerst beschränkt, läuft der parlamentarischen Tätigkeit nicht die Mobilisierung der spezifischen Fraktionen der Arbeiterklasse parallel. Jede Diskussion über Parlamentarismus muß sich deshalb, vor allem in der Bundesrepublik, in der das Regierungskartell der Großen Koalition jede "Splitterpartei" in ihrer Aktionsfähigkeit im Parlament bremsen kann, konzentrieren auf die Etappen des Klassenkampfes, die zugleich Etappen der Mobilisierung sind. Nachdem in Deutschland in der Bundesrepublik seit rund 30 Jahren das politische Geschehen bestimmt wird entweder durch einen totalitären Staat und dessen Organisationen oder durch die verstaatlichten "Volksparteien", die jede Diskussion, jede Entscheidung, jede Kontrolle unterbunden haben durch die Phrasen der "sozialen Sicherheit" und durch die polizeistaatliche Verfolgung der kommunistischen Opposition, läßt eine Diskussion über Parlamentarismus, die nur die Bedeutung des Parlaments hervorhebt, Mißtrauen aufkommen. Die Bedeutung der "antiautoritären Jugendrevolte" ist doch gerade darin zu suchen, daß Studenten, Schüler und Lehrlinge ausgebrochen sind aus diesem Manipulationsmechanismus und die konkrete Frage nach der sozialen Demokratie und der "Emanzipation des Menschen" gestellt haben. Sich jetzt hauptsächlich auf die parlamentarische Taktik festzulegen, um den "außerparlamentarischen Aktionen" nur in Nebensätzen zu gedenken, läßt doch vermuten, daß durch diese parlamentarische Integrationstaktik in die monopolkapitalistische Gesellschaft die Ansätze von außerparlamentarischen Klassenkämpfen zurückgedrängt werden. Es hieße die Naivität überfordern, wenn den soziologischen Modellen, die sich der Erläuterung des parlamentarischen Weges widmen, nicht eine politische Absicht unterstellt ist.

Rainer Opitz definiert in einer Rede auf dem Gründungskongreß das Parlament in einer ideologiekritischen Überlegung als das Instrument der "Legitimierung" des Industriewillens als Volkswille. Auf dieser gleichen Ebene der Argumentation erhebt er dann den Anspruch, das Parlament durch den Eintritt einer radikaldemokratischen Partei dieser ideologischen Funktion zu berauben. Nebenbei fällt bei seiner Betrachtung des Parlamentarismus die historische Erklärung weg, warum in der Bundesrepublik das Parlament diese ideologische Funktion übernehmen konnte und wie der monopolkapitalistische Staat strukturiert ist, daß er mit dem Parlament, neben anderen Faktoren, wie Erziehung, Presse, Fernsehen und Film etc., ein Instrument der Manipulierung der verschiedenen Klassen des Volkes hat. Daraus läßt sich noch lange nicht umgekehrt

folgern, daß allein durch den Auftritt einer radikaldemokratischen Partei im Parlament das Parlament umfunktioniert, die Manipulation durchbrochen und der monopolkapitalistische Staat kontrolliert wird, oder eine Demokratisierung des Staates einsetzt. Der "Mechanismus" der Aufklärung reduziert sich bei Opitz auf eine simple "Propaganda der Tat" im Bundestag, durchgeführt von einer radikaldemokratischen Partei:

> "Ohne Parteien und Parlamente ließe dem Volke sich nicht mehr verbergen, daß der den staatsbürokratischen Apparat programmierende Wille nicht der Volkswille, sondern der Wille der Mächtigsten der Wirtschaft ist. Das Volk würde die Regierung nicht mehr als "seine" Regierung empfinden, sondern als die Regierung der Monopole erkennen. Und damit geriete die innenpolitische Stabilität des Systems in Gefahr. Deshalb bleiben die Parlamente, obwohl sie der Sache nach nicht mehr von den Herrschenden gebraucht werden, für die Herrschenden nützlich."[33]

Nun ist der Gesichtspunkt nicht zu verleugnen, daß die Arbeitsdisziplin und damit auch die Arbeitsmoral von Arbeitern und Angestellten einer modernen Industriegesellschaft nicht mit den Herrschaftsmethoden der Despotie gehoben werden kann, sondern die Erscheinungsform der Demokratie die Einbildung der Bewegungsfreiheit und des freien Entschlusses, die Identifizierung mit den Normen und Richtlinien des Systems fördert. Dieses monopolkapitalistische System in der Bundesrepublik ist ein Resultat sowohl der ökonomischen Entwicklung, der Konzentration der Industrie, aber auch der politischen Entwicklung, der Restauration monopolkapitalistischer Verhältnisse von 1918 bis 1933 und von 1945 bis in die Gegenwart. Da dieser Restauration die Zerschlagung der Klassenkampfbewegung der Arbeiterklasse entsprach, der monopolkapitalistische Staat nicht nur Instrument der antityklischen Wirtschaftspolitik ist, sondern zugleich Sozialstaat und Unterdrückungsapparat, mutet die Theorie des parlamentarischen Kampfes, die Opitz aufstellt, als Wiederbelebungsversuch der liberalen Theorie an, die seit der Revolution von 1848 in Deutschland ein so schäbiges Dasein fristen mußte. Auf dieser Ebene der Einschätzung der monopolkapitalistischen Gesellschaft stehen sich auch Liberalismus und Marxismus unversöhnbar gegenüber. Während die einen die demokratische Form der Verfassung zum demokratischen Prinzip erklären, das sich in jeder Gesellschaft durchsetzen muß, an die Wunderkraft der Aufklärung glauben, so daß nur aufrechte und besonnene Männer im Parlament das Wort zu ergreifen haben, um alle Manipulation, Entfremdung und Verdinglichung des Menschen wie einen bösen Spuk zu vertreiben, gehen die revolutionären Marxisten davon aus, daß die Entfremdung im monopolkapitalistischen Produktionsprozeß erfolgt, verstärkt wird durch die verschiedenen Herrschaftsideologien der Kapitalistenklasse und letztlich in der Konsumsphäre durch

Symbole und Kaufriten ihre weitere Absicherung gegen eine radikale Aufklärung findet, wird diese nicht verbunden mit Widerstandsaktionen gegen konkrete Gegensätze und Widersprüche in den szezifischen Produktionsbereichen, Betrieben, Behörden, Universitäten und Schulen. Die konkreten Widersprüche, die der monopolkapitalistische Produktionsprozeß über eine längere Periode hinweg erzeugt, sind die Bedingungen für die revolutionäre Aufklärung, weil bei den verschiedenen Fraktionen der Klassen, die von diesen Widersprüchen betroffen werden, die Bereitschaft vorhanden ist, Argumente aufzunehmen und zu verstehen. Der Lernprozeß selbst kann nur geschehen im Widerstand gegen die Zwangsmaßnahmen. Nur in den Klassenkämpfen entlarvt der monopolkapitalistische Staat seine Funktion in dieser Gesellschaft, Herrschaftsmittel zur Aufrechterhaltung der monopolkapitalistischen Produktionsverhältnisse zu sein. Alle Phrasen werden als solche erkannt, alle Illusionen über den demokratischen Inhalt dieser Gesellschaft werden aufgegeben und an ihre Stelle tritt das Bewußtsein der Einsicht in die Bedingung und Etappen des Kampfes. Eine revolutionäre Realpolitik, die in der Aktionsstrategie der Mobilisierung der verschiedenen Fraktionen, den Teilkrisen im Überbau (Erziehung, Bildung usw.) und den Gegensätzen und Konflikten in der Produktionssphäre (stagnierende Industriezweige, Rationalisierung und verstärkte Ausbeutung in den expandierenden Industriezweigen) folgt, kann unter Umständen das Parlament als Hilfsmittel der Agitation, als Tribüne des Klassenkampfes benutzen, so wie es Lenin auch dargelegt hat. Vorbedingung dieser Taktik innerhalb einer Aktionsstrategie ist, daß vorher und gleichzeitig eine außerparlamentarische Mobilisierung der Klassenfraktionen geschehen ist.

II. Die Aktionsstrategie des Klassenkampfes und die Organisierung der sozialistischen Studenten in der Bundesrepublik und Westberlin

Die "Soziologie" des Staates

Von zwei Seiten wird an die radikale sozialistische Bewegung in Deutschland das Theorem von der "staatlichen Rationalität" herangetragen, das nichts anderes ausdrücken soll, als daß die monopolkapitalistische Wirtschaft den Regulierungsmaßnahmen des Staates unterworfen ist, so daß die Widersprüche, die im kapitalistischen Produktionsprozeß produziert werden, durch die Politik des Staates aufgehoben werden. Da nach der marxistischen Theorie des Klassenkampfes der Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital die revolutionäre Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft bestimmt, beinhaltet diese Interpretation der Funktion des monopolkapitalistischen Staates, daß nicht Klassenkämpfe diese monopolkapitalistische Gesellschaft bestimmen, sondern daß der demokratische Kampf der "Unterprivilegierten" um staatliche Anerkennung und Unterstützung diese Epoche prägt. Es ist nicht verwunderlich, wenn die sozialdemokratischen Ideologen mit dieser Behauptung um die "positive" Mitarbeit der rebellierenden Jugendlichen und Studenten in den Parteien und Organisationen buhlen, wenn sie die Studentenrevolte sogar als Impuls der "Demokratisierung" gewertet wissen wollen. Die Krise der deutschen Bourgeoisie wird nicht zuletzt durch das mangelnde Selbstbewußtsein der Kapitalistenklasse ausgedrückt, die zu derartigen ideologischen Konstruktionen greifen muß, um ihren Führungsanspruch und die Mission in der "deutschen Geschichte" zu rechtfertigen. Die Sozialdemokraten formulierten in dieser Neufassung der deutschen Ideologie, die augenblicklich weder mit dem Freund–Feind–Bild des Antikommunismus noch mit dem Idiom der sozialen Sicherheit die Anpassung der verschiedenen Klassen an die Staatsraison erreichen kann, ihre Vermittler– und Schrittmacherrolle in der deutschen Ideologie zugleich. Herrschaft wird als Schicksal der "technischen Rationalität" in der Industriegesellschaft angesehen, die die Parteien und Verbände durch ihr Demokratisierungsbestreben "menschlich" gestalten wollen. Die ideologische Krise der deutschen Kapitalistenklasse, die durch die Studentenrevolte offen ausbrach, ist ein Vorzeichen der Klassenauseinandersetzung in Deutschland. Wenn die deutsche Soziologie die Neufassung des Herrschaftsanspruchs der kapitalistischen Klasse "wissenschaftlich" unterstützt, dann zeigt sich nur, wie diese Wissenschaft nur noch zur Apologie fähig ist. Das Gespenst des "Linksfaschismus", das gegen die radikalen Demonstranten an die Wand gemalt und gierig von den Manipulationsorganen der monopolistischen Presse aufgegriffen wurde, zeigt die politische Funktion dieser soziologischen Ideologen. Mit einem ahistorischen Gesellschaftsbild der hochindustrierten Gesellschaft werten sie politische Bewegungen,

ordnen diese in einen "funktionalen Zusammenhang", den sie definieren, und fällen dann die politischen Urteile. Da die studentischen Aktionen den "funktionalen Zusammenhang" sprengen, gleichzeitig nach ihren Befürchtungen die "irrationalen" Elemente des staatlichen Systems provozieren und dadurch den gesamten "rationalen" und teilweisen demokratischen Mechanismus der Gesellschaft gefährden, hat die Revolte einen "linksfaschistischen" Charakter. Dieser Wertung entlarvt die Engstirnigkeit und Parteilichkeit dieser "Soziologie" besser als alle "soziologischen Diagramme", die von ihr als "wissenschaftliche" Analyse der hochindustrialisierten Gesellschaft angeboten wurden.

Die Politik des "Überbaus" Staat, die die Bewegung, die "Interaktionen" und die Tendenzen der kapitalistischen Industriegesellschaft bestimmt, wurde vor 1914 zuerst von Oppenheimer[1] und Stammler[2] als das bestimmende Kriterium der Rolle des Staates in der Wirtschaft und in der Gesellschaft im allgemeinen angesehen. Dieses soziologische Modell der Interpretation der gesellschaftlichen Entwicklung, die auch schon zu diedem Zeitpunkt Bestand der Klassenkampfbewegung und deren Ziele ist, wird in der Periode des I. Weltkrieges von Max Weber[3] und Sombart[4] noch verfeinert. Diese Periodisierung der politischen Soziologie soll andeuten, wie diese "Wissenschaft" jeweils reagiert auf die Politik der herrschenden Klassen, um dann eine bestimmte historische Situation zur Grundlage der Definition von soziologischen Gesetzmäßigkeiten zu machen. Wenn in der Phase des Ludendorffschen "Kriegssozialismus", in der der Staat sich bemüht, eine totale Kriegsplanung für die Wirtschaft zu erstellen, soziologisch gefolgert wird, daß der Staat schon immer die Klassenbildung und damit die ökonomischen Verhältnisse geformt hat, dann wird klar, welche Rolle diese Soziologie in der Kriegsplanung selbst spielt und welche ideologische Funktion der Rechtfertigung bestehender Verhältnisse sie übernehmen kann.

Damit war von bürgerlicher Seite schon zu diesem Zeitpunkt die vollständige Revision der Marx'schen Theorie ausgesprochen und auch die Klassenkämpfe als "irrationale" Überreste einer archaischen Zeit "widerlegt". Ihr rationales Modell verhieß eine gesellschaftliche Entwicklung, die durch den Staat festgelegt wurde. Die demokratische Grundstruktur dieser Gesellschaftsform sorgte für die Evolution des sozialen und technischen Fortschritts, die alle sozialen Privilegien abbaute. Der Staat wird die "soziale Gerechtigkeit" in die moderne Industriegesellschaft einführen.

Ähnlich wie in der Ideologie des Liberalismus wird der Staat zu einer neutralen, rationalen Instanz erklärt, die die gesellschaftliche Produktion plant, fördert und verteilt. Das Eigentum an den Produktionsmitteln ist nebensächlich, da die politischen Privilegien, die an dieses Eigentum

rechtlich geknüpft waren, durch die Verfügungsgewalt des Staates über die Wirtschaft funktionslos werden.

Die kritische Anerkennung des Staates

Es kann nicht verwundern, wenn in der Gegenwart – nach einer fast 15-jährigen Prosperitätsperiode der monopolkapitalistischen Wirtschaft – in der grundsätzlichen Einschätzung der bundesdeutschen Demokratie die konservativ positivistische und die "kritisch" positivistische Soziologie, die sich vorher nur über Untersuchungsmethoden zerstritten hatten, sich versöhnt haben. Daß Wissenschaft, die politisch nicht Stellung nimmt, zur Apologie des Bestehenden wird, dokumentiert eine Schrift der Habermas-Schule über die Rolle des Staates, in der alle Mutmaßungen über den Staat wiederholt werden, die die bürgerliche Soziologie, seit sie eine gesonderte "Sektion" der Vulgärökonomie wurde, ausgeplaudert hat[5]. Die Borniertheit, die wiederum Ausdruck des apologetischen Inhalts dieser "Wissenschaft" ist, besteht darin, daß alle alten Formulierungen über die "rationale Administration" Staat als Neuentdeckung angepriesen werden. Daß eine derartige Soziologie des Staates zur Ideologie wird, eine ideologische Funktion der Disziplinierung der Studentenrevolte übernimmt, ist bei dieser Beschränktheit unbestreitbar. Auch wenn kritische "Sentenzen" aus der Tradition der Frankfurter Schule der "Untersuchung" beigefügt werden, kann diese Schrift ihren ideologischen Charakter nicht verleugnen. Wenn als Ergebnis der Analyse der Funktion des Staates eine "funktionale Erklärung" der Steuerungsmechanismen des Staates, der wirtschaftlichen und sozialen Stabilität herauskommt, die unter der Hand die marxistische Theorie revidiert und selbst die bürgerliche Ökonomie der Konzentrations– und Konjunkturforschung ad absurdum führt, um das Bestehen von "funktionaler" Harmonie zu behaupten, so muß man sich fragen, was "kritische" Erörterungen über die Funktion des Parlaments, die Verstaatlichung der Parteien und die psychische "Eindimensionalität" des Menschen bezwecken. Übrig bleibt nur die Fazination vor dem technischen Apparat, der zum Schicksal der Menschheit geworden ist, der anerkennt werden muß und gegen den sich der "Gesellschaftskritiker" wenigstens moralisch auflehnen will. Kritik, die sich vor politischer Entscheidung drückt und die selbst nicht gewonnen wird aus historisch–genetischer Analyse der Gesellschaftsformen, was die Frankfurter Schule zwischen 1932–1945 versucht hatte, wird zum bloßen moralischen Postulat, das gegen die eigene Logik der Untersuchung rebelliert. Im Falle dieser "Analyse" ist es vielleicht der Firmenname "Frankfurter Schule", der den Soziologen veranlaßte, sich "kritisch" zu geben. Mit dieser "neuesten Theorie" des Staates als "rationaler Administration" und neutraler Instanz, die die Disproportionalitäten der Gesellschaft abzubauen sucht und die allein den technologischen Er-

fordernissen der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion genügt, um die gesellschaftliche Stabilität zu gewährleisten, die deshalb die vertikalen Klassenstrukturen beseitigt und nur noch horizontale Ungleichheiten übrig läßt, die kraft Diskussion oder kraft positiv "kritischer" Mitarbeit in den Institutionen immer korrigierbar sind, wird diese Soziologie zum Schrittmacher der deutschen Ideologie. Das geschieht zu einer Zeit, in der die sozialdemokratische Ideologie, die sich voll mit den Zielen dieser monopolkapitalistischen Gesellschaft identifiziert, nicht einmal scheinbare Alternativen aufstellen kann und in der Ideologie des Monopolkapitals außer der Versprechung der sozialen Sicherheit keine anderen Perspektiven findet oder offen aussprechen kann, um die zukünftige "Mission" Deutschlands beschreiben. Dieses ideologische Vakuum füllt dann eine Soziologie, die die Rationalität des Systems anerkennt, aber doch eingesteht, daß durch die technische Entwicklung "Disproportionalitäten" und Ungerechtigkeiten, soziale Randgruppen entstehen können, die schwer integrierbar sind. Die Parole von der "positiven" Mitarbeit erhält einen Sinn. Die Rebellion der Studenten ist "zum Teil" gerechtfertigt. Dem zerstörerischen "Radikalismus" kann aber nun die "kritische" Kooperation gegenübergestellt werden. Der Soziologenjargon von "einerseits und andererseits" hat in dieser Ideologie eine politische Funktion gefunden.

Wir haben uns deshalb bei dieser Ideologie länger aufgehalten, um die Bedeutung der studentischen Forderung der Zerschlagung der bürgerlichen Wissenschaft zu unterstreichen. Gerade weil die Studentenrevolte in Deutschland geprägt wurde durch die kritische Soziologie, ist die Abrechnung mit dieser vulgären Wissenschaft notwendig. Denn in dem Maße, wie die Studenten in den Aktionen sich radikalisiert haben, ihren Kämpfen eine sozialistische Richtung zu geben suchten, in dem Maße ergriff diese Wissenschaft Partei für das monopolkapitalistische System. Nicht die offen konterrevolutionäre Wissenschaft allein ist zu entlarven, sondern gerade auch die, die vorgibt, objektiv die Erscheinungsformen der Gesellschaft zu beschreiben.

> "Die Vulgärökonomie kommt sich um so einfacher, naturmäßiger und gemeinnützlicher, um so entfernter von aller theoretischer Spitzfindigkeit vor, je mehr sie in der Tat nichts tut, als die ordinären Vorstellungen in eine doktrinäre Sprache zu übersetzen. In je mehr entfremdeter Form sie daher die Formation der kapitalistischen Produktion auffaßt, um so näher ist sie dem Element der gewöhnlichen Vorstellung, also um so mehr schwimmt sie in ihrem Naturelement" (Marx)[6].

Die sozialdemokratische Verteidigung des sozialen Rechtsstaates

Die Soziologie als Bestandteil der Vulgärökonomie wird ergänzt durch die sozialdemokratische Theorie in einem Augenblick, wo die sozialdemokratische Taktik der Politik offen einschwenkt auf die Realpolitik der bürgerlichen Klassen. Die sozialdemokratische Theorie erweist sich als Mittel der Disziplinierung und Erziehung der Arbeiter für den "sozialen Rechtsstaat". Sie schlägt um in bürgerliche Ideologie.

Wurde von der bürgerlichen Soziologie die materielle Begründung der "funktionalen Mechanik" der staatlichen Politik aus dem betriebswirtschaftlichen Prinzip der "Kalkulation" abgeleitet, so lieferten die sozialdemokratischen Theoretiker eine wichtige Ergänzung, die die organische Zusammensetzung und den hohen Konzentrationsgrad des Kapitals berücksichtigt. Sie bringen in die bürgerliche Soziologie die historische Ableitung ein, daß durch die Akkumulation, durch die technische Umwälzung der autoritäre Staat gezwungen ist, rational zu werden, sich von den Klasseneinflüssen zu lösen. Die marxistische Theorie, entledigt der Theorie des Klassenkampfes, wird zur ökonomischen Begründung der Entwicklung. Sie wird zur Ideologie der Industrialisierung und zur Rechtfertigung der "bürgerlichen" Demokratie.

Mit der Entstehung des "Finanzkapitals", das die kapitalistische Produktion gesamtgesellschaftlich regelt, wird der staatliche Eingriff in die Wirtschaft notwendig, um zu gewährleisten, daß eine gesamtgesellschaftliche Reproduktion ohne Schwierigkeiten geschehen kann und um zu verhindern, daß die gesamte gesellschaftliche Produktion den Normen und Zielen einer kleinen Kapitalgruppe folgt. Unterlag dieser Staatsapparat der demokratischen Kontrolle durch das Parlament, dann wurden die monopolistischen und finanzkapitalistischen Einflüsse auf den Staat weitgehend zugunsten einer rationalen Administration der Wirtschaft aufgehoben[7]. Im "organisierten Kapitalismus" wurde kraft der Entfaltung der Produktivkräfte, die von der staatlichen Wirtschaftspolitik koordiniert, reguliert, kombiniert wurden, die monopolkapitalistische Herrschaftsstruktur und die Klassenverhältnisse beseitigt; die Produktionsweise paßte sich den Erfordernissen des technischen und sozialen Fortschritts an. Das wirtschaftliche Wachstum, die forcierte Industrialisierung barg in sich die Tendenz der Demokratisierung des Staats- und Wirtschaftsapparates, sollte dieses Gesellschaftssystem nicht zusammenbrechen.

Nach den Vorstellungen der Sozialdemokratie war die Weimarer Republik die Form des "organisierten Kapitalismus", der die schrittweise demokratische Umwandlung von Staat und Gesellschaft ermöglichte.

Die "Durchstaatlichung" (Renner)[8] der kapitalistischen Wirtschaft durch die staatliche Konjunktur– und Finanzpolitik, durch die Verstaatlichung von wirtschaftlichen Teilbereichen (Transport– und Energiewirtschaft) bedeutet den Beginn der Durchsetzung gesamtgesellschaftlicher Interessen gegenüber den Privatinteressen. Die kapitalistische Wirtschaft wird in Etappen durch die "Gemeinwirtschaft" ersetzt, die eine zugunsten der "Volksgemeinschaft" ... "planmäßig betriebene und gesellschaftlich kontrollierte Volkswirtschaft" ist (Wissel)[9]. Die gesellschaftliche Kontrolle des Produktionsprozesses, die durch die Monopolisierung der Wirtschaft die objektive Grundlage fand, wird vom Volk an den "demokratischen Staat" delegiert, der sich in einen rationalen Apparat der Wirtschaftsführung und das Mittel des sozialen Ausgleichs umformt. Die Disproportionalitäten, die weiter vorherrschten, sind nach der Sicht der sozialdemokratischen Ideologen Überreste der Planlosigkeit, die selbst Kennzeichen des Konkurrenzkapitalismus sind. Diese werden durch die staatliche Politik eingeengt und aufgehoben. Die Steigerung der Produktionskapazität der Industrien, die staatliche Wirtschaftsplanung und Sozialfürsorge signalisieren die neue Qualität der Gesellschaft, die die Klassengesellschaft ablöst. Der "demokratische Staat" ist nicht Hindernis der Emanzipation der Arbeiterklasse, sondern "Mittel der Erreichung des Sozialismus" (Hilferding)[10], Verkörperung der Arbeiterpolitik. Der "organisierte Kapitalismus" ist also per definitionem für die sozialdemokratischen Ideologen und Realpolitiker der "prinzipielle Ersatz des kapitalistischen Prinzips der freien Konkurrenz durch das sozialistische Prinzip der planmäßigen Produktion" (Hilferding)[11]. Sozialismus wird gleichgesetzt mit wirtschaftlicher Planung und technokratisch rationaler Administration. Indem die Arbeiterklasse durch die Gewerkschaft und die sozialdemokratische Partei auf dem demokratischen Weg Machtpositionen in diesem Staat erringt, die staatliche Wirtschaftspolitik sich durch das Mittel der "Wirtschaftsdemokratie" (Tarnow) den gesellschaftlichen Bedürfnissen anpassen muß, die die Arbeiterklasse als unterpriviligierter "Bevölkerungsteil" artikuliert, erringt die Arbeiterklasse ein staatliches Bewußtsein und wird befähigt, den Staat "zur Leitung und Beherrschung der Wirtschaft im allgemeinen Interesse" einzusetzen (Hilferding). Die Revision der Marxschen Klassenkampftheorie ist hiermit offen ausgesprochen. Nicht die Klassenkämpfe, sondern die Politik des Staates, die die technische Entfaltung der Produktivkräfte lenkt und fördert, legt die gesellschaftliche Entwicklung fest. Das Theorem von der technischen Rationalität der staatlichen Politik ist in erster Linie eine ökonomistische Theorie, die sich an Erscheinungsformen der Wirtschaft orientiert, diese verallgemeinert und zu abstrakten Gesetzen erhebt, ohne den kapitalistischen Produktionsprozeß, seine Widersprüche und Tendenzen historisch-genetisch zu untersuchen.

Die Machtergreifung des Faschismus in Deutschland enthüllte die Form-Inhalt-Dialektik der Funktion des "demokratischen Staates". Nicht das Parlament kontrollierte den Staat, sondern umgekehrt war der Staat abhängig von den Zielen der expansiven Monopole. Der Übertritt der bürgerlichen Klasse in das faschistische Lager zeigt, wie die Demokratie als Kompromißformel des Verhältnisses der Klassen nur solange die Ebene der Auseinandersetzung der Klassen ist, wie die Produktionsverhältnisse nicht von Klassenaktionen der Produzenten in Frage gestellt werden. Die Demokratie erweist sich als die beste Form der Manipulation der Massen, solange diese sich mit dem "demokratischen Staat" identifizieren. Wird die Funktion dieses Staates im Klassenkampf durchsichtig, muß die Produktionsordnung durch direkten Terror geschützt werden, d.h. die demokratische Form wird durch die offene Diktatur ersetzt. Die Ideologie vom "Primat der staatlichen Politik" ist eine Verhüllungsideologie, die die rebellierenden Fraktionen der Klassen zur "positiven" Mitarbeit erziehen will, d.h. zur Integration und zur Demoralisierung.

Die Machtergreifung des Faschismus und die forcierte Rüstungswirtschaft der Monopole für den "Blitzkrieg" zerstörte eine zweite Illusion des Revisionismus, die eng verbunden ist mit dem Modell des "organisierten Kapitalismus" und die auch in der Gegenwart als Aufruf zum "Pazifismus" wieder auftaucht. Kautsky definierte 1915 den Begriff des "Ultraimperialismus", der die Epoche einer friedlichen Entwicklung kennzeichnen sollte. So wie der Konkurrenzkapitalismus durch die Marktabsprachen einzelner Firmen, durch die Konzentration und Kartellbildung, durch den Monopolkapitalismus abgelöst wurde, wird der nationale Imperialismus, der bisher die nationalen Märkte vor der internationalen Konkurrenz abschirmte und neue Märkte und Kolonien zu erwerben suchte, durch den "Zusammenschluß der internationalen Großmächte"[12] ersetzt. Das Wettrüsten und die Kriegsdrohung findet damit ein Ende. Die Übertragung der Kartellpolitik auf die internationale Politik der Großmächte läßt einen Ultraimperialismus entstehen, der die friedliche Zusammenarbeit der Staaten als Vorbedingung der Produktion auf erhöhter technischer Stufenleiter zur ökonomischen Notwendigkeit macht. Die "Politik des realistischen Pazifismus" sorgt weiter für die Industrialisierung der "unterentwickelten" Gebiete der Welt.. Die hochindustrialisierten Gesellschaften erwirtschaften mit ihrer gewaltigen Produktionskapazität hohe Profite, die schwer in den eig nen Industrien angelegt werden können und deshalb die Suche nach neuen Investitionsmöglichkeiten notwendig machen.

Die außerordentliche Aktivität der Handels– und Zahlungsbilanz der hochindustrialisierten Länder bewirkt ein verstärktes Einströmen von Geldkapital in alle noch nicht industriell erschlossenen Gebiete der

Welt. Das gemeinsame Interesse der Industrien, Banken und staatlichen Finanzierungsgremien verlangt internationale Absprachen, Koordination der Wirtschaftspolitik, kurz internationale Rechtssicherheit und allgemeinen Frieden. Der Imperialismus verliert seinen Expansionsdrang der Ausweitung seiner Herrschaft und wird friedlich, oder anders ausgedrückt, die imperialistische Politik ist selbst noch Überrest des "Konkurrenzkapitalismus" und mit der weiteren Konzentration des Kapitals und der Regulierung der Gesellschaft wird er durch die ökonomische Entwicklung verdrängt, verliert er seine materielle Basis. Der krude Ökonomismus, der aus diesem soziologischen Modell spricht, kann nun eine Sozialutopie auspinseln, in der eine internationale Organisation wie der "Völkerbund" die Administration der Industrialisierung der "unterentwickelten Länder" wird, zur friedlichen Kooperation aller Industriestaaten aufruft und die Metamorphose zur Weltregierung durchmacht.

Der Zweite Weltkrieg, der Koreakrieg und der Vietnamkrieg beweisen entgegen dieser sozialdemokratischen Idylle des Friedens, daß der Imperialismus den Krieg als letzten Ausweg seiner Wirtschaftspolitik ansieht, daß Volkskriege und Revolutionen in seinen Einflußsphären mit dem ganzen Machtapparat unterdrückt werden, um den "status quo" in der Welt zu erhalten, was nichts anderes heißt, als die Aufrechterhaltung der bestehenden Produktionsordnung und der Herrschaftsverhältnisse zu sichern. Solange die monopolkapitalistischen Herrschaftsverhältnisse bestehen, wird es faschistische Diktaturen und Kriege geben.

Die historische Konsequenz einer Theorie kann nur ergründet werden mit der Methode der historisch–genetischen Analyse der Begriffe und mit der Methode des Vergleichs historischer Epochen. Wird der Begriff des "organisierten Kapitalismus" abgeleitet aus dem Produktions– und Akkumulationsprozeß des Kapitals, dieser selbst konkret historisch verfolgt am Beispiel der Entwicklung des deutschen Kapitalismus, des Verhältnisses von Ökonomie und Politik, Monopolen und Staat, so kann nicht nur die Falschheit oder Richtigkeit dieses Theorems deduziert werden, sondern auch die konkrete politische Funktion dieses theoretischen Modells entweder als Herrschaftsideologie oder als Mittel der Mobilisierung der Klassen gegen die Unterdrückung aufgezeigt werden. Der "Einschnitt" des Faschismus in die deutsche Geschichte, der die höchste Form der menschlichen Barbarei in der hochindustrialisierten Monopolgesellschaft bleiben wird, weist sowohl darauf hin, konkret das Verhältnis von Staat und Monopolen zu untersuchen, um die Frage zu beantworten, ob die monopolkapitalistische Gesellschaft notwendig die Tendenz zum totalitären Staat in sich birgt. Er verlangt aber auch, die Fragestellung nach der Rolle der Ideologien in der Vorbereitungssituation des Faschismus aufzuwerfen. Der "Pazifismus" ist nicht nur eine ehrliche

Haltung, eine Hoffnung auf Frieden, sondern zugleich eine Ideologie, die die tatsächlichen Herrschaftsverhältnisse verschleiert und Fraktionen und Klassen abhält vom Widerstand gegen die zerstörerische Gewalt der Konterrevolution. Das Theorem vom "Primat der staatlichen Politik" oder vom "organisierten Kapitalismus" ist nicht nur ein soziologisches oder ökonomisches Modell, sondern wirkt als Ideologie, ist politische Wertung, vor allem wenn sie Teile und Abteilungen der Klassen beeinflußt. Parteilichkeit in der Theorie spricht kein Denkverbot aus oder bedeutet Dogmatisierung, sondern verlangt die Reflektion der historischen und politischen Rolle dieser Theorie und verhindert dadurch die Dogmatisierung oder Ideologisierung der Aussagen. Die opportunistische Politik, die u.U. ehrlich die Demokratisierung der Weimarer Republik durchführen wollte, war letztlich, da sie die immanenten gesellschaftlichen Tendenzen der Restauration der Macht des Monopolkapitals über die Form der Kartellisierung der Wirtschaft, über den Einfluß in der Ministerialbürokratie, im Justizapparat, in der Reichswehr und über die Manipulation des "deutschen Volkes" durch Presse, Rundfunk, Film und faschistische Massenorganisationen und Traditionsverbänden übersah oder absichtlich nicht berücksichtigte, Tolerierungspolitik dieser Restauration. Indem sie die Arbeitermassen an diesen "demokratischen Staat" fixierte, machte sie jeden Widerstand gegen diesen Staat und gegen diese Gesellschaft unmöglich. Daß die Partei dann selbst benutzt wurde in den Großen Koalitionen von 1923 und 1928 zur Disziplinierung der Arbeiter und als politisches Mittel der Verschleierung der verschiedenen gesellschaftlichen Gegensätze, beweist nur, daß sie nicht Subjekt des geschichtlichen Geschehens war, sondern Objekt, d.h. selbst Instrument der Abschaffung der Demokratie, die sie vorgab anzustreben. In der objektiven politischen Praxis tat sie das Gegenteil von dem, was die Ideologie verhieß.

Wenn heute die radikale sozialistische Opposition an den Universitäten und in den Fabriken sich bemüht, eine Aktionsstrategie zu erstellen, dann deshalb, um durch radikale Aktionen in den spezifischen Wirtschaftsregionen Fraktionen der Klassen gegen den totalitären Staat zu mobilisieren und dessen Tendenz in der "demokratischen Gesellschaft" zu enthüllen. Da, wo demokratische Formen die Integration und demokratisches Postulat oder Proklamation die Verhüllung der tatsächlichen Verhältnisse bedeuten, können allein radikale Aktionen, die die konkreten Gegensätze und Widersprüche aufspüren, die Wand der Manipulation durchbrechen, die wirklichen Herrschaftsverhältnisse entlarven und den Klassenkampf reorganisieren. Um zu vermeiden, daß als Gegenreaktion zur Vulgarisierung der Marx'schen Theorie als bloßen Ökonomismus eine Mythologisierung der Aktion stattfindet, ist grundsätzlich das Verhältnis von ökonomischer Theorie und Theorie des Klassenkampfes, das Verhältnis von Organisation und Spontaneität im Marxismus zu diskutieren. Das soll in dieser Analyse geschehen, nachdem die beiden ideologischen

Seiten, die auf die radikale sozialistische Opposition einwirken, noch näher umschrieben sind und nachdem die Gegenthese zum Modell "vom Primat der staatlichen Politik" aufgestellt worden ist.

Die kommunistische Erneuerung von Staat und Gesellschaft

Unerwartet wird von einer anderen Seite das Theorem vom "Primat der staatlichen Politik" an die radikale sozialistische, außerparlamentarische Opposition herangetragen. Wenn die deutschen Kommunisten mit dem Modell des "staatsmonopolistischen Kapitalismus" all die Aussagen des Modells des "organisierten Kapitalismus" wiederholen, dann wird offenkundig, wie sehr die "konterrevolutionäre Epoche" in Westeuropa seit 1945 das revolutionäre Bewußtsein zersetzt hat. Die Arbeiterparteien wandelten sich, wurden sie nicht offizielles Staatsorgan der monopolkapitalistischen Gesellschaft, fast alle in kleinbürgerliche Reformparteien. Während das Monopolkapital in Deutschland durch Drohungen und durch die Wirtschaftskonjunktur die Arbeiterklasse disziplinierte und in das monopolkapitalistische System integrierte, legten die Kommunisten sich fast auf einen reformistischen Kurs der Realpolitik fest, um über die Gewerkschaften einen Einfluß auf die verschiedenen Fraktionen der Arbeiter zu erhalten. Uns hat zu interessieren, welche neuen Bedingungen die monopolkapitalistische Gesellschaft nach der Analyse der Kommunisten bestimmen, so daß sie die "Demokratie des Volkes" verkünden können.

Die Aussage in der Grundsatzerklärung der Deutschen Kommunistischen Partei ist eindeutig:

> "Der Weg zur Lösung der Lebensfrage unseres Volkes in Gegenwart und Zukunft führt nur über die Entfaltung der politischen Aktivität und Selbsttätigkeit der arbeitenden Massen, über eine d e m o k r a t i s c h e E r n e u e r u n g v o n S t a a t u n d G e s e l l s c h a f t. Demokratische Erneuerung bedeutet die Umwandlung der Bundesrepublik in eine reale, fortschrittliche Demokratie, die Einschränkung der Macht des Monopolkapitals, die Überwindung des Neonazismus und der militärischen Großmachtpolitik. Demokratische Erneuerung bedeutet die Durchsetzung der Politik des Friedens und der Sicherheit, die Anerkennung der DDR, die Verteidigung der demokratischen Rechte, den Kampf um die Erweiterung und den Ausbau der Demokratie, die Verwirklichung demokratischer Mitbestimmung und Kontrolle, die Durchsetzung sozialer Sicherheit und bessere Lebensverhältnisse, die Erkämpfung einer fortschrittlichen Bildungs- und Kulturpolitik"[13].

Neue Faktoren der Wirtschaft definieren die Funktion des Staates: die Veränderung des Wirkens der Krisen auf die Wirtschaft durch die staatliche Wirtschaftssteuerung, der Einfluß der "technischen Revolutionen" auf die Verwertungsbedingungen des Kapitals, die Investitionstätigkeit des Staates und die Überkapitalisierung einzelner Monopole, die Entwicklung der Märkte, die Umschlagbedingungen des fixen Kapitals, die Rüstungswirtschaft, Einfluß der internationalen Konzernbildung und die Überfremdung der nationalen Märkte, die Form der Klassenkämpfe und der Einfluß der sozialistischen Länder. Bei einer Gewichtung dieser neuen Faktoren rückt der letzte als der entscheidende Hebel der Entwicklung der monopolkapitalistischen Gesellschaft an die erste Stelle[14]. Hauptsächlich durch den Wettbewerb zwischen Kapitalismus und Sozialismus enthält die staatliche Regulierung, unabhängig vom monopolkapitalistischen Einfluß auf den Staat, das "sozialistische Prinzip" der rationalen Planung, das nicht nur dem Stand der Produktivkräfte im Monopolkapital entspricht, sondern zugleich den sozialistischen Normen dieses Wettbewerbs. Die Vergesellschaftung der Produktion durch den Staat (Subventionen, staatliche Investitionen und staatliche Rüstungs– und Bauaufträge), die Konzentration der Industrie und die wechselseitige Abhängigkeit der einzelnen Industriezweige und Abteilungen der Produktion untereinander machen eine rationale Wirtschaftsplanung, die nicht länger den monopolkapitalistischen Profitinteressen dient, erforderlich. Allein diese Form der "Verstaatlichung" verhindert den Zusammenbruch des Gesamtsystems. Die Produktion als ein gesellschaftlich kombinierter und mit allen einzelnen Elementen koordinierter Prozeß setzt voraus, daß die "Produktivkraft" Wissenschaft die neuesten Produktionsverfahren und die technologischen Errungenschaften ständig in den Produktionsprozeß einführt. Das kann unter den monopolkapitalistischen Produktionsbesindungen nur verzögert geschehen; die rationale Wirtschaftsplanung kann vom Volk im Parlament erzwungen werden. Das Monopolkapital kann es sich bei Strafe des Zusammenbruchs nicht leisten, mit einem Schlag die Demokratie abzubauen, sondern ist gezwungen, die demokratische Form zu wahren. Allein die Versuche der Ausschaltung der demokratischen Verfassung mobilisieren das Volk gegen die monopolkapitalistischen Cliquen, so daß das Parlament die Plattform des demokratischen Kampfes werden kann. Die Aneignung der Produktionsmittel durch den Staat, in welcher Form das auch immer geschehe, wird im Interesse des Gesamtsystems zur objektiven Aufgabe des Staates. Die staatliche Politik, die immer mehr durch das Parlament geprägt wird, legt die Entwicklung der Gesellschaft fest:

> "Dieser Prozeß der Vergesellschaftung der Produktion treibt den Grundwiderspruch des Kapitalismus, den Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der kapitalistischen Aneignung der Resultate der Produktion, auf die Spitze.

> Dadurch werden tiefgreifende Veränderungen in den kapitalistischen Produktionsverhältnissen bewirkt, die darauf gerichtet sind, den Anforderungen des gesellschaftlichen Produktionsprozesses Rechnung zu tragen. Das Kapitalverhältnis als Verkörperung der Produktionsverhältnisse zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse tritt in neuer Form in Erscheinung"[15].

Im Rahmen des Kapitalismus ist eine qualitative Veränderung des Produktionsprozesses möglich, so daß der Strategie des Klassenkampfes ein neuer Inhalt gegeben werden kann. Der demokratische Kampf der antiimperialistischen Volkskräfte ersetzt den Klassenkampf der Arbeiterklasse. Er wird stimuliert und vorangetrieben durch die "technische Revolution", die sich entfaltet unter sozialistischen Produktionsbedingungen im Aufbau des Sozialismus der Sowjetunion und der Volksdemokratien. Wenn auch die beiden Seiten des Prozesses betont werden, die Ausdehnung des Staatsapparates, die die Notwendigkeit der zentralen Lenkung und Koordinierung des Wirtschaftsorganismus verlangt und das Machtstreben der Monopole, so fällt durch die ökonomistische Interpretation der Entwicklung, die sich zwangsläufig nur an technischen Prozessen und ökonomischen Modellen festmachen kann, der dialektische Widerspruch zwischen dem Verhältnis von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen in Beziehung zu den Aktionen der Arbeiterklasse der Klassenkampf heraus. Dadurch ist dieses theoretische Modell auch nicht mehr in der Lage, die Form — Inhalt — Dialektik zu begreifen, die besteht zwischen der demokratischen Verfassung und den Machtverhältnissen im Staat, zwischen der Sicherung der monopolkapitalistischen Produktionsverhältnisse durch die militärischen Absprachen zwischen den imperialistischen Mächten, der Vorbereitung auf den Bürgerkrieg, und der demokratischen Form des Kampfes. Die ökonomische Logik dieses Modells kann Entwicklung nur nach ökonomischen Maßstäben nachvollziehen, so daß die Klassenkämpfe als archaische Kampfformen erscheinen.

Das sozialistische Lager übernimmt die Rolle des klassischen Proletariats, die Aktionen der Klasse erscheinen wieder in der "technischen Revolution", während das "Volk", die Werktätigen, durch den demokratischen Kampf verhindern, daß das Monopolkapital die Demokratie beseitigt oder gar das sozialistische Lager mit einem Krieg überzieht. Die friedliche Koexistenz, das sowjetische Atomwaffenpotential, verbaut dem Imperialismus den kriegerischen Ausweg. Dadurch wird er gezwungen, die friedliche und demokratische Umwandlung der Gesellschaft zu dulden. Die ökonomische Konstruktion der Entfernung der monopolkapitalistischen Gruppen von den Interessen der demokratisch gesinnten Volksmassen, die die demokratische Verfassung gegen die monopolkapitalistische Politik verteidigen, ist die volle Restauration der sozialdemokratischen Ideologie mit der Besonderheit, daß diese Entwicklung abhängig

gemacht wird vom Aufbau des Sozialismus im sozialistischen Lager:

Die Verstärkung der ökonomischen Potenzen des Staates durch die Monopole zur Sicherung des Gesamtsystems richtet sich gegen die monopolkapitalistische Politik selbst. Die Lenkung wird der Wirtschaft zur "öffentlichen" und demokratischen Angelegenheit des Volkes:

> "Unter den heutigen Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus besteht die Besonderheit des revolutionären Prozesses in industriell hochentwickelten Ländern aber nicht nur darin, daß eine Etappe des Kampfes zur Errichtung einer antimonopolistischen Demokratie notwendig ist, sondern auch darin, daß diese Demokratie und der Übergang in die sozialistische Etappe der Revolution auf friedlichem oder vorwiegend friedlichem Weg möglich geworden ist. Wenn diese Möglichkeit einerseits auf der Stärke des internationalen Sozialismus... und auf der Stärke der inneren demokratischen Kräfte in den imperialistischen Ländern beruht, so führt andererseits diese Möglichkeit auch neue Kräfte und Verbündete an den Kampf gegen die Monopole heran"[16].

Monopolkapitalistischer Staat und Klassenkampf

Welche Rolle spielt die ökonomische Analyse in der revolutionären Theorie des Marxismus? Gibt es einen Ökonomismus in der Marxschen Theorie? Die materialistische Begründung der Notwendigkeit der Klassenkämpfe und der Revolution folgt den Perioden der Entstehung und der Akkumulation, indem die Kategorien historisch, logisch in den verschiedenen Stufen des kapitalistischen Produktionsverhältnisses entwickelt werden, um zugleich ihre Notwendigkeit und Widersprüchlichkeit aufzuzeigen. Erst die volle Industrialisierung der Gesellschaft, die Entwicklung der Klassen, machte die proletarische Revolution möglich. Der Widerspruch zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen, zwischen Lohnarbeit und Kapital und zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Revolution wird abgeleitet aus dem Widerspruch der kapitalistischen Produktion von Mehrwert und Profit[17]. Wenn man will, sind in der Marxschen Revolutionstheorie nur so weit ökonomische Elemente vorhanden, als er die revolutionäre Entwicklung orientiert an der besonderen Form der englischen Industriegesellschaft.

Die Berücksichtigung des ökonomischen Faktors, des Verhältnisses von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, konzentriert sich in dem Moment, in dem die Industrialisierung weitgehend abgeschlossen ist, auf die Bewegungsgesetze im Rahmen des Kapitals dieser Gesellschaftsform, sei es auf die zyklische Entwicklung oder auf die Reproduktion des Wi-

derspruchs zwischen Lohnarbeit und Kapital in der staatlichen Politik des "Bonapartismus" der Form des monopolkapitalistischen Staates, während den Aktionen der Arbeiterklasse und ihrer Bündnispolitik die stärkste Bedeutung zugemessen wird. Anders wären die Schriften von Marx über den "Bürgerkrieg in Frankreich"[18] unverständlich. Die revolutionäre Theorie wird zur Aktionsstrategie, die zwar der Widerspruchsebene der kapitalistischen oder monopolkapitalistischen Produktion folgt, der Disproportionalität zwischen den industriellen Abteilungen, den Stagnations- und Teilkrisen, dem Prozeß der Auflösung und Bildung der Klassen, den nationalen und internationalen Gegensätzen etc., diese latenten oder offenen Gegensätze und Widersprüche aber durch die Aktionen der Klasse zum Ausbruch bringt oder verstärkt. Das verlangt den andauernden Angriff auf die einzelnen staatlichen Organe, die die Aufgabe der Lenkung von gesellschaftlichen Teilbereichen haben (Ausbildung, Erziehung, Gesundheitswesen, Justiz, Polizei, Armee etc.), um die Funktion des Staates zu entlarven und um zu verhindern, daß er sich als konterrevolutionäres Machtmittel konsolidiert. Da allein in den Aktionen die Fraktionen ihre Entfremdung überwinden können, d.h. revolutionäres Selbstbewußtsein erlangen, können die konkreten Ziele der sozialistischen Umwälzung nur im Kampf gegeben werden. In ihrer allgemeinen Form sind sie die radikal–demokratische Antithese zur Herrschafts– und Befehlshierarchie der monopolkapitalistischen Gesellschaft. Um diese These noch mehr zu erhärten, um davon die Rolle der sozialistischen Studenten und der zukünftigen kommunistischen Organisationen abzuleiten, ist näher einzugehen auf unser Verständnis von Staat und Ökonomie.

Gilt die These, die historisch bestätigt wird im deutschen Imperialismus vor 1914, in der Weimarer Republik und im Faschismus, daß die expansiven Monopole über die staatliche Einflußnahme auf die Wirtschaft die Grundlage für ihr Expansionsstreben finden, ihre Position im internationalen Wettbewerb gestärkt wird, dann kann die Funktion des Staates, trotz aller historischer Besonderheiten, wie folgt gekennzeichnet werden:

Der Staat verhält sich keineswegs als ideeller Gesamtkapitalist — diese Funktion kann er nur in einer Periode wahrnehmen, in der hohe Wachstumsraten für alle Industriezweige zu verzeichnen sind und er der Aufgabe verpflichtet wird, die soziale Integration der Fraktionen der Arbeiterklasse durchzuführen, ein Fall, der für die kapitalistische Produktion untypisch ist. Er wird vielmehr gesteuert durch die Interessen der expansiven Monopole, die ihre politische Macht zugleich herleiten aus dem Produktionsniveau der Wirtschaftszweige, die sie repräsentieren, die auf dem nationalen Markt und auf dem Weltmarkt eine beherrschende Position haben. Der technische Fortschritt, der die Gesamtwirtschaft charakterisiert, ist abhängig von der Produktionskapazität und der Stellung dieser

expansiven Monopole auf dem Weltmarkt. Die Chance der erweiterten Reproduktion des Gesamtsystems gerade wegen der andauernden technischen Umwälzung der modernen Industrien, die den Verschleiß der technischen Anlagen und Maschinen beschleunigt und die wachsenden Kosten für die Neuinvestitionen verursacht, ist allein gegeben durch den Erfolg dieser Konzerne, sich im internationalen Konkurrenzkampf durchzusetzen, das technische Weltniveau zu halten. Monopolkapitalistischen Gesellschaften, die den Anschluß im internationalen Konkurrenzkampf verlieren, werden die wirtschaftlichen Normen der Entwicklung und damit auch das politische Verhalten diktiert von ausländischen Monopolgesellschaften. Mit der wirtschaftlichen "Souveränität" büßt die staatliche Politik ihre Flexibilität, nicht zuletzt gegenüber den Forderungen der Arbeiter, ein. Der Prozeßsder "Überfremdung" dieser Monopolgesellschaften läuft über die Eröffnung von ausländischen "Filialen", den "Aufkauf" ganzer Wirtschaftszweige bis hin zur Festlegung der Politik des Staates durch die ausländischen Monopolgruppen. Nicht nur die Geschichte der südeuropäischen Länder bietet dafür genügend empirisches Material, sondern auch das Phänomen des "Gaullismus" in Frankreich. Die Versuche der Planifikation sind Indizien dafür, daß auch "fortgeschrittene" Monopolgesellschaften von dieser "Überfremdung" bedroht sind. Die staatliche Regulierung der Wirtschaft, die antizyklische Investitions– und Finanzpolitik, die Politik des "deficit spending", der Ankurbelung der Wirtschaft durch staatliche Aufträge, die finanziert werden durch die zukünftigen Steuereinnahmen, konnte, ebenso wie die Rüstungswirtschaft, die Überproduktionskrise des hochindustrialisierten Kapitalismus nicht abschaffen, sondern nur verschleppen und über eine längere Periode mit geringeren Konjunkturschwankungen hin ausdehnen. Die Teilkrisen und die stagnierende Produktion in den unrentablen, technisch "überholten" Wirtschaftszweigen, periodisch fallende Wachstumsraten, Inflation und steigende Preise sind die permanenten Auswirkungen des kapitalistischen Krisenzyklus. Teilkrisen und Krisenerscheinungen in den wirtschaftlichen Bereichen, die Strukturkrise ganzer Wirtschaftsregionen erhöhen die wirtschaftliche und vor allem die politische Labilität des monopolkapitalistischen Systems. Da der Stand der inneren Entfaltung der Widersprüche des Kapitalismus von den konkreten ökonomischen und politischen Bedingungen abhängt, geben die konkreten Produktions– und vor allem Verwertungsbedingungen des Monopolkapitals den strategischen Rahmen ab für ein Aktionsprogramm der sozialistischen Opposition in der Bundesrepublik. Die wirtschaftlichen Bedingungen weisen auf die politische Unruhe hin, zeigen an, daß der monopolkapitalistische Staat die wirtschaftlichen Ursachen nicht beseitigen kann, sondern daß durch Agitation, durch antikapitalistische Minimalforderungen und durch direkte Aktionen jene Fraktionen der Arbeiterklasse und Teile der anderen Klassen mobilisiert werden können, die bereit sind, in den verschiedenen Formen Widerstand zu leisten. Dieses Ver-

hältnis von ökonomischer Bedingungsanalyse und Aktionsstrategie ist Kennzeichen der revolutionären Theorie, die dem kruden Ökonomismus und dem bedingungslosen Aktionismus entgehen will.

Die ungleiche technische Entwicklung der verschiedenen Wirtschaftszweige, die wachsende Disproportionalität zwischen Produktionsmittel- und Konsumtionsmittelindustrie hat in den monopolkapitalistischen Ländern eine Hierarchie von Profitraten geschaffen. Wird der Maßstab von expandierenden und stagnierenden Wirtschaftszweigen angelegt, dann existieren allgemein zwei Durchschnittsprofitraten. Der finanzielle Ausgleich und die Subventionierung der stagnierenden Industrien ist die weitere wichtige Funktion der staatlichen Wirtschaftspolitik, die sich selbst herleitet aus den antizyklischen Wirtschaftsmaßnahmen. Die "Überkapitalisierung" einiger Industriesektoren und die "Unterkapitalisierung" anderer Sektoren läßt sich nur erklären aus der sprunghaften Entwicklung einiger Branchen im internationalen Konkurrenzkampf, die zu einem historisch günstigen Zeitpunkt nach 1945 nicht nur ihre technischen Anlagen rekonstruierten, sondern diese zugleich nach dem Stand des neuesten technischen Verfahren und Produktionsmethoden "umrüsteten". So "eroberten" sie auf dem Weltmarkt wichtige Positionen, die ihrer steigenden Produktionskapazität entsprechen, während die anderen Industrien sich im Weltmarkt nicht durchsetzen konnten, technisch veralteten und eine sinkende Produktionsrate aufzuweisen hatten.

Die chemische, die Auto– und Elektroindustrie in Deutschland, um nur die wichtigsten zu nennen, sind Beispiele für die expandierenden Industriezweige, während die Kohle–, Werft– und Textilindustrie die stagnierenden Sektoren charakterisieren. Eine Untersuchung der verschiedenen Wirtschaftsregionen Deutschlands zeigt den Einfluß dieser Wirtschaftszweige und die Schwierigkeit der staatlichen Politik, den Einfluß der stagnierenden Industrie durch Subventionen oder Neuansiedlung von expansiven Industrien zurückzudrängen. Der wirtschaftlichen Tendenz einer Gesellschaft, die getragen wird durch die expansiven Industriezweige, folgt die staatliche Politik, indem sie sich einmal die "Sicherung" der "Extraprofite" der expansiven Monopole zur Aufgabe gesetzt hat und das andere Mal durch eine Politik der "Quasiverstaatlichung", durch Subventionierung der stagnierenden Industriezweige, die wirtschaftliche und politische Erhaltung des Gesamtsystems garantiert.
Von dieser Aufgabenstellung sind die "Prioritäten" der staatlichen Politik grundsätzlich ableitbar.
Der technische Fortschritt, Ergebnis des internationalen Konkurrenzkampfes, verlangt für den Aufbau neuer Industrieanlagen oder für die technische "Umrüstung" alter Industrien ein hoher Anfangskapital. Der Staat übernimmt durch seine Kredit– und Finanzierungspolitik das

wirtschaftliche Risiko dieser Investitionen. Selbst wenn diese Investitionen durch die Selbstfinanzierung der Konzerne aufgebracht werden, erwirkt die staatliche Unterstützung der unrentablen Schlüsselindustrien (Rohstoffe, Transport, Energie etc.) eine Kostensenkung, die wiederum die expansiven Monopole im internationalen Konkurrenzkampf stärkt.

Wenn bei der Kennzeichnung des Verhältnisses von Monopolen und Staat die Unterlassung begangen wird, die konkreten Entscheidungen des Staates für die Monopole und die allgemeine wirtschaftliche Tendenz der wirtschaftlichen Entwicklung, die von diesen Monopolen bestimmt wird, nicht zu berücksichtigen, dann können Theoreme entstehen, die rationale Prinzipien dieser Politik postulieren, die einseitig abgeleitet werden von der "technischen Revolution" oder von der "rationalen Administration" Staat. Wird die Behauptung aufgestellt, daß diese monopolkapitalistische Produktionsweise keine Widersprüche hervorbringt, dann muß man sich auf den ökonomischen Prozeß per se verlassen und an eine allgemeine Demokratisierung glauben, denn mit der Aufhebung der Klassen, Ausdruck des Widerspruchs zwischen Lohnarbeit und Kapital, kann es auch keine Klassenkämpfe mehr geben, ist die Mobilisierung der Arbeiterklasse, die durch ihre Stellung im Produktionsprozeß ein gemeinsames Interesse des Widerstandes und der Überwindung dieses Systems haben kann, unmöglich geworden. Es bleibt der moralische Protest gegen die "unmenschliche Maschinerie".

Der staatliche Eingriff in die Wirtschaft erfolgt mit der Absicht, Gegensätze in den einzelnen gesellschaftlichen Bereichen zu beheben, die privatkapitalistisch nicht zu lösen sind, wie z.B. Subventionen, Neuansiedlung von Industrien. Umschulung von größeren Arbeiter– und Angestelltengruppen, Sozialpolitik, Bildungspolitik etc., die, wenn diese Gegensätze vertieft werden, das gesamte System sprengen können und Maßnahmen zu treffen, die die Produktion und den Absatz der expansiven Monopole fördern. In beiden Fällen ist die staatliche Politik F u n k t i o n der m o n o p o l k a p i t a l i s t i s c h e n E n t w i c k l u n g, eine Hilfe für die "fortschrittlichen" Monopole, ohne daß deren Charakter sich durch die Verflechtung mit der staatlichen Politik verändern würde. Da gerade die im produktiven Sinne relativ fortschrittlichen Monopole die Träger der imperialistischen Politik nach außen und der totalitären Politik nach innen sind, soll ihre Entscheidungsbefugnis durch demokratische Kontrolle eingeengt werden, tritt der Staat sowohl als wirtschaftlicher und militärischer Förderer auf, greift zugunsten der "nationalen" Monopole in den internationalen Konkurrenzkampf ein und ist zugleich Exponent der monopolkapitalistischen Expansion nach außen und nach innen. Die Armeen, die Polizei– und Geheimdienstbehörden, die paramilitärischen Einheiten zur Unterdrückung von Streiks

und lokalen Aufständen sind der organisatorische Ausdruck dieser Funktion. Die Sozialpolitik als Integrationsmittel findet konsequent ihre Fortsetzung im Notstandsstaat, in der offenen Diktatur:

> "Der Staat wird somit ein für die Monopole immer unentbehrlicheres Werkzeug. Die Realisierung des Profits, und zwar nicht nur des Durchschnittsprofits, sondern des Extraprofits, ..., soll nicht allein vom Mechanismus der "ökonomischen Gesetze" abhängen: die Wirtschaftspolitik des Staates muß im Bedarfsfall diese "Gesetze" außer Kraft setzen, wenn sie die Profite der Monopole bedrohen. Die enge Zusammenarbeit zwischen den Monopolen und dem Staat ist keineswegs das Ergebnis einer "Unterwerfung der Wirtschaft unter den Staat". Sie drückt im Gegenteil eine Unterwerfung des Staates unter die Interessen der Monopole durch eine wachsende Personalunion zwischen den leitenden Staatsbeamten und den Chefs der großen Monopole aus"[19].

Die Analyse von Form und Inhalt der staatlichen Politik, von demokratischer Verfassung und gesellschaftlichen Machtverhältnissen, von Wirtschaftsplanung und Monopolinteresse widerlegt die soziologische Hypothese, daß tendenziell die politische Macht die wirtschaftliche Macht "neutralisiere", sondern ergibt, daß der Staat das Monopolinteresse vertritt, in dessen Auftrag er sich um die Reproduktion des Gesamtsystems "sorgt". Die praktische Folge des rein ökonomischen oder soziologischen Modells wäre, die demokratische Verfassung gegen das Monopolinteresse zu stellen, über das Parlament den Einfluß der Monopole zurückzudrängen. Abgesehen davon, daß diese "praktische" Vorstellung, die Funktion des Parlaments, die "Verstaatlichung[20] der etablierten Regierungsparteien unberücksichtigt läßt, betrügt sie sich um die einzige Möglichkeit, die totalitären Tendenzen aufzuhalten, die Mobilisierung der Massen zum Widerstand gegen die Monopole. Demokratische Politik, die diese Verhältnisse der monopolkapitalistischen Gesellschaft verharmlost, von der Demokratisierung des Staates träumt, wird selbst zur Integrationstaktik der unzufriedenen Massen in die Ideologie des Monopolkapitals. Die theoretisch bewußtseinsmäßige und organisatorische Vorbereitung auf den Widerstand wird durch Phrasen hintertrieben und dadurch die Transformation der Demokratie in den Notstandsstaat erleichtert.

Die konterrevolutionäre Politik der "Großen Koalition"

Die Transformation der Demokratie in den autoritären parlamentarischen Sozialstaat, der in erster Linie die Profitrealisierung der expansiven Monopole absichert, konnte nur geschehen mit Hilfe der reformistischen Oppositionsparteien. Die Restauration der monopolkapitalistischen

Herrschaftsverhältnisse nach 1918 und nach 1945 fand ihre Unterstützung in der parlamentarisch–demokratischen Form der Ausübung der staatlichen Gewalt. Der Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital wurde verschleiert in einen parlamentarischen Gegensatz zwischen Regierungspartei und Opposition, der verfassungsgerecht im Parlament ausgetragen werden sollte. Die sozialen Zugeständnisse des Monopolkapitals an die Gewerkschaften 1918 führten nicht nur zur staatlichen Verhinderung der "Sozialisierung" der expansiven Schwerindustrie und des Kohlebergbaus, sondern waren zugleich der Beginn der Koalition der Arbeitergruppierungen mit den monopolkapitalistischen Gruppen zu dem Zweck, die Wirtschaft vor Krise und "politischen Unruhen" zu bewahren. Der Reformismus, der sich orientierte an den Bedingungen der monopolkapitalistischen Produktion, bewirkte eine Politik, die als Gegenleistung der monopolkapitalistischen Zugeständnisse das "staatliche Risiko" der monopolkapitalistischen Produktion übernahm. Dazu gehörte, daß die stagnierenden Industriezweige staatliche Subventionen erhielten, "verstaatlicht" würden (Elektroindustrie, chemische Industrie), wodurch die Kosten der Produktion für die Konzerne sich verringerten, weil die Preise der Waren dieser verstaatlichten Betriebe niedrig gehalten wurden. Die Kreditspritzen an die Monopole und die Inflation von 1922/23 beweisen, wie die monopolkapitalistischen Gruppen diesen Staat meisterhaft als ihr Instrument benutzen konnten.

Die staatliche Bürokratie wird durch das historische Niveau geprägt, in dem sie sich bildet und bestimmte Aufgaben und Anordnungen zu bewältigen hat. Die bornierte, weil beschränkte Bürokratie, kann die Umwandlung der historischen Situation nur schwer nachvollziehen, sie kann sich nur sehr langsam auf die veränderten Aufgaben einstellen. Die Produktionsverhältnisse, wozu der Staat gehört, entsprechen nicht mehr den Produktivkräften, der technischen Entwicklung der Industrie, und diese Produktionsverhältnisse halten dem Ansturm der kämpfenden Arbeiterklasse nicht länger stand. Der Reformismus blockiert einerseits den Emanzipationskampf der Arbeiter, indem er die revolutionären Forderungen und Interessen in den gesetzten Rahmen des Parlamentarismus überleitet und – in der radikalen Konsequenz – im Kompromiß abwürgt, andererseits paßt er die gesamte Ministerialbürokratie dem neuen historischen Niveau an. Die Sozial– und Wirtschaftspolitik des Staates kann sich dann der sozialen Disziplinierung der Arbeiter widmen und die stagnierenden Industrien vor dem Zusammenbruch bewahren.

Die große Koalition zwischen staatlicher Oppositions– und bürgerlicher Regierungspartei ist der politische Ausdruck des Verhältnisses von staatlicher Profitsicherung der Monopole und Reformismus. Der Staatsapparat erscheint der sinnlichen Gewißheit der Reformisten als "neutrale Instanz", als Garantie der Demokratie, die um "jeden Preis" gerettet wer-

den muß vor der Zerstörung. Die Identifizierung mit der monopolkapitalistischen Politik führt dann konsequent zur Tolerierung der Notstandspolitik des Staates zu einem Zeitpunkt, in dem wirtschaftliche oder politische Krisen die Herrschaftsverhältnisse des Monopolkapitals bedrohen. Die Tolerierungspolitik der Brüningschen Notverordnungen (1930/31) und die Tolerierung der Notstandsgesetze (1968) durch die Sozialdemokratie, um den demokratischen Staat zu retten, ist der Beweis dafür, daß der Reformismus zur Ideologie des Monopolkapitalismus wird und objektiv zur Faschisierung der Gesellschaft beiträgt.

Der Versorgungs- und Wirtschaftsstaat, der sich als Folge der eingeleiteten Wirtschafts- und Sozialpolitik herausbildet, integriert nun den Parteiapparat der Oppositionspartei in den Staatsapparat auf nationaler oder auf Landesebene. Die Verstaatlichung der Opposition auf dem Gebiet der Ideologie und der Organisation erlaubt es, die demokratische Form des Staates aufrechtzuerhalten, weil die staatliche Regulierung die gesellschaftlichen Widersprüche glätten kann. Der Staat kann sich dadurch den Erfordernissen der Produktivkräfte anpassen und zugleich Herrschaftsmethoden verfeinern, um revoltierende Gruppen oder Fraktionen in den politischen Mechanismus, der durch die Verfassung geschützt ist, einzuordnen.

Im Sozialstaat dienen die Subventionen, die in stagnierende Wirtschaftsregionen geleitet werden, dazu, neben der künstlichen Erhaltung des Durchschnittsprofits auch die Rebellion der Arbeiter abzufangen. Die Spontaneität des Widerstands der Klassenfraktionen zerrinnt, solange die Organe der Opposition diesen Widerstand zurückführen in die sozialstaatliche Politik. Der spontane Widerstand wird dann zur proletarischen Poltik, wenn organisatorisch eine Gegenpolitik zur monopolkapitalistischen Realpolitik verfolgt wird, wenn der Klassenkampf sich richtet gegen die Herrschaftsverhältnisse und zugleich seine Etappen findet in den Stagnationsgebieten des Überbaus und der Wirtschaft.

Die Ausnutzung der demokratischen Form im Interesse des monopolkapitalistischen "Sozialstaates" geschah in der Bundesrepublik in den vergangenen 20 Jahren. Die "Bedrohung" aus dem Osten und das "Wirtschaftswunder" disziplinierten die revolutionären Fraktionen der Arbeiter. Der Klassenantagonismus reduzierte sich auf den Pluralismus der verschiedenen politischen Gruppen und Verbände, deren Wünsche und Vorstellungen die Verwaltung des Sozialstaates zusammenfassen und "erfüllen" konnte. Das Parlament wurde zur Repräsentationsinstanz der pluralistischen Gruppen, deren Forderungen der Staat erfüllte und die dafür die Masse des Volkes von der Kontrolle des Staates fernhielten, d.h. die Sozialpolitik des Staates als Errungenschaften der Demokratie und des Fortschritts verkündeten. Da dieser Staat von den Klassen des

Volkes in der Prosperitätsperiode allgemein anerkannt wurde, die Parteien in den Wahlen diese Identifizierung mit dem Staat in der Wahlreklame der "Sicherheit" immer reproduzierten, konnte der Staat die Volksinteressen steuern und erreichen, daß sich das Volk im Parlament vertreten fühlte. "Die Parteien trennen sich von der eigenen, aktuellen oder potentiellen gesellschaftlichen Basis und werden zu staatspolitischen Vereinigungen"[21].

Der autoritäre Staat in der demokratischen Form kann eine höhere Identifizierung erreichen und deshalb eine solidere Ordnung herstellen als der despotische oder faschistische Staat der hochindustrialisierten Gesellschaft. Allerdings sichert sich der monopolkapitalistische Staat durch Ausnahme– und Notstandsgesetze gegen die Ansprüche radikaler Klassenfraktionen ab. Allein diese Charakterisierung der Großen Koalition in der Bundesrepublik vermittelt die Einsicht in die nächsten Aufgaben einer revolutionären Organisation. Der spontane Widerstand der Klassenfraktionen gegen den staatlichen und betrieblichen Zwang muß die organisierte Form der revolutionären Realpolitik annehmen, um langfristig die Arbeiter, Ingenieure, Studenten und Schüler gegen diesen Staatsapparat mit seinen Parteibehörden, gegen die monopolkapitalistischen Herrschaftsverhältnisse und gegen den beschränkten Opportunismus zu mobilisieren. Die staatliche Politik der Krisenverschleppung, die Schaffung von "Ersatzmärkten" durch Rüstungswirtschaft und Raketenprogramme, die den Staat selbst zum Hauptkunden der monopolisierten Wirtschaft macht, hat dem System unter den Bedingungen der "Nachkriegskonjunktur" eine hohe S t a b i l i t ä t verliehen. Die stagnierenden Wirtschaftsregionen, die Teilkrisen in den verschiedenen Überbaubereichen, Ausbildung, Universitäten, Gesundheitswesen etc., die Anfälligkeit des staatlichen Apparates gegen soziale Unruhe, die Inflation und die steigenden Preise zeigen die Labilität der Gesellschaft innerhalb dieser Stabilität. Damit sind die Ansatzpunkte der revolutionären Realpolitik gegeben, die diese Gegensätze durch Aktionen der betroffenen Fraktionen der Klassen zu gesellschaftlichen Widersprüchen ausweiten kann.

Die Wirkung der Krise, die Tendenz der Überproduktion durch die Steigerung der Produktionskapazität pro Arbeitseinheit auf der Grundlage der technischen Rationalisierung, die durch die staatliche "Vergeudung" der Rüstungswirtschaft, durch die faux frais (toten Kosten) der staatlichen Bürokratien, durch öffentliche Bauten, durch die Subventionierung stagnierender Wirtschaftszweige etc. aufgehoben wird, erscheint in der säkularen Inflation und im verstärkten internationalen Konkurrenzkampf der "nationalen" Monopole. Der von Marx aufgezeigten Tendenz des Fallens der Profitrate steht die staatliche Politik der Schaffung von Monopolmärkten und der Sicherung der Monopolprofite entgegen, sie setzt sich im internationalen Konkurrenzkampf, der eine steigende

technische Umwälzung der Wirtschaft zur Folge hat, immer wieder durch. Die Kosten für neue technische Anlagen sind gewaltig gestiegen und müssen in kürzester Frist "abgeschrieben" werden. Diese ökonomischen Notwendigkeiten zeigen die Verbindung von staatlicher Einkommenspolitik und staatlichen Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Opposition.

> "Erstens haben im heutigen Kapitalismus die individuellen Investitionen des "big business" enorm zugenommen, sowohl an Größe als auch an Zeit, die zur Amortisation gebraucht werden. Und gleichzeitig haben sich auch die mit den Investitionen verbundenen Risiken vergrößert, da das Tempo der technologischen Veränderungen heute schneller denn je ist. So wie es stimmt, daß das rapide Voranschreiten der Technologie heute sehr hohe Profite ermöglicht, wenn Investitionen an der richtigen Stelle vorgenommen werden, so stimmt es auch, daß bei Fehlinvestitionen heute der Verlust höher ist. Zweitens hat sich die Gefahr des Veralterns (Maschinen etc., die nicht mehr auf dem höchsten Stand der Technik sind) während der jetzigen technologischen Revolution radikal vergrößert. Drittens ist der Druck der internationalen Konkurrenz größer als bisher und wurde noch verstärkt durch das systematische Abbauen der internationalen Handelsschranken seit 1950, vor allem innerhalb der EWG und der EFTA.... Es ist in der Tat charakteristisch für die moderne kapitalistische Planung, daß der Anstoß ... von den Industriezweigen kommt, die glauben, daß sie wegen ihrer technischen Struktur gezwungen sind, sich großen unteilbaren Kapitalprojekten zuzuwenden, die sich erst nach einigen Jahren bezahlt machen"[22].

Diese Aufgabenstellung verlangt eine zunehmende Gleichschaltung der gesamten staatlichen Politik, die die Kompetenzen nicht an einzelne Landesregierungen aufteilt und die sozialen Zugeständnisse nur in diesem Rahmen der "Notwendigkeit" variieren kann. Die inflationäre Tendenz führt zur andauernden Preissteigerung, die die Errungenschaft der sozialen Sicherheit für die einzelnen Fraktionen der Klassen in Frage stellt.

Die EWG als Ergebnis der monopolkapitalistischen Konzentration

Die internationale Konkurrenz führt zur weiteren Konzentration der Monopole. Die Abhängigkeit der stagnierenden Sektoren von der staatlichen Subvention und von den "Erfolgen" der expansiven Monopole wird verstärkt. Zugleich droht diesen Schrittmachern der Wirtschaft die Abhängigkeit von den ausländischen Monopolen, die durch ihr technisches Niveau jene Monopole, die keine ausreichende Unterstützung vom Staat

finden, niederkonkurrieren können. Konzentration kann einmal bedeuten die Fusion nationaler Monopole, aber sie kann auch gekennzeichnet sein von einer "Überfremdung" der nationalen Wirtschaft durch ausländische Konzerne oder durch die partielle Überfremdung "marginaler Wirtschaftszweige", die entschieden die Zuwachsraten bestimmen. Diese Abhängigkeit der Wirtschaft von den Interessen ausländischer Monopole und anderer imperialistischer Mächte beeinträchtigt die Variationsmöglichkeit der staatlichen Wirtschafts– und Sozialpolitik. Entweder wird dann eine neue Staatsform geschaffen, die die einzelnen nationalen Wirtschaften koordiniert oder der Staat wird zum Instrument der ausländischen expansiven Monopole. Der Konkurrenzkampf der europäischen Monopole mit denen der USA und die Schwierigkeiten der Schaffung eines EWG–Staates, der von vornherein den Ansprüchen der expansiven italienischen, bundesdeutschen, französischen und englischen Monopole genügen müßte, deuten an, welche politischen Konflikte und Klassenkämpfe bevorstehen, wenn durch diesen Prozeß das europäische Kapital sich zwar gegen das amerikanische behaupten kann, zugleich aber die bisherigen Stagnationsgebiete zu europäischen Krisengebieten werden.

> "Bereits heute hat die Strukturkrise der Wirtschaft derjenigen Regionen der EWG, die auf die sog. "alten Industriezweige" aufgebaut waren (u.a. Wallonien in Belgien, Nordfrankreich und das Loire–Industriegebiet in Frankreich, z.T. Genua und Triest in Italien), zu schweren gesellschaftlichen Erschütterungen geführt, die bis zu einem Generalstreik (in Belgien 1960/61, 1968 in Frankreich B.R.) und einer lokalen Insurrektion (in Triest 1965) geführt haben. Eine ähnliche Strukturkrise bahnt sich an der Ruhr an. Sollte sich diese Tendenz verstärkt durchsetzen, so könnte dadurch das gesamte gesellschaftliche Gleichgewicht des Spätkapitalismus in der EWG zusammenbrechen"[23].

Auf die wirtschaftlichen und politischen Folgen der erweiterten Produktion und Reproduktion unter monopolkapitalistischen Bedingungen der Konkurrenz bereiten sich die europäischen Trusts und Kartelle durch eine verstärkte internationale Konzentration vor. Die monopolkapitalistischen Staaten Westeuropas unterstützen diese Tendenz durch Währungs- und Handelsabsprachen, durch Fusionen der staatlichen Organe der einzelnen Länder, durch die Schaffung einer europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Zugleich besteht die politische Vorbereitung auf diese neue Stufe der monopolkapitalistischen Produktion darin, wirtschaftliche Erschütterung nicht zu politischen Streiks der europäischen Arbeiter werden zu lassen, ein Programm der staatlichen Einkommenspolitik in Verbindung zur Notstandsvorbereitung und europäischem Bürgerkrieg vorzubereiten. Die staatliche Einkommenspolitik, die die Lohnkosten für eine längere Produktionsperiode auf ihrem im Verhältnis zur wachsenden Ar-

beitsproduktivität niedrigen Niveau halten will, muß ihre Ergänzung in Antistreikgesetzen und der Konzeption der militärischen Niederschlagung von Streiks finden, soll im europäischen Maßstab die Arbeiterklasse diszipliniert werden und will man das Entstehen von europäischen "Unruheherden" vermeiden. Die Einengung bzw. Abschaffung der Demokratie wird hervorgerufen durch die gekennzeichnete Tendenz.

Der Gegensatz zwischen dem US–Kapital, der hohen Leistungsfähigkeit der amerikanischen Industrie, und dem europäischen Kapital, das hinter der amerikanischen und selbst japanischen Entwicklung zurückbleibt, der Gegensatz zwischen den einzelnen europäischen expansiven Monopolgruppen, der Gegensatz zwischen expansiven und stagnierenden Industriezweigen im europäischen und im nationalen Kontext, der durch den internationalen Konkurrenzkampf weiter verstärkt wird, sowie die steigende Produktionskapazität und die eingeschränkten Absatzmöglichkeiten bezeichnen nicht nur den wachsenden wirtschaftlichen und politischen Druck auf die nationalen Abteilungen der Arbeiterklasse und die einzelnen Fraktionen. Er betont ebenfalls die wachsende Labilität des europäischen Systems in der Zukunft. Gerade die Maßnahmen gegen diese Tendenz, die Ausdehnung der Rüstungswirtschaft, der Kapitalexport in die südeuropäischen Länder, die Steigerung des Osthandels sind weitere Argumente für die These, daß der monopolkapitalistische Staat die demokratische Form seiner Verfassung aufheben muß. Wenn bis zu diesem Zeitpunkt, der mehrere Jahre umfassen kann, nicht eine umfangreiche Mobilisierung der nationalen und internationalen Fraktionen der Arbeiterbewegung für den Sozialismus gegen die Diktatur der Monopole stattgefunden hat, wenn also gerade eine Demobilisierung durch eine demokratische Politik sich auswirkt, dann kann das Monopolkapital eine neue Stufe der Produktionsbedingungen erreichen. Das ist kein "technologischer Schritt" zum Sozialismus, sondern ein Schritt zur weiteren Entmündigung der Arbeiter und der anderen Fraktionen der Klassen, ein Schritt in die Barbarei.

Revolutionäre Realpolitik

Die kommunistischen, revolutionären Realpolitiker finden aber gerade in dieser Periode unzählige Anknüpfungspunkte zur Vorbereitung und Entfaltung der Klassenwidersprüche, d.h. der Klassenkämpfe. Da nicht eine Krise zu erwarten ist wie 1929, die durch die rapide Verelendung der Arbeiter auch die Bereitschaft zum Kampf und zur Solidarität abstumpfen würde, sondern die aufgezeigten Stagnationen einzelner Wirtschaftszweige, die steigenden Preise, die Inflation, die steigende Ausbeutung Merkmale der politischen Labilität sind, ist eine konsequent durchgeführte kommunistische Propaganda, die diesen Gegensätzen und Widersprü-

chen folgt, die Arbeiterklasse und die anderen Klassen zum Kampf aufruft, in den verschiedenen Gebieten erfolgreich, wenn außerdem durch ein revolutionäres Minimalprogramm die anstehenden Maßnahmen des Staates verhindert werden können.

Die Teilkrisen im Überbau, wie wir sie in der Gegenwart vorfinden, können Initialzündung für die Vorbereitung und die Weiterführung des Klassenkampfes sein. Der Kampf in den Institutionen, wie der Kampf im Erziehungssektor zeigt, kann das Unbehagen der einzelnen Abteilungen der Klassen schüren, die Haltung zu der "Autorität" Staat verändern. Der Kampf der Lehrer und Ausbilder im "Apparat" war nicht zufällig eine der Ursachen der Rebellion der Schüler und Jungarbeiter in Deutschland. Die systematische revolutionäre Arbeit in diesem Erziehungssektor z.B. kann die Grundlage dafür sein, daß die Lehrlinge und Schüler sich früh gegen diese Gesellschaftsordnung stellen und sozialistisches Bewußtsein entwickeln. Dadurch kann auch eine Verbindung geschaffen werden zwischen Schülern, Studenten, Lehrern und einer revolutionären Organisation, denn gerade die "subsersive" Arbeit im Überbau ist der Gefahr des faden "Syndikalismus" ausgesetzt, der durch diese Vermittlung des Kampfes vermieden wird. Ähnlich kann sich der Kampf auch im Gesundheitssektor auswirken. In anderen Überbausektoren wie Justiz, Polizei, einzelnen Verwaltungsbehörden ist offensichtlich nur Sabotage möglich. Sie eignen sich nicht als Mittel der Mobilisierung. Sie sind Unterdrükkungs— und Parsitenbürokratien.

Diese Teilkrisen im Überbau bilden in Deutschland die Vorbereitung des Klassenkampfes, nicht nur, weil sie die Kontinuität des Kampfes bewahren, sondern weil diese Krisen an den Hochschulen und Schulen, Berufsschulen und Krankenhäusern etc. nicht kurzfristig behoben werden können. Das ideologische "Vakuum", das in der Bundesrepublik herrscht, ermöglicht der sozialistischen Opposition eine historisch einmalige Agitation für den Sozialismus. Das fehlende "Missionsbewußtsein" der deutschen Kapitalistenklasse, sollen nicht faschistische Eliteschablonen wiederholt werden, der offene Übertritt der Sozialdemokratie in das monopolkapitalistische Lager und die reformistische Realpolitik der deutschen Kommunisten, lösen die Arbeiterklasse sowohl aus dem direkten politischen Einfluß des Monopolkapitals, des Menschewismus, verhindern aber auch die Entstehung des revolutionären Bewußtseins, weil keine Klassenpartei ihre Interessen wahrnimmt.

Die antiautoritäre Revolte im Überbau errang in der Vergangenheit Mobilisierungserfolge. Die Mobilisierung der Fraktionen der Arbeiter verlangt andere organisatorische Vorbereitungen. Die Widerspruchsebene der monopolkapitalistischen Produktion diktiert notwendig die nächsten Etappen des Kampfes im Überbau, bei den Lehrlingen und Schülern, an

der Basis, in den verschiedenen Wirtschaftsregionen und Industriebranchen. Die Aktionsgruppen, die sich an diesen Etappen orientiert, um dadurch auch den internationalen Rahmen zu gewinnen, verlangt eine zweifache organisatorische Vorbereitung der kommunistischen Studenten. Die Transformation der Universitätsrevolte in die Klassenkämpfe und Massenaktionen in den spezifischen Gebieten ist nur zu erreichen durch eine "revolutionäre Empirie" und durch die wissenschaftliche und organisatorische Auswertung der ersten Erfahrungen. Revolutionäre Kader definieren sich nach der Verbindlichkeit und der Lösung dieser Aufgaben: Studenten untersuchen in vorher festgelegten Betrieben einer bestimmten Branche in den spezifischen Regionen die Bedingungen des Klassenkampfes, organisieren Aktionsgruppen in den Betrieben oder schließen sich den bestehenden an. Die wirtschaftliche und politische Analyse wird sowohl in den Betrieben als auch außerhalb angefertigt, um die Stimmungen, die Forderungen der Arbeiter zu kennen, um daraus ein Minimalprogramm und eine Aktionsstrategie abzuleiten. Die zweite Phase des Kampfes wird eingeleitet, entsteht sie nicht durch spontanen Widerstand in den Betrieben, Streiks oder durch andere "zufällige" Ereignisse, durch gezielte Aktionen gegen staatliche Zwangsmaßnahmen oder gegen die Willkür der Monopole.

Die "narodnikihaften" Aktionen der antiautoritären Studenten, die allgemeine Kampagnen durchführen (gegen Tariferhöhungen bei den Verkehrsgesellschaften, gegen die Krankenversicherung, gegen den imperialistischen Krieg, gegen die Bundeswehr usw.) schaffen eine zusätzliche soziale Unruhe, provozieren den Staatsapparat, entlarven die Staatsparteien und den modernen Revisionismus.

Der Klassenkampf der einzelnen Fraktionen der Arbeiterklasse und die radikaldemokratische Revolte im Überbau ergänzen sich erst, wenn die Klassenkämpfe über die einzelnen Regionen und Branchen hinweg organisatorisch erfaßt sind, in den Betrieben eine revolutionäre Organisation entstanden ist.

Ob die radikalen sozialistischen Studenten diese Konsequenz ziehen können, ist bis jetzt noch nicht eindeutig beantwortbar. Die gesellschaftliche Entwicklung zwingt sie dazu, diese organisatorischen Aufgaben zu erfüllen, während ihre Stellung im Produktionsprozeß, das illusionäre studentische Bewußtsein, sie diese Konsequenz scheuen läßt.

III. Etappen der Entwicklung des monopolkapitalistischen Staates und die Klassenkämpfe in der Weimarer Republik

Der deutsche Imperialismus vor 1918

In der Darstellung des Verhältnisses von Monopolen und Staat zwischen 1871 und 1918 folgen wir den Ausführungen des Autorenkollektivs der Analyse "Imperialismus heute"[1], das an Hand von umfangreichem, empirischem Material die Verschränkung von Staat und Wirtschaft beschreibt und im wesentlichen die Ursache für den starken Einfluß des Staates in der Wirtschaft darin sieht, daß dieser nach 1871 die "Industrialisierung unterstützt und forciert, indem er die "Koalition" zwischen der deutschen Kapitalistenklasse und den Großagrariern durch seine Schutzzoll-, Subventions- und Steuerpolitik vor der ausländischen Konkurrenz bewahrt, d.h. im Interesse der Aufrechterhaltung der Privilegien der Junkerklasse und im Interesse der Akkumulation des Kapitals in den Wirtschaftsprozeß eingreift. Er sichert den nationalen Markt, indem er die langfristigen Investitionen der Industrien deckt, für langfristigen industriellen Absatz durch die Rüstung sorgt, um den eigenen militärischen Machtapparat zu erweitern, der bei der Schaffung neuer Kolonien oder für die Neuaufteilung der Welt das Treupfand des Sieges über den englischen, französischen oder russischen Imperialismus sein mußte:

> "Hand in Hand mit der Herausbildung der Macht der Monopole ging deren Bestreben dahin, die Potenz des Staates ihren Profitinteressen und der Befestigung ihrer Positionen nutzbar zu machen. Diese Entwicklung zeigte sich vor allem
> 1) in ersten regulierenden Eingriffen des Staates in wirtschaftliche Prozesse im Interesse der Großbourgeoisie und der Junker;
> 2) in Unterdrückungs- und sozialreformerischen Maßnahmen gegenüber der Arbeiterklasse;
> 3) in der staatlichen Unterstützung und Forcierung insbesondere der Kolonialpolitik;
> 4) in der Aufrüstung;
> 5) in der Entwicklung von staatlichem Eigentum in Verbindung mit den Interessen der Großindustrie."[2]

Die Keime dieses "mit parlamentarischen Formen verbrämten, mit feudalem Beisatz vermischten und zugleich schon von der Bourgeoisie beeinflußten, bürokratisch gezimmerten, polizeilich gehüteten Militärdespotismus"[3] entfalteten sich seit 1871 bis zum Ludendorffschen "Kriegssozialismus" zur "vollen Blüte".

Geplant als Blitzkrieg, waren dem Staatsapparat von Anfang an in diesem Krieg die wichtigsten militärischen, wirtschaftlichen und politischen Funk-

tionen übertragen worden. Die Bismarcksche Reichsverfassung war ideal dafür geeignet. Ohne eine Einschaltung von Notverordnungs- oder Katastrophenparagraphen war das Parlament von den wichtigen Entscheidungen faktisch ausgeschaltet. Besondere staatliche Gremien übernahmen die Politik des Imperialismus. Im Reichstag konnten zwar politische Diskussionen geführt werden, die Reichsregierung in der Gestalt des Bundesrates war jedoch unantastbar durch das Parlament. Dieses war ein Gremium, in das die einzelstaatlichen Regierungen ihre Vertreter sandten und dem allein der Reichskanzler vorstand:

> "So war der Bundesrat das konstitutionelle Feigenblatt für die preußische Regierung über das Reich, und der Reichskanzler in Personalunion mit dem preußischen Ministerpräsidenten machte die deutsche Politik."[4)]

Da die Armee, die Rüstung und die Außenpolitik von vornherein der Kontrolle des Reichstages entzogen war, läßt sich vorstellen, wie abgesichert die Verhandlungen und Absprachen zwischen Staatsadministration und Unternehmerverbänden durchgeführt werden konnten. Da dem Reichstag in der Hauptsache nur die Etatbewilligung oder -ablehnung zustand, war kaum daran zu denken, dieses Parlament zur Tribüne des Klassenkampfes werden zu lassen. Das mußten die Linken in der SPD, aber vor allem Karl Liebknecht ab 1905 einsehen, als dieser Staatsapparat daranging, alle Vorbereitungen zum Blitzkrieg zu treffen, alle sozialen Reformen abbaute und dem Parlament schrittweise die letzten Kontrollmöglichkeiten und Weisungsbefugnisse langsam entzog[5)]. Mit Kriegsausbruch übernahm der Staat alle Funktionen der gesellschaftlichen Planung der monopolkapitalistischen Produktion und Distribution, um die Kapazität der Kriegsproduktion zu heben und einen reibungslosen Nachschub zu organisieren. Die Zwangssyndikalisierung und die Kooperation der Monopole mit dem Staat schufen staatsmonopolistische Strukturen, die, wurden sie nicht in einer Revolution zerschlagen, auch nach einem bloßen Regierungswechsel die Basis für die Restauration dieser Verhältnisse sein mußten. Diese monopolkapitalistische Struktur gesamtgesellschaftlicher Planung konnte von einer sozialistischen Arbeiterregierung nicht übernommen werden, da die Formen dieser Zentralisation ausschließlich der Durchführung des Krieges und der Aufrechterhaltung der monopolkapitalistischen Verhältnisse dienten. Selbst der technologische Aufbau der Produktion unterlag den monopolkapitalistischen Leitungsmodellen. Um den Rohstoffmangel zu beheben, wurde 1914 die Kriegsstoffabteilung des preußischen Kriegsministeriums als staatliche Institution gegründet. Diese erarbeitete ab 1916 einen Kriegswirtschaftsplan, der innerhalb des Hindenburg—Programms zur Mobilisierung aller Reserven und Resourcen für den Krieg eine entscheidende Stellung einnahm. Im indu-

striellen Beirat saßen die wichtigsten Monopolvertreter, die die Errichtung von Kriegsrohstoffgesellschaften und staatlichen Aktiengesellschaften unterstützten. Diese wurden von den Monopolen kontrolliert, wobei der Staat das wirtschaftliche Risiko der Anwendung neuer, von ihm finanzierter, technologischer Verfahren übernahm. Bei Rentabilität konnten diese Gesellschaften dann von den Monopolen übernommen werden. Im Interesse der expansiven Monopole wurde nicht nur eine faktische Zwangssyndizierung der deutschen Wirtschaft vollzogen, sondern zugleich auch eine "Teilverstaatlichung". Diese Kriegsstoffabteilung wurde 1916 zum zentralen Kriegsamt, einer staatlichen Behörde der Produktions- und Distributionskontrolle, umgebildet, das mit seinem Ständigen Ausschuß für Zusammenlegung von Betrieben (SAZ), die Ungleichzeitigkeit der verschiedenen Wirtschaftsbranchen und den unterschiedlichen Grad der Organisierung der Betriebe mit unterschiedlichem Produktionsniveau durch Zentralisierung und Produktionserweiterung zu beseitigen sucht. Im Extrem entstand hier in Deutschland der Idealtypus monopolkapitalistischer Herrschaft: Die Monopole erhalten durch die Arbeitsgesetzgebung, durch die Militarisierung der Arbeit, durch die Steuerpolitik, durch die inflationistische Währungspolitik, durch staatliche Finanzierungen und Investitionen über direkte Darlehen oder über staatliche Industriesektoren, die die technische Umstrukturierung der Produktion langfristig schirmen, durch staatliche Aufträge, durch Rüstung, durch staatliche Planung und Aufsicht – die staatliche Garantie der Profitsicherung und Profitmaximierung.

Das "Prinzip der Kalkulation" nach diesen Maßzahlen erfordert eine weitgehende Ausschaltung der öffentlichen Kontrolle durch das Parlament. Die Personalunion zwischen Staatsadministration und Monopolverwaltung läßt Entscheidungen erwarten, die der Expansion der monopolisierten Industrie Vorschub leisten, ohne sich dem Parlament verantworten zu müssen. Die Fachleute und Spezialisten der Bürokratien setzen in den einzelnen Ministerien und industriellen Beiräten die wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen fest und benutzen die bürgerlichen und sozialdemokratischen Verbände als Propagandazentralen in der "Burgfriedenspolitik". Der hilfslose Parlamentarismus der linken Fraktionen erschöpft sich in dem Versuch, den Etat nicht zu bewilligen und im Parlament die Hintergründe der Politik des Staates aufzudecken, ohne Materialien zu erhalten, ohne Einsicht zu bekommen, selbst ohne die Arbeitermassen mobilisieren zu können. Hier ist der Widerspruch zwischen den Zentristen innerhalb der SPD und den linken Partei- und Gewerkschaftsgruppierungen zu sehen. Während die einen das Parlament zur Tribüne des Klassenkampfes erklären und zögernd gegen die Kriegskredite ab 1915 stimmen, dabei aber selbst die anlaufende Streikbewegung gegen die Kriegswirtschaft aufhalten oder auf den hilfslosen Parlamentarismus fixieren wollen, der weder den monopolkapitalistischen

Staat entlarven noch diesen in seiner "Amtshandlung" behindern kann, konzentrieren sich die Linken in den Streikvorbereitungen auf die Rüstungsbetriebe. Hier unterstehen zwar die Arbeiter der militärischen Gerichtsbarkeit, aber gerade deshalb muß der geplante Streik sich auf eine ganze Industrieregion oder über mehrere Betriebe erstrecken, sollen die staatlichen Sanktionen nicht nur Teile der Belegschaften treffen. Dieser Widerspruch, entstanden aus der Diskussion über den politischen Massenstreik und über außerparlamentarische Massenaktionen, charakterisiert bis 1933 das Verhältnis von Reform und Revolution. Die Mitarbeit der rechten Sozialdemokratie und der Gewerkschaften im Programm der Kriegswirtschaft der "Arbeitsgemeinschaft" weist hin auf die Tendenz der Verstaatlichung der Parteien und der parlamentarischen Opposition. In der Übereinstimmung mit den Ordnungsvorstellungen und mit den zentralisierenden Wirtschaftsmaßnahmen des deutschen Imperialismus, ausgestoßen in der emphatischen Bejahung der monopolkapitalistischen Kriegswirtschaft: "Wer den Sozialismus will, muß den Weltkrieg wollen" 6), äußert sich die ganze Verkommenheit des Revisionismus und seine Bereitschaft auch ideologisch die "Schicksalsgemeinschaft der Vaterlandsverteidiger" zu rechtfertigen.

Die Restauration der monopolkapitalistischen Herrschaftsverhältnisse nach der Revolution von 1918

Die Restauration des deutschen Imperialismus beginnt mit dem ersten Tage der bürgerlichen Revolution. Bei diesem Unternehmen kann den Unternehmerverbänden, den staatlichen Bürokratien und den militärischen Formationen Brutalität und Geschicklichkeit nicht abgesprochen werden. Den wirtschaftlichen Folgen der Abtrennung ökonomisch wichtiger Gebiete Deutschlands (Elsaß, Lothringen, Teile Schlesiens, Saargebiet) den Reparationszahlungsverpflichtungen, den Aufgaben der Demobilisierung der Rüstungswirtschaft, d.h. der Umstrukturierung der gesamten Wirtschaft konnte nur eine zentral geleitete Behörde genügen. Unter der Einflußnahme der expansiven Monopole (Stahl, Elektro und Chemie) wurde das zentrale Kriegsamt umgewandelt in das "Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisierung". Dieses staatliche Organ zur Stabilisierung der Wirtschaft konnte erst voll seine Funktionen wahrnehmen, wenn auch die politische Stabilität gesichert war. Gerade die Monopolvertreter der expansiven Industriezweige, die Stinnes (Stahl) und Vögelin (Chemie), die aufgrund des technologischen Weltniveaus ihrer Industrieanlagen die Hauptnutznießer des Nachkriegsbooms sein mußten, schlossen mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund am 15. November 1918 einen Vertrag über die Gründung der "Zentralen Arbeitsgemeinschaft" ab. Die Zugeständnisse des 8–Stunden–Tages, der Abfassung von Tarifverträgen und der Anerkennung der Gewerkschaft als ein-

zige Vertreterin der "industriellen Arbeitnehmer" Deutschlands erbrachten den Monopolen die Garantie der aktiven Mitarbeit der Gewerkschaften bei der "Wirtschaftspolitik". Bei der "Schaffung" eines "demokratischen" Deutschlands sollten die Eigentumsverhältnisse nicht angetastet, die "Sozialisierung" nicht durchgeführt, sondern im Sinne der Monopole "gelöst" werden. Der Staatsapparat wurde nicht zerschlagen und selbst die Reichswehr unter der Verfügungsgewalt kaiserlicher Offiziere beibehalten. Dieses konterrevolutionäre Organ erwarb sich den Segen der deutschen Kapitalistenklasse in der Zerschlagung der Streiks und des Widerstandes der Arbeiterklasse. Unter diesem Gesichtswinkel kann die Weimarer Verfassung kaum noch als eine Kompromißformel bezeichnet werden. Trotzdem wird der Reichstag aufgrund der Streikbewegung von 1919 und des Kampfes um das Betriebsrätegesetz bis 1920 gezwungen, den Arbeitern Zugeständnisse zu machen. In dieser Phase konnte er von den unabhängigen Sozialdemokraten als Tribüne des Klassenkampfes benutzt werden. Mit der Niederschlagung des mitteldeutschen Aufstandes 1921 und mit der militärischen Auflösung der Arbeiterregierung in Sachsen und Thüringen waren spätestens die Würfel für die monopolkapitalistische Ordnung gefallen.

Die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft, die unkontrolliert vom Reichstag die Wirtschaftspolitik bestimmten, wurden 1919 gegründet; Reichsverband der deutschen Industrie, Reichslandbund, Vereinigung deutscher Banken etc. Daß diese Verbände ihre Vertreter und Propagandisten in den einzelnen bürgerlichen Parteien fanden, muß nicht betont werden. Die Konsequenzen der Reichsverfassung mit dem präsidialen Norverordnungsrecht und der außerordentlichen Ermächtigung, festgelegt im Artikel 48, zeigen eindeutig, daß die Verfasser dieser "demokratischen Ordnung" nicht an einen Selbstschutz der demokratischen Ordnung dachten, sondern an die Möglichkeit der Etablierung des autoritären monopolkapitalistischen Staates, wenn die bestehenden Herrschaftsverhältnisse in Gefahr waren. Die Rechnung der Verfassungsrechtler ging ab 1930 auf.

Die Befürworter des parlamentarischen Weges der Demokratisierung der Gesellschaft erblicken aber gerade in der Tatsache der verfassungsmäßigen Niederlegung von Notverordnungsparagraphen ihr stärkstes Argument für die Wirksamkeit des Parlaments. Ihre eigenartige Logik geht davon aus, daß die Monopolherrschaft die Kontrolle des Parlaments befürchtet und sich deshalb durch Ausnahmegesetze absichert. Ihre Schlußfolgerung konzentriert sich deshalb auf die einfache Annahme, daß mit der quantitativen Zunahme der Parlamentssitze die einzelnen Klassen, Arbeiter, Bauern, Kleinbourgeoisie etc. durch das Parlament über die monopolkapitalistischen Absichten aufgeklärt werden können. Wir ziehen aus den

geschichtlichen Ereignissen einen entgegengesetzten Schluß. Die demokratische Verfassung wird von den Monopolvertretern als Zugeständnis verstanden, aber gleichzeitig als Mittel der Disziplinierung und der Beruhigung der revoltierenden Massen. Das Parlament wird von vornherein, das beweist die Errichtung der außerparlamentarischen Wirtschaftsgremien, die Unabhängigkeit der Ministerialbürokratie und des Militärapparates vom Reichstag, als ideologische Instanz verstanden, die die außerparlamentarischen Aktionen auf die Ebene des parlamentarischen Kampfes überführen soll, um hier in der Kompromißfindung den Widerspruch in einen bloßen Konflikt zu verwandeln, der zwischen den Interessengruppen ausgehandelt wird und mit zunehmender Demobilisierung der Massen dann als gesetzte Kompromißformel Bestandteil der bürgerlichen Ordnung wird. Das kann man in einzelnen aufzeigen am Beispiel des Sozialisierungsparagraphen 165 und am Betriebsrätegesetz.

Das Parlament als eine Tribüne des Klassenkampfes

Zur Tribüne des Klassenkampfes, zur ideologischen Instanz der Revolution, kann das Parlament nur in der Phase der "Atempause" werden, wenn die Arbeiterorgane noch nicht zerschlagen sind, die Arbeitermassen voller Mißtrauen dem kapitalistischen System gegenüberstehen, aber der monopolkapitalistische Staatsapparat noch nicht fähig ist, den polizeistaatlichen und wirtschaftlichen Generalangriff gegen die Arbeiterklasse zu unternehmen. Aber auch zu diesem Zeitpunkt liegt das Schwergewicht der proletarischen Politik auf den außerparlamentarischen Aktionen. Die aufklärenden Reden Paul Levis, Clara Zetkins usw. im Reichstag haben nicht die gleiche Bedeutung wie die Vorbereitung konkreter Streiks und Kampfmaßnahmen. Die Funktionsunfähigkeit des Parlaments als Kontrollorgan oder als Tribüne der Aufklärung mußten die Kommunisten ab 1928 schmerzlich erfahren. Bereits 1921/22 schrieb Korsch in der Festlegung einer revolutionären Strategie in der monopolkapitalistischen Gesellschaft:

> "Diese demokratische Republik, in der theoretisch alle Staatsbürger an der Ausübung der Staatsgewalt gleichberechtigt teilnehmen, ist nach Marx und Engels die dem bürgerlichen Klasseninteresse in normalen Zeiten am meisten angemessene Staatsform – und zugleich auch diejenige Staatsform, innerhalb deren die entscheidenden Kämpfe zwischen der kapitalistischen und proletarischen Klasse historisch fast überall zum Austrag gebracht werden müssen. Diese Kämpfe zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Klasse drehen sich nur noch scheinbar um die Beherrschung des Staates, in ihrem innersten Kern drehen sie sich um die Beherrschung der Wirtschaft, d.h., die "Verfassung der Arbeit". Dabei

versteht es sich aber ganz von selbst, daß in diesen Kämpfen um die Beherrschung der Wirtschaft die eine wie die andere Seite vor allem auch die Staatsmacht, "die konzentrierte und organisierte Gewalt der Gesellschaft" (Marx), in den Dienst ihrer Zwecke zu stellen sucht und hierbei auch von einer zeitweiligen Rückkehr zu minder "freiheitlichen" Formen der Staatsverfassung im Interesse einer starken Machtausübung nicht zurückschreckt."[7)]

Nach der Struktur der monopolkapitalistischen Herrschaftsverhältnisse "arbeitet" der Staatsapparat als "ideller Gesamtkapitalist" (Engels), sichert die Wirtschaft vor der Kontrolle der Arbeiterklasse ab, so daß die Kämpfe für Arbeiterkontrolle nur außerparlamentarische Kämpfe sein können. Zwar können dem Staat im Parlament in bestimmten Situationen sozialpolitische Zugeständnisse abgetrotzt werden, diese finden aber ihre natürliche Grenze:

"Alle diese Mitwirkungsrechte finden aber in der kapitalistischen Klassengesellschaft und in dem Staat der bürgerlichen Klasse ihre unüberschreitbare Grenze; sie dürfen niemals weiter entwickelt werden, als es die Profitinteressen der kapitalistischen Klasse erlauben. Werden sie also von den Arbeitern für mehr als die Eroberung des Endkampfes genommen, so dienen alle diese sog. Mitwirkungsrechte in Wirklichkeit nur als Kulisse, hinter der sich die kapitalistische Diktatur über das "Gemeinwesen der Arbeit" noch solange verbergen kann, bis endlich die Kapitalisten durch die objektiven Verhältnisse selbst genötigt werden, von sich aus die Kulisse beiseite zu schieben und ihre Klassendiktatur unverhüllt zur Anwendung zu bringen."[8)]

Der Kommunist Karl Korsch, der bei der Niederschrift der Artikel über die Betriebsräte sich in voller Übereinstimmung mit den Richtlinien des II. und III. Kominternkongresses befindet und im Auftrag des Zentralkomitees der KPD diese Erläuterungen zur Gewerkschaftsarbeit und zur Haltung der Kommunisten zum Betriebsrätegesetz schreibt, also den "Linksradikalismus" der "Arbeiterunion"[9)] kritisiert, kann nach der Diskussion des Betriebsrätegesetzes die Betriebsräte selbst nur als "Stützpunkte" für zukünftige Massenaktionen kennzeichnen, nicht aber als "Stufen" der demokratischen Umwandlung des Kapitalismus:

"Aus der bisherigen Darstellung ergibt sich augenscheinlich, wie die seit Mitte 1920 geplanten Formen der "Verwirklichung" des verfassungsmäßigen "Rätesystems" in Wirklichkeit auf eine vollständige Beiseiteschiebung des Rätegedankens hinauslaufen. Schon der durch Art. 165 der Reichsverfassung selbst vorgezeichnete Aufbau der wirtschaftlichen Räte, noch deutlicher aber die seit

> Mitte 1920 veröffentlichten Entwürfe zur Ausführung dieses verfassungsmäßigen "Rätesystems" zeigen mit völliger Gewißheit, daß in der Verfassung und den Gesetzen der neuen deutschen Republik mit der Zustimmung der berufenen gewerkschaftlichen Vertreter der deutschen Arbeiterklasse unter dem wohltönenden Namen des "Rätesystems" in Wirklichkeit etwas ganz anderes "verankert" werden sollte, nämlich ein treues Abbild der am 15. November 1918 in konsequenter Fortsetzung des Burgfriedens gegründeten "Arbeitsgemeinschaft". Sehr geschickt versuchten hier der politische und gewerkschaftliche Reformismus zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. Man wollte einerseits durch arbeitsgemeinschaftliche "Verbesserungen" des ursprünglichen Rätegedankens diesem Gedanken seine revolutionäre Kraft nehmen, und man hatte andererseits zugleich auch schon jenen neuen Betrug vorbereitet, mit dem man zu gegebener Zeit dem Reformismus eine neue Lebensfrist zu erlisten dachte."[10]

Wenn die Kommunisten das Zugeständnis der Betriebsräte in die Strategie der Etappen des revolutionären Kampfes einbezogen, dann ganz bestimmt nicht, weil sie auf diese Weise eine demokratische Umwandlung der Gesellschaft erhofften:

> Die Betriebsräte "haben sich vielmehr schon heute als der am weitesten vorgeschobene Posten der proletarischen Armee zu betrachten, als wirkliche Kämpfer in einem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kampf, der in seiner äußersten Zuspitzung notwendigerweise zugleich einen politischen Kampf bedeutet."[11]

Abgeschirmt von der Kontrolle des Reichstages und von der direkten Einflußnahme der revisionistischen Arbeitervertreter schickte sich die "deutsche Wirtschaft" im Verlaufe der Demobilisierung an, staatliche Kredite aufzunehmen, um sich der veralteten Industrieanlagen zu entledigen und an deren Stelle die technisch modernsten Modelle der Maschinen anzuschaffen. Großzügig gewährten die staatlichen Gremien Kredite im Wert von 2,5 Milliarden Goldmark, die die Konzerne bereits ein Jahr später mit wertlosem Papiergeld zurückbezahlen konnten. Die künstlich inszenierte Inflation beraubte nicht nur die Arbeiterklasse, die Bauern und die Kleinbourgeoisie aller Ersparnisse und wirkte damit als besondere Kriegsfolgensteuer im Interesse der Monopole, sondern verstärkte auch den Prozeß der Zentralisation. Diese staatliche Wirtschaftshilfe brachte die deutsche Monopolindustrie auf das Weltniveau der Produktion. Die Inflation war auch dann in dem Augenblick beendet, nachdem größere Kapitalwerte im Ausland deponiert wurden, Deutschland von allen Auslandsinvestitionen abgeschnitten zu werden drohte und die Klassenkämpfe wieder revolutionäre Ausmaße annahmen. Es entbehrt nicht der Komik, daß just

in diesem Moment eine sozialdemokratische Regierung gebildet wurde, die dann kurz vor der Einführung der Rentenmark einer bürgerlichen weichen muß und die nun für sich in Anspruch nimmt, das "Volk" aus dem Chaos zu führen. Spätestens zu diesem Zeitpunkt erweist sich das Parlament als Propagandaorgan der Bourgeoisie und ist für den Klassenkampf weder als Tribüne noch als Vehikel der Sabotage der konterrevolutionären Maßnahmen brauchbar. Das beweist das Jahr 1923 mit seinen Ereignissen in Sachsen und Thüringen ungeschminkt.

Die Rekonstruktion einer monopolkapitalistischen Wirtschaft. Etappen des totalitären Staates.

Neben der verstärkten Zentralisation der Wirtschaft, der horizontalen Bildung von Monopolen in einer Wirtschaftsbranche (IG Farben oder Vereinigte Stahlwerke AG) und der sich daraus ergebenden technischen Rationalisierung des Produktionsprozesses ist außerdem für die Weimarer Periode des Monopolkapitalismus die beständige Erweiterung des staatlichen Wirtschaftssektors kennzeichnend. Diese Tatsache ist in Zusammenhang zu bringen mit der Investitionspolitik der Konzerne und des Staates. Die gemeinsame Politik der Konzerne und der Ministerialbürokratie soll die langfristige Rationalisierung der Industrien ermöglichen, wobei das wirtschaftliche, und erst recht das politische Risiko der monopolkapitalistische Staat übernahm. So wie nach 1918 Industriebetriebe mit hoher Produktionskapazität (z.B. die Pulvermühle Hennigsdorf) reprivatisiert wurden, nachdem der Staat das Risiko des Anlaufens der Produktion, der ständigen Produktionserweiterung und der Umstellung auf Friedenswirtschaft übernommen hatte, wurden andere Werke, bei denen der Staat Teilhaber war, unter der Propagandaparole "die Sozialisierung marschiert" verstaatlicht, weil die Kosten der Produktion zu hoch waren. Im Interesse der Monopolwirtschaft übernimmt der Staat die Deutsche Reichsbahn, mehrere Elektrizitätswerke, Bergwerke und chemische Fabriken, um einmal für niedrige Kosten des Transports, der Energieversorgung und der Rohstoffe zu sorgen, das andere Mal, um neue technische Verfahren zu erproben, deren hohe Kosten durch die Steueraufwendungen getragen werden können. Es entwickelt sich eine "staatliche Wirtschaftspolitik", die ihren Charakter bereits 1923 als "wirtschaftliche Katastrophe", später als "Erfüllungspolitik des Dawes– und Youngplanes" und dann als gezielte "Notverordnungspolitik" enthüllt: staatliche Eingriffe in den Wirtschaftsprozeß sollen die Monopolprofite sichern und Überproduktionskrisen abhalten. Während der Stabilisierungsperiode unter der Schirmherrschaft des Dawesplanes versuchen die Konzerne und der Staat, die hohen und langfristigen Investitionen abzusichern. Das wird einmal erreicht durch einen hohen Konzentrationsgrad der Monopole, die dadurch das Risiko der Investition für technische Neu-

erungen auf mehrere Produktionszweige übertragen können und durch die Festsetzung von Monopolpreisen, in denen ein zusätzlicher Profit für die schnelle Abschreibung der langfristigen Investitionen einkalkuliert ist. Die ausländischen Investitionen, die nach 1924, wenn auch mit kurzfristiger Laufdauer, nach Deutschland strömen, unterstützen die Tendenzen der Konzentration bei gleichzeitiger Hinzuziehung des Staates, der für diese Investitionen langfristige Garantien durch die Reparationsverträge abgeben muß. Die Investitionspläne der Monopole verlangten die Staatsintervention; sie hatten die staatliche Stützung zur Voraussetzung. Der Investitionsstreik der Konzerne von 1929 war nicht nur ein Anzeichen der beginnenden Weltwirtschaftskrise, des sprunghaften Rückzugs des amerikanischen Kapitals aus Deutschland, sondern er legte von vornherein die Wirtschaftspolitik der Regierung Brüning als Notverordnungspolitik fest:

> "This "strike" has but one objective: to get guarantees the would make investments less risky and easier to accomplish. Actually, a triple garantee is called for. The investor must habe the freedom to cut down the costs of labor, i.e. he must be free any monopoly in the labor market. He must have the opportunity of using the modern devices of money and credit manipulation to expropriate competitors both at home and abroad, to impose the burden of pump priming, experimenting and market dumping, if need be, upon the shoulders of other groups, and he must be able to act on the legitimate assumption that the increased economic-power of the state, which he contributes to establishing by the use of such devices, will not turn against him. Finally he must have individual investments guarenteed ba the government through subsides and nun-competitive prices, and he must have large-scale government orders to provide for a permanent outlet. Once this threefold guarentees is ensured, the investors strike comes to an end. That is exactly what happened in Germany when the totalitarian regime came into power."[12)]

Die Arbeitsgemeinschaft der revisionistischen Gewerkschaftsvertreter mit den Monopolen war spätestens 1924 zusammengebrochen. Die Konsolidierung des monopolkapitalistischen Systems brachte es mit sich, daß die Monopole sich der sozialpolitischen Verpflichtungen entheben konnten. Schrittweise wurde die Unabdingbarkeit der Tarifverträge in Frage gestellt, die Allgemeinverbindlichkeitserklärung beseitigt, die Leistungen für die Arbeitslosenversicherung abgebaut, der 8–Stunden–Tag aufgehoben etc.. Mit Beginn der Krise wenden sich die Monopole direkt gegen eine staatliche Lohnpolitik, gegen eine Ausweitung der Sozialversicherung. Sie treten für eine zusätzliche Besteuerung der Arbeiter, Angestellten

und Bauern ein und verlangen gleichzeitig Steuererlaß und niedrig verzinste Darlehen für die Monopole.

Der Stopp der amerikanischen Kreditausfuhr nach Europa wurde schnell zu einer Absatzkrise für amerikanische Produkte in Europa und in den USA selbst. Die Finanzkrise, begonnen als Kreditkrise, "erweiterte" sich zur Überproduktionskrise, die von den Krisen der Rohstoffmärkte und der Landwirtschaft begleitet wurde. Sie zeigte sich in Deutschland gerade als Strukturkrise der monopolkapitalistischen Produktion. Durch die Rationalisierung hatten die einzelnen Industriebranchen eine Erweiterung der Produktionskapazität erfahren, was zu einem Überangebot an Waren führte, parallel lief die Freisetzung von Arbeitskraft und allgemeiner Lohnabbau, sinkende Kaufkraft, was alles zusammen zu einem sinkenden Warenabsatz führte.

Der Staat mußte neben dem Investitionsproblem, um für den internationalen Konkurrenzkampf technisch gerüstet zu sein, auch das Absatzproblem des Monopolkapitalismus lösen.

Die große Koalition der Regierung Hermann Müller zerbrach an der provozierenden Politik der Monopole. Schon 1928 hatte die nordwestliche Gruppe der Eisen– und Stahlindustrie mit der Aussperrung von 250 000 Arbeitern unterstrichen, daß die Unternehmer sich gegen jede staatliche Schlichtungspolitik in den Fragen der Tarifverträge wenden würden und eine Lohnschutzpolitik des Staates inakzeptabel war. Die sozialdemokratische Regierung versuchte 1930 noch einen Kompromiß in der Dekkung des staatlichen Defizits durch höhere Besteuerung der Arbeiter. Da aber diesmal die Gewerkschaftsführung ihre Unterstützung versagen wollte, um der Radikalisierung der Arbeiter gegen den revisionistischen Gewerkschaftsapparat keinen Vorschub zu leisten, überließen es die sozialdemokratischen Minister dem Kabinett Brüning, die offene Politik der Monopole zu betreiben, während sie sich selbst zur "staatserhaltenden" Opposition ernannten. Die Verselbständigung des Staates gegenüber dem Parlament wurde offensichtlich; dieses Beamtenkabinett war keine direkte Präsidialdiktatur, aber ein Kabinett, das mit dem Rückgriff auf den Artikel 48 den parlamentarischen Engpaß der Regierung erweitern konnte und das auf die Tolerierungsmehrheit im Parlament spekulierte, die längst keine demokratische oder sozialistische Alternative aufweisen konnte. Die "rücksichtslose Sanierung" der Finanzen, die durchgeführt wurde, nachdem das Parlament die Zustimmung verweigert hatte und kurzerhand aufgelöst worden war, erbrachte den Monopolen eine Steuersenkung von 1,4 Milliarden Reichsmark, die "erwirtschaftet" waren aus Lohnkürzungen, Steuererhöhungen für Konsumgüter etc.. Zur gleichen Zeit wurden den Konzernen Kredite gewährt in Höhe von 2 Milliarden Reichsmark. Trotzdem steigerte sich die Staatsschuld auf 11,4

Milliarden Reichsmark. Im Zuge der direkten staatlichen Eingriffe in die Wirtschaft wurde die Methode der Defizitfinanzierung der Wirtschaft erprobt, die später im Faschismus die Programme der Rüstungswirtschaft und der Arbeitsbeschaffung erst ermöglichen sollte. Mit der Verschärfung der Krise und der vollkommenen Ausschaltung des Parlaments wurde der Staatsapparat selbst auf die Erfordernisse der Politik der Krisenverschleppung umgestellt, d.h. Sachverständige wurden dem Kabinett und ein Wirtschaftsbeirat der Reichsregierung beigeordnet. Die außerparlamentarischen Gremien traten offen in Erscheinung, um die notwendige Kontrolle der Ministerialbürokratie durchzuführen. Hitlers "Generalrat der Wirtschaft", gegründet im Juli 1933, war im Grunde nur die Nachfolgeorganisation dieses im Oktober 1931 projektierten Wirtschaftsbeirates. Die Weimarer Periode des Monopolkapitals brachte alle Merkmale des Monopolkapitalismus zur vollen Entfaltung und enthüllte die Funktion des Parlaments in der monopolkapitalistischen Gesellschaft. Die parlamentarische Taktik der sozialdemokratischen und der kommunistischen Parteien dieser Periode können uns Hinweise geben zum Verhältnis von Parlamentarismus und außerparlamentarischen Massenaktionen und damit eine erste vorläufige Definition des Revisionismus.

Doch fassen wir zuerst die Einschätzungen des Einflusses der Wirtschaft auf den Staatsapparat und das Parlament, wie sie die Autoren in "Die Auflösung der Weimarer Republik" und "Imperialismus heute" geben, zusammen:

> "Sowohl durch massiven Einfluß auf die Parteien und durch ein System politisch wirtschaftlicher Personalunion, als auch durch Querverbindungen zu bürokratisch geprägten Regierungskommissionen und durch eine im Sinne der "Fachmannsideologie" getarnte direkte Einflußnahme auf wirtschaftspolitische Verhandlungen und Entscheidungen — also sowohl durch demokratisch verhüllte wie durch bürokratisch "fachmännisch" gerechtfertigte Direktivinitiativen entzogen sich die Machtgebilde der Wirtschaft der Minimalkontrolle durch eben die demokratischen Instanzen, die sie gleichzeitig im politischen Raum aufzusuchen und zu beeinflussen verstanden.... Die hier (Inflation B.R.) angebahnte Entwicklung mündete nach manchen Zusammenbrüchen und Umwandlungen in ein System von Kartellen und Konzernen ein, die das ganze Wirtschaftsleben gerade in seiner Beziehung zur Politik mit einem Netzwerk von oligarchisch strukturierten Organisationen und einflußreichen Interessenverbindungen überzogen. Ihre monopolistische und schwer kontrollierbare Macht erstreckte sich ebenso auf den Arbeitsmarkt wie auf Organe der Demokratie, und sie stützte sich psychologisch auf das traditionelle Argument von der maximalen Effektivität der Konzentrationspolitik.... Durch Absprachen, in-

terne Kontrollen und betonte staatliche Schutzzollpolitik isolierte sich in den Kartellen und Syndikaten eine Wirtschaft innerhalb der Wirtschaft, und die Erscheinung des "Staates im Staat", die für die Rolle der Interessengruppen wie der Bürokratie oder der Reichswehr in der Weimarer Republik kennzeichnend ist, stört auf ökonomischem Gebiet den Aufbau und die Funktionsfähigkeit, die Elastizität der Demokratie."[13)]

Das System der staatsmonopolistischen Eingriffe kennzeichnen die Autoren von "Imperialismus heute" noch genauer:

"Der deutsche Imperialismus konnte sein System retten: 1. durch die Übernahme des Eigentums bankrotter Monopole in die Hand des Staates..., die Gewährung von Subventionen, Krediten, Garantien; durch lohnsteuer- und zollpolitische Maßnahmen, Devisenbewirtschaftung und Importkontinentierungen... durch die Defizitfinanzierung... Maßnahmen, die die ökonomische Macht der Monopole erhielten... und die ungeheuren Krisenlasten den Werktätigen aufbürdeten; 2) durch die unter dem Deckmantel des Notstands betriebene Liquidierung der bürgerlichen Demokratie... durch die Hilfe, die andere imperialistische Staaten dem deutschen Monopolkapital zukommen ließen."[14)]

Die Aktionsstrategie der Kommunistischen Internationale.
Erste Etappe des Klassenkampfes.

Dieser Entwicklung, oder besser: dieser diktatorischen Tendenz in der bürgerlichen Demokratie, hereingetragen durch den Machtapparat der Monopole, waren sich die Delegierten des II. und III. Kominternkongresses, die die politische Taktik während der "Atempause", während des Niedergangs der revolutionären Bewegung diskutierten, voll bewußt. In der Festlegung der parlamentarischen Taktik kam es ihnen darauf an, hervorzuheben, daß das Parlament die proletarische Funktion als "Tribüne des Klassenkampfes" nur wahrnehmen kann, wenn gleichzeitig außerparlamentarische Aktionen stattfinden und proletarische Machtorgane in den Betrieben bestehen. Die Arbeiterregierung, die nach dem Kapp–Putsch aktuell auf Reichs- und Landesebene vorbereitet wurde, konnte nach dem Selbstverständnis der Kommunisten nur aus der proletarischen Massenbewegung entstehen. Das Schwergewicht einer solchen Arbeiterregierung lag eindeutig außerhalb des Parlaments bei den Klassenorganen des Proletariats, die zu dieser Zeit aus Betriebsräten, Partei- und Gewerkschaftszellen, aber auch aus proletarischen Selbstschutzorganen bestanden. Im Programmentwurf der KPD für den IV. Weltkongreß bedeutet die Arbeiterregierung "vor allem die Schaffung neuer

Stützpunkte proletarischer Macht in und durch die Massen selbst und die Zertrümmerung von Machtstützen der Bourgeoisie."[15]

Die KPD war bemüht, Übergangsforderungen aufzustellen, die das revolutionäre Endziel mit den konkreten Bedingungen des Kampfes verknüpften. Diese Minimalforderungen waren konzentriert auf die Mobilisierung der Arbeiter zu außerparlamentarischen Aktionen und versuchten, die Dialektik von Reform und Revolution zu entfalten, um den revolutionären Lernprozeß unter den Arbeitern zu verstärken. Das Minimalprogramm für eine Arbeiterregierung, für Arbeiterkontrolle, für eine "Sachwerterfassung" der Betriebe und für antimonopolistische Maßnahmen (Antikartellpolitik) ging ein auf die wirtschaftliche Situation der ansteigenden Inflation in Deutschland und war damit fähig, eine Alternative zur bestehenden Gesellschaft aufzuzeigen[16]. Selbst als zu Beginn des Jahres 1923 die faschistische Putschgefahr in Deutschland sich vergrößerte, geriet die kommunistische Politik nicht in Panik. Die Radeksche Konzeption der Abwehr des Faschismus durch eine Volksfront mit allen bürgerlichen Kräften stieß auf Ablehnung, weil den außerparlamentarischen Organisationen und Aktionen der Arbeiter mehr vertraut wurde als den "Abwehrmaßnahmen" der Jugendbünde, der Sozialdemokraten und Kleinbürgern. Eindeutig erklärte deshalb auch Brandler auf dem Leipziger Parteitag der KPD im Januar 1923, daß die Proklamation der Arbeiterregierung ein Versuch sei, "im Rahmen und vorerst mit den Mitteln der bürgerlichen Demokratie, gestützt auf proletarische Organe und die proletarische Massenbewegung, Arbeiterpolitik zu betreiben"[17], die er als unmittelbaren Ausdruck der revolutionären Umwälzung in dieser Situation nicht verstehen wollte, sondern als Organisations- und Lernprozeß der Arbeiter im Klassenkampf, als Stärkung der Arbeiterorganisationen. Die Einheitsfront mit der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften konnte die Entlarvung der revisionistischen Führer durch die gemeinsamen Aktionen erreichen, nicht aber Verleumdung oder Gerüchte. Durch diese Taktik der Kommunisten konnte im August 1923 der Generalstreik in Deutschland stattfinden, wurde die bürgerliche Regierung Cuno zum Rücktritt gezwungen.

Als nun das deutsche Monopolkapital zur Gegenoffensive ansetzte, verfiel die KPD doch der Radekschen "Politik der Panik". Diese Etappe 1923 eignet sich vorzüglich zum Studium der Manipulationsmethoden des monopolkapitalistischen Staates. Die wirtschaftliche und politische Krise sollte erst einmal behoben werden durch eine "Große Koalition" der großkapitalistischen Deutschen Volkspartei mit der kleinbürgerlichen Sozialdemokratie, in welcher Hilferding das Finanzministerium erhielt, damit die sozialdemokratischen Genossen in der Gewerkschaft der Regierung vertrauten und sich gegen den Einfluß der Kommunisten in der Gewerkschaft wehrten. Durch diese frühe Form der "Konzertier-

ten Aktion", durch die die Arbeiterorganisationen beruhigt werden konnten, um Deutschland u.a. attraktiv für ausländische Kredite werden zu lassen, wurde die Rentenmark vorbereitet. Als die Einführung der Rentenmark gesichert war und die Sozialdemokratie außerdem den "Fehler" begehen wollte, die Monopole auf Goldbasis zu besteuern, um den Arbeitern eine Lohngarantie zu geben, bereitete das Großkapital sein ideologisches und politisches comeback vor, vor allem, nachdem der Druck der proletarischen außerparlamentarischen Aktionen durch den Eintritt der Sozialdemokraten in die Regierung nachgelassen hatte. Der Rücktritt Hilferdings und der Verzicht der SPD auf den 8–Stundentag wurde gefordert. Die Lasten der stabilen Währung sollten die Arbeiter tragen. Im Oktober 1923 wurde die "Große Koalition" aufgelöst. Da die Einheitsfront durch die staatstreue SPD zerrissen worden war, wollte die neue Stresemannregierung eine Konsolidierung der proletarischen Macht von vornherein verhindern. Am 13. Oktober wurde zum ersten Mal in der Geschichte dieser Weimarer Republik das Ermächtigungsgesetz erlassen, das der Regierung gesetzliche Vollmachten auf dem Gebiet der Wirtschaft, der Finanzen und der Sozialpolitik übertrug. Die Diktatur der Sachverständigen der Monopole trat offen zu Tage. Da, wie gezeigt, die Inflation überwunden werden konnte, ausländische Kredite ins Land flossen, d.h. eine wirtschaftliche Konjunktur einsetzte, erschien das Monopolkapital in der tragischen Rolle des Retters der Nation und stellte damit die Weichen der Mechanik der bürgerlichen Demokratie: Einsetzung des Revisionismus als Staatsorgan zur Demoralisierung der Arbeiter, direkte Macht der Monopole, Ausnahmezustand und Zerschlagung der proletarischen Opposition. Die Politik der Panik von Seiten der KPD mußte dann den Schlußstrich ziehen unter die Zerschlagung der Arbeiterorgane in den Betrieben.

Die Schlageterrede Radeks[18)], der die nationalen Gefühle des deutschen Volkes im Ruhrkampf gegen die französischen Besatzungstruppen ansprach und die Parole, daß eine Arbeiterregierung allen Ausgebeuteten, den expropriierten Händlern, Kleinbürgern, Bauern, Kleinkapitalisten, der nationale Bourgeoisie, der Jugend, den Arbeiter etc. Schutz gewähren werde, verzeichnete die Abkehr der Kommunisten von einer klaren proletarischen Politik und den Kurswechsel der KPD zur Volksfront aller antiimperialistischen Kräfte, die dann auch in ihren außerparlamentarischen Aktionen mit all den Phrasen nationaler Borniertheit des Kampfes gegen das "Wucherkapital", kleinbürgerliche Ideologien in den Vordergrund schob. Radek war es, der bereits 1921 die Richtlinien über die parlamentarische Taktik der Kommunistischen Parteien anders interpretierte:

> "Wir können ....auch zur Räteregierung dadurch gelangen, daß die Arbeiterklasse zuerst den demokratischen Weg solange beschreitet,

> bis sie auf dem demokratischen Wege die parlamentarische Mehrheit erobert, eine Arbeiterregierung einsetzt und erst durch die Erfahrung mit dieser Arbeiterregierung, durch den Kampf, den die Bourgeoisie vermittels der demokratischen Rechte gegen diese Regierung eröffnet, gezwungen wird, in den Kampf um die Diktatur einzutreten."[19]

Dieser demokratische Weg ist für Radek charakterisiert durch das Zusammengehen mit allen "Ausgebeuteten". Noch deutlicher wird er nach der Machtergreifung des Faschismus in Italien, nach den verschiedenen faschistischen Putschversuchen in Deutschland, in der Phase der Konsolidierung der Reaktion, vor allem in der Phase der Großen Koalition zwischen Sozialdemokratie und der Deutschen Volkspartei, als auch die wirtschaftliche Konsolidierung des Kapitalismus sich andeutete. Sein Plädoyer für eine Arbeiterregierung auf Landesebene schloß eine Koalition mit der Sozialdemokratie ein, die sich nicht stützte auf außerparlamentarische Organisationen der Arbeiter, sondern auf Absprachen zwischen den Parteiapparaten. Dadurch konnte die Dialektik von Aufklärung und Aktion unter den Arbeitern nicht entfaltet werden, denn nur auf diese Weise konnte der Revisionismus und der Verrat der Führung der SPD und der Menschewismus im Bewußtsein der Arbeiter aufgezeigt werden, überhaupt ein revolutionärer Lernprozeß aufgrund der konkreten Kampferfahrungen, der Streiks und Demonstrationen, einsetzen. Diese "Politik der Panik" vor dem Faschismus, die zu einem bloßen Appell zur Einheitsfront der Arbeiterparteien sich steigerte und gleichzeitig interessiert war, einen Block der verschiedenen Schichten und Fraktionen der Klassen gegen die Reaktion zu bilden, verließ die Ebene der proletarischen Politik, wie sie sich in den Kämpfen der Revolutionsperiode von 1918 herausgebildet hatte, und wurde zur bürgerlichen Realpolitik der Parteiapparate, zum bürgerlichen Parlamentarismus der Verhüllung der Klassenwidersprüche, zum Appell, zum Bluff, zur bloßen Parole und Phrase. Damit ist nicht gesagt, daß nicht Elemente dieser Politik in der Phase der "Atempause" auch Bestandteil der proletarischen Politik sein können, wenn dadurch Machtpositionen erobert oder erhalten werden können. Ersetzt diese bürgerliche Realpolitik vollkommen die proletarische Politik, dann geschieht das auf Kosten der Mobilisierung der Arbeiter, der Verneinung außerparlamentarischer Aktionen und der ideologischen Fixierung an diese bürgerliche Politik. Radek selbst versuchte auf dem IV. Kominternkongreß 1928 diese neue Politik zu rechtfertigen:

> "Die Welle der Konterrevolution, die sich jetzt über die Welt ergießt, ist am besten dadurch zu charakterisieren, daß diese Konterrevolution sich nicht stützt auf eine Periode des allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwungs, sondern daß sie einen Versuch darstellt, den wirtschaftlichen Zerfall durch Machtmittel aufrecht-

> zuerhalten ... Das Charakteristische der Zeit, in der wir jetzt leben, ist, daß, obwohl die Machtfrage objektiv immer noch das Zentrum aller Fragen ist, die breitesten Massen des Proletariats den Glauben daran verloren haben, daß sie in absehbarer Zeit die Macht erobern können. Sie sind in die Verteidigung gedrängt."[20]

Nicht nach den Gesichtspunkten des Minimalprogramms, das sich herleitet aus einer Etappenbestimmung der Offensive der internationalen kommunistischen Klassenkampfbewegung, sollen die nächsten Aufgaben der Kommunisten aufgestellt werden, sondern die Gegenwartsfragen (Löhne, Wohnungen etc.) werden verknüpft mit den Fragen der Abwehr der "weißen Gefahr" und des Faschismus. Das muß die Konsequenzen in der Politik haben, daß die Kommunisten die bestehende "demokratische Ordnung" mit allen antireaktionären Kräften der Gesellschaft verteidigen wollen. Die proletarische Politik, gestützt durch die Machtorgane des Proletariats, wird aufgegeben zugunsten einer Politik der Absprachen und Koalitionen im Interesse der Verteidigung der demokratischen Verfassung. Diese neue Politik vertagt faktisch den Klassenkampf für den Sozialismus, der ideologisch nun wie in der "Theorie" des "organisierten Kapitalismus", von einem abstrakten Akkumulationsgesetz abgeleitet, in diesem Fall den "Zusammenbruch" der kapitalistischen Produktion verspricht. Genauso willkürlich kann dieses Theorem uminterpretiert werden in ein "Gesetz" des friedlichen Hineinwachsens in den Sozialismus. Der Sozialismus erhält seinen propagandistischen Inhalt aus dem Beispiel des Aufbaus des Sozialismus in der Sowjetunion.

Die russische Revolution von 1917, die Periode der chinesischen Revolution und der spanische Bürgerkrieg haben bewiesen, daß ein Kampf gegen die Reaktion und den Faschismus nur ein Kampf für die Doppelherrschaft sein kann, eine Mobilisierung der Arbeiter und Bauern für den Sozialismus bei taktischem Zusammengehen mit liberalen und "antireaktionären" Kräften. Die Konsequenzen der Politik der Verteidigung, wenn nicht zugleich die Machtorgane der Arbeiter erhalten und ausgebaut werden, beinhalten die Demobilisierung und Demoralisierung der Arbeiter. Eine "Politik der Panik", die nur noch auf Ereignisse reagieren kann, die aber durch die unterschiedlichen politischen Schachzüge im Parlament, in den Gewerkschaften und anderen "überparteilichen" Massenorganisationen die Mitglieder und Sympatisanten der kommunistischen Arbeiterpartei desorientiert und die Kampfesziele auf die vorläufige Erhaltung der demokratischen Verfassung festlegt, ersetzt also den proletarischen Klassenkampf für den Sozialismus durch ein taktisches Kalkül: die Verteidigung der bürgerlichen Ordnung. Eine derartige Politik muß Folgen haben für die Theorie, die Praxis, für die Organisationsstruktur der Partei im Verhältnis zu der Arbeiterklasse, den außerparlamentarischen Massenaktionen und zum bürgerlichen Parlamentarismus.

Da das Selbstverständnis der Partei der Kampf für den Sozialismus bleibt, dieser aber nicht durchgeführt werden kann, lösen die proletarischen Machtorgane sich auf. Da die Arbeiter ihr Klassenbewußtsein nicht im alltäglichen Kampf für die Gewinnung und die Aufrechterhaltung von Klassenkampfpositionen formen, muß die "Taktik der Verteidigung" letztlich die Theorie beeinflussen. Es ist kein Zufall, wenn nach der Niederlage in Mitteldeutschland 1923 die Theorie der Kommunisten mit dogmatischen Elementen durchsetzt wird. Die Theorie stützt sich immer mehr auf die Erfolge des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion und betont gleichzeitig die wachsenden Krisenanfälligkeiten des Kapitals[21]. Es wird verständlich, wenn auf der Grundlage einer "Weltanschauung" kaum noch eine Klassenanalyse der deutschen Gesellschaft gemacht werden kann. Es soll hier nicht die sophistische Fragestellung aufgeworfen werden: was wäre wenn, was wäre, wenn die KP so und so gehandelt hätte. Derartige Geschichtskonstruktionen sind genauso falsch wie die Hegelianische Weisheit von der Notwendigkeit des spezifischen geschichtlichen Verlaufs. Sie wird gerade in einer historischen Periode zu einer müden Ausrede, in der das historische Subjekt, die Arbeiterklasse und die proletarische Partei, die Entwicklung der Gesellschaft entscheidend bestimmen kann. Radek hat recht in seiner Analyse, wenn er die Erstarkung der Reaktion feststellt und die Demoralisierung der Arbeiter, die ihre Hoffnungen unter sozialdemokratischem Einfluß auf die "Große Koalition" und den "organisierten Kapitalismus" ausrichten.

Der fundamentale Irrtum aber liegt in der Politik der Verteidigung der demokratischen Rechte, gerade weil die bestehenden Klassenverhältnisse und die "Offensive" des Kapitals mit Hilfe des monopolkapitalistischen Staates nicht berücksichtigt werden. Eine Analyse der proletarischen Ordnung kann nicht die willkürliche Unterscheidung treffen zwischen proletarischen Aktionen und bürgerlicher Politik und in der ersten Form einen Emanzipationskampf und in der zweiten eine Integrationstaktik ablesen, wie es die Anarchisten machen. Gerade die Dialektik des Kampfes unter den Bedingungen des Monopolkapitalismus, das Verhältnis von parlamentarischer Taktik und außerparlamentarischen Massenaktionen, von legalen und illegalen Aktionen in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen bringt eine revolutionäre Realpolitik hervor, die in Rußland in ihrer vollendeten Form in der Politik der Bolschewiki die Voraussetzungen der Oktoberrevolution schuf. Ausgangspunkt bleibt, daß in den einzelnen Etappen des Kampfes die Ziele der Arbeiterklasse klar zum Ausdruck kommen müssen. Das kann mit den Mitteln der bürgerlichen und Real–Politik im Parlament nicht geschehen. Radek und mit ihm fast alle Theoretiker der Dritten Internationale zeichnen einen mehr moralischen Unterschied zwischen der II. und der III. Internationale:

"Der Unterschied zwischen der II. und der III. Internationale besteht nicht darin, daß wir für die Diktatur des Proletariats sind und sie gewillt sind, mit demokratischen Mitteln um den Sozialismus zu kämpfen, sondern darin, daß sie nicht kämpfen wollen, sogar nicht um ein Stück Brot. Wenn sie sich kompromittiert haben, wenn wir durch diese Tatsachen den Massen bewiesen haben, daß sie nicht kämpfen wollen und warum sie nicht kämpfen wollen, dann ist der Weg zur Einheitsfront frei."[22)]

Völlig offen bleibt bei dieser Gegenüberstellung, wie die Einheitsfront geschaffen wird, ob auf dem demokratischen Weg der Parlamentskoalitionen oder mit Mitteln der proletarischen Aktion, ob mit den einzelnen Führungsgruppen des Parteiapparates der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften oder durch die Aktionen der Massen. Das Problem der Rolle der Sozialdemokratie in der monopolkapitalistischen Gesellschaft, das Problem des objektiven "Verrats" wird nicht gelöst. Die Lösung ist aber gerade in der Tatsache der Integration dieser Partei in die Politik des Monopolkapitalismus zu suchen, in der sie ihr Reformprogramm entwirft, Zugeständnisse bekommt, gleichzeitig die Massen beruhigt und an dieses System fixiert. Weder Einheitsfront von unten, noch von oben, noch die Beschimpfung der Führung als Arbeiteraristokratie, Renegaten oder Sozialfaschisten ersetzt die Entlarvung der Funktion dieser Partei, die Ausdruck des "Menschewismus" auch im Verhalten der Arbeitermassen ist.

Der Unterschied zeigt sich in der revolutionären Realpolitik der Kommunisten, wie sie im Minimalprogramm formuliert wurden war: Teilnahme an der bürgerlichen Politik, aber Konzentration auf den proletarischen Kampf der außerparlamentarischen Aktionen in den Betrieben und in den Wohnbezirken. Die Restauration der monopolkapitalistischen Herrschaft in der Weimarer Republik mit Hilfe der Ministerialbürokratie, des Armeeapparates, der Interessengruppen und des Parlaments schließt die Sozialdemokratie als Vehikel der Demoralisierung der Arbeiter ein, objektiv wird diese Partei zum Staatsorgan der monopolkapitalistischen Ordnung. Diese Partei kann aber nur diese Funktion wahrnehmen, solange sie den Einfluß in den Arbeitermassen behält. Das vermag sie, solange sie ihr Programm der Reform, des "organisierten Kapitalismus", des "friedlichen Hineinwachsens in den Sozialismus", der "Wirtschaftsdemokratie" und der "Großen Koalition" gleichzeitig in eine Garantie der "sozialen Sicherheit" für die Arbeitermassen "materialisieren" kann. Als antirevolutionäre Partei wird sie in der Periode wirtschaftlicher und politischer Krisen zur staatserhaltenden Partei, sie ist bemüht, wirtschaftliche Krisen durch staatliche Regulierungsmaßnahmen abzubauen und die staatliche Lenkung zu unterstützen. Durch ihren Einfluß in der Ge-

werkschaft und in Abteilungen der Arbeiterklasse kann sie in der Krisensituation für soziale Ruhe sorgen und gleichzeitig neue Methoden der Wirtschaftsplanung einführen, d.h., das historische Niveau der Ministerialbürokratien durchbrechen und den Apparat an die historisch neue Situation anpassen. Diese Absicht, auf der Grundlage der monopolkapitalistischen Produktionsverhältnisse eine Reform der Gesellschaft durchzuführen, läßt sie zum Ordnungsfaktor dieses Systems werden. Trotzdem bleibt ein Gegensatz zwischen dieser Fraktion der Arbeiterklasse und den monopolkapitalistischen Interessengruppen bestehen. Jene muß versuchen, Reformen im Interesse der Massen durchzuführen: 1923 Einführung der Rentenmark, Besteuerung der Monopole auf Goldbasis, Lohngarantien für die Arbeiter, Erhaltung des 8–Stunden–Tages, staatliche Programme gegen die Arbeitslosigkeit. Die Monopole anerkennen ihre Funktion der sozialen Beruhigung, sie nehmen aber nicht eine Beeinträchtigung oder gar eine Kontrolle der Profite in Kauf. Die Herrschaftsmethoden der monopolkapitalistischen Interessengruppen im Staatsapparat nutzten diese Rolle der Sozialdemokratie in der Weimarer Republik aus, um diese Partei dann bei den ersten Anzeichen der Konsolidierung der Macht von der Regierungsverantwortung zu verdrängen. Hier bricht dann der Widerspruch in dieser Partei auf: Anerkennung der monopolkapitalistischen Ordnung und ihrer demokratischen Verfassung durch den Parteiapparat und Abwendung der Arbeitermassen von dieser Politik, weil sie die Kosten der Konsolidierung der monopolkapitalistischen Herrschaft zu tragen haben. Hier liegt die Chance der Kommunistischen Partei, "Einbrüche" im sozialdemokratischen Bewußtsein der Arbeiter zu erzielen. Das verlangt eine Politik, die sehr wohl die Bedürfnisse der Arbeiter aufzunehmen vermag und in spezifischen Aktionen mit dem Ziel der revolutionären Umwandlung der Gesellschaft verbindet. Diese Politik muß sich durch klare Parolen auszeichnen, muß Identifikationspunkte für die sozialdemokratisch erzogenen Arbeiter bieten und darf auf keinen Fall die Methoden der sozialdemokratischen Propaganda wiederholen: bloße Versprechen zu geben, die allgemeine Zuversicht in die sozialistische Entwicklung zu erwecken, das blinde "Vertrauen" in die "bewährte Führung" zu verstärken und das parlamentarische Auftreten der Parteibürokratie als die Aktion der Klasse zu bewerten, als einzige Möglichkeit der Umwandlung der Gesellschaft durch Reformen zu sehen. Genauso abstumpfend wirkt auf die Arbeiter ein andauernder Kurswechsel, ein Austausch der Parolen und eine "Politik der Panik", die keinen Ausweg zeigen kann. Verhängnisvoll wirkte 1923 nicht nur der direkte Eingriff der Kommintern in die Strategie der KPD, die aus dem Generalstreik im August die Lehre der revolutionären Reife Deutschlands zog und nun zur Offensive aufrief, sondern die Interpretation dieser Offensive in Form der Arbeiterregierung der Sozialdemokraten und der Kommunisten in Sachsen und Thüringen, ohne zu bedenken, daß nach dem Scheitern der "Großen Koalition" weder die Basis für ei-

nen Generalstreik gegeben war, die Parteiapparate dieser Länder nicht gegen die SPD–Zentrale zu mobilisieren waren, der Streik in den Betrieben nicht vorbereitet war, die Arbeiter nicht bewaffnet waren, keine militärischen Arbeiterabteilungen bestanden, während die Reichsregierung sich gefestigt hatte, die Reichswehr zum Bürgerkrieg bereit war und zugleich die Einführung der Rentenmark eine soziale Stabilisierung versprach.

Die Auflösung der Arbeiterregierung durch die Reichsregierung und der Einmarsch der Reichswehr stürzte die Partei vollends in die "Politik der Panik". Die Illigalisierung der kommunistischen Partei bis 1924, die Zerschlagung der kommunistischen Machtorgane in den Betrieben, die Tolerierung der Anwendung des Artikels 48 durch die Sozialdemokratie waren Herrschaftsformen des monopolkapitalistischen Staates und diese waren die materiellen Beweise in der Einschätzung der Sozialdemokratie als "sozialfaschistische" Partei[23]. Der Sieg des "Faschismus" über die Novemberrepublik, an dem die Sozialdemokratie ihren Hauptanteil haben sollte, bewies nach der Ansicht der Kommunisten die Sinnlosigkeit der Einheitsfronttaktik. Die Einheitsfront konnte nur außerhalb mit den Massen gegen die SPD und die Gewerkschaft errungen werden. Das Mißtrauen in die Spontaneität der Massen wurde rationalisiert in die sog. "Bolschewisierung" der Partei durch den neuen Zentral–Ausschuß der Partei um Ruth Fischer und Maslow. Die Partei wurde zum "deus ex machina" der Revolution erhoben. Die revolutionäre Realpolitik wurde durch linke Phrasen ersetzt, während die Absetzung der alten kommunistischen Partei– und Gewerkschaftskader an die Stelle der Diskussion über die nächsten Aufgaben trat. Die Fraktionskämpfe der Sowjetunion setzten sich in der deutschen Partei fort. Während sie dort sich herleiteten aus den verschiedenen strategischen Entwürfen des Aufbaus des Sozialismus, erhielten sie in Deutschland einen vollkommen formalen Charakter, der sich nur oberflächlich auf die deutsche Situation bezog.

Die zweite Etappe der Klassenkämpfe in Deutschland

Trotzdem kann man ab 1925 noch von den zwei politischen Linien sprechen, die die Politik der Kommunisten bestimmten. Die eine war eine Anknüpfung an das Minimalprogramm des IV. Weltkongresses der KI, gestützt auf eine Analyse der Bewegungsgesetze des Monopolkapitals und der Klassenfraktionen in den einzelnen Ländern, die andere dagegen war dysfunktional gegen diese Politik gerichtet, eine Reproduktion der "Politik der Panik" von 1923, die außerdem die Fraktionskämpfe in der Sowjetunion widerspiegelte.

Diese Dualität in der theoretischen Einschätzung zeigte sich in den "Thesen zur politischen Lage und den Aufgaben der KPD" und im "Aktionsprogramm der KPD", die Anfang 1925 propagiert wurden. Die Einschätzung der Folgen des Dawesplanes für die Arbeiter: Verlängerung der Arbeitszeit, Lohnkürzungen, Steuererhöhungen, Preissteigerungen, Aufhebung der Streik— und Koalitionsrechte und für die Monopole: Zentralisierung mit Hilfe der ausländischen Investitionen bei gleichzeitigem Absatzmangel auf den ausländischen Märkten, Verschärfung der Widersprüche zwischen den einzelnen imperialistischen Mächten war zugleich die Disposition der nächsten Aufgaben einer revolutionären Realpolitik, war die Rückkehr zur proletarischen Politik in den Betrieben und in den Gewerkschaften und die Wiederaufnahme einer Parlamentstaktik, die die parlamentarische Arbeit als hauptsächliche Vorbereitung zu außerparlamentarischen Massenaktionen verstand:

> "Wir müssen dem letzten Arbeiter klar machen, daß wir a) zwar nichts vom Parlament erwarten und seine Heuchelei entlarven; b) aber selbstverständlich für jedes Gesetz, das dem Proletariat nützen könnte, stimmen; c) auch selber viele solcher Gesetze einbringen und jede Gelegenheit ergreifen, um gegen jede Belastung der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen zu stimmen."[24)]

Es wird richtig erkannt, daß die Massenbasis der Kommunisten nicht durch die Wähler bei den Reichstagswahlen hergestellt wird, sondern nur in den Betriebsräten und Gewerkschaftszellen, in den Betrieben und in den Gewerkschaften liegen kann, hieraus wird aber nicht abgeleitet, wie die Kommunisten durch spezifische Kampagnen und Aktionen die verlorenen Positionen in den Betrieben zurückgewinnen können. Der Begriff der "proletarischen Massenorgane" taucht erst bei der Zeichnung des Bildes der proletarischen Macht nach der Revolution auf, wo diese Organe den bürgerlichen Staatsapparat zerschlagen werden. Das Vertrauen der SPD—Arbeiter soll gewonnen werden, indem die Partei für die Verteidigung der sozialen Errungenschaften und für weitere Reformen eintritt. Diese Politik verspricht Erfolg, weil durch die Maßnahmen der Monopole eine Entlarvung der sozialdemokratischen Parteibürokratie stattfinden kann, die kraft der Logik ihres Verständnisses des "organisierten Kapitalismus" die Politik des monopolkapitalistischen Staates tolerieren und unterstützen wird. Aber im Gegensatz zum Minimalprogramm von 1922/23 wird die Partei zum ausschließlichen Transmissionsriemen der Revolution erklärt, nicht die revolutionären Organe der Arbeiter (Betriebsräte, Streikkomitees). Die Partei versteht sich als "einzige" Arbeiterpartei, als Ausdruck des revolutionären Willens des Proletariats zwischen den "zwei Wellen" der Revolution. Das Programm der Unterstützung der Teilforderungen und der Teilkämpfe der Arbeiter durch die Partei wird zur Rechtfertigung der Bolschewisierung der KPD:

> "Aber wir können diese Aufgabe nur lösen, wenn wir zwei Dinge wirklich lernen: Erstens, das deutsche Proletariat ist elend zurückgeschlagen worden, weil es keine revolutionäre, bolschewistische, genügend feste Partei besaß ..., die zweite Lehre, das Wesen der bolschewistischen Partei, ...besteht nicht allein in der Einsicht in die Rolle der Partei, sondern in der Fähigkeit, sich jene bestimmten organisatorischen und taktischen Methoden anzueignen, mit denen es gelingt, das Proletariat in der Richtung auf die Revolution in Bewegung zu setzen. Unversöhnlicher, schonungsloser Kampf gegen den Menschewismus. Unversöhnliches Festhalten daran, daß die SPD . . . . eine bürgerliche Partei ist. Unversöhnlicher Kampf gegen das Versöhnlertum und die menschewistischen Neigungen, die auch in unseren Reihen in dieser Übergangsperiode unvermeidlich auftauchen müssen."[25)]

Eine eigenartige Revolutionsvorstellung, die allen Erfahrungen der russischen und auch der deutschen Revolution widerspricht, wird hier ausgesprochen: die Partei setzt die Arbeiter in Richtung Revolution in "Bewegung". Zeichnete sich die Leninsche Realpolitik gerade dadurch aus, daß sie die revolutionäre Stimmung der Massen artikulierte, deren Organe, Sowjets oder Betriebskomitees, als die Grundlage der Revolution anerkannte und sich auf deren Forderungen stützte und die Konsequenzen dieser Forderungen aussprach, um die Halbheiten und die ideologische Erstarrung des Menschewismus diesen revolutionären Massen bewußt zu machen, um in den Aktionen die Erzieherrolle zu übernehmen und von den Massen als Avantgarde anerkannt zu werden, so erhoffte die "bolschewisierte" KPD ihre Legitimität der Avantgarde allein durch revolutionäre Parolen zu erhalten und als solche anerkannt zu werden. Der Parteiapparat selbst wurde zum Synonom für "Proletariat". Die Geschlossenheit und die Disziplin sollte den Arbeitern Vertrauen einflößen, die in diesem Apparat das historische Subjekt zu sehen hatten. Dadurch verloren sie das Selbstvertrauen und sie konnten in ihren Aktionen nicht mehr die Vorbereitungsphase für die revolutionäre Umwandlung der Gesellschaft erblicken. Es war folgerichtig, wenn diese Partei mit dem Verbot der Fraktionen innerhalb der Partei auch die politische Diskussion ausschloß und in ihrer mechanischen Betrachtungsweise der Revolution — ökonomische Krise gleich Revolution —, das Verhältnis von revolutionärer Massenbewegung und Partei, die Dialektik von Spontaneität und Avantgarde nicht zum Problem erhob. Der Kampf gegen den Luxemburgismus und Protzkismus war nicht nur die Übertragung der Fraktionskämpfe in der Sowjetunion auf Deutschland, sondern das Eingeständnis, daß die Partei unfähig war, das Bewußtsein der Klasse in der historischen Situation und die Demoralisierung der Arbeiter nach eine revolutionären Periode, die unzählige Niederlagen mit sich gebracht hatte, zu verstehen. Die Prognosen der Partei scheinen dem Generalstabsplan einer Armee

entnommen zu sein; brennt die kapitalistische Festung durch Selbstentzündung, dann bläst das Oberkommando zum Angriff, die wachgerüttelten Arbeiter greifen zu den Waffen und brachen in das befreiende Hurra aus.

Die oben erwähnte Dualität in der Politik der Kommunisten muß später begründet werden. Der kritikbeflissene Historiker muß berücksichtigen, daß der Parteiapparat der Kommunisten durch das Verbot der KPD Ende 1923 Zersetzungserscheinungen ausgesetzt war, daß aber vor allem die außerparlamentarischen Machtorgane vom monopolkapitalistischen Staat im Zusammenspiel mit der revisionistischen Sozialdemokratie aufgelöst bzw. zerschlagen wurden. Der Einfluß der Kommunisten in den Gewerkschaften und Betriebsräten ging stark zurück, die Organe des proletarischen Selbstschutzes waren durch die Polizei verboten worden. Die Partei stand vor der Schwierigkeit, in den Betrieben den Masseneinfluß zurückzugewinnen, die Arbeiter zu organisieren und proletarische Aktionen vorzubereiten. Der Beginn der Kampagne der Reorganisation der kommunistischen Massenbewegung wurde deshalb auch folgerichtig in der Wahlvorbereitung für die Reichstagswahlen angesetzt. Das Ergebnis dieser Wahlen zeigte, daß die Kommunisten ca. 3 Millionen Sympatisanten im Deutschen Reich hatten. Nun gab sich die Partei nicht mit diesem Ergebnis zufrieden, sondern unternahm den Versuch durch die Gründung kommunistischer Betriebszellen und durch eine konsequente Arbeiterpolitik, in den Betrieben Einfluß auf die Betriebsräte zu nehmen und selbst in den Aktionen neue zu bilden. Die Sympatisanten aus den verschiedenen Klassen und Fraktionen der Klassen sollten organisiert werden durch außerparlamentarische Aktionen, die durch das Parlament eine zentrale Zielrichtung bekamen. Es gelang der KPD in Ansätzen, eine Dialektik von Parlamentarismus und außerparlamentarischen Massenaktionen zu entwerfen, die aber durch die dogmatische Position der Partei selbst wieder blockiert wurde. Die Chance, die Entlarvung der revisionistischen Sozialdemokratie durch eine außerparlamentarische Propagandakampagne bot sich an, als ein umfangreicher Korruptionsskandal, der Barmatskandal, aufgedeckt wurde, in den führende Sozialdemokraten verwickelt waren. Die Verfilzung der sozialdemokratischen Parteibürokratie mit einzelnen Landesregierungen, die diese Partei stellte, vor allem in Preußen, erleichterte die Korruption sozialdemokratischer Politiker. Gelang es auch nicht, im größeren Umfange Mißtrauen gegen die Sozialdemokratie zu säen, so hatte diese Affäre den Kommunisten doch gezeigt, welche Möglichkeiten der außerparlamentarischen Propaganda gegeben waren. Diese wurden in den Volksabstimmungen dann voll ausgenutzt. Die Volksabstimmung gegen die "Fürstenabfindung" wurde von den Kommunisten begonnen, um den Einfluß der monopolkapitalistischen und junkerlichen Interessengruppen auf die Politik des Staates zu dokumentieren und die Arbeiter und Bauern zum Widerstand gegen diese Politik

aufzurufen. Hier zeigen sich aber auch die Grenzen der kommunistischen Politik. Die Partei mobilisierte die Massen auf einen Stichtag hin, um dann die Mobilisation jäh abzubrechen und in der Genugtuung Trost zu finden, einen Aufmarsch der Massen erlebt zu haben. Diese außerparlamentarischen Aktionen zeigten dann aber gerade die Ohnmacht der radikalen Opposition, gegen diesen Staatsapparat anzugehen. Zwar versuchten kommunistische Politiker wie Münzenberg, eine Gegenmacht gegen den monopolkapitalistischen Staatsapparat zu errichten, indem Massenorganisationen gegründet wurden, Rote Hilfe, Internationale Arbeiter–Hilfe, der Rote Frontkämpferbund etc., doch kann man diese Organisationen weniger als Gegenmacht denn als Unruhefaktoren in der Weimarer Republik verstehen. Da die Partei aus ihrem Selbstverständnis heraus sich als die organisierte Hauptmacht des Proletariats verstand und kein Vertrauen in die "Spontaneität" der Arbeiter hatte, wurden diese Massenorganisationen mit bürokratischen "Strukturen" versehen, die den Aktionsradius dieser Organe stark einschränkten. Diese sind auf keinen Fall vergleichbar mit den Räten und Betriebsräten der ersten Phase der Revolution. Die Bolschewisierung der kommunistischen Parteien wurde durch das Exekutivkomitee der Komintern 1926 noch einmal gefordert, denn sie ist die Voraussetzung der Revolutionierung der Arbeiter. Bucharin, Varga und Brandler, inzwischen Führer der Bauerninternationale, übernahmen die These Radeks von der "Offensive des Kapitals" nach 1923 und näherten sich der sozialdemokratischen Theorie des "organisierten Kapitalismus"[26]. Die gleiche politische Konsequenz wird daraus nicht gezogen, sehr wohl aber eine verstärkte Betonung des "legalen" Kampfes mit parlamentarischen und gewerkschaftlichen Mitteln. Die außerparlamentarischen Aktionen sind eine wichtige Ergänzung des parlamentarischen Kampfes.

Eingestanden wird die Stabilität des kapitalistischen Systems in dieser Periode und die organisatorische Integration der Sozialdemokraten und der Gewerkschaften in den Reproduktionszusammenhang des Monopolkapitals.

Stabilisierung heißt: politischer Druck auf die Arbeiterklasse mit Hilfe des gesamten Staatsapparates, Kampf der Bourgeoisie an der Wirtschaftsfront, Verstöße gegen das Lohnniveau, konsequent durchgeführter Kampf für die Verlängerung der Arbeitszeit, Steuern, die die Arbeitermassen belasten, eine Preispolitik, die der Bourgeoisie hilft, den Grad der Ausbeutung der Arbeiterklasse zu erhöhen und eine ganze Reihe anderer Maßnahmen, die den Sammelnamen "Rationalisierung der Industrie erhalten haben – all diese mannigfaltigen Formen der Offensive gegen die werktätigen Massen dienen ein und demselben Hauptzweck. Auch hier gehen Wirtschaft und Politik Hand in Hand und das Problem der Stabilisierung (Stabilisierung der Wirtschaft einerseits und Stabilisierung des Staatsap-

parates andererseits) wird selbst zu einer Frage des Klassenkampfes."[27]

Doch diese Stabilität des Kapitalismus enthält nach dieser Theorie eine permanente Labilität, weist permanente Krisenerscheinungen auf, die von den Kommunisten für die Mobilisierung der Arbeitslosen, der Kleinbürger und der verschiedenen Fraktionen der Arbeiterklasse in den verschiedenen Wirtschaftsbranchen genutzt werden können. Denn die Stabilität der Wirtschaft, hervorgerufen durch die Konzentration des Kapitals und die staatliche Wirtschaftspolitik, ist nach Bucharin gekennzeichnet durch die Disproportionalität zwischen der Produktionskapazität des Produktionsmittelsektors und des Konsummittelsektors, der Produktion und Aufnahmefähigkeit des Marktes, zwischen kapitalistischer "Rationalität" der Produktion und Beschäftigungsquote der Arbeiter. Aus dieser Disproportionalität wurde die Möglichkeit der Entstehung einer radikalen Massenbewegung abgeleitet, deren Führung die KPD durch die Taktik in den Betrieben, im Parlament und in den außerparlamentarischen Aktionen übernehmen konnte. Gerade um diese Taktik in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen durchzuführen und aufrechtzuerhalten, sollte die Partei als geschlossene Avantgarde erscheinen, die nicht durch Fraktionskämpfe innerlich zerrissen war und den Massen keine klare Alternative bieten konnte. Die Politik konzentrierte sich "auf die angespannteste Arbeit in den Gewerkschaften und die energische Fortsetzung der Einheitsfronttaktik auf gewerkschaftlichem Gebiet und gegenüber der sich immer mehr radikalisierenden Massen sozialdemokratischer und parteiloser Arbeiter."[28]

Es ist nicht zu leugnen, daß der KPD Teilerfolge beschieden waren, doch der Hauptnutznießer der sich abzeichnenden Krise wurden die Nationalsozialisten, während den Kommunisten nicht einmal erwähnenswerte Einbrüche in die gewerkschaftlich und sozialdemokratisch organisierten Arbeiter gelangen. Die Ursache ist einmal in der schon beschriebenen Unfähigkeit der Kommunisten zu suchen, Organe der Gegenmacht zu errichten, aber auch darin, daß sie die eingeschlagene Taktik gerade wegen der "Bolschewisierung" der Partei nicht aufrechterhalten konnten. Der Kurswechsel wird schon durch Bucharin angegeben, wenn er an die erste Stelle der Etappenziele der Komintern die Solidarität der Arbeiterklasse mit der Sowjetunion setzt[29], die der imperialistischen Einkreisung durch militärische und diplomatische Verschwörungen des Imperialismus ausgesetzt sei. Der proletarische Internationalismus ist Hauptbestandteil der proletarischen Politik, die abstrakte Postulate verwerfen muß, weil sie sich orientiert an den Aktionen der Arbeiter, die in diesen Aktionen letztlich nur die Widerstandsorgane gegen die Konterrevolution entwikkeln. Solange die internationalen Klassenkämpfe eine einzige Etappe kennzeichnen, entweder die revolutionäre Realpolitik in der "Atempause" oder den Bürgerkrieg in der revolutionären Etappe, sind sie identisch.

Müssen sie sich den nationalen Bedingungen anpassen, können Gegensätze entstehen. Es kann an dieser Stelle nicht auf die Sowjetdiplomatie eingegangen werden, die gerade zum gleichen Zeitpunkt, um die imperialistische Einkreisung zu durchbrechen, mit dem deutschen Monopolkapital Absprachen getroffen hatte, der deutschen Reichswehr Übungsplätze für die Erprobung der Panzer und Flugzeuge, die nach dem Frieden von Versailles in Deutschland nur im geringen Umfang hergestellt werden durften, zur Verfügung gestellt hatte. Da die Rote Armee sich auch umrüstete, um im Landkrieg mit Panzern und Flugzeugen operieren zu können, ist diese Zusammenarbeit mit der deutschen Reichswehr verständlich, konnten die Offiziere der Roten Armee von den deutschen Technikern und Militärspezialisten, die für ihre Armee die modernsten Produktionsanlagen zur Verfügung hatten, viele Lehren für die Armee der Arbeiter und Bauern übernehmen. Der Unterschied von proletarischer Politik und der periodischen Politik der Zugeständnisse eines sozialistischen Staates wird an diesem Beispiel klar. War jedoch die Politik der Kommunisten festgelegt auf die Politik des "Schutzes des Vaterlandes aller Werktätigen", so mußte bei der Vertiefung der Krise der monopolkapitalistischen Wirtschaft, die selbst die Gefahr des imperialistischen Krieges gegen die Sowjetunion als "Regulierungsmaßnahme" potenziert, die KPD leicht der "Politik der Panik" verfallen, war vor allem nicht mehr in der die Möglichkeit der Diskussion über die nächsten Aufgaben gegeben. Der zweite Faktor der "Politik der Panik" ist in der falschen Einschätzung der Sozialdemokratie zu sehen, die zwar objektiv die Rolle des Ordnungsorgans der monopolkapitalistischen Gesellschaft übernommen hatte, als Massenpartei der Arbeiter aber Rücksichten nehmen mußte auf die Stimmungen der Klasse, gerade auch um die Radikalisierung der Arbeiter zu verhindern[30]. Dieser Widerspruch der sozialdemokratischen Politik mußte in der Tolerierungspolitik der Brüningschen Notverordnungspolitik seinen Ausdruck finden. Diese Partei gaukelte sich vor, daß, indem sie die Wirtschaftspolitik der Monopole tolerierte, die Demokratie in Deutschland bewahrt werden könnte. Mit der Rettung der Verfassung hoffte man die Errungenschaften der Revolution von 1918 für die Arbeiter retten zu können. Diese Tolerierungspolitik zeigte deutlich, daß die Sozialdemokratie gegen das Monopolkapital keinen Widerstand organisieren konnte, daß sie unfähig war, selbst in der reformistischen Form eine proletarische Politik des Widerstandes zu entwerfen. Hier lag die Chance einer Kommunistischen Partei in außerparlamentarischen Aktionen den Widerstand der Arbeiterklasse gegen den Faschismus zu organisieren.

Tolerierungspolitik

Die Tolerierungspolitik der Restauration des deutschen Monopolkapitals durch die deutsche Sozialdemokratie fand in der Revolution von

1918 ihren Anfang und sie legte mehrere Etappen zurück, in denen die Partei von den monopolistischen Interessengruppen immer bewußter eingesetzt wurde als Ordnungsorgan, aber auch als Mobilisierungsorgan der Kleinbürger und Arbeiter für die Maßnahmen der Restauration. Der Parteiapparat, der sich auf die reformistische Politik festgelegt hatte, mußte, um die "Errungenschaften" der Revolution zu verteidigen – und handelte es sich nur um Artikel der demokratischen Verfassung –, sich mit allen Konsequenzen dem bürgerlichen Staat verschreiben. Er war unfähig, gesellschaftliche Tendenzen aufzunehmen, und das Festhalten am status quo machte diese Partei zum Handlungsgehilfen des Monopolkapitals. Selbst wenn man Ernst Niekisch nicht zustimmen muß, daß Stresemann 1928 die Regierungsverantwortung den Sozialdemokraten zugeschanzt habe, um dieser Partei die Verantwortung für die Unterzeichnung des Youngplanes zu übertragen, der die deutsche Volkswirtschaft mit starken Reparationsverpflichtungen für die nächsten 58 Jahre bestehe, so kann nicht geleugnet werden, daß mit der sozialdemokratischen Regierung Hermann Müller die letzte Etappe der Restauration der Herrschaft des Monopolkapitals eingeleitet wurde[31].

Die Tolerierungspolitik der Norverordnungen der Regierung Brüning ist der letzte Ausdruck revisionistischer Politik. Sie verteidigte die "Demokratie" und unterstützte dabei den Aufbau des totalitären monopolkapitalistischen Staates[32]. Die Tolerierungspolitik als die letzte Konsequenz des Reformismus mußte die Sozialdemokratie um die Massenbasis bringen, weil das Monopolkapital, um die Profite zu sichern, in erster Linie die Arbeiter ausbeuten würde. Hier lag die Chance der revolutionären Partei durch die proletarische Politik der Verteidigung der Rechte der Arbeiter und durch Aktionen gegen den Staatsapparat, diese Massen zu gewinnen. Diese Rolle konnte die KPD in Deutschland nicht spielen.

Die Politik der Panik (Die "ultralinke Politik" der KPD von 1929 bis 1933)

Die "revolutionäre Realpolitik" der KPD, die seit 1921 (nur die Oktoberereignisse des Jahres 1923 unterbrechen diese Taktik) sich bemühte, in den Gewerkschaften, Betriebsräten und anderen sozialdemokratischen Massenorganisationen den Kampf für soziale Reformen und für die Verteidigung der "sozialen Errungenschaften der Revolution von 1918" mit dem revolutionären Kampf zu vermitteln, wurde bei den ersten Anzeichen der Weltwirtschaftskrise aufgegeben. Gerade die These der Verschärfung der Krise und der Offensive des Monopolkapitals in den kommenden 10 Jahren war die Grundlage der Einschätzung der Situation in Westeuropa, die auf dem 3. Komintern–Kongreß gegeben wurde. Von dieser These wurde überhaupt die Einheitsfronttaktik abgeleitet, um im

Widerstand gegen die monopolkapitalistische "Offensive" die "Tolerierungspolitik des Reformismus" zu entlarven und die Arbeiter in den revolutionären Kampf zu führen:

> "Nachdem sie sich die organisatorische Freiheit der geistigen Einwirkung auf die Arbeitermassen gesichert haben, sind die kommunistischen Parteien aller Länder bestrebt, jetzt in allen Fällen möglichst eine breitere und vollkommenere Einheit der praktischen Aktionen dieser Massen zu erreichen ... Eine der wichtigsten Aufgaben der Kommunistischen Partei ist es jetzt, diese neuen Formen der alten Verräterei (des Reformismus B.R.) in flagranti zu entlarven."[33]

Diese proletarische Politik, die den Einfluß des Reformismus in der deutschen Arbeiterklasse, den "inneren Menschewismus" richtig einschätzte, hatte den Erfolg, daß die Kommunisten nach 1925 die alten Positionen in den Gewerkschaften, die sie vor 1923 innehatten, fast wieder erlangen konnten. Der Ausschluß der "rechten Opposition"[34], der Brandler– und Thalheimergruppe, die den "Gewerkschaftsflügel" in der KPD repräsentierte, leitete die Umorientierung in der Politik ein.

Die Wirtschaftskrise traf die Kommunisten Deutschlands unvorbereitet, obwohl diese Krise die Taktik der "revolutionären Realpolitik" als richtige revolutionäre Taktik in der Phase der "Atempause" bestätigte. Statt jetzt die Führung des Widerstandes gegen die Notverordnungen des monopolkapitalistischen Staates in den Gewerkschaften zu übernehmen, die Konsequenz der reformistischen Politik als Tolerierungspolitik der Maßnahmen des Monopolkapitals zu entlarven, um die Reformisten von der Arbeiterklasse zu isolieren, isolierten sich die Revolutionäre der KPD von den Arbeitern durch eine "ultralinke" Taktik. Die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften wurden als "sozialfaschistische" Organisationen, als Instrumente des faschistischen Staates denunziert. Die Gründung der "Roten Gewerkschaftsopposition" (RGO) und die Praxis dieser Organisation erlaubte es den Gewerkschaften, den Einfluß der revolutionären Kader auf die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter auf ein Minimum zu reduzieren und sie der Spaltertätigkeit und der Abenteuerpolitik zu verdächtigen. Die Streiks, die von der RGO durchgeführt wurden, erreichten – bis auf wenige Ausnahmen – nur eine Minderheit der Belegschaften und ermöglichte es den Unternehmern, diese zu entlassen. Durch die RGO–Politik und durch die Propaganda gegen den "Sozialfaschismus" spaltete die KP die Arbeiterklasse und hintertrieb selbst die alte Einheitsfronttaktik. Die Arbeiter in den Gewerkschaften wurden durch diese Taktik gerade in die Arme des Reformismus getrieben. Diese Politik nahm in dem Augenblick "panische" Formen an, wo sich herausstellte, daß die kommunistische Arbeiterpartei in den Betrie-

ben kaum noch funktionierende "Zellen" besaß und der Klassenkampf auf der Betriebsebene von den Kommunisten nicht mehr geführt werden konnte, d.h. die Taktik auswich in die revolutionäre Phraseologie der "Volksrevolution", sich stützte auf eine primäre Taktik der Gewinnung der nationalistisch gesinnten Kleinbürger, um die faschistischen Organisationen zu schwächen.

Wir müssen noch näher eingehen auf die Ursachen dieser "Politik der Panik". Wie bereits 1923 war die Kommunistische Internationale erschreckt über das Ausmaß der Offensive des Monopolkapitals. Was in erster Linie verhindert werden sollte, das war die vollständige Restauration der monopolkapitalistischen Herrschaftsverhältnisse, die Schaffung der monopolkapitalistischen Diktatur. Die Politik der "Verhinderung" erlaubte durchaus den Kompromiß mit den kleinbürgerlichen Klassen, um wenigstens den status quo zu erhalten, denn eine Konsolidierung der monopolkapitalistischen Herrschaft würde den Invasionskrieg des Imperialismus gegen die Sowjetunion vorbereiten. Die Resolutionen des 12. Parteitages der KPD in Berlin–Wedding enthielten ausschließlich die Polemik gegen den Sozialfaschismus, und die Parolen der Verteidigung der Sowjetunion. In einer Periode der Verschärfung der kapitalistischen Krise, deren politische Auswirkungen unumstritten war, kümmerte sich eine revolutionäre Partei nicht um die nächsten Aufgaben des Klassenkampfes. Das läßt nur den Schluß zu, daß die Kommunisten die sozialdemokratische Müllerregierung bereits als "faschistisches Regime" ansahen, d.h. die politischen Absichten des Monopolkapitals verharmlosten oder die Verteidigung der Sowjetunion als die primäre Aufgabe des Klassenkampfes verstanden. Diese eigenartige Setzung von Prioritäten des Klassenkampfes kann nur so gedeutet werden, daß durch die Existenz eines sozialistischen Staates der Klassenkampf sich entweder konzentrierte auf den technologischen Wettbewerb zwischen Monopolkapitalismus und Sozialismus oder auf den militärischen Kampf beider Systeme. Durch diese Gewichtung wird die revolutionäre Realpolitik in den einzelnen Ländern zur bürgerlichen Realpolitik der maximalen Unterstützung dieses Kampfes; des Kampfes einmal mit der Sozialdemokratie, einmal gegen diese Partei, einmal mit den kleinbürgerlichen Klassen, einmal gegen diese Klassen, einmal Einheitsfront, das andere Mal Volksfront, einmal friedlicher Wettbewerb und Demokratie, das andere Mal Krieg und Revolution. Der Inhalt des Klassenkampfes, die Befreiung der Arbeiterklasse, die Zerschlagung des monopolkapitalistischen Staates, wurde in eine ferne Zukunft projiziert, bis der Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion abgeschlossen sein wird und die Planwirtschaft eine schnellere wirtschaftliche Entwicklung verspricht als die monopolkapitalistische Wirtschaft, so daß das Beispiel des "sozialistischen Aufbaus" das Ziel der Realpolitik angab. Der Klassenkampf wurde mit den Kriterien des Ökonomismus gemessen. Letztlich wird die Radikalität des Kampfes bestimmt durch

das außenpolitische Verhältnis von Sozialismus und Imperialismus. In der Phase einer "friedlichen Entwicklung" mußte diese bürgerliche Realpolitik zur Politik des Reformismus werden. Diese letzten Sätze sind geschrieben, um die historische Verbindung der "Politik der Panik" der KPD nach 1929 mit der Politik der "friedlichen Etappe", der Politik der "demokratischen Erneuerung von Staat und Gesellschaft", wie sie augenblicklich von der DKP vertreten wird, in einen Zusammenhang zu bringen.

Der 1. Mai 1929, an dem im Wedding die preußische Polizei der sozialdemokratischen Regierung kommunistische Arbeiter erschoß, war der äußere Anlaß des "ultralinken" Kurses. Nicht ohne Einfluß waren die Fraktionskämpfe in der Sowjetunion und die "linke" Politik der Kollektivierung der sowjetischen Landwirtschaft. Die rechte Fraktion um Bucharin, Rykow und Tomski, die bisher die Kominternpolitik bestimmt hatten und die Vertreter der "Einheitsfronttaktik" waren, wurden nach dem VI. Kongreß aus der KI ausgeschaltet. Die Kollektivierung und die gleichzeitig einsetzende forcierte Industrialisierung, die Politik des ersten Fünfjahrplanes, erschöpfte die kommunistischen Kräfte der Sowjetunion. Eine Verschärfung der Klassenkämpfe in Westeuropa oder gar ein Bürgerkrieg in europäischem Maßstab, in den nicht nur die imperialistischen Mächte hineingezogen würden, sondern in dem auch die Sowjetunion die revolutionären Klassen unterstützen müßte, wollte sie vermeiden, um die erfolgreiche Durchführung des 1. Fünfjahrplanes zu gewährleisten. Mit der Niederschlagung dieses Bürgerkrieges durch den Imperialismus wären dann auch die Vorbereitungen des Überfalls auf die Sowjetunion abgeschlossen.

Da die Komintern die KPD veranlaßte, den "nationalbolschewistischen" Scheringer–Kurs durchzuführen und die KP drängte, am Volksbegehren der Nationalsozialisten und des Stahlhelm gegen die sozialdemokratische preußische Regierung teilzunehmen (1930), d.h., eine kurzfristige "Einheitsfront" mit dem Faschismus einzugehen, ist es keine böswillige Unterstellung, daß die Politik der Panik die Funktion hatte, die politische Szene der Weimarer Republik zu verunsichern, d.h., ein vorläufiges Gleichgewicht der Machtverhältnisse zu erhalten. Ein weiteres Indiz für den Zusammenhang der Zickzack–Politik der KP und der Politik des Aufbaus des Sozialismus in der Sowjetunion ist die kommunistische Theorie, die ein Gesetz des Zusammenbruchs des Monopolkapitalismus in Verbindung bringt mit dem Aufbau des Sozialismus in einem Land:

> "Mit der allgemeinen Verschärfung des Kampfes um die Absatzmärkte, mit der Dumpingpolitik der imperialistischen Staaten, mit dem Zwang, trotz der Aufteilung der Welt neue Absatzmärkte für die Produkte und neue Anlagemöglichkeiten für das überschüssige

> Kapital zu suchen, verschärft sich ungeheuer die Kriegsgefahr. Dabei schlagen die imperialistischen Konflikte untereinander besonders auch in eine Steigerung des Hauptgegensatzes zwischen den imperialistischen Mächten und der Sowjetunion um...."[35]

Die völlig neue Tatsache der Krise von 1930 wird darin gesehen, daß sie einen allgemeinen weltumfassenden Charakter hat und daß sie geprägt ist durch "den Bestand der Sowjetunion und ihren sozialistischen Vormarsch. Die Tatsache, daß die proletarische Diktatur auf Grund der Beherrschung der Kommandohöhen den planmäßigen Aufbau der sozialistischen Wirtschaft, unabhängig von der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise, durchzuführen vermag."[36]
Neben der Proklamation der "Volksrevolution" wird vor allem die Kampagne geführt, "den drohenden Krieg gegen die Sowjetunion" zu verhindern[37].
Die "dritte Periode", die Periode "der nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes" war dadurch gekennzeichnet, daß die Brüningregierung "in ihrer jetzigen Entwicklungsphase die Regierung der faschistischen Diktatur" (Thälmann) war. Gleichzeitig wurde behauptet, daß die Sozialdemokratie neben dem Nationalsozialismus die Ideologie und die Massenbasis des Faschismus darstelle.

> "Andererseits müssen wir sehen, daß es den Sozialdemokraten auch in Deutschland gelingen wird und auch schon gelungen ist, aus ihren Anhängermassen bestimmte Terrorformationen für den Bürgerkrieg zu schaffen, die sicherlich Seite an Seite mit den Nationalsozialisten einmal auf der anderen Seite der Barrikaden gegen uns kämpfen werden."[38]

Die richtige Einschätzung des monopolkapitalistischen Staates wurde überdeckt durch eine falsche Beurteilung des Reformismus, so daß falsche Schlüsse für die "revolutionäre Politik" gezogen wurden.
Die politischen Massenstreiks und die außerparlamentarischen Aktionen, die die KP ausrief, richteten sich vor allem auch gegen die sozialdemokratischen Arbeiter, während zur gleichen Zeit durch die nationalistischen Parolen die Kleinbürger dem faschistischen Einfluß entzogen werden sollten.

Das Programm der "nationalen und sozialen Befreiung" versprach ein "Sowjetdeutschland", das von 9/10 des deutschen Volkes unterstützt werden würde. Das Programm verkündete soziale Maßnahmen, die das Kleinbürgertum von der Monopolwirtschaft befreien und der Arbeiterklasse die soziale Revolution brüngen würde. Die 10 Punkte dieses Programms umfaßten die Nationalisierung der Banken, die Annullierung der in– und ausländischen Verschuldung, die Verhinderung jeder Handels-

spekulation, die Enteignung des großen Hausbesitzes, der Industrie und des Großhandels, den Verzicht auf alle unproduktiven Ausgaben wie Polizei, Kirche, Fürstenabfindung, Pensionen und Luxuseinfuhren, die entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes, die Zerschlagung des bürgerlichen Machtapparates, die Erhöhung der Löhne, die Einführung des Siebenstundentages und der Viertagewoche. "Nur die soziale Revolution kann die nationale Frage Deutschlands lösen."[39]

> "Die Volksrevolution als strategische Hauptlosung bedeutet also nicht nur eine populäre Formulierung für den Begriff der sozialistischen proletarischen Revolution, sondern zugleich auch eine stärkere Einbeziehung der breiten Mittelschichten in der gegenwärtigen Situation in die Kampffront. Die Verpflichtung erwächst für uns, diese Einbeziehung der Werktätigen mit entschlossener Initiative in Angriff zu nehmen. Das gilt für die Klein– und Mittelbauern, für den städtischen Mittelstand und nicht zuletzt auch für die Arbeit unter den Beamten und Angestellten."[40]

Da in der gleichen Zeit die Kommunistische Partei ihren Einfluß auf die Arbeiterklasse verlor, die RGO maximal 5% der Arbeiterklasse organisierte und die Mobilisierung der Arbeitslosen nur ganz beschränkt gelang, stützte sich diese These der Volksrevolution nur auf die Quantität der 4 Millionen KP–Wähler. Der "Kampfbund gegen den Faschismus", der 1930 nach dem Verbot des Rotfrontkämpferbundes gegründet wurde und der die Kämpfe gegen den Faschismus "zentral zusammenfassen" sollte, umfaßte knapp 100 000 Mitglieder. Die Volksaktion aller sozial Deklassierten ersetzte den Klassenkampf. Die Agitation gegen den "Sozialfaschismus" und die nationalistischen Parolen vertieften die Kluft zwischen dieser Partei und der Arbeiterklasse. Diese blieb ohne Führung. Sie paßte sich entweder der Tolerierungspolitik des Reformismus an, um die Arbeitsstellen zu sichern oder sie schloß sich, vollkommen demoralisiert durch die lange Arbeitslosigkeit, den faschistischen Losungen an, die allen Arbeitern Arbeit versprachen. Gerade weil die Kommunisten frontal, in polarer Gegenüberstellung die reformistischen Organisationen bekämpften, verhinderten sie die Radikalisierung der Arbeiter, die den linken Parolen der Kommunisten kein Vertrauen schenkten. Die Mittelschichten erkannten dagegen die Schwäche der KP. Gerade Marx und Lenin schreiben, daß die proletarische Revolution zur Volksrevolution nur dann sich entfaltet, wenn die Arbeiterklasse im Klassenkampf sich in der Offensive befindet und die nächsten Aufgaben der Transformation der Gesellschaft in den Sozialismus einleitet und daß nur in dieser sozialen Revolution die Klassenprobleme der Kleinbürger gelöst werden können. Eine Analogie zur russischen Situation von 1917/18 bestand in Deutschland 1930 nicht. Die deutschen Kleinbürger, expropriiert durch den imperialistischen Staat, waren noch in ihrer Ideologie befangen, ga-

ben die Schuld für diese Entwicklung den "Novemberverbrechern", den unfähigen Sozialdemokraten, die Deutschland in Abhängigkeit vom Youngplan gebracht hätten und dem "jüdischen" Wucherkapital und erhofften sich in der nationalen Erhebung die Rückkehr zur alten "harmonischen" Gesellschaft, die ihre Privilegien bewahrte. Die Illusion von "Deutschlands Erwachen" entfremdete sie nicht nur dem "demokratischen Staat", sondern erst recht den Kommunisten, mochten die sich noch so national geben. Die faschistische Propaganda vermochte gerade diese Klassen zu erfassen und zu organisieren.

Es kann behauptet werden, daß ab 1930 von der KPD die Klassenkampfstrategie ausgetauscht wurde durch eine Strategie des Volkskampfes. Die revolutionäre Strategie der Etappen des Klassenkampfes wurde ersetzt durch Mutmaßungen über die Volksstimmung. Dieser Tradition ist die DKP auch heute noch treu geblieben. Nicht die Kämpfe der Fraktionen der Klassen bestimmen die revolutionäre Entwicklung, sondern ein ökonomischer Prozeß, der das Volk für die soziale Zukunft mobilisiert, gibt die historische Dimension. Die Jahre von 1930 bis 1933 haben bewiesen, daß das Monopolkapital in der Lage ist, durch seine faschistischen Massenorganisationen und kleinbürgerlichen Ideologien gerade die expropriierten Kleinbürger gegen die Demokratie und den Sozialismus zu mobilisieren. Diese Klasse bildet dann die "Massenbasis" für die faschistische Diktatur. Umgekehrt zeigt diese Periode, daß eine Arbeiterpartei, die keine klare Klassenkampfpolitik verfolgte, in eine "Politik der Panik" und in die gesellschaftliche Isolierung getrieben wird und dabei die Arbeiterklasse demobilisiert und demoralisiert, den Kampfwillen bricht. Die Arbeiterpartei hatte nach der Auskunft der "Roten Fahne" am 1. Januar 1932 weniger Betriebszellen und Vertrauensleute in den Betrieben als die bürgerliche "Zentrumspartei", denn den 5000 RGO–Betriebsräten im Reich standen 10 000 christliche und 125 000 freigewerkschaftliche gegenüber. In demselben Jahr bestand die KPD zu 80% aus Erwerbslosen, d.h., ein Minimum der Mitglieder war noch in der Produktion aktiv, während die Arbeitslosen nur im geringen Umfang von der KPD organisatorisch erfaßt wurden. Die Faschisten hatten mit ihrer SA hier größere Erfolge. Die "Politik der Panik" bewirkte außerdem, daß die KP zur Durchgangspartei wurde:

> "Zehntausende, ja Hunderttausende revolutionärer Arbeiter treten immer wieder in die kommunistische Partei ein, und verlassen sie wieder nach verhältnismäßig kurzer Zeit.... In Berlin beispielsweise soll die Fluktuation 46% betragen. Nur ein Fünftel der Organisation sind Mitglieder längeren Parteialters als 1–5 Jahre. Nur 2% Parteimitglieder, die länger als 10 Jahre in der Partei sind. ... Nach einer Statistik des Berliner Bezirks Mitte der KPD waren bei einer Bestandsaufnahme die Funktionäre des Bezirks zu mehr als

zwei Drittel Mitglieder des kurzen Parteialters, und in den Funktionen tätig waren nach dem gleichen Bericht 80% der Funktionäre erst 4 Monate."[41]

Der Klassenkampf beschränkte sich also auf die demokratische Abstimmung bei den Reichstagswahlen, auf Wahlagitation und auf Veranstaltungen. Die vier Millionen Wählerstimmen für die KP verdeutlichen plastisch den Unterschied zwischen der Mobilisierung der Arbeiter in Klassenkämpfen und der bloßen Motivierung, diese Partei zu wählen. Die KPD war 1932 nicht in allen Schichten der Arbeiterklasse verankert, sie konnte ihre Aktionsfähigkeit nicht im revolutionären Sinn steigern, sondern sie wurde getrieben durch die Realpolitik des monopolkapitalistischen Staates und seinen faschistischen Hilfsorganisationen. Da sie nicht die nächsten Aufgaben des Klassenkampfes angeben konnte, berief sie sich auf die Autorität, Vertreterin der Revolution zu sein, die durch den Aufbau des Sozialismus in der UdSSR sich bewies. In dem Maß, wie die Theorie dogmatisiert wurde, wurde in der Partei die Diskussion unterbunden. Die KPD wurde unfähig, den Klassenkampf gegen den Faschismus zu organisieren. Das äußerte sich im Defätismus der KP, die sich an das abstrakte Zusammenbruchsgesetz klammerte, an einen kruden Ökonomismus glaubte und in der Machtergreifung des Faschismus einen revolutionären Aufschwung in Deutschland ablesen wollte, weil der Faschismus nicht die ökonomischen Probleme lösen konnte[42]. Horkheimer beschrieb die "Ohnmacht" der deutschen Arbeiter:

> "Die politische Praxis entbehrte daher auch der Ausnutzung aller gegebenen Möglichkeiten zur Verstärkung der politischen Positionen und erschöpft sich vielfach in erfolglosen Befehlen und moralischer Zurechtweisung der Ungehorsamen und Treulosen. Weil nahezu jeder, der noch Arbeit hat, angesichts der Gewißheit, ins Elend der Arbeitslosigkeit herabzusinken, der kommunistischen Streikparole nicht Folge leistet, weil sogar die Arbeitslosen vor dem fruchtbaren Machtapparat ... hoffnungslos und phlegmatisch werden, sinken die besonderen Anweisungen der Partei vorerst oft zur Bedeutungslosigkeit herab, was notwendig auf die Zusammensetzung und Verfassung ihrer Führung den ungünstigen Einfluß ausüben muß."[43]

Die Gegenüberstellung von Reformismus und revolutionärem Opportunismus zeigt für das "Ende der Weimarer Republik, daß sich beide Gruppierungen gegenseitig ergänzen. Die Machtergreifung des Faschismus dokumentiert den Bankrott der beiden Taktiken. Der Reformismus, der sich bereits 1914 als kleinbürgerliche Politik entlarvt hatte, bekam durch die Konjunktur zwischen 1924–1928 noch einmal die Chance, viele Fraktionen der deutschen Arbeiterklasse zu repräsentieren. Da er den mono-

polkapitalistischen Staat als die Garantie der Einführung des Sozialismus in die Gesellschaft verstand, fixierte er die Arbeiter an die demokratische Verfassung, d.h., er erzog sie in der Phase der Krise zur Passivität und zur Tolerierung der Notverordnungspolitik. Die Notverordnungen wurden als eine vorübergehende Notwendigkeit betrachtet, die Demokratie zu erhalten, sie vor der Katastrophe zu bewahren. Die Verletzung der demokratischen Form wurde geduldet, um den demokratischen Inhalt der Verfassung zu retten[44)]. Objektiv stützt der Reformismus den Abbau der Demokratie durch den monopolkapitalistischen Staat. Da die KP den Reformismus in der Arbeiterklasse weitgehend unterschätzte, trieb sie die Arbeiter durch ihre ultralinke Taktik gerade erneut in die Arme des Reformismus und später sogar in die Arme des Faschismus, denn wenn sie die reformistischen Organisationen zu Streikbrecherorganisationen, zu faschistischen Verbänden erklärte, verhinderte sie gerade die schrittweise Lösung der Arbeiter von diesen Organisationen, weil die geforderte radikale Loslösung ein revolutionäres Bewußtsein verlangte, was der sozialdemokratische Arbeiter nicht haben konnte. Während die Reformisten sich hilfslos an die demokratische Verfassung klammerten, isolierten sich die Kommunisten von den Arbeitern, so daß schließlich der Machtergreifung des Faschismus nichts mehr im Wege stand.

Die Kommunisten lernten insoweit von ihren Fehlern, als sie den linken Opportunismus, die phrasenhafte Anpassung an die historische Situation, durch den rechten Opportunismus ersetzten, die Volksfronttaktik, das Zusammengehen mit allen bürgerlichen Kräften. Wenn die DKP heute den monopolkapitalistischen Staat durch den demokratischen Kampf des Volkes in seiner totalitären Entwicklung zurückdrängen will, sich dabei auf die demokratische Entschlossenheit des Volkes und den Wettbewerb zwischen Ost und West beruft, dann sind in ihrer Politik immer noch die Elemente jener Panik enthalten. Denn da diese Partei keine Klassenkampfstrategie besitzt, sich stattdessen an die Gewerkschaftspolitik festmacht, ohne sich vorzubereiten auf die "Tolerierungspolitik" der Gewerkschaften, um die Arbeiter in den Gewerkschaften zum revolutionären Kampf zu mobilisieren, wird sie bei einer "Offensive" des Monopolkapitals oder bei einer bloßen Änderung der außenpolitischen Situation erneut in die "Politik der Panik" verfallen. Es ist die Aufgabe der radikalen Sozialisten, die revolutionäre Realpolitik der Klassenkämpfe in der Bundesrepublik aufzuzeigen. In der gegenwärtigen Phase ist sowohl der Reformismus der Gewerkschaften als auch der Reformismus der deutschen Kommunisten zu entlarven.

IV. Der Internationalismus der Konterrevolution und der Internationalismus der Revolution

1. Die kapitalistische Produktionsweise revolutionierte andauernd Produktionsverhältnisse und Produktionsinstrumente und damit die gesellschaftlichen Verhältnisse. Sie schuf den Weltmarkt und erhob ihre Produktionsordnung zur Weltordnung, und doch stellte diese Produktionsweise in den Krisen ihre Errungenschaften in Frage, vernichtete die Produktivkräfte und versetzte die "Gesellschaft in einen momentanen Zustand der Barbarei". Dieser Zyklus, den die kapitalistische Produktion durchmachte, bestimmte nach Marx die revolutionären Perioden, mobilisierte die Arbeiter zum Widerstand und zum Klassenkampf gegen das kapitalistische "Naturgesetz": "Der Fortschritt der Industrie, dessen willenloser und widerstandsloser Träger die Bourgeoisie ist, setzt an die Stelle der Isolierung der Arbeiter durch die Konkurrenz ihre revolutionäre Vereinigung durch die Assoziation. Mit der Entwicklung der großen Industrie wird also unter den Füßen der Bourgeoisie die Grundlage selbst hinweggezogen, worauf sie produziert und die Produkte sich aneignet. Sie produziert vor allem ihren eigenen Totengräber. Ihr Untergang und der Sieg des Proletariats sind gleich unvermeidlich." (Marx)

Wenn Marx auch die Bedeutung der Organisierung der Arbeiterklasse betont, so sind Aktion wie auch Organisation bestimmt durch den objektiven Prozeß der kapitalistischen Produktion. So wie die Revolution von 1848 als die Folge der Handelskrise von 1846/47 sich entwickelte, so werden nach Marx den kapitalistischen Krisen weitere Revolutionen folgen. Obwohl der Prozeß der Herausbildung des Proletariats 1848 noch nicht abgeschlossen war, so daß der Übergang der bürgerlichen Revolution in die proletarische Revolution - nach dem Verrat der bürgerlichen Prinzipien der Freiheit und der Demokratie durch die Bourgeoisie und der Versöhnung mit dem absolutistischen Staat - o b j e k t i v nicht möglich war, so gab die Niederlage der französischen Arbeiter im Juni 1848 wichtige Lehren für die proletarische Revolution. Der Klassenkampf gegen die "Bourgeoisiediktatur" kann die verschiedenen Schichten und Klassen des Volkes gegen diese Diktatur mobilisieren, weil allein die proletarischen Kämpfe historische Ziele und Perspektiven geben können. Die Koalition der Kapitalistenklasse mit den feudalen Klassen zur Niederhaltung der sozialen Bewegungen unterdrückt auch die Nationen und Völker, die von den absolutistischen Staaten ausgebeutet und beherrscht werden. Das Schicksal dieser nationalen Revolutionen hängt ab von der Entwicklung der proletarischen Revolution, die nationalen Volkskriege werden Bestandteil der sozialen Umwälzungen der kapitalistischen

Gesellschaft. Proletarische Revolutionen, weil sie der Übermacht der internationalen Konterrevolution gegenüberstehen, müssen den nationalen Raum verlassen, um das "europäische Terrain" zu erobern.

Die 48er Revolution als erstes Anzeichen der internationalen Revolution lehrt, daß nicht allein die objektive Entwicklung der kapitalistischen Produktion, die Entfaltung der Produktivkräfte, den Gang der revolutionären Ereignisse bestimmen, obwohl der Widerspruch zwischen diesen entfalteten Produktivkräften und den erstarrten Produktionsverhältnissen die revolutionäre Situation einer Periode charakterisiert, sondern in erster Linie die Aktionen der Klasse: die revolutionäre Realpolitik der proletarischen Organisation, die alle Gegensätze und Konflikte dieser Gesellschaftsordnung ausnutzt, um die revolutionäre Entwicklung voranzutreiben, um das revolutionäre Aktionsbewußtsein der Arbeiterklasse durch die Ereignisse prägen zu lassen. Marx gibt diese Definition der proletarischen Revolution in den Analysen der Klassenkämpfe in Frankreich und untersucht das Verhältnis von nationaler und internationaler Revolution, von Volkskampf und Klassenkampf, von objektiver Entwicklung der kapitalistischen Produktion und der Bestimmung der Arbeiterklasse nach den Kriterien des Kampfes und der Aktion und kehrt nach dem Niedergang der europäischen Revolution nach 1851 doch zu der Aussage zurück, die wie ein roter Faden sich durch die Proklamation des Kommunistischen Manifestes zieht: "Eine neue Revolution ist nur möglich im Gefolge einer neuen Krisis. Sie ist aber ebenso sicher wie diese." Die Auflösung der ersten internationalen Organisation des Proletariats, des Bundes der Kommunisten, trägt dieser These Rechnung. Die erweiterte Akkumulation des Kapitals im Weltmaßstab, die Auswanderung der unzufriedenen Elemente der europäischen Arbeiterschaft nach Amerika beseitigte vorerst die unmittelbaren Anlässe der sozialen Rebellion und damit den Beginn von Klassenkämpfen.

Die Gründung der I. Internationale erfolgt zu dem Zeitpunkt, in dem sich der Niedergang der kapitalistischen Weltwirtschaft andeutet, Krisenansätze sowohl in der deutschen, als auch in der französischen Industrie sich zeigen und die Arbeiterklasse beginnt sich zu organisieren. Marx unterstützt nicht zuletzt deswegen die Gründung der I. Internationale, weil das mangelnde Klassenbewußtsein, das Festhalten an kleinbürgerlichen Illusionen offensichtlich ist und er nicht den Sozialutopisten wie Proudhon oder den bürgerlichen Realpolitikern wie Lasalle das Feld der Agitation überlassen will. Diese Entscheidung beweist, daß Marx keineswegs einer deterministischen Geschichtsbetrachtung huldigt und die ökonomische Entwicklung zum Agens der Geschichte macht, sondern ihm ist klar, daß in der "Vorbereitungsphase der Klassenkämpfe" die Richtung und die politische Radikalität

der sozialen Umwälzung festgelegt werden kann. Deshalb bringt er der Arbeiterklasse in der Inauguraladresse die Notwendigkeit der Eroberung der "politischen Macht" in Erinnerung und zeigt auf, daß die Emanzipation der Arbeiter nur über den internationalen Klassenkampf mit den reaktionären Klassen und deren Staatsapparat geschehen kann und die Vorstellung der friedlichen Umwandlung der Gesellschaft eine kleinbürgerliche Ideologie ist. Die Pariser Kommune zeigt ihm, wie der Lernprozeß der Arbeiterklasse in der sozialen Revolution verläuft und wie in der Aktion die Arbeiterklasse als revolutionäre Klasse das Selbstbewußtsein gewinnt, die Transformation der Gesellschaft aus den objektiven Widerständen und Notwendigkeiten einzuleiten. Die nach 1871 einsetzende Konterrevolution, die Entstehung des deutschen Reiches und die dadurch eintretende forcierte Industrialisierung und die Streitigkeiten in der I. Internationale, die eine einheitliche Organisierung der Arbeiterklasse gerade verhindern, sind die Gründe dafür, warum Marx und Engels für die Auflösung der I. Internationale eintreten. Der Entschluß fällt umso leichter, da die entstehende Arbeiterbewegung in Deutschland marxistischen Einflüssen ausgesetzt ist und die neue Stufe der kapitalistischen Akkumulation revolutionäre Kämpfe und Aktionen nicht erwarten läßt.

Die Interpretation des Bürgerkrieges in Frankreich durch Marx klärt das Verhältnis von ökonomischem Determinismus und Voluntarismus in der Marxschen Theorie. Die Herstellung der kapitalistischen Produktionsweise, die Konzentration des Kapitals, sind die Voraussetzungen für die Entstehung der Arbeiterklasse und die Grundlage der sozialistischen Gesellschaft. Solange die kapitalistische Industrialisierung nicht alle gesellschaftlichen Bereiche der Welt erfaßt hat, solange das Proletariat nur auf wenige Industriezentren konzentriert ist, muß die Chance und die Möglichkeit der proletarischen Revolution gemessen werden am internationalen Stand der Entwicklung der Produktivkräfte. Ist ein Stand erreicht, der die objektive Möglichkeit der Transformation der kapitalistischen Gesellschaft in die sozialistische angibt, dann kann die materialistische Theorie sich strategischen Überlegungen der Ausnutzung der internationalen Gegensätze und Widersprüche im Kapitalismus widmen, sie wird zu einer Gesellschaftswissenschaft, die sich nur auf die Aktionen der internationalen Arbeiterklasse bezieht. Denn allein die ununterbrochenen Klassenkämpfe und Aktionen bereiten im spätkapitalistischen System die revolutionäre Situation vor und verhindern die Integration der Arbeiterbewegung in die bürgerliche Ideologie, die gerade dann sich verhängnisvoll für die Arbeiterbewegung auswirkt, wenn nur die internationale Solidarität konterrevolutionäre Anschläge abwenden kann.

2. Die Gründung der zweiten Internationale erfolgt aus zwei Motiven.
Das Anwachsen der Arbeiterbewegung in Deutschland, Frankreich und Italien und die gleichzeitige Verfolgung der Sozialisten werden als Anzeichen einer neuen revolutionären Periode gewertet, die nur siegreich vom Proletariat bestanden werden kann, wenn der staatlichen Macht der Konterrevolution die Einheitsfront des europäischen Proletariats gegenübergestellt wird. Die staatliche Verfolgung der Sozialisten und Ignorierung als politische Kraft überzeugt auch die reformistischen "Realpolitiker", die Gründung dieser Internationale zu befürworten, weil der Druck auf die bürgerlichen Regierungen, die Sozialdemokratie als demokratische Partei anzuerkennen, potenziert wurde. Im Verlauf der Integration der Sozialdemokratie in die kapitalistische Gesellschaft, mit der Umdeutung der proletarischen Aktion zur reformistischen Integrationstaktik, wurde die Internationale eine Instanz, die sich zur Aufgabe gemacht hatte, irrationale Fehlschlüsse der kapitalistischen Staaten durch eine konsequente Friedenspolitik zu vereiteln. Die Internationale war somit eine Vorwegnahme des Völkerbundes. Sie opferte der abstrakten Friedenssehnsucht und dem Glauben an das friedliche Hineinwachsen in den Sozialismus die internationale Verbindlichkeit der Arbeiterklasse, mit allen Mitteln die imperialistischen Kriege zu verhindern und den imperialistischen Krieg in einen Bürgerkrieg umzuwandeln. Der abstrakte Internationalismus, dem hier gefrönt wurde, war der ideologische Ausdruck der nationalistischen und chauvinistischen Taktik der sozialdemokratischen Parteien. So wie der Marxismus als Ideologie verstanden wurde, die die Industrialisierung erklärt und somit die sozialdemokratische Mission angibt, auf demokratischem Wege die Produktivkräfte für die "gesamte Menschheit" nutzbar zu machen, so war der Internationalismus Ausdruck dessen, daß die sozialdemokratischen Parteien auf friedlichem Weg diese "Macht" erringen wollten. Nach der Revolution von 1905 hatte diese "proletarische" Phraseologie die Funktion, die Loslösung der radikalen Fraktion der Arbeiterbewegung von der Partei zu verhindern. In dieser Periode, in der die polnische und russische Sozialdemokratie die Diskussion über die proletarische Revolution und über Massenstreiks und Aktionen in die II. Internationale trägt, wird der konservative Inhalt dieses Organs sichtbar. Allerdings gewinnt für eine kurze Zeit die revolutionäre Sozialdemokratie ein Forum, auf dem sie ab 1907 die Dritte Internationale vorbereiten kann. Am 4. August 1914 mußte die II. Internationale sich selbst entlarven, sie war Alibi einer imperialistischen Ordnungspartei.

3. Nachträglich stellte sich heraus, daß die Periode von 1880 bis 1917
als eine "konterrevolutionäre Epoche" bezeichnet werden muß, trotz des quantitativen Anwachsens der Arbeiterklasse. Die Konzentra-

tion des Kapitals, die Monopolbildung hatte nicht nur die imperialistische Politik der Staaten verursacht, sondern die Monopole hatten durch ihre sozialen Zugeständnisse die Gewerkschaften auf eine reformistische und nationalistische Politik festgelegt. Das proletarische Bewußtsein, das nur in den Aktionen und Streiks gewonnen werden konnte, wich dem kleinbürgerlichen Denken von Unterprivilegierten, die den Eindruck gewonnen hatten, daß die bestehende Gesellschaft "vernünftig" sei und sie langsam anerkennen werde. Da in der gleichen Zeit nur in Spanien, Polen und Rußland ein revolutionäres Proletariat entsteht, wird die Marxsche These bestätigt, daß allein in Aktionen die Klasse als revolutionäre Klasse sich bildet. Die revolutionären Fraktionen dieser Klasse, die in Deutschland, Frankreich und Italien ab 1910 direkt gegen das Monopolkapital und gegen den Opportunismus ankämpften, bestätigen diese These. Nun wird der dogmatische Determinismus behaupten, daß die Konjunkturperiode bis 1903 Klassenkämpfe vereitelte. Allein die Diskussion über das Erfurter Programm in der deutschen Sozialdemokratie gibt einen Hinweis über die Ausarbeitung einer revolutionären Strategie, die sowohl die objektiven Bewegungsgesetze der kapitalistischen Produktion verfolgt, also materialistische Theorie der Entwicklung der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse ist, als auch die Aktionen und die Organisierung der Arbeiterklasse anhand der nationalen und internationalen Widersprüche aufnimmt und festlegt. Das Verhältnis von Maximalprogramm, der materiellen Gewißheit der Verschärfung der Widersprüche in der monopolkapitalistischen Gesellschaft als Folge der Krisenzyklen oder der antizyklischen Politik des Staates, und Minimalprogramm der konkreten Aktionen zur Verschärfung dieses Widerspruchs, um das Ziel der revolutionären Umwälzung der Gesellschaft als Impuls in die Auseinandersetzungen hineinzutragen, zeigt die Etappen der Klassenkämpfe an. Wenn dieser richtige Ansatz durch die deutsche Sozialdemokratie verfälscht wurde in eine marxistische "Rechtfertigung" (Maximalprogramm) der reformistischen Realpolitik (Minimalprogramm), so ist damit die theoretische Disposition der Klassenkämpfe in den hochindustrialisierten Ländern nicht widerlegt. Eine Klassenkampfstrategie der Aktionen, die sowohl latente Gegensätze der monopolkapitalistischen Gesellschaft durch provokative Aktionen zum Ausbruch kommen läßt, als auch alle vorhandenen Gegensätze zur Mobilisierung der Fraktionen der Arbeiterklasse und ihrer Sympathisanten ausnutzt, enthält beide Elemente der Revolutionstheorie von Marx.

Die Revolution von 1917 und der Bürgerkrieg bis 1920 in Rußland waren Ausdruck der Klassenpolitik des Weltproletariats. Die proletarische Revolution hatte sowohl ihre materielle und politische Grundlage gefunden, sich gegen die internationale Konterrevolution durchzusetzen. Die Gründung der Dritten Internationale war Ergebnis der revolutionä-

ren Kämpfe und Ausdruck der kommunistischen Strategie, alle Klassenkämpfe in revolutionäre Kämpfe zu überführen. Selbst als der Niedergang der westeuropäischen Revolution sich andeutet, entsteht nicht zwangsläufig ein Gegensatz zwischen dem russischen und dem westeuropäischen Proletariat. Der Aufbau des Sozialismus wird verknüpft mit der Theorie der "Atempause", die davon ausgeht, daß die vorläufige Konsolidierung der kapitalistischen Ordnung nach der monopolkapitalistischen Restauration und der "großen Koalition" der Sozialdemokratie mit der Kapitalistenklasse abgelöst wird durch eine neue Epoche der Klassenkämpfe. Der dritte Kongreß der kommunistischen Internationale erstellt eine proletarische Strategie, die sich herleitet aus einer maximalen Einschätzung der kapitalistischen Konjunktur und den Zielen der proletarischen Revolution und aus der minimalen Taktik der Entlarvung der opportunistischen Organisationen, des konkreten Widerstandes gegen den Druck des Monopolkapitals. Solange der Aufbau der Sowjetwirtschaft nicht die internationale kommunistische Politik beeinflußte, lag nur eine objektive Trennung der nationalen Klassenkämpfe vor, die sofort aufgehoben werden konnte bei der Verschärfung der Klassenkämpfe, entweder durch einen imperialistischen Überfall auf die Sowjetunion oder durch einen Angriff auf den monopolkapitalistischen Staatsapparat durch die revolutionären Klassen. Die internationale Solidarität und die internationale kommunistische Politik wird erst dann gesprengt, wenn die Taktik einer Teilorganisation den Anspruch erhebt, die Gesamtinternationale zu repräsentieren. Das ist der Fall, wenn diese Taktik die Tendenz hat, Kompromisse einzugehen mit den imperialistischen Mächten. Die Beurteilung des Zerfallprozesses der Dritten Internationale muß sehr wohl unterscheiden zwischen der revolutionären Phraseologie und der objektiven Entwicklung eines Teils der kommunistischen Bewegung, die durch Kompromisse und Zugeständnisse an das imperialistische System eine ähnliche Integrationstaktik wiederholt, ganz egal welche Form sie annimmt, wie sie die Sozialdemokratie bereits vollzogen hatte. Wenn die Kommunistische Partei der Sowjetunion sich selbst zur "Achse des Weltkommunismus" erklärt, obwohl die Bedingungen des Aufbaus des Sozialismus das Zugeständnis der Errichtung des kapitalistischen Warenmarktes, internationale Handelsverträge und Konzessionen verlangt und selbst aus Gründen der "Rekonstruktion" der Sowjetwirtschaft die sozialistische Demokratie in den Betrieben abgebaut werden muß, so daß die kommunistische Partei zwar objektiv im Interesse der Arbeiterklasse handelt, selbst aber nicht mehr die Arbeiterklasse vertritt, dann entstehen Gegensätze in der internationalen Politik des Kommunismus, die sich herleiten aus der Taktik der verschiedenen Teilorganisationen der Weltbewegung, aus der Taktik eines Sowjetstaates dem kapitalistischen Weltsystem gegenüber und der Taktik der kommunistischen Parteien der herrschenden Klasse gegenüber. In dem Augenblick, wo die Theorie der

proletarischen Revolution zur Rechtfertigung der Integrationstaktik und des Kompromisses des Sowjetstaates mit den imperialistischen Mächten herangezogen wird, klafft ein Widerspruch zwischen dem Führungsanspruch dieser Teilorganisation und der objektiven Entfaltung der Klassenkämpfe. Je mehr die Sowjetwirtschaft abhängig wurde vom Weltmarkt, der vorerst durch die hochindustrialisierten monopolkapitalistischen Gesellschaften bestimmt wurde, von kapitalistischen Krediten, von Handelsverträgen, der Lieferung von Produktionsmitteln für die Sowjetindustrie, vom Export landwirtschaftlicher Produkte in den Westen, von politischen und militärischen Abkommen und Verträgen, je mehr also die Schwierigkeiten beim Aufbau des Sozialismus wuchsen, desto weniger konnte die Sowjetunion den Klassenkämpfen und Volkskriegen Rückhalt und Unterstützung geben. Im Gegenteil war sie bemüht, um den status quo des Kräfteverhältnisses aufrechtzuerhalten, die Klassenkämpfe nicht zur sozialen Revolution werden zu lassen, die einen internationalen Bürgerkrieg zur Folge haben mußten, der den eigenen Aufbau und die Existenz des Sowjetstaates gefährdete. Die Machtergreifung des Faschismus in Italien, das Terrorregime in Polen, der Abbruch der diplomatischen Beziehung der konservativen Regierung Englands mit der Sowjetunion, der Übertritt Tschiang kai tscheks in das Lager der Konterrevolution signalisierten dem Sowjetstaat eine konterrevolutionäre Verschwörung des Imperialismus gegen die Sowjetunion, so daß ab dem 6. Weltkongreß die Hauptaufgabe der kommunistischen Parteien der Schutz des "Vaterlandes aller Werktätigen", der Sowjetunion, war. Bemühte sich auf der anderen Seite der Sowjetstaat, ein friedliches Abkommen mit den imperialistischen Staaten zu treffen und wurde diese augenblickliche Taktik zur Strategie der friedlichen Koexistenz und des friedlichen Wettbewerbs zwischen Kapitalismus und Sozialismus erhoben, dann wurde das wichtigste Element der revolutionären Theorie, die Strategie der Aktionen und Klassenkämpfe, entfernt, wodurch die Theorie zur Ideologie der Industrialisierung und der Erhaltung des Sowjetstaates verfälscht wurde. Die sozialistische Umwälzung wird dem Akkumulationsprozeß angelastet, d.h. die ökonomischen Notwendigkeiten der monopolkapitalistischen Produktionsweise werden auch zu Normen der "technischen Rationalität" der sozialistischen Gesellschaft, denn dadurch, daß das monopolkapitalistische System vorläufig die technische Entwicklung der Produktivkräfte bestimmt, ist eine "technische" Utopie von dieser Produktionsweise abhängig. Daß den Klassenkämpfen und auch der Kontrolle der "Diktatur des Proletariats" durch das Proletariat keine Bedeutung zugemessen wird, ist Ergebnis des falschen Bewußtseins der "Avantgarde". Wurden nun die kommunistischen Parteien durch die Organisationen der kommunistischen Internationale eingeschworen auf die Politik des Sowjetstaates, d.h. auf die langfristige Politik der friedlichen Koexistenz, die nicht als kurzfristige Taktik in der "Atem-

pause" verstanden wird, so mußten sie der konsequenten Klassenpolitik in den eigenen Ländern entsagen und wurden zu Kompromissen mit ihren Klassengegnern, den Handelspartnern der Sowjetunion, gezwungen. Dieser Gegensatz zwischen den einzelnen Teilorganisationen ergibt sich aus den konkreten Bedingungen und Formen der Aktionen, aus den unterschiedlichen Aufgaben, vor allem dann, wenn die kommunistischen Parteien den kapitalistischen oder monopolkapitalistischen Staat besiegt haben und mit dem Prozeß der sozialistischen Umwälzung der Gesellschaft beginnen. Dieser Gegensatz ist historisch bedingt und er löst sich in dem Maße, wie die Klassenkämpfe zur sozialen Revolution führen, die verschiedenen nationalen Arbeiterklassen einen Gegner, den imperialistischen Machtblock, überwinden müssen und die sozialistischen Industriegesellschaften sich zu einer Weltgemeinschaft nach der Revolution und der Überwindung der nationalen Besonderheiten zusammenschließen.

Die "Politik der Panik", die bürgerliche Realpolitik der bloßen Verhinderung der Allianz der imperialistischen Staaten gegen die Sowjetunion, führte die Kommunistische Internationale zur Politik der Einheitsfront mit den Sozialdemokraten und den Gewerkschaften, zur Politik des Nationalbolschewismus, der Zusammenarbeit mit adligen Offizierscliquen und nationalen Jugendverbänden, zur Politik der Verurteilung der Sozialdemokratie als "Sozialfaschisten", zur Volksfront mit den bürgerlichen Kompromißparteien, was der gleichzeitigen Verleugnung einer selbständigen proletarischen Politik dieser kommunistischen Parteien gleichkam. Diese Politik setzte sich dann in den staatlichen Abkommen und Verträgen fort.

Als dann diese Politik in den letzten Ausweg flüchtete, um den imperialistischen Überfall auf die Sowjetunion zu verhindern, den Hitler-Stalin-Pakt, schlug die letzte Stunde der einheitlichen kommunistischen Weltbewegung. In China, Vietnam, Thailand, Korea, Malaysia, selbst in Frankreich und Italien entstanden revolutionäre kommunistische Befreiungsbewegungen, die sich nicht mehr einer kommunistischen Teilorganisation, einer staatlichen Politik unterwarfen. Diese Klassenkampfbewegungen, die, um den Kampf gegen die imperialistischen Mächte zu bestehen, die Widersprüche im Volke, die spezifischen Gegensätze ausnutzen müssen, um Arbeiter- und Bauernmassen ununterbrochen gegen diesen militärisch gut ausgerüsteten Feind zu mobilisieren, entfalten die Elemente der revolutionären Theorie aufs Neue; nur die Strategie der Aktionen kann über den Volkskrieg zur sozialen Revolution führen. In diesen Klassenkämpfen gegen den Imperialismus entsteht die neue Weltbewegung des Proletariats, die internationale kommunistische Politik.

Die "alte" Internationale wurde den Verträgen von Teheran, Yalta und Potsdam geopfert, in einem Moment, wo der Zweite Weltkrieg die Identität der Weltbewegung des Proletariats herstellte, die neue Internationale fand ihren Keim im antifaschistischen und antiimperialistischen Kampf der Völker Asiens.

Die Aktionsstrategie der kommunistischen nationalen Bewegungen verlangt die Berücksichtigung der besonderen Situation. Die Kämpfe der verschiedenen Fraktionen der Klasse erhalten die radikalen Akzente in der radikalen Negation des monopolkapitalistischen Herrschaftssystems, in der Propagierung und Verwirklichung der sozialistischen Demokratie. Die Klassenkampfbewegung wird in dem Maße zur einheitlichen kommunistischen, internationalen Bewegung, wie die Etappen des Kampfes sich angleichen und die Vorbereitungsphase des Klassenkampfes in den spezifischen Gesellschaften zur sozialen Revolution wird, die nur im internationalen Bürgerkrieg bis zu Ende geführt werden kann.

Die Aktionsstrategie der kommunistischen nationalen Klassenkampfbewegungen orientiert sich an den Widersprüchen im nationalen Rahmen, die in sich selbst den Keim der internationalen Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen nationalen Abteilungen der Arbeiterklasse mit dem Monopolkapital tragen, das längst nicht mehr national organisiert ist, dessen "Internationalisierung" allein eine weitere Stufe der Produktion und Reproduktion erlaubt. Die Klassenkampfbewegung wird in dem Maße zur einheitlichen, kommunistischen Weltbewegung, wie die verschiedenen nationalen Etappen des Kampfes sich angleichen, d.h. die Klassenkämpfe in den spezifischen Monopolgesellschaften zur sozialen Revolution führen, den die Arbeiterklasse nur im internationalen Bürgerkrieg, in dem die nationalen Befreiungsbewegungen der "Dritten Welt" entscheidend zugunsten der Arbeiterklasse in den "Metropolen" eingreifen können, zur sozialistischen Revolution überführen kann. Weder "künstlich" geschaffener "Zentralismus", noch ein spontaner Polyzentrismus wird die internationale kommunistische Bewegung charakterisieren, sondern die kämpfenden Teilorganisationen der Internationale legen notwendig die Aktionsstrategie im internationalen Maßstab fest.

Anmerkungen

Teil A, Kapitel I

1) Um Mißverständnissen vorzubeugen: wir haben weder beim Verfassungsschutz noch beim Politbüro des ZK der KPD nachgefragt, ob die Organisatoren des Initiativ-Ausschusses zu dieser Zeit Parteimitglieder waren. Daß es jedoch gerechtfertigt ist, ihre Politik als Bestandteil der Strategie der KPD zu betrachten, zeigt nicht nur die Vorrangigkeit der Wiederzulassungskampagne im Organ des ZK der KPD "Freies Volk". Nach der Veröffentlichung des Programmentwurfs der KPD im Februar 1968 treten die Mitglieder des Initiativ-Ausschusses und des ZK der KPD gemeinsam auf, der Initiativ-Ausschuß war auch der Auftraggeber beim Druck des Programmentwurfs. In der DKP schließlich sind die auf verschiedenen Ebenen kämpfenden Genossen vereint.

2) "Der Weg zur Rettung des Friedens, zum Schutz der demokratischen Rechte, zu sozialer Sicherheit." in: Parteitag 1963 der KPD. Protokoll. Berlin 1963, S. 419 ff.

3) Am 23.1. und 3.10.64 an Erhard. Reimann schlägt in diesen Briefen einen seither mehrfach variierten 4-Stufenplan zur Relegalisierung der KPD vor (1. Amnestie, 2. Sicherung der Meinungsfreiheit für Kommunisten, 3. Sicherung des passiven Wahlrechts für Kommunisten, 4. Wiederzulassung der KPD). Texte in: Dokumentation der Zeit, XVI (1964) 304/44 und 323/41

4) Freiheit für die KPD. Weißbuch über 10 Jahre KPD-Verbot. Berlin 1966

5) Die Deutschlandfrage und das KPD-Verbot. Memorandum des 1. Sekretärs des ZK der KPD, M. Reimann, an den Präsidenten des Bundestages und des Bundesrates. (vom Anfang Juli 1966) Auszüge in FV Nr. 8 (285) August-Ausg. 1966, S. 2

6) U.a. im Gründungsausschuß der "Demokratischen Linken" in Baden-Württemberg, in der Politischen Bürokommission des "Sozialistischen Zentrums", in den örtlichen Kuratorien "Notstand der Demokratie".

7) Vom März 1967 bis Mitte Mai 1968 sprachen die Mitglieder des Initiativ-Ausschusses auf 184 Veranstaltungen mit ca. 36 000 Teilnehmern. Nach: Abendroth/Ridder/Schönfeldt (Hrsg.), KPD-Verbot oder mit Kommunisten leben? Reinbek b. Hamburg 1968, S. 74, Anm. 1
(Als der Rowohlt-Verlag das gedruckte Manuskript dieser Konferenz vom 6./7.5.67 auf den Markt brachte, fügten die Herausgeber eine Zeittafel zur Geschichte der KPD an und wiederholten die Illegalisierung der Partei, indem sie nach dem 17.8.56 nichts mehr von ihrer Existenz zu berichten wußten.)

8) Von denen allerdings ein Großteil wieder absprang, als anläßlich des CSSR-Einmarsches Antikommunismus das erste Gebot aller "Demokraten" war. Auf dem 9. o. Gewerkschaftstag der IG Metall in München im September 1968 wurde ein Antrag mit der Forderung nach Aufhebung des

KPD-Verbots mit großer Mehrheit von den Delegierten abgelehnt (vgl. sk, 11. Jg., Nr. 18/1968, 2. Sept.-Ausg., S. 7).

9) M. Reimann kündigt in seinem Brief an die Bundesregierung vom 15.2.67 die Benennung einer "Verhandlungskommission für Verhandlungen mit der Bundesregierung über die Wiederzulassung der KPD" an, die aus ihm und L. Landwehr, G. Thiele, H. Mies und M. Schäfer besteht. (Auszüge des Briefes in: C.-H. Boettcher, Eine neue KPD? Köln 1968, S. 13) Auch die vom Initiativ-Ausschuß immer wieder skizzierten zwei Wege zur Aufhebung des Parteiverbots - ein "politischer" (Verwirklichung des Vier-Stufen-Planes) und ein "juristischer" (Änderung des Bundesverfassungsgerichts-Gesetzes) - verlassen nicht diese Perspektive und zeugen von Geringschätzung aktiver Massenaktionen.

10) W. Hofmann, Zur Ideologie des Antikommunismus in der Bundesrepublik, in: Abendroth/Ridder/Schönfeldt, a.a.O., S. 45
W. Hofmann war der einzige Redner dieser Konferenz, der dieses Problem klar sah. Die anderen Teilnehmer, ob Kommunisten, Kirchenmänner oder Juristen, betonten unter völliger Vernachlässigung der tatsächlichen Machtverhältnisse, daß "die Demokratie" eine Wiederzulassung der KPD erforderlich mache und daß es darum gehe, "zu zeigen, wie weitgehend Möglichkeit und Notwendigkeit der Legalisierung der KPD gerade jetzt miteinander übereinkommen". H. Ridder, a.a.O., S. 60

11) Vgl. den als "Orientierungshilfe" bezeichneten Aufsatz des damaligen Justizministers Heinemann, Wiederzulassung der KPD? in: JZ vom 21.7.67, Nr. 14, 22. Jg.

12) Vgl. die Zusammenfassung der Argumente gegen Neugründung einer KPD bei F. Ahrens, Der Initiativ-Ausschuß für die Wiederzulassung der KPD, in: Abendroth/Ridder/Schönfeldt, a.a.O., S. 75 f.

13) Vgl. u.a. den Bericht von F. Ahrens über den Initiativ-Ausschuß in der PRAWDA vom 3.6.67 (dt. Übers. in: Informationen III des Initiativ-Ausschusses): "Die Bundesregierung ist einem immer ernsteren Druck der westdeutschen und internationalen Öffentlichkeit ausgesetzt, die Besorgnis über die wirkliche Situation in der Bundesrepublik äußert, wo unter Duldung der Regierung die KPD, die dem deutschen Volk einen Ausweg und gewaltige Opfer im Kampf gegen den Hitlerfaschismus gebracht hat, weiter verboten bleibt."

14) So z.B. M. Kapluck auf einer Veranstaltung in Ulm, nach: Schwäb. Donau-Zeitung, 1.7.67 (faksimiliert in: Informationen II)

15) Schon 1966 wurde von Kommunisten das Angebot gemacht: "Erleichterung des Reiseverkehrs zwischen der Bundesrepublik und der DDR, Verwandtenbesuche, Touristik, Sport und Theater mit eingeschlossen." E. Mayer, Was könnte Hamburg eine legale KPD nützen, in: hamburger politisches leben (Hrsg. F. Ahrens) vom 1.7.1966 (zit. nach DIE ZEIT, Nr. 39 vom 29.9.67, "Reklame für die KPD? ")

16) H. Ridder gibt im Vorwort der Veröffentlichung dieses Gutachtens den privaten Auftraggeber nicht an. H. Ridder, KPD-Verbot, Neuwied-Berlin 1966

17) Ridder, a.a.O., S. 36

18) Vgl. Anm. 14)

19) Ridder, a.a.O., S. 25: "...daß eine Partei aber trotz eines solchen Bekenntnisses nicht notwendig verfassungswidrig zu sein braucht, es nämlich nach der Auffassung des Bundesverfassungsgerichtes dann nicht ist, wenn sie das 'materielle Fernziel des Marxismus-Leninismus' (d.h. die Diktatur des Proletariats - d. Verf.) aus dem politischen Kampf ausschaltet."
In der Strategie des friedlichen Weges zum Sozialismus wird genau das getan (vgl. den folgenden Abschnitt über den Programmentwurf der KPD).

20) Ridder, a.a.O., S. 30

21) Erlebach und Ahrens nach DVZ, 25.8.67, "Kommunisten und Katholiken in Rothenfels", in: Informationen II

22) K. Schabrod, KPD ewig hinter Gittern, DVZ 18.8.67. Vgl. dazu aus dem Interview von W. Höfer mit Kapluck und Schabrod (DIE ZEIT, Nr. 13 31.3.67):
Höfer: "Welche Koalition würden Sie anstreben?"
Schabrod: "Natürlich mit der SPD!"
Höfer: "Was möchten Sie auf Ihre alten Tage noch erleben?"
Schabrod: "22% Stimmen für die KPD."

23) Unter Hinweis auf den Sozialisierungsparagraphen 15 im Grundgesetz - und ohne darauf einzugehen, daß entschädigungslose Enteignung nicht möglich ist - schreibt K. Erlebach: "Nun ist eine solche Möglichkeit noch keine sozialistische Maßnahme, sie zeigt aber bestimmte mögliche Veränderungen unserer Gesellschaft an." Da hier - wie auch sonst - nicht klar ausgesprochen wird, daß das Grundgesetz der Versuch war, auf privatkapitalistischer Grundlage liberale Hoffnungen und einige sozialistisch anmutendePhrasen zusammenzubringen, muß man annehmen, daß die KPD nie zu "sozialistischen Maßnahmen" kommen will. (in: Neues Echo Bremen, 1.9.67, Informationen III

24) Antikommunist Wehner erhoffte sich eine "Reinigung" der SPD und größere Beweglichkeit gegenüber der DDR (vgl. sein Interview in: Der Feuerreiter, Nr. 12, Juli 1967, und: Metall, 11.7.67).

25) W. Brandt sah die Schlüssigkeit der Argumentation ein und versprach sich davon "eine günstige Entwicklung nach innen und außen" (Tagesspiegel, 11.11.67).

26) z.B. "Der große Gewinn einer Zulassung der KPD bestünde darin, daß die außerparlamentarische Opposition - vor allem auch in Studentenkreisen - vor die Wahl gestellt würde, Farbe zu bekennen oder an Wirkung zu verlieren. Das immer wieder vorgebrachte Argument, wir hätten keine demokratischen Verhältnisse, weil nicht alle Parteien zugelassen sind, wäre wirkungsvoll entkräftet." (Industriekurier vom 27.7.67, nach: Informationen III)

27) Am 27.8.67 meldete "Echo der Zeit", der Initiativ-Ausschuß wolle bis Ende Oktober 1967 in Bonn ein neues KPD-Programm vorlegen, das als wichtige Punkte enthalten solle: Politische Opposition auch in einem sozialistischen Staat, Vereinbarkeit von Konfessions- und KPD-Zugehörigkeit, Unabhängigkeit der KPD von anderen Organisationen. (H. Vielain, Bald im 'demokratischen Mäntelchen'? , nach Informationen III)
In einem Interview mit der gleichen katholischen Wochenzeitung am 29.10.67 berichtete M. Reimann, das ZK der KPD habe auf seiner 8. Sitzung eine Programmkommission zur Ausarbeitung eines Entwurfs eingesetzt. (Auszüge des Interviews in: Boettcher, Eine neue KPD? Köln 1968, S. 117-123)

28) Nach FR, 15.2.68, "KPD-Zulassung wird geprüft"

29) Max Reimann, Zum Programmentwurf der KPD. Rede auf der 11. ZK-Tagung, in: Wissen und Tat, 23. Jg., Sondernummer 1/68, S. 5 ff.

30) a.a.O., S. 6

31) a.a.O., S. 11

32) "Die ganze Lage erinnert an die letzten Jahre der Weimarer Republik. Auch damals schuf sich das deutsche Monopolkapital in der NSDAP eine neue Partei. ... ebenso wie vor 1933 versuchen die bürgerlichen Politiker und führende Sozialdemokraten die faschistische Gefahr abzuschwächen." a.a.O., S. 9

33) a.a.O., S. 9

34) aus: "Verstärktes Feuer gegen den Opportunismus". Die Kommunistische Internationale, Heft 20 vom 1.12.33, S. 1085 (zit. nach H. Weber, Die Kommunistische Internationale. Eine Dokumentation. Hannover 1966, S. 277)

35) u.a. in: KPD 1945-1965, Berlin 1965, S. 145 ff.

36) Reimann, a.a.O., S. 16

37) a.a.O., S. 8

38) a.a.O., S. 16

39) "In einer Zeit, da sich in der Bundesrepublik die inneren Widersprüche des staatsmonopolistischen Kapitalismus zuspitzen und die Gefahr, die vom deutschen Imperialismus ausgeht, alarmierend groß wird, fällt unserer Partei die nationale Aufgabe zu, ein mobilisierendes, aufrüttelndes, in die Zukunft weisendes Programm auszuarbeiten und damit allen progressiven Kräften eine Orientierung im gegenwärtigen Kampf und für die Zukunft zu geben." a.a.O., S. 5
"Mit dem 'Programm der KPD' unterstreicht unsere Partei im 50. Jahr ihres Bestehens ihre Rolle als die marxistisch-leninistische Partei der westdeutschen Arbeiterklasse, entwickelt sie eine richtige Strategie und Taktik, beantwortet sie die entscheidenden Fragen der nächstliegenden Etappe und der Perspektive." a.a.O., S. 25

40) "Die KPD trägt ... eine besondere Verantwortung gegenüber der internationalen Arbeiterbewegung... Unsere Partei muß einen eigenen Beitrag leisten zur Entwicklung der Strategie und Taktik der kommunistischen und Arbeiterbewegung im Kampf gegen das Monopolkapital." a.a.O., S. 6

41) a.a.O., S. 5

42) a.a.O., S. 25

43) a.a.O., S. 6

44) "Angesichts der zunehmenden Bestrebungen verschiedener Kräfte, linke Parteien zu bilden, ist eine klare Ausgangsposition der KPD unerläßlich." a.a.O., S. 8
"Es ist zum Teil so, daß sich 'linke' Kräfte, vor allem unter den Studenten, einbilden, sie wären die Avantgarde der Revolution, daß sie glauben, die KPD hätte die Revolution und den Sozialismus abgeschrieben." Unser Kampf ist revolutionär. Aus dem Diskussionsbeitrag des Genossen Horst (auf der 11. ZK-Tagung). FV Nr. 2 (303), Febr.-Ausg. 1968, S. 11

45) Zitiert nach DVZ, Nr. 7 vom 16.2.68, S. 11-16. Dokumentation. - Für eine grundsätzliche und auch Details berücksichtigende Kritik des Programmentwurfs vgl. Arbeitsgemeinschaft Sozialistische Opposition, Marburg, Stellungnahme zum Programmentwurf der KPD. Kritik und Analyse, in: sh, 7. Jg., Nr. 8, August 1968, S. 465-474
Die KPD nahm im FV Nr. 9, Sept.-Ausg. 1968, S. 3 dazu Stellung: Zur Programmdiskussion. Gemeinsame Diskussion, gemeinsame Aktion! und - machte lediglich stilistische Zugeständnisse!

46) Vgl. dazu u.a. U. Schmiederer, Die sowjetische Theorie der friedlichen Koexistenz. Verlag Neue Kritik, Frankfurt/M 1968, und W. Hofmann, Was ist Stalinismus, in: ders., Stalinismus und Antikommunismus, Frankfurt/M 1967

47) Vgl. dazu die Arbeit U. Schmiederers, Die Sozialistische Volkspartei Dänemarks, Neue Kritik, Frankfurt/M 1969, bes. S. 93 ff. und 106 ff.

48) Programmentwurf, a.a.O., S. 12

49) Deutlicher wird die Funktion der DDR beschrieben bei O. Reinhold, Demokratische Alternative und sozialistische Zukunft in Westdeutschland, Berlin 1968, S. 66: "... wächst der Einfluß des Sozialismus auf die Werktätigen und andere Schichten der Bevölkerung. Dadurch ist das Monopolkapital gezwungen, zu manövrieren, bestimmte Zugeständnisse zu machen und vielerlei Reformen des Systems durchzuführen." Das bedeutet: "Sitzt sie - die DDR - nicht bei jeder Tarifverhandlung - zwar unsichtbar, aber doch so präsent wie kein anderer - an unserer Seite am Verhandlungstisch den Unternehmern gegenüber?" H.M., Brief an Freies Volk zur Programmdiskussion: Wer verteidigt wen?, FV Nr. 9 (310), Sept.-Ausg. 1968, S. 4

50) Programmentwurf, a.a.O., S. 12: "Die gewaltige Entwicklung der Produktivkräfte, der Wissenschaft und Technik, der hohe Grad der Vergesellschaftung der Produktion, die Notwendigkeit staatlicher Regulierungs-

und Planungsmaßnahmen, der öffentlichen Finanzierung großer Investitions- und Entwicklungsvorhaben beweisen, daß alles zur Überführung der Produktionsmittel in Volkseigentum, zur gesamtgesellschaftlichen Planung und Leitung des Produktionsprozesses drängt. Die materiellen Voraussetzungen für die neue sozialistische Gesellschaftsordnung bestehen. Die Entwicklung in der Bundesrepublik ist objektiv reif für den Sozialismus."

51) Reimann, a.a.O., S. 18

52) Autorenkollektiv, Imperialismus heute, Berlin 1968, S. 731

53) Programmentwurf, a.a.O., S. 14

54) M. Horkheimer, Der Autoritäre Staat, in: Festschrift für W. Benjamin, S. 129: "Ob Revolutionäre die Macht wie den Raub oder den Räuber ergreifen, zeigt sich erst im Verlauf."

55) Die KPD aktualisiert nun auch ihre Kampfmittel aus der Zeit vor dem Parteiverbot und fordert "die demokratischen Grundsätze der Verfassung von 1949 mit einer antinazistischen demokratischen Bewegung in die Tat umzusetzen". Das geeignetste Mittel dazu sind "Volksbegehren". Vgl. FV Nr. 8 (309), Aug.-Ausg. 1968, S. 5 "Grundgesetz". Auch die DKP fordert ein Volksbegehren zur Überführung der Ruhrkohlen AG in Gemeineigentum. Pressemitteilung der DKP, Bezirk Ruhr-Westfalen. Essen, Juli 1969

56) Programmentwurf, a.a.O., S. 13

57) Reimann, a.a.O., S. 5

58) "Wir wollen mit allen Demokraten, auch mit Nichtsozialisten und denen, die heute noch Gegner des Sozialismus sind, zusammenarbeiten, um gemeinsam zu verhindern, daß Notstandsdiktatur und Neonazismus in unserem Lande triumphieren, daß vom Boden der Bundesrepublik ein neuer Krieg ausgeht." Programmentwurf, a.a.O., S. 13

59) Reimann meint a.a.O., S. 17, "daß praktisch alle Volksschichten, mit Ausnahme der Konzernherren, an einer demokratischen Perspektive, an einer demokratischen Umwälzung interessiert sind" und holt noch weiter aus, um auch noch friedlichen Monopolherren einen Platz im Bündnis anzubieten: "... ja sogar mit jenen Unternehmern, die erkennen, daß der Rüstungs- und Revanchekurs auch ihr Untergang ist." a.a.O., S.21

60) Im Frühjahr 1968 verteidigte die KPD noch die radikale Linke gegen das Habermas/Springersche Gerede vom "Linksfaschismus" (vgl. FV Nr. 2 (303), Febr.-Ausg. 1968, S. 16). Als sich die "Radikalen" jedoch in den folgenden Monaten bei Demonstrationen am 1. Mai und auf Ostermarschveranstaltungen gegen bedingungslose Anpassung an die Politik des DGB und der UdSSR in der CSSR-Frage wandten, wurden sie auch von der KPD/DKP/SDAJ kriminalisiert und mit bezahlten Polizeiprovokateuren auf eine Stufe gestellt (z.B. im Flugblatt der SPARTAKUS-AMS, der Volksfrontorganisation der DKP an den Hochschulen,in Frankfurt/M "Provokation - die letzte Waffe der Reaktion", April 1969).

Während des Verkehrsstreiks in Hannover Anfang Juni 69, nachdem Studenten und Lehrlinge von der Polizei zusammengeschlagen worden waren, die DKP aber ihre Einheitsfront mit der BILD-Zeitung und dem DGB durch radikale Aktionen gefährdet sah, gab der DKP-Vorstand des Club Voltaire in Hannover am 12.6.69 ein Flugblatt heraus, in dem "Bürger und Demonstranten" aufgefordert wurden: "Wer aus reiner Zerstörungswut handelt, sollte der Polizei übergeben werden! Gewalt ist nicht unsere Methode!" (Vgl. den Bericht in RPK Nr. 19, 1. Jg., 1969, vom 27.6.69, S. 8). Unterdessen sammelten Hannöveraner Arbeiter schnelltrocknenden Zement und machten damit die Straßenbahnschienen unbrauchbar.

61) "In dem Maße, wie die außerparlamentarische Opposition an Kraft und Breite gewinnt, wie sie ihren Einfluß im Volke verstärkt, wird sie auch auf die Parlamente einwirken. Die Arbeiterschaft, ihre Gewerkschaften, alle demokratischen Kräfte müssen eine Vertretung der Volksinteressen im Bundestag erringen. Die außerparlamentarische demokratische Aktion und eine fortschrittliche Parlamentsvertretung werden auch Abgeordnete der SPD ermuntern, die demokratischen Forderungen des Volkes im Parlament zu vertreten." Programmentwurf, a.a.O., S. 16
Zur Veränderung des Begriffs der Außerparlamentarischen Opposition vgl. den Abschnitt über den Kommunalwahlkampf der DKP.

62) "Angesichts der komplizierten Bedingungen in der Bundesrepublik ist es natürlich nicht möglich, den Weg der sozialistischen Revolution im einzelnen im voraus bestimmen zu wollen." Reimann, a.a.O., S. 18

63) "Die Arbeiterbewegung der Bundesrepublik wird, ausgehend von den allgemeingültigen Grundsätzen des Marxismus-Leninismus, die Wege und Methoden im Kampf um den Sozialismus finden, die unserer gesellschaftlichen Situation entsprechen. Dabei werden ihr die Erfahrungen der demokratischen und sozialistischen Umgestaltung in der DDR von großem Nutzen sein." Programmentwurf, a.a.O., S. 14

64) Vgl. dazu die Erläuterungen von M. Kapluck, damals Mitglied des Initiativ-Ausschusses, zum Programmentwurf der KPD: "Die Zeit arbeitet für uns. Im vergangenen Jahr hatten wir die Wirtschaftskrise, jetzt geht es wieder besser. Irgendwann wird es wieder eine Krise geben, weil man die Probleme unserer Zeit ja nicht mit Konzepten lösen kann, die aus dem 19. Jahrhundert stammen. Wir haben die Gewalt nicht mehr nötig ... Und in den nächsten Jahren werden wir die fortschrittliche Entwicklung des Sozialismus in den angrenzenden sozialistischen Staaten erleben - auch in der DDR. Und das wird überzeugend auf Millionen Menschen wirken, die heute noch unsere Forderungen ablehnen. Warten Sie es ab." (H.D. Stuckmann, Was die Kommunisten sagen, DIE ZEIT, Nr. 8, 23.2.68)

65) "Die sozialistische Umwälzung bedeutet die Ablösung der großkapitalistischen Ausbeutergesellschaft durch eine Gesellschaft ohne Ausbeutung, in der die Freiheit und die Würde des Menschen gesichert sind." Programmentwurf, a.a.O., S. 14

66) "Wer heute in der Bundesrepublik gegen Notstandsgesetze und Neonazismus kämpft, um zu verhindern, daß erneut eine Diktatur errichtet werden kann, wer für Abrüstung und europäische Sicherheit, gegen atomare Aufrüstung eintritt, um der Bevölkerung unseres Landes die Schrecken eines

neuen, diesmal atomaren Krieges zu ersparen, der ist ein echter Demokrat, ein Kämpfer für den Frieden, ein Humanist, und handelt revolutionär."
Aus: Ein revolutionäres Programm. Interview des Zentralorgans Freies Volk mit dem Genossen Willi Mohn. FV Nr. 6 (307), Juni-Ausg. 1968, S. 4

67) Kommunique - 11. ZK-Tagung beschloß Programmentwurf. FV, Nr. 2 (303) Febr.-Ausg. 1968, S. 1

68) Bürgerliche Zeitungen konnten unbehelligt Zitate aus dem Programmentwurf veröffentlichen, während es KPD-Mitgliedern verboten war, auf Veranstaltungen Ausschnitte vorzulesen.
Bei früheren KPD-Mitgliedern und Redakteuren von Frankfurter Schülerzeitungen, die den Entwurf publiziert hatten, wurden Hausdurchsuchungen veranstaltet. Die Ausgaben der DVZ (16.2.68), von Blinkfüer und Tatsachen, die den Programmentwurf als Anhang eines offenen Briefes O. Schönfeldts an den Bundesminister der Justiz enthielten, wurden beschlagnahmt. Bei Verteilungsaktionen vor Betrieben, u.a. in Hamburg, Hannover, Frankfurt, Offenbach und Mannheim gab es Verhaftungen. In einigen Städten wurden Veranstaltungen mit G. Thiele und H. Mies verboten.

69) Abendroth/Ridder/Schönfeldt, a.a.O., S. 38

70) In den SPD-Informationen (Tagesdienst, Nr. 102 vom 15.2.68) wird über die Sitzung des Innen-Ausschusses des Bundestages berichtet: "Der Ausschußvorsitzende Hermann Schmidt-Vockenhausen (SPD) erklärte dazu daß die Pressekonferenzen nur den Zweck verfolgten, die Öffentlichkeit zu verwirren. Mit einer Initiative zur Gründung einer neuen Partei habe die Pressekonferenz jedenfalls nichts zu tun gehabt. Offensichtlich seien die Veranstalter gar nicht daran interessiert, daß es in der Bundesrepublik Deutschland wieder eine Kommunistische Partei gibt, sonst würden sie sich nicht auf die Wiederzulassung einer vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärten und mithin verbotenen Partei konzentrieren, sondern den möglichen Weg der Gründung einer neuen Partei gehen, deren Satzung und Tätigkeit sich im Rahmen des Grundgesetzes hält."

71) Vgl. Innere Sicherheit, 2/68
Der SPD wird außerdem die Gefahr, Wähler an die Kommunisten zu verlieren, klar (vgl. G. Ziegler, Zwischen Hangen und Bangen, FR, 13.3.68), und sie macht in plumpem Antikommunismus: "... ist sein Inhalt (des Programmentwurfs - d. Verf.) dem stalinistischen Arsenal der Ulbrichtgruppe entnommen." Vorwärts, 15.2.68

72) Vgl. Anm. 44) und DW, 26./27.3.68, Max Schäfer kam doch zu Wort. DVZ, Nr. 8, 23.2.68, Programm vorgelesen: "Nach Abschluß der Veranstaltung bildeten die Studenten (in München) einen Ring um das Mikrophon und verlasen den Programmentwurf ..."

73) Die FR berichtete darüber, fast drei Monate später, nach Gerüchten hätten Heinemann und Ehmke am Gespräch teilgenommen. Über den Inhalt des Gesprächs ist nach Auskunft des Bundesjustizministeriums Vertraulichkeit vereinbart worden. (FR, 27.9.68, S. 1 ff.)
"Außerdem hat es auch Kontakte mit Mitgliedern des Bonner Rechtsausschusses, des Innenausschusses und mit anderen Politikern gegeben. Aber

bei all diesen Gesprächen ist es überhaupt nicht um die neue Partei, sondern lediglich um eine Aufhebung des KPD-Verbots gegangen." K. Erlebach, Im nächsten Bundestag sitzen Kommunisten, Spiegelgespräch, Der Spiegel, 22. Jg., Nr. 43, 21.10.68, S. 38 ff.

74) M. Schäfer verknüpfte auf der Pressekonferenz im Autobus in Bonn am 28.3.68 die Möglichkeit einer Neugründung mit der Frage der Amnestie und der Aufhebung des KPD-Verbots. Vgl. DVZ, Nr. 14, 4.5.68, KPD-Pressekonferenz rollt durch Bonn.

75) Aus dem Einstellungsbescheid der Staatsanwaltschaft Karlsruhe im Ermittlungsverfahren gegen F. Bessnecker wegen Verbreitung des Programmentwurfs: "Der Inhalt der Broschüre ist nicht gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung oder den Gedanken der Völkerverständigung gerichtet. Nach der Bestimmung des § 86, Abs. 2 des durch das 8. Strafänderungsgesetz geänderten Gesetzbuches wäre eine Strafbarkeit nicht gegeben." DVZ, Nr. 34, 23.8.68, Ermittlungsverfahren eingestellt!

76) Wie geht der Kampf nach dem Notstandsbeschluß des Bundestages weiter? Aus dem Referat des Genossen M. Reimann auf der 12. Tagung des ZK der KPD, in: FV, 23. Jg., Nr. 7 (308), Juli-Ausg. 1968, S. 4/5. Auch die folgenden Zitate sind dieser Quelle entnommen.

77) Selbst wenn man in Rechnung stellt, daß die bürgerliche Presse bei solchen Gelegenheiten die Zahlen halbiert und die kommunistische Presse 100% draufschlägt, waren es in Mannheim ca. 200 Demonstranten und in Augsburg 100. Von Düsseldorf und Hamburg liegen merkwürdigerweise keine Zahlen vor. Vgl. FR, FAZ, Welt, alle vom 19.8.68, DW, 20./21.8.68 und DVZ, Nr. 34, 23.8.68

1) in: was tun, Jg. 1, Nr. 4, 28.10.68; auch abgedruckt in: apo press (München), 1. Jg., Nr. 23, 4.11.68, S. 6
Die DKP reagierte darauf mit Beschimpfungen ("anonymes Geschmiere") und verdächtigte die Verfasser "dunkler Machenschaften" (vgl. apo press Nr. 24 und Nr. 26).

2) offen und frei, 2.10.68

3) In ihrer Anfangszeit zumindest legte die DKP Gewicht darauf, nicht von "Neugründung" zu sprechen, sondern von "Neukonstituierung" (vgl. FR 13.11.68). Die Partei gibt als Begründung an, sie habe "damit deutlich machen wollen, daß wir in keinem Falle die politischen Bedingungen akzeptieren, die von verschiedenen Seiten mit dem Begriff der 'Neugründung' verbunden worden sind." Fragen und Antworten zur Neukonstituierung einer Kommunistischen Partei in der Bundesrepublik. Arbeitsmaterial. Bundesausschuß der DKP, Bonn 1968, S. 5
Freilich legt die neue Partei Wert auf Harmonie und überläßt es der Bundesregierung, ob "sie diesen Schritt als eine Neugründung im Sinne ihrer früheren Erklärungen werten will." (ebenda)

4) "Gerade die in den letzten Wochen im Zusammenhang mit den Vorgängen in der CSSR entfesselte Welle des Antikommunismus war für uns ein Anlaß und gewissermaßen der letzte Anstoß, um diesen Schritt zu tun." Fragen und Antworten ..., a.a.O., S. 6

5) Vgl. Informationen der Sozialistischen Opposition, Frankfurt Extra Nr. 9/68

6) Offiziell gilt Bachmann als Initiator der Neukonstituierung (vgl. Presseinformation Nr. 10, DKP-Parteitag/Essen. Biografische Angaben: Kurt Bachmann).
K. Erlebach bezeichnet jedoch unmittelbar nach der Parteigründung den Hamburger Initiativ-Ausschuß, dem er selbst angehörte, als ebenso maßgeblich an der Gründung beteiligt (vgl. K. Erlebach, Im nächsten Bundestag sind Kommunisten. Spiegelgespräch. Der Spiegel, Nr. 43, 22. Jg., 21.10.68, S. 41).

7) Am 12.10.68 gab es 123 Kreisausschüsse und 40 Betriebsausschüsse und ca. 6 000 Mitglieder. Am 27.10. waren es 183 Kreisausschüsse, aber nur 181 Ortsausschüsse, 63 Betriebsausschüsse und 9 084 Mitglieder (FR, 28.10.68).

8) Natürlich gab es Ausnahmen: so war der hessische Landesausschuß-Sprecher W. Ruppert nicht Mitglied des Bundesausschusses. Als jedoch das Arbeitsausschußmitglied des Bundesausschusses J. Mayer von dieser Aufgabe entlastet war (mit dem Parteitag), wurde er erster Landesvorsitzender.

9) "Natürlich sind viele alte Kommunisten jetzt zu uns gestoßen, sie haben inzwischen ja zahlreiche Orts-, Kreis- und Landesausschüsse begründet." K. Erlebach, a.a.O.

10) Die meisten von ihnen hatten schon an der Bundeskonferenz der DKP am 27.10.68 in Offenbach teilgenommen. (Dort wurde der Bundesausschuß ermächtigt, einen Parteitag einzuberufen und die Statuten- und Programmkommission einzurichten.) Einige waren auch Landesausschuß-Gründungsmitglieder, ihre offizielle Integration in die Führungsgremien wurde jedoch erst jetzt realisiert.

11) FAZ, 12.12.68, S. 2. "Es wird also weiterhin davon ausgegangen, daß die DKP qualitativ etwas anderes als die verbotene KPD sei, obwohl das neue organisatorische Gewand der westdeutschen Kommunisten inzwischen auf ein Feigenblatt reduziert worden ist."

12) Im Brief heißt es weiter: "Mit großem Interesse nahm ich von der Erklärung zur Neukonstituierung einer Kommunistischen Partei Kenntnis, die der Ausschuß auf der Pressekonferenz am 26. September 1968 der Öffentlichkeit übergeben hat. Ich bin davon überzeugt, daß Ihr im Interesse der Arbeiterklasse und aller werktätigen Schichten in der Bundesrepublik gehandelt habt. Ihr werdet darum auch die Sympathie und Unterstützung all derer erhalten, die für Frieden, Demokratie und die Veränderung der kapitalistischen zu einer sozialistischen Gesellschaftsordnung eintreten. Ich begrüße Euren Schritt und wünsche allen Genossinnen und Genossen bei ihrer Arbeit vollen Erfolg." ND, 2.11.68; auch in FV, November 1968, S. 2

13) Der Spiegel Nr. 43/1968, S. 41

14) Der Initiativ-Ausschuß für die Wiederzulassung der KPD sah sich arbeitslos und legte "Funkstille" ein (Erlebach), ebenso wie der Deutsche Freiheitssender 904 ("... sendet seit dem 15. Januar 1969 täglich nur noch drei (bisher 4 1/2) Stunden ... Die bisher für die KPD bestimmten Sendungen sind weggefallen. Die neuen Sendereihen des DFS 904 nehmen keinen Bezug mehr auf die KPD." BMI-Informationen Innere Sicherheit 3/69/3.) Das "Freie Volk", Zentralorgan der KPD, stellte im Dezember 1968 sein monatliches Erscheinen ein. Die einzige im ersten Halbjahr 1969 noch erschienene Ausgabe wurde nicht mehr, wie früher, auch an Nichtmitglieder verschickt.

15) FV, 23. Jg. Nr. 12 (313), Dez.-Ausg. 1968, S. 1/2

16) Erklärung des Bundesausschusses zur Neukonstituierung einer Kommunistischen Partei.
Noch im Juli 1969 phantasierte Reimann von einer "Fusion" von KPD und DKP nach Aufhebung des KPD-Verbots. Siehe FR, 19.7.69, S. 4

17) Die DKP besucht zunächst ab Ende Juli 1969 westeuropäische Kommunistische Parteien, nimmt dann an den Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag der DDR-Gründung teil und führt anschließend offizielle Gespräche mit der KPdSU und den Regierungsparteien anderer sozialistischer Länder. Siehe UZ, 24.7.69, S. 4 und Die Wahrheit, 24.7.69, S. 2

18) Gesetz über die politischen Parteien (Parteiengesetz) vom 24. Juli 1967 (BGB I. I, S. 773)

19) Statut der KPD, in: Parteitag 1963 der KPD. Protokoll. Berlin 1963, S. 469-483

20) Aus: Das neue Parteistatut und die Aufgaben bei der ideologischen, organisatorischen und politischen Festigung der Partei. Referat des Genossen Willi Mohn, Mitglied des Politbüros des ZK der KPD, über den Entwurf eines veränderten Parteistatuts. Parteitag 1963 der KPD, a.a.O. , S. 97/98

21) Statut, a.a.O. Auch die folgenden Zitate sind dem Statut entnommen.

22) Die "besonderen Bedingungen der Illegalität" dienen 1963 als Rechtfertigung, um die in den formalisierten Leninschen Organisationsprinzipien ohnehin enthaltene Tendenz zur Hierarchisierung der Partei auszuweiten und sie zu einem militärischen Apparat, einer Art Gegen-Geheimdienst, umzubauen. Die Grundorganisationen sind zu Befehlsempfängern einer autoritär festgelegten Politik degradiert:
"Unter den gegenwärtigen Bedingungen der Illegalität kann die Anwendung des Prinzips des demokratischen Zentralismus hinsichtlich der Wählbarkeit der leitenden Parteiorgane und der Berichterstattung der höheren Parteiorgane vór den unteren nicht vollständig gewährleistet werden. Die Ernennung unterer Organe durch die höheren Organe ist statthaft. ... Das höchste Organ der Grundorganisation ist die Mitgliederversammlung. Unter den Bedingungen der Illegalität kann die Festlegung der Aufgaben und die Wahl der Leitung der Grundorganisation, die in Parteigruppen unterteilt ist, durch die Parteigruppenleiter erfolgen. ... Unter den gegenwärtigen Bedingungen der Illegalität beschließt das Zentralkommittee über die konkreten Formen der Organisation der Partei in den Landes-, Bezirks-, Gebiets- und Kreisorganisationen. Das Zentralkommittee kann Richtlinien über die Durchführung von Landes-, Bezirks-, Gebiets- und Kreiskonferenzen erlassen." Statut, a.a.O.
Dennoch stellt W. Mohn am Anfang seiner Rede fest, "daß unsere Partei die demokratischste Partei der Bundesrepublik ist" (a.a.O., S. 99), ohne sich zu vergegenwärtigen, daß er die KPD nur mit den ohnehin autoritären Strukturen der bürgerlichen Parteien vergleicht.

23) Kommunique. 11. ZK-Tagung beschloß Programmentwurf. FV, 23. Jg., Nr. 2 (303), Febr.-Ausg. 1968, S. 1

24) Die prinzipielle Bedeutung, die darin liegt, daß die Friedenspolitik im Aktionsprogramm der Grundsatzerklärung an erster Stelle steht, betont die Programmkommission bei der Behandlung dreier Anträge. Die Antragsteller Bezirksausschuß Baden, Ortsausschuß Hilden und Stadtteilgruppe Bielefeld-Südost fordern die Priorität von Sozialreformen und wollen den Abschnitt "Soziale Sicherheit und bessere Lebensverhältnisse" an den Anfang, den Abschnitt "Für eine Politik des Friedens" an den Schluß des Aktionsprogramms setzen. Die Programmkommission nimmt dazu inhaltlich nicht Stellung: "Wir bitten den Bundesausschuß, da es sich um eine grundlegende und weitgehende Frage handelt, die Entscheidung zu treffen." Der Bundesausschuß hat sich für die Priorität der Friedenspolitik entschieden. (Anträge zum Entwurf der Grundsatzerklärung der DKP und Vorschläge, I. Folge, Kap. II, S. 1/2, Materialien des Parteitages. Essen 1969)

25) Vgl. die gleichlautenden Kapitalüberschriften im Aktionsprogramm der DKP in: Grundsatzerklärung der DKP, Hamburg 1969, S. 25-44

26) Grundsatzerklärung, a.a.O., S. 50

27) a.a.O.

28) a.a.O., S. 59

29) K.-H. Noetzel, Zum Statut der DKP. Referat auf dem Essener Parteitag, in: Statut der DKP, a.a.O., S. 29

30) a.a.O., S. 35

31) Grundsatzerklärung, a.a.O., S. 60

32) Statut, a.a.O., S. 6

33) Dem Essener Parteitag lag eine Zusammenstellung der 466 Anträge zum Entwurf des Statuts vor, wobei jeweils vermerkt war, welche Anträge die Statutenkommission in den überarbeiteten und zur Beschlußfassung vorliegenden Entwurf hineingenommen hatte und welche sie ablehnte. Die Anträge waren gekennzeichnet als "berücksichtigt", "im Prinzip berücksichtigt" oder "nicht berücksichtigt". (Anträge zum Entwurf des Statuts der DKP, Essen, 12./13. April 1969)

34) K.-H. Noetzel, a.a.O., S. 28

35) Antragsteller Kreis Hamburg-Nord: Betriebsgruppen sind entsprechend der Struktur des Industriezweiges zu gemeinsamen Beratungen auf allen Ebenen durchschnittlich vierteljährlich zusammenzufassen.
Antragsteller Winterhude-Nord-Hamburg: Die gegenseitige Unterstützung der Betriebs- und Wohngebietsgruppen ist erforderlich.
Antragsteller Düsseldorf-Oberbilk: Vorhandene Betriebe mit Betriebsgruppen auf dem Gebiet des Stadtteils oder einer Ortsgruppe sind wie Wohngebietsgruppen organisatorisch Teil der Ortsgruppe bzw. der Stadtteilorganisation. Mitglieder der Betriebsgruppe, auch wenn sie außerhalb wohnen, haben an der Jahreshauptversammlung und Vorstandswahlen der Stadtteil- bzw. der Ortsgruppe, wo der Betrieb liegt, teilzunehmen. Bei der allgemeinen Parteiarbeit haben die Mitglieder der Betriebsgruppe in der Stadtteil- bzw. Ortsgruppe, wo sie wohnen, mitzuwirken. (Anträge zum Entwurf des Statuts der DKP, a.a.O., S. 23 b/Nr. 22, S. 25 a/Nr. 22, S. 26/Nr. 4)

36) Noetzel, a.a.O., S. 32
Noetzel war Sprecher der Statutenkommission und ist Mitglied des Partei-Präsidiums der DKP.

37) Noetzel, a.a.O., S. 31

38) Die Delegierten erhielten erst zu Beginn des Parteitages Mappen mit der Zusammenstellung der Statutenanträge (vgl. Anm. 24) und der über 1 200 Anträge zur Grundsatzerklärung. Diese waren mit einem "Vorschlag an den Parteitag" versehen, wobei Ablehnungsempfehlungen jeweils kurz begründet waren. Die Delegierten konnten unmöglich in der verbleibenden Zeit nachprüfen, ob die jeweiligen Bemerkungen zutrafen. (Bei einer Reihe von zum Teil wesentlichen Anträgen waren diese unzutreffend.)

39) Statut, a.a.O., S. 4
Im Parteiengesetz § 10, Abs. 1, Satz 2 heißt es: "Die Ablehnung eines Aufnahmeantrages braucht nicht begründet zu werden."

40) Statut, a.a.O., S. 4

41) Statut, a.a.O., S. 5

42) Noetzel, a.a.O., S. 32

43) Statut, a.a.O., S. 6

44) Noetzel, a.a.O., S. 33. Er zitiert Ulrich Lohmar, "Innerparteiliche Demokratie", Stuttgart 1963

45) Anträge zum Entwurf des Statuts, a.a.O., S. 37 a/Nr. 10

46) Anträge zum Entwurf des Statuts, a.a.O., S. 23 a
Hier schrieb die Statutenkommission einfach dazu: "Im Prinzip berücksichtigt."

47) Grundsatzerklärung, a.a.O., S. 35, und "Vorschläge der DKP zur Mitbestimmung", Düsseldorf o. J. (1969), S. 7

48) Publikationswesen: Die vor Gründung der DKP unabhängig vom KPD-Apparat arbeitenden, aber der KPD nahestehenden Zeitungen stellten im Frühjahr 1969 ihr Erscheinen überraschend ein. Die meisten Redaktionen verwandelten sich in Landesredaktionen der dann neu herausgebrachten überregionalen "sozialistischen Volkszeitung UZ", die anfangs mit vier, nunmehr mit 10 Regionalausgaben erscheint. Offizieller Herausgeber ist nicht der Parteivorstand oder der Parteivorsitzende der DKP, sondern schlicht Kurt Bachmann. Bei der theoretischen Zeitschrift "Marxistische Blätter" sind neben den leitenden Funktionären Gerns, Schäfer, Steigerwald u.a. zwei Vertreter der in die Zeitschrift eingegangenen "sozialistischen hefte" Mitherausgeber. Der die Parteidokumente verlegende Blinkfüer-Verlag ist Eigentum des UZ-Verlagsleiters Dötze. Nachdem Y. Karsunke und Chr. Geissler ausgeschieden waren, wird die Kulturzeitschrift "Kürbiskern" von DKP-Mitgliedern, unter ihnen der Kulturreferent der DKP, H. Stütz, herausgegeben. Karl-Heinz Schröder, Mitglied des Parteivorstands, ist Mitherausgeber und -verleger des Jugendmagazins "Elan".
Falls K. R. Röhl seinen kleinbürgerlich-individualistischen Habitus überwinden kann und in die DKP-Landesleitung Hamburg aufgenommen wird, kann "konkret" durchaus die Rolle eines DKP-offiziösen "playboy" übernehmen (vgl. dazu die Leitartikel Röhls im Juni und Juli 1969).
Schulung und theoretische Arbeit: Anfang März 1969 wurden die verschiedenen lokalen, nicht auf Parteimitglieder beschränkten Schulungszirkel (August-Bebel-Gesellschaft, Marxistische Studiengemeinschaft etc.) zu einer zentralen "Marxistischen Arbeiter-Bildung" unter Leitung des DKP-Vorstandsmitglieds Dr. R. Steigerwald zusammengefaßt. Das Frankfurter "Institut für marxistische Studien und Forschungen" arbeitet unter der Leitung des Parteitheoretikers Prof. Dr. J. Schleifstein, Mitglied des Parteivorstandes der DKP.
Jugendorganisationen: Die Vorsitzenden der SDAJ sitzen in den DKP-Landesleitungen. Das Organ der Bündnisorganisation an den Hochschulen,

die Zeitschrift des "Spartakus - Assoziation Marxistischer Studenten" wird vom Parteivorstandsmitglied F. Schmid herausgegeben und redigiert.

49) Diese Konstruktion damit zu begründen, daß mit einem Verbot der DKP nicht sämtliche politische Strukturen der Partei zerschlagen werden können, ist ein Scheinargument. Nach der Rechtsprechung der letzten Jahre wird bei einem Parteiverbot die Frage der "Zielidentität" anderer Organisationen zum Kriterium der Strafverfolgung. Die Zielidentität von UZ, Marxistischen Blättern etc. und der DKP nachzuweisen, dürfte auch einem Richter beim Bundesverfassungsgericht nicht schwer fallen.

50) Weserkurier, 28.4.69. Eine materialreiche Darstellung des Konflikts in dem Betrieb gibt die von der Gruppe Arbeiterpolitik herausgegebene Broschüre: Die Auseinandersetzungen in der Kloeckner-Hütte Bremen. Bremen o.J. (1969)

51) Vgl. UZ, 22.5.69, S. 6, und UZ, 5.6.69, S. 6 "Keine Schlappe für die IGM"

52) Aus dem Scheitern der DL hatte die KPD gelernt und den Schluß gezogen, daß ein Bündnis für die Kommunisten nur sinnvoll sein könne, wenn das Minimalprogramm des Bündnisses in den von der KP gesetzten Rahmen der "großen Auseinandersetzungen um die Kernfragen" gestellt wird. Siehe E. Glückauf, Blick auf die Bundestagswahlen, in: FV, 23. Jg., Nr. 8 (309), August-Ausg. 1968

53) Dennoch wurde auch hierbei auf die Image-Pflege der Partei geachtet: Gewerkschaftsfunktionäre und Jugend waren gut vertreten.

54) DKP: Politische Landschaft verändern, in: DVZ, 1.11.68

55) "Die Bundeskonferenz der DKP ... beschließt die Einberufung des Parteitages. Für die Ausarbeitung eines Programms und eines Statuts werden entsprechende Kommissionen gewählt. Der Bundesausschuß wird ermächtigt, alle dazu notwendigen Maßnahmen einzuleiten." (Beschluß über die Vorbereitung des Parteitages, in: Erste Bundeskonferenz der DKP in Offenbach. Arbeitsmaterial, S. 28

56) Siehe FAZ, 11.10.68, "Statthalter für Max Reimann?"

57) DVZ, a.a.O.

58) Neben dem KPD-Programmentwurf lag auch der "Diskussionsbeitrag" der im Januar 68 eingesetzten Statutenkommission vor.

59) DKP-Mitteilungen. Pressekonferenz am 23.1.69. Einleitende Ausführungen von Kurt Bachmann, Sprecher des Bundesausschusses der Deutschen Kommunistischen Partei, S. 5

60) Offiziell gab es bis zum Parteitag keine Mitglieder. Die zukünftigen Genossen zeigten durch "Bereitschaftserklärungen" ihren Willen zur Mitgliedschaft. Allerdings mußten auch diese Erklärungen von den übergeordneten (nicht gewählten) Ausschüssen bestätigt werden, um zur Teilnahme am "innerparteilichen Leben" zu berechtigen.

61) Bachmann behauptet zwar, man habe aus "hunderten von Versammlungen und Foren" "viele Argumente und Hinweise ... bei der Ausarbeitung des Entwurfs der Grundsatzerklärung berücksichtigt" (DKP-Mitteilungen, Pressekonferenz am 23.1.69, a.a.O., S. 1). Da aber die DKP in jener Zeit vorrangig mit werbender Selbstdarstellung beschäftigt war, wurde eine konkretisierende Diskussion kaum und die Organisationsdebatte überhaupt nicht geführt.

62) z.B. mit dem Flugblatt "Moment mal, Kollege", verteilt durch die Landesausschüsse Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, das umfangreiche Auszüge aus dem Entwurf der Grundsatzerklärung wiedergibt.

63) z.B. am 1./2.2.69 in Mainz und Ludwigshafen für Hessen und Rheinland-Pfalz und in Kiel für Schleswig-Holstein. Siehe arbeiterzeitung, 1.2.69 und 8.2.69, und blinkfüer, 3.2.69

64) Wahlordnung Abschnitt I 7). Die Versammlungsleitung bzw. das Präsidium hat das Recht, mit Vertretern der Delegationen aus den Kreisen bzw. Ländern eine Beratung über die Aufstellung der Kandidatenliste ... durchzuführen ... 8). Gibt es gegen die Kandidaten Einwände, so ist darüber abzustimmen, ob der vorgeschlagene Kandidat auf der Kandidatenliste bleibt. Die Abstimmung darüber erfolgt offen. 9). Mitglieder übergeordneter Ausschüsse, die an der Delegiertenkonferenz teilnehmen und nicht Delegierte der betreffenden Konferenz sind, können als Kandidaten ... vorgeschlagen werden. (Beschlüsse der 5. Tagung des Bundesausschusses der Deutschen Kommunistischen Partei, Arbeitsmaterial, S. 5

65) Vgl. Anm. 36)

66) Noetzel, a.a.O., S. 27

67) Antragschluß war der 1.4.69. Am 8.4. wurden die überarbeiteten Entwürfe an die Presse verschickt. Die Delegierten erhielten sie jedoch erst zu Beginn des Parteitages am 12.4.69.

68) Die Verbindlichkeit der Grundsatzerklärung als programmatische Grundlage ist unklar: "Es handelt sich bei dem vorliegenden Entwurf nicht um ein Grundsatzprogramm der DKP". "Detailforderungen gehören nicht in ein Grundsatzprogramm." (Vorschläge der Programmkommission an den Parteitag, Anträge zum Entwurf der Grundsatzerklärung, I, III/8, S. 2 und II, II/37-48, S. 25) Offensichtlich bleibt es der Autorität des Parteivorstandes vorbehalten, den verbindlichen Zusammenhang von Einzelforderungen und Gesamtstrategie zu bestimmen.

69) Nach Informationen von KPI-Journalisten wurde dem öffentlichen Widerspruch gegen die autoritäre Behandlung der Anträge am Vorabend des Parteitages in einem Gespräch zwischen Vertretern der jungen Delegierten und der Parteiführung vorgebeugt.

70) Antrag der Kreismitgliederversammlung Hildesheim-Marienburg: Der Parteitag ist aufgefordert, den in der Grundsatzerklärung benutzten Begriff 'Demokratische Erneuerung' entweder zu verändern oder dahingehend zu präzisieren, daß damit gesagt werden soll, daß es nicht nur um die Erneuerung der bisher vom Monopolkapital abgebauten Rechte und Freiheiten geht. Begründung: Der Begriff - Demokratische Erneuerung - ist unpräzise

und doppeldeutig, weil eine Erneuerung sowohl die Schaffung von etwas noch niemals Dagewesenen sein kann wie auch die Wiederherstellung von früher Vorhandenem. ... Vorschlag an den Parteitag (der Programmkommission): Nicht entsprechen. ... Die genossen lassen außer acht, daß in der gegenwärtigen Phase des Kampfes, eben dem Kampf um die demokratische Umgestaltung als Tagesforderung, es nicht um die Diskussion der Definition der demokratischen Erneuerung geht. Diese Definition läßt keinen Zweifel daran, daß es sich um weitgehende Veränderungen des Klasseninhalts des Staates handelt. (Anträge zum Entwurf der Grundsatzerklärung, I, II/Überschrift, S. 1

71) a.a.O., I, I/19, S. 19, und I, III/8, S. 2

72) Vgl. II, II/1-6, S. 3, und II, II/4, S. 3

73) Vgl. I, II/1, S. 1

74) Grundsatzerklärung, a.a.O., S. 46

75) I, III/8, S. 2, und II, III/6, S. 3

76) H. Mies, Die DKP und der Kampf für Mitbestimmung. Rede auf der Betriebsarbeiterkonferenz der DKP am 1.3.69. Pressemanuskript, S. 10

77) Die DKP kümmert sich nicht darum, daß die Verfasser des Gesetzentwurfs diesen als Mittel zur Verschleierung des Klassenkampfs und zur Verhinderung des Sozialismus einsetzen wollen: "Aus der Begründung wird klar, daß wir uns als gleichberechtigte Partner ansehen. ... Wir wollen auch nicht die bestehende Ordnung beseitigen. Wollten wir das, würden wir ähnlich wie die Kommunisten die sogenannte 'klassenlose Gesellschaft' fordern. Der hauptsächliche Punkt unserer Forderung ist dem aber genau entgegengesetzt." K. Gscheidle in: Tatsachen und Argumente (SPD-Rednerdienst), Nr. 266/69, S. 9

78) Fragen und Antworten, a.a.O., S. 22

79) Vgl. K. Bachmann, Für eine demokratische Erneuerung von Staat und Gesellschaft. Rede auf dem Parteitag in Essen. Pressemanuskript, S. 26, und: Vorschläge der DKP zur Mitbestimmung, Düsseldorf o.J.
Im wesentlichen wird 'vorgeschlagen': Paritätische Mitbestimmung auch in den Vorständen der Großunternehmen und bei allen ökonomisch relevanten Entscheidungen, Freiheit der gewerkschaftlichen und politischen Arbeit im Betrieb, Mitbestimmungsrecht und gesetzlicher Schutz der Vertrauensleute, Bildung von Ausschüssen und Beiräten für demokratische Wirtschaftsplanung.

80) H. Czymek, Eine Strategie zwischen systemgerechter 'Anpassung' und revolutionärer Schwärmerei, in: MB. 1/69, S. 34

81) Ebenda.

82) Die DKP hatte bereits vor dem Parteitag auf einer Betriebsarbeiterkonferenz (am 1.3.69 in Dortmund) die Diskussion der Mitbestimmungsfrage geführt, sodaß dieses entscheidende strategische Problem in Essen weitgehend ausgeklammert werden konnte.

83) Anträge zum Entwurf der Grundsatzerklärung, a.a.O., I, II/27-36, S. 21

84) "Wir entwickeln zunächst unsere grundsätzliche Position zur Mitbestimmung, um dann darzulegen, daß wir als gegenwärtigen ersten Schritt die Forderungen der Gewerkschaften unterstützen." Ablehnungsbegründung der Kommission, a.a.O., I, II/31, S. 22

85) "Wollten die Gewerkschaften konsequent sein, müßten sie in der Tat eine qualifizierte Mitbestimmung auch für die kleinen und mittleren Unternehmen fordern." Mitbestimmung der Arbeitnehmer, ein Leitfaden. Herausgeber DGB-Bundesvorstand, Düsseldorf Nov. 1969, S. 63

86) Vorschlag der Kommission an den Parteitag zum Antrag I, II/46, S. 32

87) a.a.O., I, I/4, S. 5; II, IV/11, S. 3 und 4; II, I/4, S. 3

88) Antrag Stadtteil Düsseldorf-Derenfeld: ... Die Diskussion in der Gruppe hat ergeben, daß eine klare Abgrenzung unserer Forderungen im Aktionsprogramm vom Reformismus nötig ist. Optisch kann der Eindruck entstehen, daß wir uns durch Forderungen, die z.B. auch von der SPD aufgestellt werden, zu wenig vom Reformismus abgrenzen. Der Stellenwert von Reformen in der gegenwärtigen Situation muß daher klargestellt werden. Es muß klar gesagt werden, daß wir nicht Reformen zur Stabilisierung des Systems fordern, sondern aus der Erkenntnis, daß der Sozialismus nicht die Tagesaufgabe ist. Reformen dienen dazu, eine Verschiebung der politischen Macht zugunsten der Bevölkerung zu erreichen, stärkere Positionen für den Klassenkampf zu erlangen und sozialistisches Bewußtsein im Kampf um diese Reformen zu entwicklen.
Die Kommission schrieb dazu: Unsere grundlegenden Forderungen haben tiefgehende antimonopolistische Reformen zum Inhalt. Die propagandistische und theoretische Klärung des Problems der Reformen und des Reformismus kann nicht in einer Grundsatzerklärung erfolgen. Dazu sind Artikel usw. nötig. (Anträge, a.a.O., I, II/Allgemeines, S. 3)

89) Im nächsten Bundestag sind Kommunisten. Spiegel-Gespräch mit K. Erlebach. a.a.O., S. 42

90) Vgl. die Anträge I, P/8, S. 7/8

91) Vorschlag an den Parteitag (der Antragskommission) zu mehreren Anträgen. I, P/8, S. 7

92) I, P/1, S. 3, und II, I/6-7, S. 7

93) I, P/1-2, S. 4

1) "Die DL ... sagte Eberle, ... wolle ... die gesamte außerparlamentarische Opposition, zunächst in Baden-Württemberg, nach der Landtagswahl im gesamten Bundesgebiet, zusammenfassen." in: Allgemeine Zeitung/Mainz, vom 24.11.67
Eberle weist an anderer Stelle darauf hin, welchen Modellcharakter dieses Bündnis für eine legale KPD hat: "Wenn die KPD wieder zugelassen würde, würde sie (die DL - d. Verf.) bestehen bleiben." (in einem Interview mit "Christ und Welt", Stuttgart, vom 8.12.67)
Die Mehrzahl der ADF-Kandidaten in Baden-Württemberg kandidierte bereits für die DL oder war im Bündnis tätig.

2) So sagt ein Redner auf der Gründungsversammlung der DL: "Ich darf als Kommunist erklären, wir wühlen nicht, wir untergraben nicht, wir arbeiten offen und frei." in: Schwäbische Donauzeitung/Ulm, vom 23.11.67
Wie das Bundesinnenministerium, so hält auch die bürgerliche Presse Eberle für "einen fähigen Politiker": "... Eberle, das nützlichste Ärgernis von Stuttgart ... für diejenigen, die seine kommunalpolitische Beschlagenheit und Regsamkeit anerkennen." in: DIE ZEIT vom 23.11.67

3) Schon im Aufruf des Initiativ-Ausschusses wird deutlich, wie die Bündnispolitik der KPD aussieht. Es gibt nur noch eine große Klasse: "Notstandsgegner aus allen Richtungen, Professoren, Sozialdemokraten, Christen und Liberale sind sich einig - ihre Interessen sind auch die der Arbeiter." in: Die Richtung stimmt nicht. Flugschrift des "Initiativ-Ausschusses zur Vorbereitung einer Wahlgemeinschaft der Linksopposition", Stuttgart, 28.10.67

4) FV, Nr. 1 (302), Jan.-Ausg. 1968, S. 4

5) "In dieser Situation keine Alternative anzubieten, würde bedeuten, eine geschichtliche Aufgabe nicht wahrzunehmen. Wir stehen am Beginn einer Linksentwicklung." E. Eberle in: DVZ, Nr. 17/1968

6) Vgl. Archiv der Gegenwart, 1969, 1381 D, und Anm. 26 von Teil A, Kap. I

7) Vgl. offen und frei, Nr. 17/1968, S. 3: "Die Demokratische Linke bekennt sich in ihrem Programm nicht zum Sozialismus. Sie ist keine sozialistische Partei.", sowie FV, a.a.O., wo klar hervorgeht, daß die Avantgarde der Arbeiterklasse noch immer in Gestalt der KPD die einzige Partei ist, die ein sozialistisches Programm haben kann: "Die Demokratische Linke ist das Bündnis der demokratischen Linkskräfte, in dem die Arbeiter die tragende Kraft sind. Sie kann und will nicht einer sozialistischen Zielsetzung dienen, das geht eindeutig aus ihrem Programm hervor."

8) DVZ, 48/1967. - Bei den letzten Landtagswahlen in Baden-Württemberg erhielt die DFU 1,4% der Stimmen. Im Wahlbündnis DL ist sie stark unterrepräsentiert: von 70 Kandidaten stellt sie nicht einmal 20.

9) FV, a.a.O.

10) Da man in den gegenwärtigen Klassenauseinandersetzungen nicht Stellung beziehen kann, behilft man sich mit einem Rückgriff auf die letzten 150 Jahre: "Baden-Württemberg ... früher ein Land ... demokratischer Traditionen." (DL-Programm). Der Hinweis, daß 1849 einige Linksliberale, die das Rumpfparlament der Frankfurter Nationalversammlung in Stuttgart ausmachten, zur Revolution aufriefen und später verjagt wurden, genügt offenbar, um alles, was folgte, als demokratische Tradition auszugeben und die Strategie danach auszurichten.

11) Erich Glückauf, Blick auf die Bundestagswahl, in: FV, Nr. 8 (309), August-Ausg. 1968: "Aber wie Genosse Reimann auf dem 12. ZK-Plenum festgestellt hat, genügt es für die Demokratische Linke nicht, mit einer Fülle von Teilforderungen - und seien sie auch noch so berechtigt - aufzutreten, wenn die großen Auseinandersetzungen um die Kernfragen vernachlässigt werden."

12) Eberle, Zum Ausgang der Landtagswahlen in Baden-Württemberg, in: Mitteilungen der DL 4/68, S. 5: "Wichtig ist die Unterstützung aller Bestrebungen zur einheitlichen Front gegen den Neonazismus. Und zu dieser Front gehören auch die sozialdemokratischen, viele freidemokratische und auch christdemokratische Wähler."

13) "Wir Kommunisten sind sicher, daß die Erfahrungen in der Klassenauseinandersetzung, die von der Arbeiterschaft und der Jugend jetzt gesammelt werden, das politische Gesicht der Bundesrepublik verändern." in: FV, Nr. 6 (307), Juli-Ausg. 1968, S. 9

14) Programm der DL zu den Landtagswahlen 1968 in Baden-Württemberg, 22.11.1967, Stuttgart o.J. (auszugsweise in: N. Ryschkowsky, Die linke Linke, München 1968, S. 169 ff.)

15) Hitzer, Die Funktion eines demokratischen Wahlbündnisses, in: Kürbiskern 4/68, S. 660

16) DL-Programm, a.a.O.

17) Eberle, LV der DL, Zum Ausgang der Landtagswahlen ..., a.a.O., S. 5

18) DL-Programm, a.a.O.

19) a.a.O.

20) Flugblatt der DL in Freiburg

21) DL-Programm, a.a.O.

22) DVZ, 16/19.4.68

23) DL-Programm, a.a.O.

24) Vgl. Richtlinien der ADF-NRW zur Führung des Bundestagswahlkampfes in NRW. Auszüge in: ROTE KORRESPONDENZ (des Spartakus-AMS), Nr. 5, S. 1810 ff.

25) Hitzer, a.a.O., S. 661

26) Eberle in einem Interview mit der "Weltwoche" vom 26.1.68

27) Matthiessen, Warum wir uns an der Wahl beteiligen, in: ADF-Dokumentation zur Ratstagung am 17.5.69, Düsseldorf 1969, S. 14

28) Mitteilungen der DL 3/68. Die Konzeption, die von der ADF für Nordrhein-Westfalen für den Wahlkampf entwickelt worden ist, stellt eine mehr oder weniger originelle Kopie der Methoden des Wahlkampfes in Baden-Württemberg dar. Vgl. Rote Korrespondenz, a.a.O.

29) Hitzer, a.a.O.

30) Mitteilungen der DL 3/68, S. 5

31) DL-Programm, a.a.O. Bezeichnend für die bewußte Manipulation, die mit diesem Programmsatz getrieben wird, ist die Antwort Eberles auf einer Versammlung im April 68, wo er sagt, daß dieser Passus n a c h der Wahl zurechtgerückt würde. (Vgl. FAZ, 6.4.68, die dieses "Zugeständnis" für demokratische Konzilianz hält.)

32) Eberle, vgl. Anm. 12)

33) offen und frei, 8. Jg., Nr. 17, S. 3

34) Vgl. Rote Korrespondenz, Nr. 5, S. 1810 ff.

35) DL-Programm, a.a.O.

36) Habermas, Protestbewegung und Hochschulreform, Frankfurt/M 1969, S. 169

37) Rechenschaftsbericht des SDS-BV, in: Dokumente zur 23. ordentlichen Delegiertenkonferenz des SDS, 12.-16. September 1968, Marburg 1968, S. 10

38) Nachbetrachtungen zur Landtagswahl in Baden-Württemberg, in: DVZ vom 28.6.68

39) Manfred Vosz in einem PS zu einem Beitrag von Karsunke über das Wahlbündnis 1969, in: Kürbiskern 4/68, S. 673

40) Vgl. "Entwicklung des Heidelberger SDS seit Juni 1967", Auszug abgedruckt in: Dokumente der 23. o. DK des SDS, a.a.O., S. A 83 ff.

41) Oskar Negt, Die Neue Linke und die Institutionen, in: Konkret 14, 30.6.69, S. 17

42) offen und frei, 32/68, S. 2

43) "Die Provokation als permanente Methode wird letzten Endes nicht das Bewußtsein der Mehrheit mobilisieren, sondern dazu führen, daß es vom Faschismus organisiert wird." Jakob Mader (Fr. Hitzer), Aktion und politische Strategie, in: Kürbiskern 3/68, S. 457

44) FAZ vom 6.4.68

45) DVZ vom 19.4.68

46) Mitteilungen der DL 4/68, S. 7 f. In derselben Ausgabe ist ein Beschluß des LV abgedruckt, der für eine Beteiligung an den Kommunalwahlen sich entschieden hat. (Eberle: "Ich nehme an, daß wir alle für die Beteiligung sind", ebenda, S. 6)

47) DKP Landesvorstand Rheinland-Pfalz. Beschlüsse der Landesdelegiertenkonferenz der DKP Rheinland-Pfalz. Hektografiert, o.O.u.J. (1969), S. 6

48) DKP-Wahlergebnisse guter Start zur Bundestagswahl. UZ, Regionalausg. Rheinland-Pfalz, 12.6.69, S. 10

49) Fülberth/Deppe, Parlamentarismusdebatte und Wahlverhalten. Anmerkungen zur Diskussion um den Bundestagswahlkampf und die Beteiligung an Kommunalwahlen. sh, 7. Jg., Nr. 8 (Aug. 69), S. 427-33

49a) Entwicklung des Heidelberger SDS seit Juni 1967 Auszug in: Dokumente des 23. o. DK des SDS, S. A 83 ff.

50) Kommunalpolitisches Programm der DKP Idar-Oberstein. Hrsg. vom DKP-Ortsverband Idar-Oberstein. Idar-Oberstein 1969, S. 12

51) Ebenda, S. 8

52) R. Steigerwald, Zur Rolle der marxistischen Partei in der gegenwärtigen antifaschistisch-demokratischen Bewegung der Bundesrepublik. MB, 3/69 (Mai/Juni 1969), S. 30 ff., bes. S. 36

53) Kommunalpolitisches Programm, a.a.O., S. 7 f. und: Handzettel, DKP kandidiert erstmals bei den Stadtratswahlen in Mainz. DKP Mainz 1969

54) Kommunalpolitisches Programm, a.a.O., S. 2

55) Ebenda, S. 13

56) Handzettel, DKP kandidiert erstmals ... , a.a.O.

57) Vgl. Anm. 56)

58) Vgl. Anm. 56)

59) Handzettel, DKP kandidiert erstmals ..., a.a.O., S. 3

60) W. Hofmann, Demokratische Alternative, in: DVZ, 5.7.68

61) Als wichtigste Organisationen sind beteiligt: DKP, DFU, Bund der Deutschen (BdD), einige RCs, Naturfreunde.

62) K. Bachmann, Das Problem der Nation nicht den Neofaschisten überlassen, in: Dokumentation der ADF zur Ratstagung in Bonn am 17.5.69. Düsseldorf o.J. (1969)

63) Adamo/Rödl, Bundestagswahl - Bestandteil des Klassenkampfes, in: MB 3/69, S. 3

64) Matthiessen, Warum wir uns an der Wahl beteiligen, a.a.O., S. 14

65) Adamo/Rödl, a.a.O., S. 3/4

66) Matthiessen, a.a.O., S. 14

67) Zur Kritik einer Wahlbeteiligung vgl. Geissler/Karsunke, Wahlen als Alternative? in: Kürbiskern 4/68, S. 664

68) Adamo/Rödl, a.a.O., S. 2

69) R. Opitz, Außerparlamentarische Bewegung und Parlament, in: Dokumentation zum Dortmunder Wahlkongreß am 2.11.68. Frankfurt/M 1968

70) Vgl. "Richtlinien der ADF-NRW zur Führung des Bundestagswahlkampfes in Nordrhein-Westfalen", a.a.O.

71) "... wir werden sie (die Wahlen) benutzen als Hebel zur Entwicklung von Kritik, Kontrolle, Öffentlichkeit, zur Entfaltung von gesellschaftlicher Gegenmacht auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens. ... Wir werden überall, wie es auch in unserem Aktionsprogramm formuliert worden ist, die Formen der Selbsttätigkeit entwickeln und jene schwere Kunst erlernen, das Nächstliegende, das Einfache, das Überfällige zu tun. Wir werden auch einen Wahlkampf einordnen in das strategische Konzept einer offensiven Reform." Vgl. W. Hofmann, Ein Abgrund trennt die Herrschenden vom Volk, in: Dokumentation zum Dortmunder Wahlkongreß, a.a.O.

72) Zur Beunruhigung der Beruhigten, in: DVZ vom 30.5.69

73) "Wir haben gesellschaftliche Gegenmacht entwickelt, indem wir in allen 248 Wahlkreisen der BRD Kandidaten des Aktionsbündnisses nominiert haben." Pfarrer H. Werner, Die Lebensfragen nach vorn, in: Dokumentation der ADF zur Ratstagung, a.a.O., S. 3

74) Vgl. "Richtlinien", a.a.O., S. 1812, wo von "örtlichen Fragen" die Rede ist, wobei die spezifische Rolle der Arbeiterklasse im Kampf für den Sozialismus aufgeht in "Fragen, die große Teile unserer Bevölkerung betreffen, wie anstehende Lohnbewegungen, Preis-, Mieten und Steuerpolitik, Kriegsopferprobleme, Fragen der Kriegsdienstverweigerung, Probleme der bäuerlichen und mittelständischen Kreise, Schul- und Bildungsfragen, örtliche und regionale Praktizierung von Notstandspolitik und Militarisierung ..."

75) Werner, Die Lebensfragen nach vorn, a.a.O., S. 4

76) Ebenda

77) Matthiessen, a.a.O.

78) R. Scheringer, Was sagen die Menschen zu uns? , in: Dokumentation zur Ratstagung, a.a.O., S. 18

79) Scheringer, ebenda: "CSU ist nicht CSU. Der Christ z.B., der ein Bauer ist und CSU gewählt hat, das ist der Mann von morgen, den wir ja gewinnen wollen. Sonst können wir ja gleich aufhören! Mit den Sozialdemokraten, die ja Arbeiter sind, ist es genauso. Wir müssen hier sogar noch schärfer differenzieren, und ich bin auch der Meinung, daß wir sogar gegenüber der NPD differenzieren müssen."

80) H. W. Maas, Beitrag zur Strategie-Diskussion, in: DVZ, 9.5.69

81) K. Schröder, Warum auch die super-linken Antiautoritären sich an den Wahlen beteiligen sollten, in: DVZ, 25.4.69

82) "Dem Auftreten demokratischer Abgeordneter im Parlament kommt die Bedeutung zu, den außerparlamentarischen Kräften immer neue Impulse zu geben und durch ihren Einsatz den Spielraum zu vergrößern." Matthiessen, a.a.O.

83) Schröder, a.a.O.

Teil B, Kapitel I

1) Willy Brandt in der Frankfurter Rundschau vom 11.11.67.

2) Gruß euch, Genossen der Nachhut, in: was tun vom 28.10.68, S. 2

3) Vgl. die Erklärung des BA zur Neukonstituierung einer Kommunistischen Partei, in: Die Wahrheit vom 4.10.68, S. 4

4) Kurt Erlebach in "Der Spiegel" Nr. 43 vom 21.10.68.

5) Programmentwurf der Kommunistischen Partei Deutschlands, Frühjahr 1968, S. 33 f.

6) a.a.O., S. 45

7) a.a.O., S. 38

8) a.a.O., S. 20

9) a.a.O.

10) Friedrich Engels, Kritik des sozialdemokratischen Programmentwurfs 1891, MEA, Bd. 22, S. 234

11) Grundsatzerklärung der DKP (Entwurf), Düsseldorf 1969, S. 6 f.

12) Grundsatzerklärung der DKP, beschlossen auf dem Essener Parteitag der DKP am 12./13. April 1969, hrsg. vom Parteivorstand, Düsseldorf 1969, S. 21

13) a.a.O., S. 30

14) a.a.O., S. 37 ff.

15) a.a.O., S. 35

16) Kurt Bachmann, Einig handeln für demokratische Erneuerung von Staat und Gesellschaft. Referat, gehalten auf dem Essener Parteitag der DKP, hrsg. vom Parteivorstand, Düsseldorf 1969, S. 31

17) Johannes Agnoli, Die Transformation der Demokratie, Frankfurt/M 1968, S. 76 f.

18) Beschlußprotokoll der außerordentlichen Delegiertenkonferenz des SDS vom 29.-31. März 1968, Antrag Berlin (Frankfurt/M 1968)

19) a.a.O., Antrag des Bundesvorstandes

20) Max Horkheimer, Der autoritäre Staat, in: Walter Benjamin zum Gedächtnis, hrsg. vom Institut für Sozialforschung, Los Angeles 1942, S. 134 f.
Diese Theorie des autoritären Staates spielte innerhalb des SDS eine bedeutende Rolle, weil aus diesem Theorem abgeleitet wurde, daß keine Klassenkämpfe mehr stattfinden, sondern die "radikalen Humanisten" nun den Staat direkt angreifen müßten, um in einer "Propaganda der Tat" die Verweigerung der "Menschen" dem "unmenschlichen" System gegenüber einzuleiten. Die Theorie der formierten Gesellschaft fand ihre "materielle" Begründung in Habermas' Aufsatzsammlung "Theorie und Praxis. Sozialphilosophische Studien, Neuwied 1963" (hier S. 192 ff.), wo er eine grundlegende Revision des Marxismus vornimmt und behauptet, Marx habe selbst das Ende der Klassengesellschaft in den "Grundrissen der Kritik der politischen Ökonomie" angedeutet; die wertschaffende Maschinerie schafft die Grundlage der modernen Industrie, die alle Bedürfnisse befriedigen kann und alle Klassenschranken abbaut. Nicht Klassenkämpfe kennzeichnen die Industriegesellschaft, sondern der mutige Kampf des Einzelnen im "Apparat" verhindert die totalitäre Herrschaft. Vgl. dazu auch Wolfgang Müller, Habermas und die Anwendbarkeit der Arbeitswerttheorie, in: Sozialistische Politik, 1. Jg. Nr. 1, Westberlin 1969, S. 39 ff.

21) Rudi Dutschke, in: Rebellion der Studenten oder die neue Opposition, Reinbek b. Hamburg 1968, S. 47

22) Horkheimer, a.a.O., S. 123

23) Dutschke, ebenda

24) Diese Position formulierte Thälmann bereits zwischen 1931 und 1933, als die Revision der kommunistischen Klassenkampftheorie vorgenommen wurde. Vgl. Ernst Thälmann, Kampfreden und Aufsätze, Berlin o.J., S. 36. Diese Revision fand in der Volksfronttaktik nach 1935 und nach 1945 ihre Bestätigung (eine Ausnahme bildet allerdings die kurze Spanne des kalten Krieges zwischen 1948 und 1953).

25) Die Funktion des Beispiels der Sowjetunion für die Klassenkämpfe in Westeuropa wird vor allem von Bucharin in die Theorie des "Monopolkapitalismus" eingebaut. Vgl. dazu Bucharin, Die kapitalistische Stabilisierung und die proletarische Revolution, Moskau 1927.

26) Dutschke, a.a.O., S. 51 f. und S. 61

27) a.a.O., S. 91. Dieser Aufsatz von Dutschke ist die ausgearbeitete Form seines auf der 20. Delegiertenkonferenz des SDS gegen die "Traditionalisten" gehaltenen Referates. Auf dieser Konferenz nach dem 2. Juni 1967 setzte sich die radikale Aktionsstrategie der "Antiautoritären" auch theoretisch durch.

28) Frank Deppe, Parlamentarismus, parlamentarische Aktion, sozialistische Politik, in: Neue Kritik, 8. Jg. Nr. 44, Frankfurt/M 1968, S. 60. Deppes Aufsatz ist das theoretische Gegenreferat zur Position Dutschkes.

29) a.a.O., S. 53 f.

30) Diese Interpretation des linken Kommunisten L. Rudas aus der Zeitschrift "Kommunismus" vom 14. Dezember 1920, wo die Richtlinien des II. Weltkongresses der KI in die Form des "revolutionären Parlamentarismus" gekleidet werden, weist hin auf die zentrale Diskussion, die der SDS anläßlich der außerordentlichen Delegiertenkonferenz über den Parlamentarismus mit einer Broschüre über die Parlamentarismusdebatte fortsetzte und in der die radikale Haltung des SDS in den Kontext der Theorie der linken Kommunisten gestellt werden sollte. Vgl. Parlamentarismusdebatte (Pannekoek, Lukacs, Friedländer, Rudas), Oberbaumpresse, Westberlin 1968. Das Zitat von Rudas ist S. 88 dieses Bandes entnommen.
Die Position Lenins wird auf dem II. Kongreß nicht so deutlich; in einem Brief an die österreichischen Kommunisten zeigt sich aber, daß Rudas und wir Lenin keine Gewalt angetan haben, wenn wir den revolutionären Parlamentarismus wie folgt charakterisieren:
"Wir Kommunisten gehen in das bürgerliche Parlament, um auch von dieser Tribüne des durch und durch verfaulten kapitalistischen Systems den Betrug, der an den Arbeitern, den werktätigen Massen verübt wird, zu enthüllen. ... Solange wir noch nicht die Kraft haben, dieses bürgerliche Parlament auseinanderzujagen, müssen wir von innen wie von außen dagegen arbeiten. Solange irgendeine bedeutende Anzahl Arbeitender - nicht nur Proletarier, sondern auch Halbproletarier und Kleinbauern - dem bürgerlich demokratischen Mittel des Betrugs der Bourgeoisie an den Arbeitern vertraut, müssen wir diesen Betrug entlarven, und zwar eben von jener Tribüne herab, die die zurückgebliebenen Schichten der Arbeiter ... am meisten maßgebend und autoritativ betrachten. ... Ohne dies 'Wissen' kann das Proletariat die Aufgaben der proletarischen Diktatur nicht erfolgreich lösen." (Lenin, Bd. 31, S. 256)

31) Deppe, a.a.O., S. 63

32) Programmentwurf der KPD, a.a.O., S. 4

33) R. Opitz, Außerparlamentarische Bewegung und Parlament, in: Dokumentation zum Dortmunder Wahlkongress am 2.11.68. Frankfurt/M. 1968

1) Siehe Franz Oppenheimer, Die soziale Frage und der Sozialismus, Berlin 1919, S. 128

2) Rudolf Stammler, Wirtschaft und Recht, Leipzig 1906, 2. Aufl. 1914, S. 319: "Alles sozialwirtschaftliche Handeln der Menschen besteht überhaupt nur als bestimmt geregeltes, und jede rechtliche Norm geht inhaltlich auf ein gewisses menschliches Zusammenwirken. Und in diesem einheitlichen und sozialen Leben ist die Scheidung in ökonomisches und politisches Moment nur relativ, aber andererseits auch in dieser vergleichsweisen und resignierten Begriffsabteilung notwendig überall zu machen." Das "soziologische Gesetz", das Stammler entdeckt, verspricht, daß nicht die kapitalistische Produktionsform die Klassenverhältnisse geschaffen hat, sondern der Staat die ökonomischen Verhältnisse produziert hat. Noch klarer wird an diesem Punkt der bürgerliche Soziologe Max Weber, der die Erfahrungen des I. Weltkrieges zu einem soziologischen Gesetz zusammenfaßt. Die "politische Gewalt" hat durch die Rationalisierung des Konsums, durch die Produktionskontrolle, durch die Preisverordnungen einen entscheidenden Einfluß auf die nationale Wirtschaft. Max Weber bemüht sich weiter zu beweisen, daß das rationale Wirtschaften nicht durch die ökonomischen Verhältnisse beeinflußt ist, sondern rationalen Prinzipien folgt: "Wie verkehrt es ist, gerade für die Wirtschaft in Anspruch zu nehmen, daß sie begrifflich nur Mittel sei - im Gegensatz zum Staat usw. - erhellt schon daraus, daß man gerade den Staat n u r durch das Angeben des von ihm heute monopolistisch verwendeten Mittels (Gewaltsamkeit) definieren kann."

3) Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, Berlin 1964, S. 44 ff.

4) Ähnlich auch Werner Sombart, Der moderne Kapitalismus, Bd. II, S. 1016

5) Klaus Offe, Politische Herrschaft und Klassenstrukturen. Zur Analyse spätkapitalistischer Gesellschaften. Berlin 1969.
Eine "funktionale Erklärung" des "Systems" folgert Offe aus den drei Aufgaben des Staates: 1. Die Erhaltung der ökonomischen Stabilität, 2. die Festlegung der außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Beziehungen und 3. die Sicherung der Massenloyalität. Der Staat ist eine "rationale Administration". Die Stabilitätsvoraussetzungen schaffen ein konzentrisches Prioritätenschema, das sich nach den Dringlichkeitsstufen der gesellschaftlichen Bedürfnisse und Problembereiche richtet, die den Gesamtzusammenhang gewährleisten. Nur mit dieser funktionalen Gewichtung entdeckt Offe repressive Elemente in diesem "rationalen System". Im "regulierten Kapitalismus" folgen die Ungleichzeitigkeit und das Konfliktschema einer horizontalen Ebene der Disparitäten der Lebensbereiche einzelner Situationsgruppen. An diesem Punkt hat der sentimentale Soziologe den rationalen Soziologen Max Weber übertroffen: Zwar ist die technologische Politik rational, aber um diesen "technischen Apparat zu "vermenschlichen", ist die moralische Rebellion gerechtfertigt.

6) Karl Marx, Theorien über den Mehrwert, Teil 3, Berlin 1962, S. 499

7) R. Hilferding, Das Finanzkapital, Berlin 1948, S. 557: "Sobald das Finanzkapital die wichtigsten Produktionszweige unter seine Kontrolle gebracht hat, genügt es, wenn die Gesellschaft durch ihr Vollzugsorgan, den vom Proletariat eroberten Staat, sich des Finanzkapitals bemächtigt, sofort die Verfügung über die Produktionszweige zu erhalten."
(Hilferding war 1923 in der Koalitionsregierung und 1928 in der sozialdemokratischen Regierung Finanzminister.)
Vgl. auch R. Hilferding, Realistischer Pazifismus, in: Die Gesellschaft, 1924, Bd. 2.

8) Karl Renner, Marxismus, Krieg und Internationale, Stuttgart 1918, S. 34. Renner ist wie Hilferding, Max Adler und Otto Bauer Repräsentant des Austromarxismus. Diese marxistische Schule beschränkt die Analyse des Kapitalismus auf abstrakte Akkumulationsgesetze, um aus der Akkumulation des Kapitals die forcierte Industrialisierung und hieraus den stärkeren Einfluß der Banken und des Staates auf die Wirtschaft abzuleiten. Da mit dem Eintritt der Sozialdemokratie in Koalitionsregierungen der Staat demokratisch gestaltet wird, ist nach der Einsicht dieser Theoretiker die Garantie gegeben, daß zwischen dem Imperialismus und dem Sozialismus die Etappe der Demokratie liege, in der auf demokratischem Weg die Gesellschaft in den Sozialismus "hineinwachse". Die Theorie der KPD vom demokratischen Weg der Entwicklung ist eine Reproduktion dieser reformistischen Theorie, die lediglich für den Prozeß der Akkumulation noch marxistische Begriffe benutzt, die aller Klassenkampfdialektik entledigt sind.

9) Rudolf Wissel, Der Aufbau der Gemeinwirtschaft, Berlin 1919, S. 10. (Wissel war zu dieser Zeit sozialdemokratischer Minister.)

10) R. Hilferding, Probleme der Zeit, in: Die Gesellschaft, Bd. 1, 1924, S. 34.

11) R. Hilferding, Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Republik. Protokoll, Sozialdemokratischer Parteitag. Kiel 1927, S. 169.

12) Der sozialdemokratische Theoretiker Karl Kautsky "erweiterte" den Austromarxismus noch in eine Naturdialektik der Entwicklung vom Einzeller über den Vielzeller bis zur menschlichen Gesellschaft. (Vgl. etwa: Der Imperialismus, Neue Zeit, 1913/14, S. 921.) Diese naturgesetzliche Gewißheit machte ihn zum überzeugten Demokraten. Der Kommunismus und der Klassenkampf war für ihn eine archaische Kampfform. Vor 1910 hatte er auf die Linken in der internationalen Sozialdemokratie, auch auf Lenin, einen starken Einfluß. Durch seine Vermittlerrolle zwischen Revisionismus und revolutionärem Marxismus wurde die Sozialdemokratie als einheitliche "Bewegung" zusammengehalten und der Marxismus in eine Rechtfertigungsideologie einer Integrationstaktik in die bürgerliche Demokratie verwandelt. Siehe dazu Karl Korsch, Die materialistische Geschichtsauffassung, Leipzig 1929, Trotzki, Terrorismus und Kommunismus, Berlin 1920, und Lenin, Antikautsky, 1920.

13) Entwurf. Grundsatzerklärung der Deutschen Kommunistischen Partei. Dortmund 1969, S. 9.

14) Autorenkollektiv (Hemberger/Maier/Petrak/Reinhold/Schwank), Imperialismus heute, 5. Aufl. Berlin 1968, S. 341.
Dieses Werk bringt die materialistische Begründung des KPD- und DKP-Programms und wiederholt in allen Punkten den sozialdemokratischen Revisionismus der Weimarer Republik, allerdings in Kautsky'scher Form: die Integrationstaktik in die monopolkapitalistische Gesellschaft ist verborgen hinter marxistischen Begriffen. Diese Theorie kann als reine Rechtfertigungsideologie des Aufbaus des Sozialismus im sozialistischen Lager angesehen werden. Sozialismus ist nur noch technokratische Anweisung der höheren Produktivität und rationaleren Konsumverteilung. Das qualitative Moment des Absterbens des Staates und der Abschaffung von Herrschaft wird nur noch mit technologischen Kategorien beschrieben. Kein Wunder, wenn diese Ideologen glauben, in 20 Jahren den Monopolkapitalismus technisch und damit ökonomisch überholt zu haben. Die Parole der "friedlichen Etappe" des demokratischen Kampfes verdeutlicht, daß auch die Kommunisten den Klassenkampf für eine archaische Kampfform halten und an die Vernunft bzw. die Rationalität des monopolkapitalistischen Systems glauben.

15) Ebenda, S. 228.

16) Ebenda, S. 728.

17) Karl Marx, Lohn, Preis, Profit. Marx/Engels, ausgewählte Schriften, Bd. 1, Berlin 1964, S. 399.
(Im Bürger Watson karrikiert Marx die zukünftigen "Marx-Überwinder". Vgl. auch Kapital, Bd. 1, S. 344, und Bd. 2, S. 827.)

18) Karl Marx, Entwurf zum Bürgerkrieg in Frankreich, MEW, Bd. 17, S. 544: "... Beseitigung der Täuschung, daß Verwaltung und politische Leitung Geheimnisse wären, transzendente Funktionen, die nur in den Händen einer ausgebildeten Kaste - Staatsparasiten, hochbezahlte Sykophanten und Sinekuristen in den höheren Stellungen anvertraut werden könnten, die die Gebildeten der Massen aufsaugen und sie in den unteren Stellungen der Hierarchie gegen sie selbst kehren. Beseitigung der Staatshierarchie überhaupt und Ersetzung der hochfahrenden Beherrscher des Volkes durch seine jederzeit absetzbaren Diener ..."

19) Ernest Mandel, Marxistische Wirtschaftstheorie, Frankfurt 1968, S. 530.

20) Vgl. J. Agnoli, a.a.O., S. 19 ff.

21) a.a.O., S. 33.

22) Ernest Mandel, Die EWG und die Konkurrenz Europa-Amerika, 3. Aufl. Frankfurt 1968, S. 43.

23) a.a.O.

1) Die Schrift "Imperialismus heute" ist selbst für den historischen Teil mit Vorsicht heranzuziehen, weil schon für den monopolkapitalistischen Staat in der Weimarer Republik die Funktion der "rationalen" Verstaatlichung der Produktion unterstellt wird, um die Thesen über die "rationale Administration" Staat für die monopolkapitalistische Herrschaft in der Bundesrepublik beweisen zu können. Die Klassenkämpfe in der Weimarer Republik finden kaum Beachtung, und die strategischen und taktischen Fehler der KPD bleiben vollkommen unerwähnt; vgl. Imperialismus heute, a.a.O.

2) Ebenda, S. 23

3) K. Marx, Kritik des Gothaer Programms, Moskau 1941, S. 32

4) A. Rosenberg, Geschichte der Weimarer Republik, Bd. 1, Frankfurt/M 1961, S. 15

5) Karl Liebknechts Versuch, durch parlamentarische Reden außerparlamentarische Massenaktionen einzuleiten, war schon zwischen 1910 und 1914 gescheitert, wo sein Auftreten im Parlament nicht der Anstoß für Massenaktionen wurde. Siehe K. Liebknecht, Gesammelte Reden und Schriften, Bd. V und VI, Berlin 1963.

6) Johann Plenge, 1789 und 1914 – die symbolischen Jahre in der Geschichte des politischen Geistes, Berlin 1916

7) Karl Korsch, Arbeitsrecht für Betriebsräte (1922), Frankfurt/M 1968, S. 39

8) Ebenda, S. 57

9) Die Kommunistische Arbeiterpartei (KAPD) spaltete sich 1920 von der KPD ab. Sie sprach sich entschieden gegen die parlamentarische Taktik und für revolutionäre Massenaktionen aus. Organisiert war sie auf Betriebs- und Branchenebene in allgemeinen Unionen. In den Jahren 1921 und 1923 wurde sie in den revolutionären Kämpfen fast vollständig von der Konterrevolution aufgerieben. Da sie in ihrem theoretischen Selbstverständnis vom Zusammenbruch des Kapitalismus ausging, konnte sie sich auf eine Periode der "Atempause" nicht einstellen. Ab 1923 sank ihr Einfluß in der deutschen Arbeiterklasse sehr schnell. Als Arbeitersekte bestand die KAPD bis 1933. Vgl. dazu die Marburger Dissertation von Bock (1969) und den Roman von Karl Schröder (1930) 'Jan Beek', in dem das revolutionäre Bewußtsein der KAP-Arbeiter gut beschrieben wird.

10) K. Korsch, a.a.O., S. 120

11) Ebenda, S. 139

12) Arkadij Gurland, Technological trends and economic structure under National Socialism, in: Zeitschrift für Sozialforschung, 1942, S. 232

13) Karl-Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie. Stuttgart-Düsseldorf 1955, S. 215 ff. und 220

14) Imperialismus heute, a.a.O., S. 63 ff.

15) Kommunistische Internationale, IV, 23, 1822, S. 139

16) Ebenda, S. 118

17) Heinrich Brandler, Bericht des 8. Parteitags der KPD, Berlin 1923, S. 331

18) Radeks Schlageter Rede, eine Rede für den "mutigen Sohn der Konterrevolution", den "Wanderer ins Nichts", der während der Ruhrbesetzung von französischen Truppen erschossen wurde. Damit versuchte Radek einen nationalbolschewistischen Kurs in Deutschland zu verstärken, der die nationalistische Intelligenz auf die Seite der Kommunisten ziehen sollte.

19) Karl Radek, Kommunistische Internationale, II, 19, S. 68

20) Karl Radek, Die Offensive des Weltkapitals und die Taktik der Kommunistischen Internationale, Hamburg 1923, S. 28/30

21) Der IV. und V. Weltkongreß waren die Etappen der Integration der kommunistischen Parteien in die Politik der KPdSU; siehe Internationalismus–Thesen.

22) Radek, ebenda, S. 33

23) Die Sozialfaschismustheorie tauchte bereits Ende 1923 auf, und sie verstand die Rolle der Sozialdemokratie nicht mehr als objektiv revisionistisch, sondern als objektiv konterrevolutionär. Nach dieser Vorstellung lieferte die Sozialdemokratie dem monopolkapitalistischen System die Massenbasis.

24) Die KPD, die einzige Arbeiterpartei in Dawes-Deutschland. Thesen zur politischen Lage und Aufgaben der KPD. Berlin 1925, S. 33

25) Ebenda, S. 7/8

26) Eugen Varga, Wege und Hindernisse der Weltrevolution; Heinrich Brandler, Wege der kapitalistischen Entwicklung; Nikolai Bucharin, Die kapitalistische Stabilisierung und die proletarische Revolution; alle Hamburg-Berlin 1926

27) Bucharin, ebenda, S. 53

28) Bucharin, Protokoll des EKKI, Hamburg-Berlin 1926, S. 39

29) Bucharin, Kapitalistische Stabilisierung, a.a.O., S. 104/105

30) Die Definition des Sozialfaschismus gibt Paul Merker in der Internationale, 1930, Heft 3, S. 66: Je mehr die Kommunisten die Arbeiter und Bauern und Kleinbürger mobilisieren, "desto demagogischer und scheinradikaler

wird das demagogische Auftreten der linken Sozialfaschisten Levi, Saupe Graf und ihrer Helfershelfer, der Brandler, Thalheimer, Walcher und Enderle, desto demagogischer und auch gewalttätiger wird das Auftreten der Kader der nationalfaschistischen Bewegung". Nicht nur, daß die rechten Sozialdemokraten mit den unabhängigen Kommunisten identisch gesetzt werden, Sozialdemokraten und Faschisten sind für diese Theoretiker eine Einheit: "Diese Entwicklung ergibt sich aus den vitalen Interessen all der Schichten, die die soziale Basis der sozialfaschistischen und nationalfaschistischen Bewegung sind. Die Basis des Sozialfaschismus ist die gekaufte, korrumpierte und verräterrische arbeiteraristokratische Oberschicht der proletarischen Klasse, die eine Anzahl gutbezahlter Staats- und sonstiger Funktionen in der bürgerlichen Gesellschaft, in den Gewerkschaften und Genossenschaften und in den sonstigen proletarischen Organisationen innehaben und deren Existenz unabänderlich verbunden ist mit der Erhaltung und Sicherung der Herrschaft des Finanzkapitals."

31) Ernst Niekisch, Die Legende der Weimarer Republik, Köln 1968, S. 161

32) Die Position Breitscheids und Hilferdings ist besonders kennzeichnend für die Theorie der Tolerierung.

33) Leitsätze über die Einheitsfronttaktik, These 6, 1921, S. 15

34) Siehe Tjaden, Die Kommunistische Partei (Opposition), Meisenheim 1965

35) Ernst Thälmann, Volksrevolution über Deutschland. Rede des Genossen Thälmann auf dem Plenum des ZK der KPD, 15.–17. Jan. 1931. Berlin 1931, S. 7

36) Ebenda, S. 17

37) Internationale Pressekorrespondenz vom 7. Dez. 1930

38) Ernst Thälmann, XI. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, April 1931. Internationale Pressekorrespondenz, 5. Juni 1931, S. 1207

39) Ossip K. Flechtheim, Geschichte der KPD, Offenbach 1948, S. 281–284

40) Ernst Thälmann, Volksrevolution, a.a.O., S. 32

41) Der Klassenkampf, Heft 2, 6. Jg., S. 45. Diese Tatsache wird eingestanden in "Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", Bd. IX, S. 106 ff.

42) Die Kommunistische Internationale. Dokumentation von H. Weber, S. 276

43) Heinrich Regius (Max Horkheimer), Dämmerung, Zürich 1934, S. 125 ff.

44) Breitscheid auf dem Leipziger Parteitag der SPD, Juni 1931. Protokoll, Berlin 1931, S. 103

LITERATUR

I. Zeitungen und Zeitschriften

apo press
Informationen für die Außerparlamentarische Opposition.
München 1968, 1969

Arbeiterpolitik
Hrsg.: G. Kuhlmann, Bremen-Huchting, Brügger Str. 14
Bremen 1968, 1969

arbeiterzeitung (az)
Frankfurt/M, 10. u. 11. Jg. (1968, 1969)
Eingestellt im März 1969.

Berliner Extra Dienst
Westberlin 1968, 1969

Blätter für deutsche und internationale Politik
Köln, XII.–XIV. Jg. (1967–1969)

blinkfüer
Sozialistische Wochenzeitung.
Hamburg, 17. u. 18. Jg. (1968, 1969)
Eingestellt im März 1969.

BMI Informationen
Bonn 1969

Bonner Korrespondenz
Hrsg.: Anton Preckel
Bonn, 12.–14. Jg. (1966–1969)
(KPD/DKP-offiziöser parlamentarisch-politischer Informationsdienst)

Deutsche Volkszeitung (DVZ)
Düsseldorf, 15.–17. Jg. (1967–1969)
(BdD/DFU/ADF-offiziöse Wochenzeitung)

elan
Magazin für junge Leute.
Frankfurt/M 1968, 1969
(SDAJ-nahe Monatszeitschrift)

Facit
Zeitschrift marxistischer Studenten.
Köln 1967–1969

Frankfurter Rundschau (FR)
Frankfurt/M, 23.–25. Jg. (1967–1969)

Freies Volk (FV)
Zentralorgan der KPD.
21. 23. Jg. (1966–1968)

Gegen den Strom
Gegen Sozialdemokratismus, Opportunismus und Revisionismus.
Westberlin, 1. Jg. (1969)

Gewerkschaftsspiegel
Gewerkschafts- und sozialpolitische Information und Dokumentation.
Westberlin, 5. u. 6. Jg. (1968, 1969)

Innere Sicherheit
Bonn 1967, 1968
(Erscheint seit 1.1.69 als Teil der BMI Informationen)

konkret
Unabhängige Zeitschrift für Politik und Kultur.
Hamburg 1968, 1969

Kürbiskern
Zeitschrift für Literatur und Kritik.
München 1968, 1969
(DKP-offiziöse Kultur-Zeitschrift)

links
Sozialistische Zeitung.
Offenbach, 1. Jg. (1969)

Marxistische Blätter (MB)
Für Probleme der Gesellschaft, Wirtschaft und Politik.
Frankfurt/M, 5.–7. Jg. (1967–1969)
(DKP-offiziöses theoretisches Organ)

neue kritik (nk)
Frankfurt/M, 8.–10. Jg. (1967–1969)

offen und frei
Wochenzeitung für die arbeitende Bevölkerung Südwestdeutschlands.
Stuttgart, 8. u. 9. Jg. (1968, 1969)
Eingestellt im März 1969.

Revolutionärer Weg
Probleme des Marxismus-Leninismus.
Red. Willi Dickhut, Solingen 1969
(Theoretisches Organ der KPD/ML)

Rote Korrespondenz
Spartakus – Assoziation marxistischer Studenten.
Red. Fred Schmid, München 1969

Rote Presse Korrespondenz (RPK)
der Studenten-, Schüler- und Arbeiterbewegung.
Westberlin, 1. Jg. (1969)

Roter Morgen
Zentralorgan der KPD/ML.
Red. Ernst Aust, Hamburg 1968, 1969

Saarwoche
Hrsg. vom Parteivorstand der Deutschen Demokratischen Union (DDU)
Saarbrücken, 9. u. 10. Jg. (1968, 1969)
Eingestellt im März 1969.

sozialistische hefte (sh)
Hamburg, 5.–8. Jg. (1966–1969)
Fusioniert mit den MB im Frühjahr 1969.

Sozialistische Korrespondenz (SK)
Hamburg, 10.–12. Jg. (1967–1969)

Sozialistische Politik (SoPo)
Organ kritischer Sozialwissenschaft.
Westberlin, 1. Jg. (1969)

Unsere Zeit (UZ)
Sozialistische Volkszeitung.
Duisburg, 1. Jg. (1969)
(DKP-offiziöses Zentralorgan)

Die Wahrheit (DW)
Westberlin 1967–1969
(Zentralorgan der SEW)

Wissen und Tat
21.–23. Jg. (1966–1968)
(Theoretisches Organ der KPD)

II. Allgemeines

Abendroth/Hofmann/Schleifstein/Thiele/Werner
Alternative in den Bundestagswahlen 1969
In: MB, 6. Jg. Nr. 5, Sept./Okt. 1968, S. 1 ff.

Agnoli/Brückner
Transformation der Demokratie.
Frankfurt/M 1968

Die Auseinandersetzungen in der Klöckner-Hütte Bremen.
Broschüre der "Arbeiterpolitik".
Bremen o.J. (1969)

Deppe, F.
Parlamentarismus – Parlamentarische Aktion – Sozialistische Politik.
In: nk, 8. Jg. (1967) Nr. 44, S. 48–66

Deppe, F./Fülberth, G.
Thesen zum Parlamentarismus.
In: links Nr. 2/Juli-Aug. 1969, S. 12–14

Deppe,R/Doll/Haase/Hoss/Kullmann/Löber/Mosler/Rödel/Scheil/Schudlich/Schwab
Das Ende des "Wirtschaftswunders" und die Gewerkschaften.
In: Heidelberger Blätter, 5. Jg. (1968) Nr. 12/13, April/Okt. 1968
Diskus-Express, Jg. 1 (1968), Express Nr. 1/2, April/Juli 1968, S. 97–124

Gesetz über die Politischen Parteien (Parteiengesetz) vom 24. Juli 1967.
In: BGB 1. I, S. 773

Hess, P.
Ökonomische Grundlagen und Triebkräfte der "Formierten Gesellschaft".
In: Soziologie und Wirklichkeit. Beiträge zum VI. Weltkongreß für Soziologie.
Berlin 1966, S. 55–72

Hofmann, W.
Stalinismus und Antikommunismus.
Zur Soziologie des Ost-West-Konfliktes.
Frankfurt/M 1967

Imperialismus heute.
Der Staatsmonopolistische Kapitalismus in Westdeutschland.
Autorenkollektiv (Hemberger/Maier/Petrak/Reinhold/Schwank)
5. Aufl. Berlin 1968

Machtstrukturen des heutigen Kapitalismus.
Beiträge zu einer internationalen wissenschaftlichen Tagung.
MB Sonderheft 1/67
Frankfurt/M 1967

Mitbestimmung
Bausteine für Reden und Diskussionen, Nr. 3.
Kampagne für Demokratie und Abrüstung.
Offenbach o.J. (1969)

Negt, O.
Die Neue Linke und die Institutionen.
In: konkret Nr. 14/69, S. 11–17

Pannekoek/Lukacs/Friedländer/Rudas
Parlamentarismusdebatte.
Berlin 1968

Reinhold, O.
Demokratische Alternative und sozialistische Zukunft in Westdeutschland.
Berlin 1968

Röder, K. H.
Klassenkampf und "Staatsreform" in Westdeutschland.
Politik aktuell. Berlin 1968

Ryschkowsky, N.
Die linke Linke.
München/Wien 1968
(chaotische Sammlung von Einzelinformationen und Dokumenten nach 1945)

+++ (Schauer, H.)
Der lange Marsch vor der Institution des Parlaments.
In: nk, 8. Jg. (1967) Nr. 45, S. 3–8

Schmiederer, U.
Die Sowjetische Theorie der friedlichen Koexistenz.
Frankfurt/M 1968

Schmiederer, U.
Die Sozialistische Volkspartei Dänemarks. Einer Partei der Neuen Linken.
Frankfurt/M 1969

Die XXII. Ordentliche Delegiertenkonferenz des SDS.
Resolutionen und Beschlüsse.
Frankfurt/M 1967

Dokumente der XXIII. Ordentlichen Delegiertenkonferenz des SDS,
12.–16. September 1968
Hrsg. vom Kommissarischen Bundesvorstand des SDS.
Frankfurt/M o.J. (1968)

III. KPD

Abendroth/Ridder/Schönfeldt (Hrsg.)
KPD-Verbot oder Mit Kommunisten leben?
rororo A 1092. Reinbek b. Hamburg 1968

Ahrens, F.
Über Max Reimann. Streiflichter aus dem Leben eines Kommunisten.
Hamburg 1968

Arbeitsgemeinschaft Sozialistische Opposition (ASO)/Marburg
Stellungnahme zum Programmentwurf der KPD. Kritik und Analyse.
In: sh, 7. Jg. Nr. 8 (Aug. 1968), S. 465–474

Boettcher, C.-H.
Eine neue KPD? Anmerkungen und Dokumente zum Thema Kommunismus und parlamentarische Demokratie.
Köln 1968
(Boettcher war Chefredakteur des Verfassungsschutz-Blattes "Innere Sicherheit". Das Buch enthält u.a. ein gefälschtes Rundschreiben des ZK der KPD.)

Dokumente der KPD 1945–1956
Berlin 1965

Entwurf – Programm der Kommunistischen Partei Deutschlands.
u.a. abgedruckt in: DVZ, Nr. 7, 16.2.68, S. 11 ff., und
Dokumentation und Beilage zu DW, Nr. 3, Februar 1968

Flechtheim, O. K.
Die KPD nach 1945.
In: Der Politologe, 7. Jg. (1966) Nr. 21, S. 3–6

Flechtheim, O. K. (Bearb.)
Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945.
Westberlin 1962 ff.
Bd. V Aufbau und Arbeitsweise der deutschen Parteien. S. 317–381 (KPD)
Bd. VII Innerparteiliche Auseinandersetzungen. S. 482–584 (KPD)

Freiheit für die KPD.
Weißbuch über 10 Jahre KPD-Verbot.
Berlin 1966

Fried, E.
Zum KPD-Programmentwurf.
In: Kürbiskern Nr. 3/68, S. 440–444

Heinemann, G.
Wiederzulassung der KPD?
In: Juristen-Zeitung (JZ), 22. Jg. Nr. 14, 21.7.1967

Kapluck, M.
Plädoyer für eine legale KPD.
In: sh, 7. Jg. Nr. 3 (März 1968)

Kluth, H.
Die KPD in der Bundesrepublik.
Ihre politische Tätigkeit und Organisation 1945–1956.
Köln u. Opladen 1959
(Kölner Dissertation, Ausdruck bornierter antikommunistischer "Wissenschaft")

KPD 1945–1965
Abriß. Dokumente. Zeittafel.
Berlin 1966

Die KPD lebt und kämpft.
Dokumente der KPD 1956–1962.
Berlin 1963

Offener Brief an die Mitglieder der KPD.
In: Was tun, Jg. 1 Nr. 4, 28.10.68

Parteitag 1963 der Kommunistischen Partei Deutschlands. Protokoll.
Berlin 1963

Reimann, M.
2 Briefe an den Bundeskanzler in Sachen KPD-Wiederzulassung.
In: Dokumentation der Zeit, XVI (1964) Vr. 304/44 und Nr. 323/41

Reimann, M.
Zum Programmentwurf der KPD.
Rede auf der 11. ZK-Tagung.
In: Wissen und Tat, 23. Jg. Sondernummer 1/1968, S. 5–27

Ridder, H.
Aktuelle Rechtsfragen des KPD-Verbots.
Neuwied-Berlin 1966

Schleifstein, J.
Gegenwartsprobleme des revolutionären Kampfes.
Interview der MB, in: MB, 5. Jg. Nr. 6 (Nov./Dez. 1967), S. 1–8

Schleifstein, J.
Ein marxistisches Programm für die Bundesrepublik.
In: Einheit, Heft 4/5 (1968), S. 608–614

Vorschläge der Kommunistischen Partei Deutschlands.
Für eine stabile Friedenswirtschaft zum Wohle des Volkes.
FV, Sonderausgabe, September 1966

Weber, K.
Halali für "Aktion Schneehase".
Eine Kapitel Kampf um Demokratie und KPD-Legalität.
Stuttgart 1968

IV. DKP

Adamo, H./Rödl, H.
Bundestagswahl – Bestandteil des Klassenkampfes.
In: MB, 7. Jg. Nr. 3, Mai/Juni 1969, S. 1–6

Bachmann, K.
Die Deutsche Kommunistische Partei nach dem Essener Parteitag.
In: MB, 7. Jg. Nr. 4, Juli/August 1969, S. 40 ff.

Bärwald, H.
Die DKP – Ursprung, Weg, Ziel.
Schriften der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1969
(Bärwald ist Referent beim Parteivorstand der SPD)

Drei Programme – drei Dokumente des Revisionismus und Opportunismus.
I. Das Wirtschaftsprogramm der KPD, 1966
II. Das Parteiprogramm der KPD, 1968
III. Die Grundsatzerklärung der DKP, 1969
Revolutionärer Weg Nr. 1/69

Czymek, H.
Eine Strategie zwischen systemgerechter "Anpassung" und revolutionärer Schwärmerei. Zur Bestandsaufnahme der Mitbestimmungsdiskussion.
In: MB, 7. Jg. Nr. 1, Jan./Febr. 1969, S. 29–36

Erlebach, K.
Im nächsten Bundestag sind Kommunisten. (Spiegelgespräch)
In: Der Spiegel, Nr. 43/1968, S. 38–49

Ludwig, H.
Kommunisten in der Bundesrepublik. Zur Gründung der DKP.
In: Deutschland Archiv Nr. 8/1968, S. 888 ff.

Matern, H.
Zur Rolle der Sozialdemokratie in der Klassenauseinandersetzung auf deutschem Boden.
MB, Sonderdruck, Frankfurt/M o.J. (1969)

Meinhof, U. M.
Sozialdemokratismus der DKP.
In: konkret Nr. 15/1968, S. 3

Raddatz, F. J.
Interview mit Bernd Hartmann (DKP), und: Nekrolog auf ein Ungeborenes.
In: Zur Wahl gestellt. Hrsg. von Günter Gaus.
rororo A 1208, Reinbek b. Hamburg 1969, S. 108–134 und S. 134 f.

Reiche, R.
Fünf Thesen und eine Schlußfolgerung zur DKP.
In: Diskus, 18. Jg. Nr. 8, Dez. 1968

Steigerwald, R.
Zur Rolle der marxistischen Partei in der gegenwärtigen antifaschistisch-demokratischen Bewegung in der Bundesrepublik.
In: MB, 7. Jg. Nr. 3, Mai/Juni 1969, S. 30–36

V. DKP – Ausgewählte Dokumente und Reden (22.9.68 – 1.8.69)

DKP – Mitteilungen
Düsseldorf 1968, 1969
(Ende Juni 1969 ersetzt durch DKP Pressedienst und DKP Informationen.)

DKP Pressedienst
Pressemitteilungen des Parteivorstandes der Deutschen Kommunistischen Partei.
Düsseldorf, 1. Jg. 1969

DKP Informationen
Standpunkte – Argumente – Dokumentationen.
Hrsg. vom Parteivorstand der Deutschen Kommunistischen Partei.
Düsseldorf, 1. Jg. 1969

Erklärung zur Neukonstituierung einer Kommunistischen Partei.
Frankfurt, 22.9.1968
(z.T. wird das - falsche - Datum 25.9.1968 angegeben)

Fragen und Antworten zur Neukonstituierung einer Kommunistischen Partei in Deutschland.
Arbeitsmaterial.
Hrsg.: Bundesausschuß der neukonstituierten Kommunistischen Partei
Bonn o.J. (1968)

Erste Bundeskonferenz der DKP in Offenbach.
Arbeitsmaterial.
Hrsg.: Bundesausschuß der DKP
Düsseldorf o.J. (1968)

Bachmann, K.
Ausführungen zum Verhältnis der DKP zu den Gewerkschaften.
Diskussionsbeitrag auf der Tagung "Marx und die Gewerkschaften heute" in Düsseldorf am 30.11.1968. Pressemanuskript.
Abgedruckt in: Marx und die Gewerkschaften heute. Protokoll einer wissenschaftlichen Tagung der Marxistischen Studiengemeinschaft Düsseldorf.
Frankfurt/M 1969

Brief an die Mitglieder und Funktionäre der SPD.
Deutsche Kommunistische Partei
Düsseldorf, 6.12.1968

Zum 50. Jahrestag der Gründung der KPD.
Deutsche Kommunistische Partei
Düsseldorf, 20.12.1968

Dialog zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten.
Brief vom 6.12.1968; Brief Willy Brandts an die Mitglieder der SPD; Antwort der DKP an Willy Brandt; Pressestimmen.
Information I/69
Hrsg.: Deutsche Kommunistische Partei, Bundesausschuß - Pressestelle
Düsseldorf, 24.1.1969
Siehe auch: sh, 8. Jg. Nr. 1, Jan. 1969, S. 48–56

Beschlüsse der 5. Tagung des Bundesausschusses der Deutschen Kommunistischen Partei.
Arbeitsmaterial.
Hrsg.: Bundesausschuß der DKP
Düsseldorf, 19.1.1969

Entwurf – Grundsatzerklärung der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP).
Hrsg.: Bundesausschuß der DKP
Düsseldorf o.J. (19.1.1969)

Entwurf – Statut der Deutschen Kommunistischen Partı
Hrsg.: Bundesausschuß der DKP
Düsseldorf o.J. (19.1.1969)

Mies, H.
Die DKP und der Kampf um Mitbestimmung.
Auszüge aus der Rede am 1. März 1969 auf der Betriebsarbeiterkonferenz der DKP.
Pressemanuskript.
Abgedruckt in: Gewerkschaftsspiegel, 6. Jg. (1969) Nr. 9

Vorschläge der DKP zur Mitbestimmung.
Hrsg.: Bundesausschuß der DKP
Düsseldorf o.J. (1969)
Abgedruckt in: Gewerkschaftsspiegel, 6. Jg. (1969) Nr. 9

Materialien des Essener Parteitages der DKP 12./13. April 1969.

Protokoll des Essener Parteitages der DKP 12./13. April 1969.
Hamburg 1969

Bachmann, K.
Einig handeln für demokratische Erneuerung von Staat und Gesellschaft. Referat.
Mies, H.
Schlußwort.
Gehalten auf dem Essener Parteitag der Deutschen Kommunistischen Partei, 12./13. April 1969.
Hrsg. vom Parteivorstand der Deutschen Kommunistischen Partei, Düsseldorf.
Hamburg o.J. (1969)

Grundsatzerklärung der Deutschen Kommunistischen Partei.
Beschlossen auf dem Essener Parteitag der DKP 12./13. April 1969.
Hrsg. vom Parteivorstand der Deutschen Kommunistischen Partei, Düsseldorf.
Hamburg o.J. (1969)

Statut der Deutschen Kommunistischen Partei.
Schiedsordnung, Finanz- und Beitragsordnung der DKP, beschlossen auf dem Essener Parteitag 12./13. April 1969.
Referat von Karl-Heinz Noetzel.
Hrsg. vom Parteivorstand der Deutschen Kommunistischen Partei, Düsseldorf.
Hamburg o.J. (1969)

UZ-Sonderausgabe zum DKP-Parteitag.
Duisburg, 13.4.1969

Beschlüsse der Landesdelegiertenkonferenz der DKP Rheinland-Pfalz.
27.4.1969
hektografiert

Kommunalpolitisches Programm der DKP Mainz.
Mainz 1969

Kommunalpolitisches Programm der DKP Idar-Oberstein.
Idar-Oberstein 1969

Zweite Tagung des Parteivorstandes.
UZ-Sonderdruck, Juni 1969

Materialien der Internationalen Konferenz der Kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau.
Heft 1 und 2. Als Manuskript gedruckt.
Parteivorstand der DKP, Düsseldorf
Heft 1: 9.6.1969, Heft 2: o.Datum

Mit der Jugend für die Jugend.
Jugendpolitisches Programm der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP).
Als Entwurf veröffentlicht 28. Juni 1969.
Hrsg. vom Parteivorstand der Deutschen Kommunistischen Partei
Düsseldorf o.J. (1969)

Gemeinsam handeln – Anerkennung der DDR durchsetzen.
Hrsg. vom Referat Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik beim Präsidium des Parteivorstandes der Deutschen Kommunistischen Partei
Düsseldorf o.J. (1969)

Dritte Tagung des Parteivorstandes.
UZ-Sonderdruck, Juli 1969

Rödl, K.
Der Stand des Wahlkampfes und die nächsten Aufgaben der Partei.
Referat.
Pressemanuskript.
Auszüge sind enthalten in: Dritte Tagung des Parteivorstandes, UZ-Sonderdruck

Mies, H.
Zu den Ergebnissen der Weltkonferenz der Kommunistischen und Arbeiterparteien.
Der Beitrag der DKP zur Aktionseinheit gegen den Imperialismus.
In: Dritte Tagung des Parteivorstandes, UZ-Sonderdruck

VI. DL/ADF

ADF Argumente
Bonn 1968, 1969

ADF Informationen
Bonn 1968, 1969

Dokumentation der ADF zum Dortmunder Wahlkongreß am 2.11.1968.
Frankfurt/M 1968

Dokumentation der ADF zur Ratstagung in Bonn am 17.5.1969.
Düsseldorf 1969

Entwicklung des Heidelberger SDS seit Juni 1967.
Auszug abgedruckt in: Dokumente der 23. o. DK des SDS, S. A 83 ff.

Flugschriften der DL

Fülberth, G./Deppe, F.
Parlamentarismusdebatte und Wahlverhalten.
Anmerkungen zur Diskussion um den Bundestagswahlkampf 1969 und die Beteiligung an den Kommunalwahlen.
In: sh, 7. Jg. Nr. 8, August 1968, S. 427–433

Geissler/Karsunke
Wahlen als Alternative?
In: Kürbiskern, Nr. 4/68, S. 664–672

Hitzer, F.
Die Funktion eines demokratischen Wahlbündnisses.
In: Kürbiskern, Nr. 4/68, S. 656–663

Hofmann, W.
Aktions- und Wahlbündnis. Neun Fragen und Antworten.
In: Kürbiskern, Nr. 4/68, S. 651–655

Hofmann, W.
Über die Notwendigkeit einer Demokratisierung des Parlaments.
In: SoPo, 1. Jg. (1969) Nr. 2, S. 49–55

Karsunke, Y.
Große APO-Koalition.
In: Kürbiskern, Nr. 1/69, S. 191–194

Kommunalpolitische Grundsätze der DL.
Stuttgart 1968
hektografiert

Ludwig, H.
Kommunisten in der Bundesrepublik. Zur Gründung der linken Sammelbewegung.
In: Deutschland Archiv, Köln, Nr. 2/69, S. 205 ff.

Mader, Jakob (F. Hitzer)
Aktion und politische Strategie.
In: Kürbiskern, Nr. 3/68, S. 445–461

Pressemitteilungen der DL

Programm der ADF
beschlossen am 7.12.68.
Köln 1968

Roth, R.
Frischer Wind im Parlament.
(Zum Kommunalwahlbündnis SDO)
In: Diskus, 18. Jg. Nr. 6, Okt. 1968, S. 2

Satzung der ADF
beschlossen am 7.12.68
Frankfurt/M 1968

Stütz, H.
Wählen oder Nichtwählen. Antwort an Yaak Karsunke.
In: Kürbiskern, Nr. 1/69, S. 195–203

Vosz, M.
Nachtrag zu Geissler/Karsunke.
In: Kürbiskern, Nr. 4/68, S. 672 ff.

Wahlprogramm der DL.
abgedruckt in: N. Ryschkowsky, Die linke Linke, München/Wien 1968, S. 169 ff.

Wahlzeitungen der DL

Gegen den Strom

GEGEN SOZIALDEMOKRATISMUS, OP PORTUNISMUS UND REVISIONISMUS

NR 1 REVISIONISMUSKRITIK

NR 2 MARXISMUS-LENINISMUS

(erscheint Anfang 1970)

ROTE PRESSE KORRESPONDENZ

Einsenden an
VERLAG
ROTE PRESSE KORRESPONDENZ
G. m. b. H.
1000 B E R L I N 30
Eislebener Str. 14

Ich bestelle ab Nr. .... die Zeitschrift

GEGEN DEN STROM

zum jährlichen Abonnementspreis von DM 12,-
(Ausland 12,50 DM; Luftpost 13,- DM + Luftpostzuschlag)
Der Einzelpreis beträgt 3,80 DM!

NACHDRUCKE NUR NACH RÜCKSPRACHE MIT DER REDAKTION

Den Abonnementspreis von DM 12,-- (DM 12,50) habe ich im voraus auf das Postscheckkonto der Roten Presse Korrespondenz - Sonderkonto "BUCH" - Kto.-Nr. 15098 Berlin-West überwiesen.

Name: ....
Wohnort: ....
Straße: ....
Datum: .... Unterschrift: ....
ABONNEMENTSPREIS EINSCHLIESSLICH ZUSTELLGEBÜHR

1000 BERLIN 30, EISLEBENER STR. 14, TEL. 24 22 26

B E S T E L L S C H E I N:

BITTE DEUTLICH SCHREIBEN !!!!!

Ich bestelle ab .... die wöchentlich erscheinende ROTE PRESSE KORRESPONDENZ zum monatlichen Abonnementspreis von DM 4.oo (Ausland: DM 5.oo; Luftpostabonnementspreis Ausland: DM 6.oo zuzüglich Luftpostzuschlag.)
Der Einzelpreis beträgt DM 1.oo. Das Abonnement kann nach drei Monaten zum 1. eines Monats, jedoch spätestens am 15. des Vormonats gekündigt werden.

NACHDRUCKE SIND NUR NACH RÜCKSPRACHE MIT DER REDAKTION GESTATTET.

Den Abonnementspreis von DM 4.oo DM 5.oo (nicht zutreffendes streichen) (im Quartal DM 12.oo DM 15.oo) überweise ich im v o r a u s auf das Konto der ROTEN PRESSE KORRESPONDENZ G. m. b. H. bei
Berliner Disconto Bank (Steglitz) Konto Nr. 412 / 31 88
Postscheckkonto d e r B a n k: Berlin West 376 80

NAME: ....
WOHNORT: ....
STRASSE: ....
DATUM: .... UNTERSCHRIFT: ....

Die DKP ist gegenwärtig die einzige konsolidierte, überregionale sozialistische Organisation.
Die KPD hat mit der von oben nach unten erfolgten Gründung dieser formaldemokratischen Mitgliederpartei die Organisationsfrage der revolutionären Linken unbeantwortet gelassen. Ihre opportunistische Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus wie die Strategie der friedlichen Erneuerung von Staat und Gesellschaft tragen Illusionen und Fehler von KPD und SPD aus der Zeit vor und nach der Machtergreifung des Faschismus in die 70er Jahre.
In ihrer Theorie des Staates, der auf das Parlament und die anderen Institutionen der kapitalistischen Scheindemokratie orientierten Bündnispolitik und mit ihrer autoritären Parteistruktur revidiert die DKP in unhistorisch-pragmatischer Berufung auf Lenin Theorie und Praxis des revolutionären Sozialismus.
Dennoch können ihre Betriebskader in der gegen-



wärtigen Etappe eine wichtige Kommunikations- und Agitationsfunktion erfüllen.
Die DKP ist die beste sozialdemokratische Partei, die es je gab.